

Wirtschaft und Gesellschaft

Editorial

Der Staat als Employer of Last Resort

St. Humer, V. Lechinger, E. Six

Die Doctrine classique des Familienbonus Plus
Eine Debatte in 5 Akten

M. Zandonella, C. Mayerl, A. Holzer

Wie soziale Ungleichheit und die Prekarisierung
von Arbeit das Vertrauen in die Demokratie zerstören

H. Quinz

Subjektive Wahrnehmung und
Legitimierungsstrategien von VermögenserbInnen

Die in „Wirtschaft und Gesellschaft“ veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Arbeiterkammer wieder.

Redaktion: „Wirtschaft und Gesellschaft“ wird redaktionell von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien betreut:
Kai Biehl, Franziska Disslbacher, Michael Ertl, Georg Feigl, Julia Hofmann, Pia Kranawetter, Markus Marterbauer, Michael Mesch, Reinhold Russinger, Matthias Schnetzer, Tobias Schweitzer, Thomas Zotter, Josef Zuckerstätter

Redaktionelle Leitung: Markus Marterbauer

Geschäftsführender

Redakteur: Michael Mesch

Redaktionssekretariat: Susanne Fürst (Tel. 01/501 65/12283),
e-mail: susanne.fuerst@akwien.at

Wissenschaftlicher Beirat: Joachim Becker (WU Wien), René Böheim (Univ. Linz), Jörg Flecker (Univ. Wien), Eckhard Hein (HWR Berlin), Arne Heise (Univ. Hamburg), Jakob Kapeller (Univ. Duisburg-Essen), Max Kasy (Oxford University), John King (LaTrobe Univ., Melbourne), Bernhard Kittel (Univ. Wien), Heinz Kurz (Univ. Graz), Fabian Lindner (HTW Berlin), Özlem Onaran (Univ. Greenwich, London), Susanne Pernicka (Univ. Linz), Miriam Rehm (Univ. Duisburg-Essen), Waltraud Schelkle (London School of Economics), Engelbert Stockhammer (King's College, London), Richard Sturn (Univ. Graz), Achim Truger (Univ. Duisburg-Essen, Sachverständigenrat), Till van Treeck (Univ. Duisburg-Essen), Rudolf Winter-Ebmer (Univ. Linz)

Redaktionsbeirat: Helfried Bauer, Felix Butschek, Günther Chaloupek, Peter Fleissner, Wilhelmine Goldmann, Oskar Grünwald, † Heinz Kienzl, Thomas Lachs, Ferdinand Lacina, Werner Muhm, Ewald Nowotny, Herbert Ostleitner, Claus J. Raidl, Hans Reithofer, Gerhard Schwödiauer, Hannes Swoboda, Julian Uher, Hans Wehsely, Karlheinz Wolff, Heinz Zourek

Medieninhaber: LexisNexis Verlag ARD ORAC GmbH & Co KG, A-1030 Wien, Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140
e-mail: verlag@lexisnexis.at

Herausgeber und Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Tel. 01/501 65/12283 oder 12284

Hersteller: Druckerei Janetschek GmbH,
A-3860 Heidenreichstein, Brunfeldstraße 2
Tel: (02862) 522 78 411, E-Mail: office@janetschek.at

Preise: Einzelnummer € 12,50; Jahresabonnement € 39,- (inkl. Auslandsversand € 64,-); ermäßigtes Studenten-Jahresabonnement (bei Bekanntgabe einer gültigen ÖH-Kundennummer) € 19,90 (alle Preise inkl. MwSt).

Bei unverlangten eingesandten Manuskripten wird keine Gewähr übernommen. Unverlangt eingesandte Besprechungs-exemplare werden nicht zurückgegeben.

Alle Artikel in „Wirtschaft und Gesellschaft“ sind begutachtet.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ im Internet:

<https://wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/WirtschaftundGesellschaft/index.html>

und

<https://wug.akwien.at/>

ISSN 0378-5130

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

46. Jahrgang (2020), Heft 1

Inhalt

Editorial

Der Staat als <i>Employer of Last Resort</i>	3
--	---

Artikel

Stefan Humer, Vanessa Lechinger, Eva Six Die <i>Doctrine classique</i> des FamilienbonusPlus – Eine Debatte in 5 Akten	13
Martina Zandonella, Corinna Mayerl, Andreas Holzer Wie soziale Ungleichheit und die Prekarisierung von Arbeit das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie zerstören	41
Hannah Quinz Subjektive Wahrnehmung und Legitimierungsstrategien von VermögenserblInnen	63

Buchbesprechungen

Rainer Lucas, Reinhard Pfriem, Claus Thomasberger (Hrsg.), Auf der Suche nach dem Ökonomischen – Karl Marx zum 200. Geburtstag; Georg Quaas, Die ökonomische Theorie von Karl Marx (Hans G. Nutzinger)	95
Martin Schürz, Überreichtum (Egon Christian Leitner)	108
Martin Schürz, Überreichtum (Julia Hofmann)	125
Emmanuel Saez, Gabriel Zucman, Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert (Franziska Disslbacher, Markus Marterbauer)	128
Sheila Dow, Jesper Jespersen, Geoff Tily (Hrsg.), The General Theory and Keynes for the 21 st Century (Fabian Lindner)	134
Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek, Saskja Schindler, Annika Schönauer, Umkämpfte Solidaritäten – Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft (Elisabeth Beer)	138
Andreas Novy, Richard Bärnthaler, Veronika Heimerl, Zukunftsfähiges Wirtschaften (Michael Soder)	141
Emmerich, Tólos, Die Schwarz-Blaue Wende in Österreich: Eine Bilanz (Simon Theurl)	144

Sibylle Hamann, Adelheid Popp: Jugend einer Arbeiterin; Gernot Trausmuth, „Ich fürchte niemanden“. Adelheid Popp und der Kampf für das Frauenwahlrecht; Thierry Elsen, Simone Klein, Gabriele Rökl (Hrsg.), Adelheid Popp, Frauenarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft (Sabine Lichtenberger) . . .	150
Nachruf für Heinz Kienzl (1922-2020)	155
Liste der externen BegutachterInnen 2016 bis 2019	157

Unsere AutorInnen:

Andreas Holzer ist Politikwissenschaftler am Wiener SORA-Institut und arbeitet dort in den Bereichen Wahlen und strategische Kommunikation, Politische Kultur sowie Lebensqualität.

Stefan Humer ist Ökonom am Institut für Verteilungsfragen (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Vanessa Lechinger ist Ökonomin am Institut für Verteilungsfragen (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Corinna Mayerl ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wiener SORA-Institut mit den Forschungsschwerpunkten Wählerstromanalysen, Hochrechnungen und Politische Kultur.

Hannah Quinz ist Universitätsassistentin und Dissertantin am Institut für Soziologie der Universität Wien.

Eva Six ist Ökonomin am Institut für Verteilungsfragen (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Martina Zandonella ist Sozialwissenschaftlerin am Wiener SORA-Institut und arbeitet dort im Bereich der Demokratie- und Partizipationsforschung.

Editorial

Der Staat als *Employer of Last Resort*

Der österreichische Arbeitsmarkt hat sich von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor über zehn Jahren bis heute nicht erholt. Die Zahl der Arbeitslosen liegt noch immer um etwa 90.000 über dem Vorkrisenniveau, und vor allem die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seither stark gestiegen. Die „Aktion 20.000“, welche speziell dieser Personengruppe Beschäftigungsmöglichkeiten abseits des normalen Arbeitsmarktes bieten sollte, wurde jedoch bereits nach kurzer Zeit wieder eingestellt. Im Folgenden soll nun erörtert werden, inwieweit der Staat die Rolle eines *Employer of Last Resort* übernehmen könnte.

Die Zielsetzungen der Befürworter von staatlichen Beschäftigungsprogrammen sind unterschiedlich ambitioniert. Die Bandbreite reicht von der Suche nach Lösungen für die Probleme spezieller Teilarbeitsmärkte oder Personengruppen im Rahmen von Programmen begrenzten Umfangs bis hin zu Ideen umfassender Beschäftigungsgarantien, welche die Funktionsweise des Arbeitsmarktes insgesamt radikal verändern würden.

Im Folgenden sollen unter staatlichen Beschäftigungsprogrammen im engeren Sinn solche Arbeitsmarktinterventionen verstanden werden, bei denen der Staat selbst oder ausgewählte gemeinnützige Organisationen als Arbeitgeber auftreten. Einstellungsbeihilfen oder Kombi-lohnmodelle, bei denen die Arbeitskräfte für Unternehmen verbilligt werden, sowie steuerliche Modelle der Aufbesserung von niedrigen Arbeitseinkommen bleiben außer Betracht.

Hyman Minskys Modell des *Employer of Last Resort*

Eine der älteren, gern zitierten Arbeiten zu dem Thema stammt von Hyman Minsky (1965). Ausgangspunkt seiner Überlegungen waren die Entwicklung des Arbeitsmarkts und insbesondere die Armutsbekämpfung in den USA. Die von ihm damals festgestellten Problemlagen haben bis heute nichts an Aktualität verloren. Nach seinen Beobachtungen konnten Schulungsmaßnahmen zur Verbesserung der „*Employability*“ von Arbeitslosen die Situation der Armen insgesamt nur wenig verbessern und verteilten die Arbeitslosigkeit letztlich nur anders. Für die Armut von Haushalten sah er die Arbeitslosigkeit sowie die zu geringe Erwerbsbeteiligung, welche wiederum auf schlechte Be-

schäftigungsmöglichkeiten für gering Qualifizierte zurückzuführen war, als Hauptursachen. Zudem hatten sich bereits in den 60er-Jahren die relativen Löhne in den einfachen Dienstleistungsbranchen vergleichsweise schlecht entwickelt und lagen teilweise sogar unter der Armuts-grenze. Außerdem hatte er beobachtet, dass sowohl in Zeiten guter Konjunktur als auch in Phasen konjunkturbelebender Maßnahmen die ärmsten Haushalte vom allgemeinen Aufschwung am wenigsten profitieren konnten.

Das einzige, was nach Minskys Einschätzung wirklich helfen könnte, ist eine Situation, die er als „*Tight Full Employment*“ definiert. Gemeint ist eine Arbeitsmarktlage, die über Vollbeschäftigung noch hinausgeht und durch Arbeitskräfteknappheit quer durch alle Branchen und Berufe gekennzeichnet ist. Da die Privatwirtschaft (abgesehen von einzelnen Kriegszeiten) einen solchen Zustand bis dato nie erreichen konnte, sei der Staat gefordert: als *Employer of Last Resort*. Minsky fordert, dass der Staat Arbeitsplätze zu einem Mindestlohn oberhalb der Armuts-grenze in ausreichender Zahl schafft. Diese sollen für jeden, der zu den angebotenen Bedingungen arbeiten kann und will, offenstehen; also nicht nur für Arbeitslose. Der von Minsky angedachte Mindestlohn wäre damals über den tatsächlichen Löhnen in einigen Niedriglohnbranchen gelegen.

Im Endausbau des Programms könnte somit jeder Arbeitslose kurzfristig eine Beschäftigung finden. Dass darüber hinaus die Beschäftigten, welche in Niedriglohnbranchen gefangen sind, zu besseren Bedingungen in dieses Beschäftigungsprogramm wechseln könnten, ist ausdrücklich erwünscht, genauso wie die Mobilisierung einer großen Zahl an entmutigten Personen aus der stillen Reserve zur Erhöhung der familiären Erwerbsbeteiligung. Zumindest das Problem der *Working Poor* könnte damit entschärft werden. Man musste dann aber davon ausgehen, dass die Zahl der benötigten Programmplätze deutlich über der Zahl der erfassten Arbeitslosen liegen würde.

Eine spürbare Reduzierung des Arbeitsangebots in den untersten Segmenten des Arbeitsmarktes, wo die Bedingungen hinsichtlich Bezahlung und Arbeitsplatzqualität als unakzeptabel empfunden werden, ist eine ausdrücklich erwünschte Nebenwirkung. Die Entlohnung in den Niedriglohnbranchen müsste in weiterer Folge deutlich ansteigen, damit diese Arbeitsplätze in der neuen Arbeitsmarktkonstellation „wettbewerbsfähig“ wären. Den Anstieg der Preise für die Produkte und Dienstleistungen dieser Branchen hält Minsky für notwendig und sieht darin die Beseitigung einer strukturellen Ungerechtigkeit. Von den zu niedrigen Preisen profitieren ja nicht nur die Armen, sondern sogar überwiegend auch Wohlhabendere, welche sich die Preise, welche sich bei höheren Löhnen ergeben würden, durchaus leisten können.

Als Realist geht er davon aus, dass diese Annäherung der relativen Preise für einen begrenzten Zeitraum nicht ohne einen Anstieg der „gemessenen“ Inflation ablaufen würde. Lohnzurückhaltung in den Hochlohnbranchen allein wäre nicht ausreichend und würde dort überdies zu ungewollten Gewinnsteigerungen führen. Die Angst, dass sich aus den Preisanpassungen eine beschleunigte Inflation entwickeln könnte, hält Minsky im Gegensatz zu seinen Fachkollegen, wie er selbst sagt, für unbegründet.

Die meisten Probleme sind bis heute ungelöst

Das Thema einer arbeitsangebotsseitigen Austrocknung der prekärsten Arbeitsmarktsegmente ist heute aktueller denn je. Geschäftsmodelle, die auf deren Existenz und Ausbeutung aufbauen, schießen wie die Pilze aus dem Boden. Mit den Zustell- und Lieferdiensten, der E-Roller-Logistik und verschiedenen Formen der Internet-basierten Leistungserbringung seien nur einige erwähnt, über deren Arbeitsbedingungen in letzter Zeit in den Medien berichtet wurde. Die Existenz ausreichend großer staatlicher Beschäftigungsprogramme hätte die Wirkung eines faktischen Mindestlohns, der auch alle derzeit praktizierten Umgehungsmöglichkeiten in Form von Werkverträgen und Scheinselbständigkeit miteinschließen würde.

Neben der Langzeitbeschäftigungslosigkeit stellt auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auch die sogenannte Drehtürarbeitslosigkeit ein großes Problem dar. Dabei handelt es sich um eine Personengruppe, denen eine dauerhafte Integration ins Beschäftigungssystem während ausgedehnter Phasen ihres Erwerbslebens nicht gelingt. Für diese Personen ist ein regelmäßiges Wechseln zwischen oft eher kurzen Beschäftigungen und Perioden der Arbeitslosigkeit der Normalzustand. In einer längeren Betrachtung tragen sie die Hauptlast des gesamten Volumens der Arbeitslosigkeit. Während hier Schulungsmaßnahmen nur bedingt greifen, könnten maßgeschneiderte Beschäftigungsprogramme durchaus Erfolg bringen und für viele die Erwerbsverläufe verstetigen.

Minskys Anforderungen an öffentliche Beschäftigungsprogramme

Minsky stellt in seinem Entwurf jedoch auch eine Reihe von einschränkenden Bedingungen. Die Arbeitsplätze in einem *Employer-of-Last-Resort*-Programm sollen nicht die Tätigkeiten regulärer Arbeits-

plätze duplizieren oder ersetzen, weder im privaten Sektor noch im regulären Bereich öffentlicher Beschäftigung. Das ist im Prinzip durch die niedrigere Bezahlung gewährleistet, aber vor allem im staatlichen und gemeinnützigen Bereich muss verhindert werden, dass bestehende, besser bezahlte Arbeitsplätze wegfallen und dann in leicht veränderter Form als Programmarbeitsplätze neu entstehen. Dieses Risiko wird auch von den meisten anderen Autoren sehr ernst genommen, wobei die Durchsetzbarkeit meist als schwierig eingestuft wird.

Weiters fordert Minsky, dass keinesfalls obsolete Technologien und veraltete Produktionsmethoden künstlich am Leben gehalten werden sollen. Dies steht in einem gewissen Gegensatz zu seiner Wertschätzung des *New Deal*, im Rahmen dessen genau das sehr oft bewusst angestrebt wurde. Davon abgesehen kann eine Technologie, die aus dem Blickwinkel eines gewinnmaximierenden Einzelunternehmens vielleicht obsolet ist, unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung gesamtgesellschaftlich durchaus die Methode der Wahl sein.

Nach dem dargestellten Konzept würde ein eigener Pufferarbeitsmarkt entstehen. In Zeiten nachlassender Konjunktur würde er wachsen und als automatischer Stabilisator die Gesamtnachfrage deutlich stärker stützen als bisher das System der Arbeitslosenversicherung. Einige der Hauptprobleme der Arbeitslosigkeit wie Entwertung des Humankapitals, Entmutigung und Stigmatisierung der Betroffenen u. Ä. könnten zumindest abgemildert werden. Der gesamtwirtschaftliche Output würde weniger sinken. Qualifizierungsmaßnahmen sowohl für diesen neuen als auch für eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt könnten im Rahmen von Beschäftigung stattfinden. Beim Anziehen der Konjunktur könnten die Unternehmen wiederum aus diesem Pool ihren Personalbedarf decken.

Auf jeden Fall war Minskys Konzept sehr ambitioniert. Für die Umsetzung seines Programms rechnete er für die USA der 60er-Jahre mit einem Bedarf von etwa 2,5 Mio. zusätzlichen öffentlichen Arbeitsplätzen. Für die USA der Gegenwart haben Mark Paul et al. (2018) eine Bedarfsschätzung durchgerechnet. Nach ihren durchaus realistischen Einschätzungen läge der heutige Bedarf bei etwa 10 Mio. zusätzlichen Arbeitsplätzen, was zu Bruttokosten von mehr als 500 Mrd. US-\$ führen würde. Die Nettobelastung des Staatshaushaltes wäre aber auch in den USA deutlich niedriger, da bei einer Reihe von (teuren) sozialstaatlichen Leistungen die Inanspruchnahme sinken würde.

Herausforderungen in einem globalisierten wirtschaftlichen Umfeld

Einige Probleme bleiben allerdings, wie auch in vielen anderen Arbeiten, unerwähnt. Die Überlegungen beziehen sich auf die USA der 60er-Jahre, und damals waren Leistungsbilanzprobleme dort noch kein großes Thema. Aufgrund der damaligen Wirtschaftsstruktur, der Größe des Landes und der noch deutlich geringeren internationalen Verflechtung konnte man außerdem davon ausgehen, dass die zusätzlichen Ausgaben für Konsum und Investitionen überwiegend die Inlandswertschöpfung beleben würden. Das ist heute anders, und vor allem in kleinen offenen Volkswirtschaften ist damit zu rechnen, dass ein nicht unerheblicher Teil des induzierten Nachfrageimpulses ins Ausland abfließen würde. Besonders in strukturschwachen Ländern, die weder Konsum- noch Investitionsgüter in ausreichender Menge selbst produzieren, bleiben in dieser Hinsicht viele Fragen offen.

Außerdem gesteht Minsky selbst ein, dass seine Überlegungen eine statische Betrachtung darstellen. Die langfristigen Folgen lassen sich für ihn nicht abschätzen. Die wirtschaftliche Lage von arbeitsfähigen Armen sollte sich jedenfalls verbessern. Einem solchen, völlig neuen Arbeitsmarktregime müsste man aber Zeit geben, sich zu entwickeln, und bis die Vollausstufe erreicht ist, können leicht zehn oder mehr Jahre vergehen. Eventuelle Kinderkrankheiten sind zu akzeptieren. Das Risiko dabei ist, dass sich manche Rückwirkungen, insbesondere solche auf das Reproduktionssystem des Arbeitsmarktes, erst zu einem Zeitpunkt zeigen, wenn die Veränderung bereits irreversibel geworden ist.

Auch das Problem von ungeplanten Binnenwanderungsbewegungen ist nicht von der Hand zu weisen. Zumindest bei Menschen im Erwerbsalter wird die Wohnortwahl normalerweise stark durch das Vorhandensein von Arbeitsplätzen bestimmt und auch eingeschränkt. Bei einer bedingungslosen Beschäftigungsgarantie würde dieser Faktor an Gewicht verlieren. Jeder könnte bei der Wahl des Wohnortes ausschließlich persönlichen Neigungen folgen, und die öffentliche Hand müsste dann am Zielort für die nötige Beschäftigung sorgen. Dies ist bei der ohnehin schon beträchtlichen Landflucht in den meisten europäischen Ländern keineswegs ein theoretisches Problem. Ob man die zu erwartenden Größenordnungen abschätzen und gegebenenfalls steuern kann, muss fürs Erste dahingestellt bleiben.

In der EU könnte die Arbeitnehmerfreizügigkeit zum entscheidenden Stolperstein für eine bedingungslose Beschäftigungsgarantie werden. In den bisher zum Thema veröffentlichten Modellrechnungen würden selbst die niedrigsten Entlohnungsvarianten noch Einkommen garan-

tieren, die um ein Vielfaches über den vergleichbaren Werten in vielen Mitgliedsländern liegen. Bedingungslose Beschäftigungsgarantieprogramme in den reicheren EU-Ländern könnten dann zu einem erneuten Ansteigen der Zuwanderung führen. Die Autoren einiger Studien weisen auf dieses Problem hin, gehen aber davon aus, dass ein allfälliges Expertengutachten zu dem Schluss kommen würde, dass die Steuerungsmöglichkeiten eher gering sein werden.

Programme mit kleinerem Umfang

Viele Autoren gehen in ihren Arbeiten von Minskys Maximalmodell ab. Es werden dann staatliche Beschäftigungsprogramme in kleineren Dimensionen vorgeschlagen, die meist in eine der folgenden Kategorien fallen: Programme, welche die konjunkturelle Erholung unterstützen können, Programme für benachteiligte Personengruppen, die den Übertritt in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen sollen, sowie Programme, die benachteiligten Personengruppen eine Beschäftigung gegebenenfalls bis zum Pensionsantritt bieten können.

Nach einer schweren Rezession verläuft die Arbeitsmarkterholung in der Regel gegenüber der Konjunkturerholung mit einer deutlichen Zeitverzögerung. Bis sich die Arbeitslosenquoten wieder dem Vorkrisenniveau annähern, können durchaus fünf und mehr Jahre vergehen. Im ungünstigsten Falle kommen noch Hysteresis-Effekte zum Tragen, und die Arbeitslosigkeit steigt von Rezession zu Rezession schrittweise an. Je länger die Krise dauert, umso stärker steigt auch die Langzeitarbeitslosigkeit, und die folgende Hochkonjunkturphase ist sehr oft zu kurz, um den benachteiligten Personengruppen Beschäftigungsmöglichkeiten im ersten Arbeitsmarkt zu bieten.

Da die ArbeitnehmerInnen die Hauptlast von Wirtschaftskrisen tragen, fordern viele Autoren, dass der Staat mit Beschäftigungsprogrammen die Folgen von Konjunkturabschwüngen gezielt abmildern sollte. Diese können sich im Einzelfall an alle Arbeitslosen richten oder aber die am stärksten betroffenen Personengruppen gezielt fördern. Sie reduzieren die Einkommensverluste der ansonsten Arbeitslosen und bewahren (zumindest teilweise) das Humankapital. Es bleiben auch die sozialen Kontakte erhalten, und die Menschen können sich gegebenenfalls umorientieren und neue Netzwerke bilden. Diese Art der konjunkturstützenden Beschäftigungsprogramme würde konzeptgemäß nach einiger Zeit auslaufen oder aber im Umfang deutlich zurückgehen. Verbleibende Arbeitslose könnten gegebenenfalls in anderen Programmen Aufnahme finden.

Eine Variante wären Programme zur Reduzierung der saisonalen Ar-

beitslosigkeit, die definitionsgemäß zeitlich begrenzt wären. In einigen Entwicklungsländern gibt es Initiativen, die vor allem Landarbeitern und armen Kleinbauern für einige Monate im Jahr ein zusätzliches Einkommen verschaffen sollen. Diese Programme sind oft recht einfach umzusetzen, weil die Zielpersonen schwere körperliche Arbeit gewohnt sind und geeignete Einsatzmöglichkeiten vergleichsweise einfach zu finden sind.

Programme wie die leider abgebrochene „Aktion 20.000“ sind in erster Linie auf die strukturelle Arbeitslosigkeit ausgelegt. Personen, die aufgrund ihres Alters oder anderer, oft multipler Vermittlungseinschränkungen als Arbeitslose wenig Chancen auf eine Wiederbeschäftigung am regulären Arbeitsmarkt haben, sollen eine Alternative zur Arbeitslosigkeit geboten bekommen. Die Diskriminierung allein aufgrund des Alters durch die Personalverantwortlichen der Unternehmen ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Aufklärungs- und Imagekampagnen haben zwar die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung von Älteren erhöht, nicht aber die Bereitschaft, ältere Arbeitslose neu einzustellen. Bei Beschäftigungsprogrammen für diese Personengruppe geht es neben der Einkommensaufbesserung vor allem auch darum, das Humankapital für die Gesellschaft zu erhalten und den Betroffenen einen würdevollen Übergang in die Pension zu ermöglichen. Ein nicht gewinnorientierter Arbeitsgeber hat im Allgemeinen auch mehr Möglichkeiten, auf die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit anderen Vermittlungseinschränkungen Rücksicht zu nehmen.

Ein eigenes Problem ist die Entlohnung der Beschäftigten in öffentlichen Beschäftigungsprogrammen. Wie nicht anders zu erwarten, sind sich die meisten Autoren einig, dass der geltende Mindestlohn auf keinen Fall unterschritten werden darf. Überzahlungen bei besonderen Qualifikationen und längerer Berufserfahrungen werden in Erwägung gezogen und in die Kostenrechnungen sogar eingespeist, aber nicht im Detail ausgearbeitet. Die Bedingung, dass öffentliche Beschäftigungsprogramme nicht in Konkurrenz zu privatwirtschaftlicher und regulärer öffentlicher Beschäftigung treten soll, wird aber allgemein geteilt. In diesem Punkt könnte man allerdings unter gewissen Bedingungen Ausnahmen andenken. Beispielsweise könnte man, wenn in Regionen mit schrumpfender Bevölkerung aufgrund eines gegebenen Personalschlüssels bestimmte Leistungen eingeschränkt werden müssen, die „reine Lehre“ etwas milder auslegen.

Minskys Überlegungen beziehen sich auf eine entwickelte Wirtschaft, in der es im Allgemeinen noch Kapazitätsreserven gibt und wo Erweiterungsinvestitionen stattfinden, wenn sie rentabel zu werden versprechen. Konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit sind hier die Hauptmotive zu intervenieren. In Entwicklungsländern, wo Kapitalman-

gelarbeitslosigkeit das vorherrschende Problem ist, können reine Beschäftigungsprogramme, welche dieses Problem nicht gleichzeitig angehen, allenfalls vorübergehend und in kleinem Rahmen entlastend wirken. Sobald die Produktionskapazitäten an ihre Grenzen stoßen, würden weitere Einkommenssteigerungen die Preise erhöhen und die Leistungsbilanz verschlechtern. In kapitalarmen Ländern können Beschäftigungsprogramme größeren Umfangs somit nur dann eine positive Wirkung entfalten, wenn gleichzeitig Investitionen sowohl in der Konsumgüterindustrie als auch in den kapitalgüterproduzierenden Industrien in ausreichendem Maße stattfinden. Wenn allerdings Investitionsprogramme durch Entwicklungshilfe oder ausländische Direktinvestitionen bereits stattfinden, könnten gemeinnützige Beschäftigungsprogramme diese unter Umständen gut ergänzen.

Dieses Problem zu geringer Kapitalausstattung besteht nicht nur in Entwicklungs- und Schwellenländern der Dritten Welt. Auch in Südosteuropa und einigen Ländern Osteuropas sind die Produktionskapazitäten so niedrig, dass eine nachhaltige Erholung rein über eine Belebung der Nachfrage nicht funktionieren kann.

Auch für Anhänger der *Modern Monetary Theory* (u. a. Wray 1997) stellen staatliche Beschäftigungsprogramme ein zentrales Element ihrer Überlegungen dar. Für ein Land mit eigener Währung gibt es in ihren Augen auch keinerlei Finanzierungsproblem, weil die Zentralbank das benötigte Geld zur Verfügung stellen könnte. Nichtsdestotrotz wird die Frage der Finanzierung in vielen Fällen die größte Herausforderung darstellen. In Ländern wie Österreich mag der Bruttofinanzierungsbetrag von Beschäftigungsprogrammen zunächst hoch erscheinen, aber aufgrund des Entfalls von anderen Transferleistungen, gesteigerter Wirtschaftsleistung und höherem Steueraufkommen ist der zusätzliche Finanzierungsbedarf für ein wohlhabendes Land durchaus leistbar. Für weniger wohlhabende Länder, Schwellenländer oder gar Entwicklungsländer stellt sich die Situation deutlich schwieriger dar. Wenn der Kreis der potenziellen Interessenten sehr niedrige oder gar keine Unterstützungszahlungen erhält bzw. diese bereits ausgelaufen sind, fällt dieses Einsparungspotenzial mehr oder weniger weg. Auch der Anstieg der staatlichen Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen wird geringer ausfallen, weil Löhne in den Beschäftigungsprogrammen eher niedrig angesetzt werden müssen. Eine Modellrechnung für Griechenland beispielsweise ergibt für ein Beschäftigungsprogramm mit 200.000 Personen zum aktuellen Mindestlohn Bruttogesamtkosten von 3 Mrd. €. Unter recht optimistischen Annahmen bezüglich des Wachstumsimpulses und der Rückflüsse für die öffentliche Hand blieben die Nettokosten noch immer bei 1,2 Mrd. € pro Jahr.

Vor allem von ForscherInnen aus Ländern, in denen Klientelwirt-

schaft und Korruption zum politischen Alltag gehören, wird die Wichtigkeit der Transparenz des gesamten Programmablaufs, von klaren Vergabekriterien im Fall begrenzter Teilnehmerzahlen und laufender Evaluierung betont. Bisherige Erfahrungen deuten darauf hin, dass besonders bei begrenzter Teilnehmerzahl Personen mit den richtigen Beziehungen oft bevorzugt werden. Gleiche Zugangschancen für alle Interessierten oder aber geplante und öffentlich argumentierbare Bevorzugung benachteiligter Personengruppen sind letztlich nur erreichbar, wenn die örtliche Bevölkerung bei der Auswahl von Tätigkeiten, die gefördert werden sollen, miteinbezogen wird. Ansonsten können die Arbeitsplätze immer für bestimmte Bewerber maßgeschneidert werden bzw. der angebliche Bedarf steuernd gestaltet werden.

Resümee

Wenn der Staat als *Employer of Last Resort* auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auftreten möchte, bieten sich vor allem zwei Personengruppen an, die Unterstützung brauchen. Da sind zunächst einmal die Langzeitarbeitslosen, und unter diesen vor allem die Älteren. Diese Personengruppe hat von der Arbeitsmarkterholung der vergangenen Jahre nur wenig profitieren können, und in Zeiten nachlassender Konjunktur wird die Zahl der Betroffenen schnell neue Höchststände erreichen. Die zweite – wesentlich größere – Gruppe, denen so geholfen werden könnte, sind die Menschen, die in der sogenannten Drehtürarbeitslosigkeit gefangen sind. Diese Form brüchiger Erwerbskarrieren konnte auch in der Vergangenheit von Konjunkturaufschwüngen nur wenig stabilisiert werden. Ein ausreichend starker und vor allem auch langanhaltender Konjunkturaufschwung, der nach einiger Zeit auch diese Problemgruppen mitziehen würde, ist derzeit nicht in Sicht. Hier könnten gezielte Beschäftigungsprogramme die Perspektiven der Betroffenen deutlich verbessern und ihnen ein würdevolleres Leben ermöglichen.

Soweit es sich bei den obengenannten Personengruppen um Bezieher von Transferleistungen handelt, stehen den Bruttokosten eines solchen Beschäftigungsprogramms beträchtliche Rückflüsse in Form von zusätzlichen Steuern und Sozialbeiträgen und auch Einsparungen bei den bis dahin bezahlten Sozialleistungen gegenüber. Durchaus realistische Rechenmodelle zeigen, dass die zusätzlichen Kosten nur etwa 20% bis 25% höher ausfallen würden als die Kosten des *Status quo*. Dafür würden die begünstigten Personen allerdings ihre Arbeitsleistung einbringen und zur Steigerung des allgemeinen Wohlstands beitragen.

Die Umsetzung von Beschäftigungsprogrammen sollte jedenfalls schrittweise erfolgen. Erfahrungen aus anderen Ländern und bisherigen Projekten im Inland können hilfreich sein, sind aber sicher nicht eins zu eins übertragbar; vor allem dann nicht, wenn Projekte ins Auge gefasst werden, die in ihrem Umfang bisherige Versuche deutlich übersteigen. Wenn es um Arbeiten geht, die gebraucht, derzeit aber mangels Finanzierung nicht gemacht werden, fallen sicher jedem von uns einige ein. Für die Konzipierung von einigen Zehntausend sinnvollen Arbeitsplätzen ist jedoch mit einem beträchtlichen Zeitaufwand zu rechnen; nicht zuletzt deswegen, weil sie sich an den Möglichkeiten und Bedürfnissen der örtlich verfügbaren Personen orientieren müssen. Pilotprojekte und Evaluierungen sowohl der Programme als auch der Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen sollten regelmäßig erfolgen.

Die Redaktion

Literatur

- Minsky, Hyman, The Role of Employment Policy (= Hyman P. Minsky Archive Paper 270, 1965).
- Paul, M.; Darity Jr, W.; Hamilton, D., The Federal Job Guarantee. A Policy to Achieve Permanent Full Employment (Center on Budget and Policy Priorities, Washington, D. C., 2018).
- Wray, L. R., Government as employer of last resort: full employment without inflation (= Levy Economics Institute Working Paper Series, Nr. 213, Annandale-on-Hudson, NY, 1997).

Die *Doctrine classique* des FamilienbonusPlus – eine Debatte in 5 Akten

Stefan Humer, Vanessa Lechinger, Eva Six

1. Einleitung

Steuern haben heutzutage nicht den allerbesten Ruf. Nur wenige bezahlen sie gerne, Slogans wie „Steuern runter“ oder „Keine neue Steuern“ finden in weiten Teilen der Bevölkerung Resonanz. Die Steuerbelastung in Österreich sei zu hoch, das scheint Konsens zu sein. In diesem Sinne war die Reduktion der Abgabenquote eines der wesentlichen Ziele der Regierung in der erst kürzlich zu Ende gegangenen XXVI. Gesetzgebungsperiode, und die Einführung des „Familienbonus+“ die dafür bedeutendste Maßnahme.

Dabei sind Steuern eine unerlässliche Voraussetzung für staatliches Handeln. Keine entwickelte Staats- bzw. Gesellschaftsform kommt ohne Steuern aus. Die öffentlichen Dienstleistungen – egal ob elementarer Natur wie die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit oder aber auch in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur oder Kinderbetreuung – wollen schließlich auch finanziert werden. Doch neben den Einnahmen für die Ausgaben des Staates haben Steuern noch eine andere Wirkung. Steuern steuern, zumindest haben sie das Potential dazu. Was ist damit gemeint? Steuern üben in unterschiedlichem Ausmaß einen Einfluss auf Handeln der wirtschaftlichen Akteure aus. Jene Aktivitäten, die steuerlich belastet sind, werden vergleichsweise teurer und damit auch ein Stück weit weniger attraktiv. Da prinzipiell davon ausgegangen werden kann, dass Personen und Unternehmen versuchen, Steuern zu vermeiden, kommt es zu einer Anpassung des Verhaltens.

Wie stark diese Verhaltensänderung ausfällt, hängt im Wesentlichen von der Elastizität der Nachfrage ab. Kann ich leicht auf das Gut oder die Aktivität verzichten, wird die Änderung meines Verhaltens mit großer Wahrscheinlichkeit intensiver ausfallen. Klar sollte jedoch sein, dass die von Steuern verursachten Kosten ökonomisch betrachtet nicht dem steuerlichen Aufkommen entsprechen. Neben den Kosten für die Erhebung sind hier zusätzlich eben auch noch die durch Steuern ausgelösten Verhaltensänderungen zu berücksichtigen. In einigen Fällen ist die Änderung des Verhaltens durch die Besteuerung durchaus gewünscht. Beispiele

dafür sind die Tabaksteuer oder die aktuell sehr breit diskutierte CO₂-Steuer, durch die negative externe Effekte in einem höheren Ausmaß internalisiert werden sollen. In anderen Fällen, beispielsweise bei der Besteuerung der Einkommen, können sie negative Anreize auf das Arbeitsangebot entfalten und sind keineswegs gewünscht, sondern müssen in Kauf genommen werden.

Auch wenn sich die Auswirkungen auf das Verhalten der Individuen weit weniger leicht beobachten lassen als das aggregierte Aufkommen einer Steuer, sollten diese Anreizwirkungen beim Design des Steuer- und Abgabensystems mitberücksichtigt werden und möglichst wenig negative Auswirkungen auf andere wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele entfalten. Die Ausgestaltung des Abgabensystems in Bezug auf die Anreizwirkungen für die wirtschaftlichen Akteure sollte also möglichst neutral erfolgen. In vielen Abgabensystemen bestehen jedoch dezidiert gewollte Ausnahmen von diesem Prinzip, wie etwa im Bereich der Einkommensbesteuerung, die in den meisten Ländern progressiv gestaltet ist. Diese Ausnahmen sollten sehr gut begründet sein, um ungewollte Anreizwirkungen zu vermeiden.¹ Ein Bereich, für den dies kaum in Frage gestellt wird, ist mitunter die öffentliche Familienförderung. Neben der Sicherstellung des Kinder-Existenzminimums sowie der Abgeltung der Einkommensverluste während der Karenz bzw. des Betreuungsaufwandes nach der Karenz versucht die öffentliche Hand damit auch auf die Fertilitätsrate sowie die intrafamiliäre Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit einzuwirken.²

Speziell für die Frage der Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit dürfte der Ausgestaltung des Steuersystems im Allgemeinen, aber auch der spezifischen öffentlichen Familienleistungen eine besondere Bedeutung zukommen. Studien zur Reaktion des Arbeitsangebots in Bezug auf die Höhe der Einkommensbesteuerung zeigen, dass etwaige Verhaltensänderungen nicht vorrangig die marginale Veränderung der Arbeitszeit betreffen (*intensive margin*), sondern vielmehr beeinflussen ob Menschen überhaupt einer Erwerbsarbeit nachgehen (*extensive margin*). In dieser Frage scheinen zwei Personengruppen besonders stark auf steuerliche Anreize zu reagieren: Frauen mit Kindern im schulpflichtigen Alter (d. h. nach der betreuungsintensiven Zeit des Kleinkindalters) sowie Frauen in der Altersgruppe ab 55 Jahren.³ Ähnliche Ergebnisse konnten auch für Österreich nachgewiesen werden.⁴

Vor diesem Hintergrund analysieren wir die Anreizwirkungen des neu eingeführten Familienförderinstruments „Familienbonus+“ (im Folgenden auch FB+ abgekürzt) und in welcher Form diese Maßnahme einen Beitrag zur Erreichung der familienpolitischen Ziele leisten kann. Die auftretenden Effekte können aus verschiedenen Sichtweisen evaluiert werden. Unterschiedliche Wertvorstellungen üben dabei einen wesentlichen Einfluss auf die jeweiligen Standpunkte aus. Darüber hinaus treten mehrdimensionale

Zielkonflikte zutage, die eine abschließende Beurteilung erschweren. Eine Diskussion der Standpunkte und Dilemmata soll aber dennoch eine gewisse Orientierung für die Debatte rund um das Design der Familienförderinstrumente bieten.

Der weitere Aufbau des Beitrags ist wie folgt: Abschnitt 2 gibt einen Überblick über die verschiedenen Instrumente der öffentlichen Familienförderung und stellt deren Ausgestaltung in einen internationalen Kontext. Darauf aufbauend beschreiben wir in Abschnitt 3 die Ausgestaltung des Familienbonus+, aktuelle politische Debatten zu diesem Thema sowie die Modellierung des FB+ im Rahmen des Mikrosimulationsmodells EURO-MOD. In Abschnitt 4 werden die Ergebnisse der Simulation diskutiert, und es wird gezeigt, dass verschiedene Haushalts- und Familienformen in doch deutlich unterschiedlichem Ausmaß vom FB+ profitieren. Abschließend werden in Abschnitt 5 die Ergebnisse und unterschiedlichen Argumente kurz zusammengefasst.

2. Familienförderung durch die öffentliche Hand

Maßnahmen im Bereich der Familienförderung, wie etwa Karenzzeiten, Kinderbetreuungsangebote und unterschiedliche Geldleistungen, bestehen in allen OECD-Ländern. Deren Ausgestaltung und Zielsetzungen unterscheiden sich jedoch aufgrund der zum Teil sehr unterschiedlichen normativen Grundannahmen maßgeblich und sind oftmals Gegenstand öffentlicher Debatten. Zum Teil werden diese schon seit Jahrzehnten geführt. Zwei Zitate sollen das Spektrum der dabei vorgebrachten Meinungen und Argumente illustrieren.

Pollak und Wales (1979) betonen die Entscheidungsfreiheit der Eltern und den sich dadurch offenbarenden Nutzengewinn durch Kinder und stellen damit die prinzipielle Notwendigkeit von öffentlichen Unterstützungsleistungen für Familien in Frage:

„Thus, in a perfect contraceptive society, if a family chooses to have three children and \$12,000 when it could have had two children and \$12,000, then a revealed preference argument implies that the family prefers the alternative it chose.“

Einen gänzlich anderen Standpunkt vertrat hingegen Danninger (1978):

„Es kann nicht beabsichtigt sein, die Eltern durch Einschränkung ihres Lebensstandards dafür, dass sie Kinder haben, zu strafen und mit ihnen auch die Kinder selbst zu treffen. Deshalb ist ein Ausgleich der Familienlasten, sind Familienbeihilfen und steuerliche Kinderermäßigungen notwendig.“

Doch nicht nur die Frage, ob und in welcher Höhe der Staat Familienförderung gewähren soll, wird debattiert. Auch an der Ausgestaltung der Instrumente und dabei insbesondere der Aufteilung in Geld- (Steuerermässi-

gungen und monetäre Transfers) und Sachleistungen entzündet sich regelmäßig eine lebhafte Diskussion. Dies war aktuell im Zuge der Einführung des Familienbonus+ zu beobachten (siehe Kapitel 3.2), hat sich in ähnlicher Form aber auch schon vor knapp fünfzig Jahren zugetragen. Auslöser war damals eine Reform des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Beschlossen im Jahre 1968 unter Bundeskanzler Klaus, ermöglichte sie es der nachfolgenden Regierung unter Bundeskanzler Kreisky, die Einführung des Gratisschulbuches und der Schülerfreifahrt mit den Überschüssen des FLAF zu finanzieren. Dass diese Zweckwidmung nicht nur ungeteilte Zustimmung hervorrief, lässt sich an folgendem Zitat unweigerlich ablesen:

„Für die ÖVP hatte diese Entnahme aus dem Ausgleichsfonds die fatale Folge, daß sie für die nachfolgenden Sozialisten nicht nur Angriffspunkte für ständige Desavouierung wegen der Inkamerierung, sondern auch den Vorwand für die sogenannten ‚Sachleistungen‘ (Gratisschulbuch, Schülerfreifahrt usw.) lieferte.“⁵

Ein immer häufiger diskutierter Faktor ist dabei auch die Gestaltung eines stärker geschlechtergerechteren Steuer- und Transfersystems. Mit der seit 1. Jänner 2009 in der österreichischen Verfassung verankerten Strategie der geschlechtergerechten Budgetgestaltung (engl. Gender Budgeting) hat zudem die gleichstellungspolitische Relevanz finanzwirksamer Budgetentscheidungen mehr Aufmerksamkeit und Akzeptanz erhalten, wobei der Fokus jedoch größtenteils auf der Ausgabenseite liegt und die Einnahmeseite oftmals vernachlässigt wird.⁶ Dabei ist zu beachten, dass die Gleichstellung eines von mehreren steuerpolitischen Zielen ist, welche häufig miteinander in Konkurrenz stehen. Von hoher Bedeutung ist hierbei die Aufgabe der Politik, als Sprachrohr der Gesellschaft mögliche Konflikte aufzuzeigen und Prioritäten zu setzen.

Schatzenstaller (2015) hat allgemeine Gleichstellungsziele im Steuerbereich definiert, die sich aus Menschenrechten und unterschiedlichen internationalen und nationalen Vereinbarungen zur Gleichstellung der Geschlechter ableiten lassen:

- Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung,
- Verbesserung der Einkommenschancen von Frauen,
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen,
- gleichmäßigere Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit auf die Geschlechter,
- Berücksichtigung bzw. Abmilderung der ungleichen Primärverteilung von Einkommen und Vermögen zwischen Frauen und Männern durch das Steuer- und Abgabensystem,
- gleicher Zugang zu spezifischen steuerlichen Maßnahmen und Instrumenten.

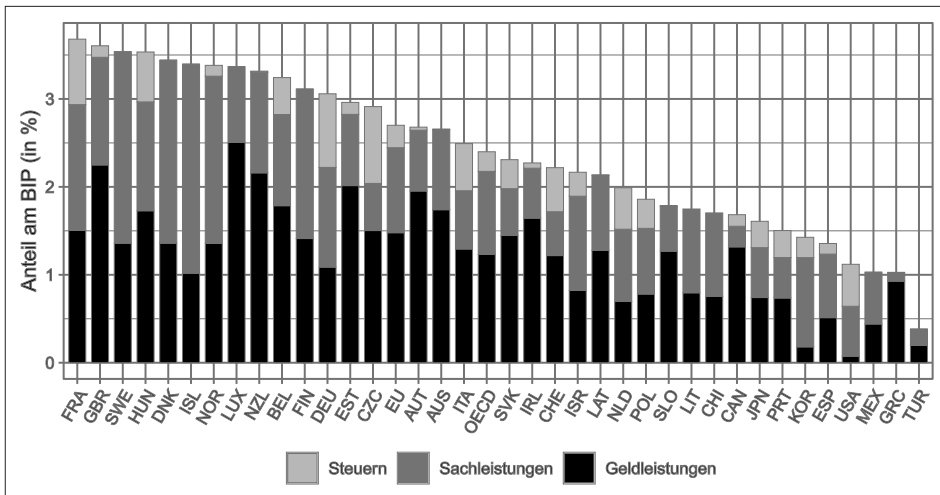
In Österreich besteht eine Vielzahl an unterschiedlichen familienpolitischen Leistungen, welche sich in ihrer Ausgestaltung und Anreizwirkung unterscheiden. Grundsätzlich wird zwischen direkten Familienleistungen, wie beispielsweise der Familienbeihilfe, dem Wochengeld, dem Karenzurlaubsgeld sowie dem Kinderbetreuungsgeld, und unterschiedlichen Sachleistungen, etwa in Form von Kinderbetreuungsplätzen, Freifahrten oder Schulbuchaktionen, unterschieden. Darüber hinaus gibt es noch den Bereich der steuerlichen Familienleistungen, welcher steuerliche Begünstigungen wie etwa den AlleinverdienerInnen- und AlleinerzieherInnenabsetzbetrag, den Unterhaltsabsetzbetrag, den Kinderabsetzbetrag oder den Mehrkindzuschlag umfasst. Zusätzlich bestand bis zum Jahr 2018 die Möglichkeit der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten als außergewöhnliche Belastung und der sog. Kinderfreibetrag. Absetzbeträge und Freibeträge unterscheiden sich dahingehend, dass erstere direkt die Steuerschuld einer Person senken, während bei Freibeträgen die Steuerbemessungsgrundlage reduziert wird und das Ausmaß somit vom jeweiligen Grenzsteuersatz abhängt. Der Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten wurden im Zuge der Reform Familienbonus+ abgeschafft (siehe Kapitel 3).

In Abbildung 1 werden die öffentlichen Ausgaben für Familienleistungen in den Bereichen Geldleistungen, Sachleistungen und Steuern als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) des jeweiligen Landes für das Jahr 2015 (oder das aktuellste verfügbare Jahr) dargestellt. Daher sind in der Abbildung etwaige Änderungen, welche durch die Einführung des Familienbonus+ entstehen, noch nicht berücksichtigt. Österreich befindet sich im internationalen Vergleich mit einem Anteil von 2,68% der gesamten Familienleistungen am BIP im Mittelfeld (EU: 2,7%; OECD: 2,4%). Ähnlich hohe Anteile weisen auch einige österreichische Nachbarstaaten wie etwa Deutschland, Tschechien, Italien, die Slowakei und die Schweiz auf. Ungarn stellt eine Ausnahme dar, da dessen Ausgaben (als Anteil am BIP) relativ hoch sind, wie etwa auch in den nordeuropäischen Ländern, Frankreich und Großbritannien. Dabei ist auffällig, dass der Anteil der Serviceleistungen (welche auch Kinderbetreuungsleistungen beinhalten) im Verhältnis zu den Geldleistungen in Ländern wie Österreich, Deutschland und Tschechien relativ gering ist, während in den nordeuropäischen Ländern ein vergleichsweise hoher Anteil auf Serviceleistungen entfällt. Steuerleistungen spielten in Österreich vor der Einführung des FB+ nur eine marginale Rolle, während diese Art der Familienförderung in anderen Ländern, wie etwa Deutschland, Tschechien und Frankreich, einen höheren Anteil der Familienförderungsmaßnahmen ausmacht.

Wie bereits erwähnt, werden die öffentlichen Familienleistungen in Österreich vorrangig durch monetäre Transfers und vergleichsweise wenig über Sachleistungen organisiert. Besonders gering fallen dabei die Aus-

gaben für frühkindliche Bildung und Betreuungsplätze aus, welche nur 0,5% des BIP ausmachen.⁷ Diese Art der Familienförderung begünstigt, dass oftmals auf informelle Betreuungsformen zurückgegriffen wird und insbesondere Frauen einen Großteil der Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernehmen. Im Gegensatz dazu weisen nordeuropäische Länder, wie etwa Schweden, Finnland oder Dänemark, besonders hohe Ausgaben für die frühkindliche Bildung bzw. Betreuung auf und messen somit Sachleistungen in Form von Kinderbetreuungsleistungen einen höheren Stellenwert zu. In weiterer Folge weisen diese Länder auch besonders hohe Anteile an vollzeitbeschäftigten Frauen auf, während in Ländern wie etwa Österreich und Deutschland ein großer Teil der Frauen teilzeitbeschäftigt ist.⁸

Abbildung 1: Anteil der öffentlichen Ausgaben für Familienförderung am BIP, 2015



Die Abbildung zeigt die öffentlichen Ausgaben für Familienleistungen in den Bereichen Geldleistungen, Sachleistungen und Steuern als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für die Mitgliedsländer der OECD um das Jahr 2015. In Österreich werden (vor Einführung des FB+) insgesamt 2,7% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Familienförderung ausgegeben, wobei knapp unter 2% des BIP auf Geldleistungen, 0,7% des BIP auf Sachleistungen und 0,03% des BIP auf Steuerleistungen im Bereich der öffentlichen Familienförderung entfallen.

Quelle: eigene Berechnung, EU-SILC (2015).

Wie eingangs erwähnt, gilt ein neutrales Steuer- und Transfersystem, welches keine unbeabsichtigten Auswirkungen auf die Entscheidungen der besteuerten Personen hat, als wünschenswert – mit der Ausnahme von dezidiert gewollten und gut begründeten Anreizwirkungen. Im Bereich der Familienpolitik gilt ein Steuer- und Transfersystem als „neutral“, wenn

eine veränderte Verteilung der Erwerbsarbeit zwischen zwei Elternteilen in Familienhaushalten die Steuerschuld und das verfügbare Einkommen (unter der Annahme von gleichen Stundenlöhnen) nicht verändert und somit theoretisch gleiche Anreize für beide Elternteile bestehen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.⁹ Diese Form der Steuergestaltung würde einem familienbasierten Design entsprechen, wie es in einigen europäischen Ländern wie etwa Frankreich, Deutschland oder Polen besteht. Im Rahmen solcher Steuersysteme wird das gemeinsame Einkommen von Paaren als Steuerbemessungsgrundlage herangezogen und mit einem Splittingtarif versteuert, welcher auf Basis beider Einkommen ermittelt wird.¹⁰ Dadurch wird jedoch das Einkommen des/der Geringerverdienenden mit demselben durchschnittlichen Steuersatz versteuert wie jenes des/der Besserverdienenden (das sog. „Ehegattensplitting“).¹¹

Diesem Ansatz liegt die Annahme zugrunde, dass das Einkommen gleichermaßen an alle Personen im Haushalt verteilt wird und es daher keine Rolle spielt, wer im Haushalt das Einkommen bezieht, solange das Haushaltseinkommen gleich hoch bleibt. Statistische Informationen darüber, wie das Haushaltseinkommen zwischen den unterschiedlichen Haushaltsmitgliedern aufgeteilt wird (die sog. Intrahaushaltsverteilung) sind nur spärlich vorhanden, jedoch essenziell für die Analysen von bestimmten Politikmaßnahmen. Eine ausgeprägte Ungleichverteilung des Einkommens im Haushalt kann zu ungewünschten Folgen und Anzeizeffekten führen.¹²

Da insbesondere in Familienhaushalten mitunter hohe Einkommensdifferenzen zwischen den Eltern bestehen, bedarf es einer Prüfung von Politikmaßnahmen in Hinblick auf die eingangs angeführten Ziele im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit.¹³ Zunächst weisen Frauen oftmals nicht nur ein niedrigeres Ausmaß an Erwerbsarbeit (und ein höheres Maß an *Care*-Arbeit) auf als Männer, sondern beziehen in vielen Fällen auch einen geringeren Stundenlohn (der sog. *Gender pay gap*).¹⁴ Da im Rahmen eines familienbasierten, progressiven Steuersystems das Einkommen jener Person mit einem geringeren Stundenlohn höher besteuert wird (oftmals die Frau) als bei einer Individualbesteuerung, werden so die Arbeitsanreize für diese Person (tendenziell) gesenkt.

Darüber hinaus „funktioniert“ ein familienbasiertes Steuersystem nur, solange eine Familie (als Wirtschaftsgemeinschaft) im traditionellen Sinne bestehen bleibt.¹⁵ Bei einer Scheidung kann jedoch eine zu lange Abstinenz oder ein geringes Ausmaß an Erwerbstätigkeit zu Problemen beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und zu einem stark verringerten Lebensseinkommen führen, was wiederum die Pensionsleistungen drastisch schmälert.¹⁶ Zusätzlich können große Unterschiede in der Kontrolle von Ressourcen, wie Einkommen und Vermögen, und die geringe Wertschätzung von *Care*-Arbeit zu Machtungleichverhältnissen bei Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb der Haushalte führen.¹⁷

In Österreich besteht eine Individualbesteuerung, welche grundsätzlich eine gleichere Verteilung des Erwerbseinkommens im Haushalt begünstigt. Dies garantiert jedoch noch kein gleichstellungsgerechtes Steuersystem, da dennoch einige haushalts- bzw. familienbezogene Elemente bestehen, welche etwa zwischen den Partnern verschoben werden können (wie etwa der AlleinverdienerInnenabsetzbetrag). Dabei wird bei einem Eintritt der/des Partnerin/Partners in den Arbeitsmarkt der Einkommensgewinn für den Haushalt zunächst geschmälert, da etwaige Steuerbegünstigungen wegfallen.¹⁸ Manche steuerlichen Begünstigungen für Familien beinhalten jedoch auch Elemente, die Anreize dafür schaffen sollen, dass beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen, wie etwa der nun abgeschaffte Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten (siehe Kapitel 3.1). Grundsätzlich können steuerliche Begünstigungen Arbeitsanreize für bestimmte Personengruppen beeinflussen. Die Entscheidung, einer Erwerbsarbeit nachzugehen (*extensive margin*), bzw. deren Ausmaß (*intensive margin*) hängt jedoch nicht nur von den Anreizen des Steuer- und Transfersystems ab, sondern etwa auch vom Alter der Kinder und den Kosten, der Qualität und der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen.¹⁹

3. Ausgestaltung und Modellierung des FamilienbonusPlus

Im folgenden Abschnitt werden die Ausgestaltung des Familienbonus+ und jene Maßnahmen, welche für den Zweck der Gegenfinanzierung abgeschafft wurden, vorgestellt und ausgewählte Diskussionspunkte der politischen Debatten zu diesem Thema aufgezeigt. In einem weiteren Schritt folgen Ausführungen darüber, wie die Auswirkungen des FB+ im Rahmen eines Mikrosimulationsmodelles modelliert und analysiert werden und welche Datengrundlage dafür herangezogen wird.

3.1 Die Reform

Der Familienbonus+ kann erstmalig für das Jahr 2019 geltend gemacht werden und umfasst die Einführung eines Absetzbetrages in der Höhe von bis zu maximal 1.500 € pro Jahr für Kinder unter 18 Jahren und bis zu 500 € pro Jahr für Kinder über 18 Jahren (und max. 24 Jahren), für die ein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht. Steuerliche Absetzbeträge werden von der Einkommensteuerschuld einer Person direkt abgezogen und führen so zu einer finanziellen Entlastung des/der SteuerzahlerIn in der Höhe des Absetzbetrages, wenn diese über ein entsprechend hohes Einkommen verfügt. Im Gegensatz zu steuerlichen Freibeträgen, welche das zu versteuernde Einkommen (bzw. die Steuerbemessungsgrundlage) ver-

mindern, ist der tatsächlich realisierte Entlastungsbetrag somit unabhängig vom anzuwendenden Grenzsteuersatz. Da im Rahmen des FB+ jedoch keine Negativsteuer vorgesehen ist, wirkt sich dieser dennoch in unterschiedlichem Ausmaß auf die konkrete finanzielle Situation der Familien aus, da die realisierte Steuerentlastung von der Höhe des Einkommens der Eltern abhängt.

Zusätzlich zu diesem Absetzbetrag erfolgt eine Steuererstattung („Kinderermehrtrag“) von bis zu 250 € pro Kind für AlleinverdienerInnen und AlleinerzieherInnen, deren Tarifsteuer vor Berücksichtigung aller Absetzbeträge weniger als 250 € beträgt und welche keine ganzjährigen Sozialleistungen wie etwa Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Mindestsicherung beziehen. Dies betrifft auch jene Personen, die eine ergänzende Mindestsicherungsleistung beziehen und so etwa ein zu niedriges Einkommen aufstocken. Die Höhe des Kinderermehrtrages resultiert aus der Differenz zwischen der Einkommensteuerschuld einer Person gemäß EStG § 33 (1) (vor Abzug aller Absetzbeträge) und 250 €.

Tabelle 1: Familienbonus+ für Kinder unter 18 Jahren

Brutto in € (Monat)	Brutto in € (Jahr)	Steuer in € (Jahr)	1 Kind in €	2 Kinder in €	3 Kinder in €
3.000	42.000	5.561	1.500	3.000	4.500
2.215	31.010	2.783	1.500	3.000	3.000
1.708	23.912	1.237	1.500	1.500	1.500
1.500	21.000	739	1.022	1.022	1.022
1.200	16.800	86	258	258	258
<1.100	15.400	76	0	0	0
Kinderermehrtrag			250	500	750

Die Tabelle zeigt die Höhe des FB+, die Erwerbstätige in Abhängigkeit ihres Einkommens und der Anzahl der Kinder laut dem Brutto-Netto-Rechner des BMF geltend machen können. Wenn eine Person 1.708 € pro Monat bzw. 23.912 € pro Jahr Brutto verdient, weist diese in etwa eine Steuerschuld von 1.237 € pro Jahr auf. Laut Brutto-Netto-Rechner des BMF würde diese Person voll von dem Absetzbetrag des FB+ in der Höhe von 1.500 € profitieren, wenn diese ein Kind (unter 18 Jahren) hat. Die Differenz zwischen dem Bruttoeinkommen ohne FB+ und jenem mit FB+ (berechnet mittels BMF-Rechner) ergibt jedoch kein „zusätzliches Nettoeinkommen“²⁰ von 1.500 €. Wenn diese Person mehr als ein Kind (unter 18 Jahren) hat kann sie, aufgrund der geringen Steuerschuld, dennoch nicht mehr profitieren.

Quellen: BMF (2018), BMF (2019).²¹

Zeitgleich wurden der Kinderfreibetrag und die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten (bis zum 10. Lebensjahr) abgeschafft. Der Kinderfreibetrag betrug max. 440 € pro Kind und Jahr bei Inanspruchnahme eines Elternteiles und max. 300 € pro Kind, Elternteil und Jahr bei Inanspruchnahme beider Elternteile. Dieses Steuerdesign bot Anreize, dass

beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen, da dadurch der maximale Freibetrag von 440 € auf 600 € erhöht werden konnte. Kinderbetreuungskosten konnten darüber hinaus als außergewöhnliche Belastungen bis zu einer Höhe von 2.300 € pro Kind und Jahr abgesetzt werden, wenn diese in einer institutionellen Einrichtung oder durch pädagogisch qualifizierte Personen betreut wurden.

Darüber hinaus wird für Kinder, die ihren ständigen Aufenthalt in sonstigen Staaten der EU, des EWR oder der Schweiz haben, eine Indexierung des FB+ und des Kindermehrbetrages an das Preisniveau des jeweiligen Landes vorgenommen. Für jene, die in Drittländern wohnen, besteht kein Anspruch auf den Familienbonus+ oder den Kindermehrbetrag.²²

3.2 Politische Debatten

Die mediale Präsentation des Familienbonus+ im Jahr 2018 wurde von politischen, aber auch von feministischen und ökonomischen Akteuren kontrovers kommentiert. Während die damalige Bundesregierung (ÖVP-FPÖ) die vermeintlichen Vorteile der neuen Familienförderungsmaßnahme hervorhob, gab es von unterschiedlichen Seiten teilweise auch starke Kritik an der vorgeschlagenen Gesetzesänderung. Insbesondere die angekündigten Auswirkungen des FB+ in Bezug auf die Anreizwirkungen für Eltern und die Gleichbehandlung aller Kinder sind bis heute Gegenstand der politischen Diskussion.

Ein Beispiel dafür, wie der Familienbonus+ seitens PolitikerInnen der ÖVP und FPÖ häufig dargestellt wurde, bietet ein Auszug der Rede von Sabine Binder (FPÖ-Abgeordnete des oberösterreichischen Landtags) bei der 32. oberösterreichischen Landtagssitzung im Dezember 2018:

„[...] Aufgabe einer modernen Familienpolitik ist es, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Nur so kann Familienleben ermöglicht und gefördert werden. Dazu gehören Steuererleichterungen, wie zum Beispiel der Familienbonus Plus, der ab 1. Jänner 2019 in Kraft tritt. [...] Von der Einführung dieses Bonus profitieren Familien mit mittleren und unteren Einkommen. Ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von ca. 1.700 Euro kann eine Familie mit Kind bereits den vollen Bonus ausschöpfen. In Oberösterreich werden davon in etwa 255.000 Familien profitieren. Der Familienbonus Plus ist die größte steuerliche Entlastung für Kinder in der Geschichte.“²³

Mehrere Punkte dieser Stellungnahme, welche von festgehaltenen Zielsetzungen des Familienbonus+ im Ministerialentwurf²⁴ abgeleitet sind, stehen bis heute in der Kritik. Besonders die Tatsache, dass Familien aus unteren Einkommensschichten davon profitieren, wurde kontroversiell diskutiert, da sich das Ergebnis je nach Wahl der Grundgesamtheit unterscheidet. Berücksichtigt man nur jene Familien, die mit zumindest 1 € pro Jahr vom FB+ profitieren, zeigt sich, dass die unteren und mittleren Ein-

kommensdezile am meisten profitieren.²⁵ Bei diesem Ansatz werden jedoch alle Haushalte, die aufgrund eines zu geringen Einkommens nicht profitieren können, ausgeschlossen. Wenn man jedoch alle Haushalte, die Familienbeihilfe beziehen und somit potenziell anspruchsberechtigt wären, als Grundgesamtheit heranzieht, zeigt sich, dass insbesondere die mittleren bis hohen Einkommensgruppen von der Einführung des FB+ profitieren.²⁶ Darüber hinaus kann, wie auch schon zuvor beim Brutto-Netto-Rechner des BMF angemerkt und später gezeigt wird, kein Elternteil das Jahresnettoeinkommen um die vollen 1.500 € erhöhen, auch nicht ab einem Bruttoeinkommen von 1.700 € monatlich. Hierbei wurde die Reduzierung des Einkommens durch die vorgenommenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht berücksichtigt.

Zusätzlich wurde bei der Diskussion um den FB+ oft kritisiert, dass nicht jedes Kind im gleichem Ausmaß profitieren kann. Die SPÖ stellt in ihrem Gegenentwurf des Familienbonus Neu²⁷ vor allem die Tatsache in den Mittelpunkt, dass Kinder, deren Eltern nicht über der Steuerfreigrenze verdienen (und keinen Mehrkindzuschlag geltend machen können), gar nichts von der Gesetzesänderung haben, was immerhin 150.000 Kinder betrifft.

In einer Broschüre des ÖVP-Klubs heißt es hingegen dazu:

„Erwerbstätige Eltern leisten einen mehrfachen Beitrag für unsere Gesellschaft. [...] Gleichzeitig sichern sie durch die Kindererziehung die Zukunft des Landes und unterstützen wesentlich die Finanzierung des Gemeinwesens und unseres Sozialsystems. Mit dem Familienbonus Plus wollen wir deswegen gerade sie entlasten und ihnen die Anerkennung geben, die sie verdienen. Wer arbeitet, soll wieder mehr zum Leben haben.“²⁸

Demnach sollen insbesondere leistungsstarke Familien, im Sinne einer aktiven Erwerbsarbeit beider Eltern, vom Familienbonus+ profitieren. Die implizite Annahme dabei ist, dass der Nutzen der Familien aus der Steuererleichterung durch gesteigertes Nettoeinkommen maximiert werden soll (je mehr gearbeitet wird, desto mehr ist absetzbar) und zudem höher als der Substitutionseffekt durch Freizeit ist (da sich der relative Preis von Freizeit ändert). A priori sind die Effekte auf das Arbeitsangebot allerdings nicht eindeutig. Somit ist die Effizienz dieser Maßnahme zur Zielerreichung der Ausweitung der Arbeitszeit fragwürdig. Dennoch werden im Rahmen des nationalen Reformprogramms des Bundeskanzleramtes und des Ministerialentwurfs des BMF zum FB+ die Arbeitsanreizeffekte (vor allem für Frauen) als eindeutig positiv beschrieben:

„Positive Effekte für die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen können auch von der im Regierungsprogramm angekündigten Tarifreform erwartet werden. [...] Durch die Einführung des Familienbonus Plus werden zusätzliche Beschäftigungsanreize gesetzt, indem die jährliche Steuerlast pro Kind um bis zu 1.500 Euro gesenkt wird. [...] Durch die Möglichkeit der Aufteilung auf

beide Eltern können insbesondere auch die Einkommen erwerbstätiger Mütter steuerlich entlastet bzw. ggf. auch steuerfrei gestellt werden.“²⁹

„[...] Die das Gleichstellungsziel unterstützende Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten und der beim Kinderfreibetrag vorgesehene Splittingvorteil fallen künftig weg. Demgegenüber steht der Familienbonus unabhängig davon voll zu, ob beide Elternteile erwerbstätig sind. Gleichzeitig verschiebt sich die Grenze für den Steuerfreibetrag pro Kind um 3.000 Euro nach oben, wenn die Eltern den Familienbonus aufteilen. Dadurch können, vor allem für Frauen, Anreize gesetzt werden, das Einkommen zu erhöhen und damit eine bessere ökonomische Absicherung zu erhalten.“³⁰

Bei der Maßnahme FB+ handelt es sich um eine familienbasierte Steuerleistung. Das bedeutet, dass die Höhe des Absetzbetrages unabhängig davon ist, wer die Steuererleichterung nutzt bzw. ob diese von einem oder zwei Elternteilen in Anspruch genommen wird (im Gegensatz zum abgeschafften Kinderfreibetrag). Dies kann in Paarhaushalten zu verringerten Arbeitsanreizen für jene Person im Haushalt führen, die weniger verdient (oftmals die Frau), und zu erhöhten Anreizen für die Besser- bzw. AlleinverdienerInnen (oftmals der Mann).³¹ Theoretisch sind durch den FB+ positive Arbeitsanreize für alleinerziehende Personen denkbar. Insbesondere für diese Personengruppe (und jene der vollzeitbeschäftigten Paare) ist jedoch oftmals die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen ausschlaggebend bei der Entscheidung, einer Erwerbsarbeit nachzugehen oder diese auszuweiten.³² Laut der internationalen Literatur in diesem Bereich sind Arbeitsangebotsänderungen durch steuerliche Begünstigen generell nur sehr marginal ausgeprägt, da andere Faktoren (wie etwa das Alter der Kinder und die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen) eine wichtigere Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen.³³ Tendenziell ist zu beobachten, dass je höher das Einkommen einer Person oder eines Haushaltes ist, desto kleiner die Wirkung von Steuerbegünstigungen ausfällt.³⁴ Aus diesem Grund wäre ein Fokus der steuerlichen Begünstigungen auf GeringverdienerInnen und der Ausbau von qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen sinnvoll(er), wenn wirksame Arbeitsanreize im Vordergrund stehen sollen.

3.3 Mikrosimulation

Um die Auswirkungen des Familienbonus+ besser abschätzen zu können, wurde mithilfe des Mikrosimulationsmodells EUROMOD eine Ex-ante-Evaluierung dieser Maßnahme durchgeführt. Dieses Modell basiert auf dem Datensatz EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) und ermöglicht die Berechnung des verfügbaren Einkommens von Haushalten und Individuen unter der Berücksichtigung des jeweiligen Steuer- und Transfersystems. Die methodische Anpassung bestehender Regelungen ermöglicht im Rahmen dieses Modells die Ab-

schätzung direkter Auswirkungen einer Reform auf das Einkommen der privaten Haushalte und die Kosten bzw. Einsparungen des öffentlichen Budgets. Für diese Arbeit wurde der EU-SILC-Datensatz des Jahres 2015 verwendet und mithilfe verschiedener Maßzahlen, wie etwa den durchschnittlichen Wachstumsraten von Einkommen und sozialen Transfers, für das Jahr 2017 angepasst. Darüber hinaus wurden die steuerlichen Regelungen des Jahres 2017 angewandt, um Politikänderungen in den letzten Jahren zu berücksichtigen.

Für die Simulation des Familienbonus+ wurden darüber hinaus die steuerlichen Familienleistungen für Österreich entsprechend angepasst. Zunächst wurden der Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten abgeschafft. Da jedoch Letztere im Rahmen des Standard-Mikrosimulationsmodells nicht berücksichtigt wird, wurde diese mithilfe des EU-SILC-Kinderfragebogens 2015, welcher u. a. Informationen über die Inanspruchnahme und die Kosten von Kinderbetreuung enthält, ergänzt. Da die Informationen über die Kinderbetreuungskosten nur auf Haushaltsebene zur Verfügung stehen, wurde der Freibetrag dem Elternteil mit dem höchsten Einkommen zugerechnet, da dieser (aufgrund des höheren Grenzsteuersatzes) am meisten von der Steuerbegünstigung profitiert.

Zusätzlich wurden der Kindermehrbetrag und der Absetzbetrag Familienbonus+ implementiert. Für die Aufteilung des Absetzbetrags innerhalb des Haushalts wurde die Annahme getroffen, dass diese immer optimal erfolgt und 50:50 aufgeteilt wird, wenn beide Elternteile die Hälfte der gesamten Steuererleichterung nutzen können (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Angenommene Regeln der optimalen Aufteilung des FB+ in Haushalten mit zwei Elternteilen

Verhältnis: Individuelle Steuerschuld - FB+		
Elternteil 1	Elternteil 2	Optimale Aufteilung
>0% und <100%	0%	100:0
>0% und <50%	>0% und <50%	
≥50%	>50%	50:50
≥100%	>0% und <50%	100:0
≥50% und <100%	<50%	50:50*

*Nur wenn Einkommensteuerschuld Elternteil 1 – Einkommensteuerschuld Elternteil 2 ≤ 50%, ansonsten 100:0.

Die Tabelle zeigt die optimale Aufteilung des FB+ zwischen Eltern nach Abhängigkeit ihrer individuellen Einkommenshöhe. Wenn das Verhältnis zwischen der individuellen Steuerschuld und dem FB+ von Elternteil 1 zwischen 0% und 100% liegt und dieses Verhältnis bei Elternteil 2 0% beträgt, wird Elternteil 1 100% des FB+ beziehen. Wenn das Verhältnis zwischen Steuerschuld und FB+ jedoch bei beiden Elternteilen über 50% liegt wird der Betrag zwischen beiden Elternteilen 50:50 geteilt.

Quelle: Fink & Rocha-Akis (2018).

Da keine Informationen über den dauerhaften Wohnort des Kindes im Datensatz enthalten sind, konnte die Indexierung des Familienbonus+ nicht simuliert werden.

Als alternative Ausgestaltungsmöglichkeit des FB+ wird der medial diskutierte „Familienbonus+ Neu“ der SPÖ (im Folgenden als FB++ abgekürzt) evaluiert. Der Ausschöpfungsgrad pro Kind soll durch die Negativsteuerwirksamkeit des FB+ gesteigert werden. Die Gegenfinanzierungsmaßnahmen werden beibehalten und der FB++ gleichermaßen zwischen den Eltern aufgeteilt. In der öffentlichen Diskussion wurde dabei das Argument „Alle Kinder sind gleich viel wert“ in den Vordergrund gestellt, da schon im Entwurf des FB+ feststand, dass Kinder, deren Eltern zu wenig verdienen (keine Steuern zahlen), nicht vom FB+ entlastet werden.

4. Auswirkungen des Familienbonus+

Die Einführung des Familienbonus+ und des Kindermehrbetrags führen zu Kosten von ca. 1,8 Mrd. € pro Jahr, wobei 1,7 Mrd. € durch den neuen Absetzbetrag und 47 Mio. € durch den Kindermehrbetrag für AlleinerzieherInnen und AlleinverdienerInnen entstehen. Durch die Abschaffung des Kinderfreibetrags und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten werden jährlich ca. 407 Mio. € eingespart, wobei rund 265 Mio. € auf den Kinderfreibetrag und 142 Mio. € auf die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten entfallen. Dies führt zu Gesamtkosten von ca. 1,4 Mrd. € pro Jahr.

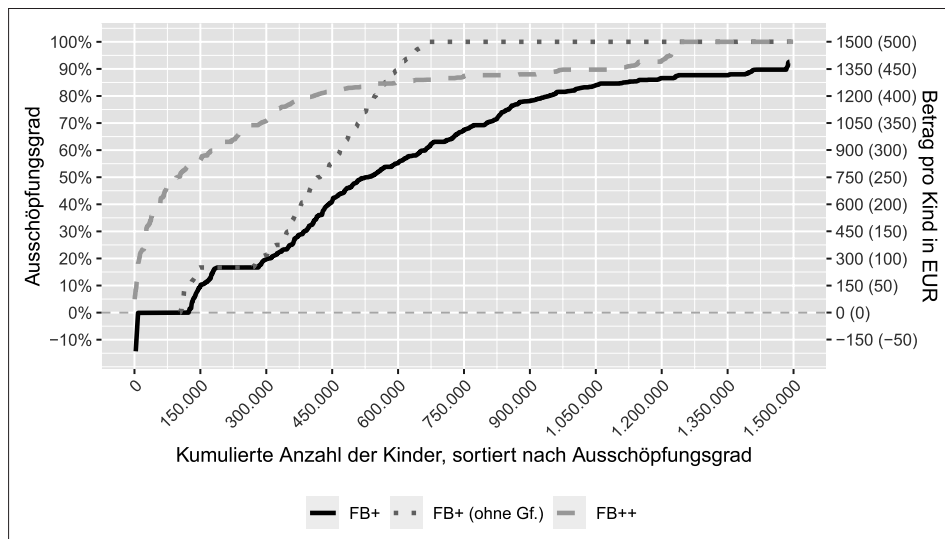
Durch die Reform sind in etwa eine Million Haushalte bzw. 27% aller österreichischen Haushalte betroffen. Ihr verfügbares Haushaltseinkommen steigt durch die Reform durchschnittlich um 96 € pro Monat. Um jedoch abschätzen zu können, welche Haushalte besonders von diesen Steuererleichterungen profitieren, wurde die Ausschöpfung des FB+ nach Erwerbsstruktur, Geschlecht, Alter, Bildung und Gemeindegröße genauer analysiert.

4.1 Ausschöpfung pro Kind

In Abbildung 2 wird die Verteilungsfunktion des Ausschöpfungsgrades pro Kind dargestellt. Die Ausschöpfung wird dabei durch die Relation der effektiven Änderung der Nettoeinkommen im Haushalt zu dem von der Anzahl und dem Alter der Kinder abhängigen maximalen Familienbonus+ berechnet. Für Familien mit mehreren Kindern wird durch diesen Berechnungsweg jedem Kind im Haushalt der gleiche Ausschöpfungsgrad zugewiesen.

Die Kinder der anspruchsberechtigten Haushalte (27% aller Haushalte) sind hier auf der Abszisse kumuliert dargestellt, in Abhängigkeit zum Ausschöpfungsgrad (in Prozent und Euro), der pro Kind tatsächlich geleistet wird (auf den Ordinaten). Ein Lesebeispiel: Rund die Hälfte der Kinder

Abbildung 2: Ausschöpfung pro Kind bei den Maßnahmen FB+ und FB++



Die Abbildung zeigt die Verteilung des Ausschöpfungsgrades der Maßnahmen FB+ und FB++. Knapp unter 150.000 Kinder profitieren nicht vom FB+, bei insgesamt 300.000 Kindern beträgt der Ausschöpfungsgrad 20% oder weniger. Bei der Version FB++ erreicht der Ausschöpfungsgrad nach 300.000 Kindern mit geringerer Ausschöpfung hingegen schon 70%. Der Vergleich des FB+ mit einer Version ohne Gegenfinanzierung zeigt, dass hier mehr als die Hälfte der Kinder (ca. 800.000) tatsächlich im vollen Umfang von dem neuen Absatzbetrag profitieren würden.

Quelle: eigene Berechnung, EU-SILC (2015).

(knapp unter 750.000) erhält „weniger“ als 65% des vollen Absatzbetrags (975 € bzw. 325 € wenn über 18 Jahre). Die schwarze Linie stellt den Ausschöpfungsgrad des FB+ dar, die strichlierte Linie eine alternative Steuer Variante des FB+ (Familienbonus Neu) und die gepunktete Linie den FB+ ohne Abschaffung der Gegenfinanzierungsmaßnahmen (Kinderfreibetrag und Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten als außergewöhnliche Belastungen).

Der Umstand, dass fast keinem Kind der Familienbonus+ voll zusteht, steht im potenziellen Widerspruch zu dem öffentlich diskutierten Argument: „Der Familienbonus+ bringt 1.500 Euro pro Jahr pro Kind“. Diese Aussage suggeriert, dass zumindest für einige Kinder das verfügbare Haushaltseinkommen durch den Familienbonus+ um 1.500 € erhöht wird (solange die Eltern genug verdienen). Genauer verweist das Bundesministerium für Finanzen darauf, dass der FB+ für ein Kind ab einem Bruttomonatseinkommen von 1.700 € vollständig ausgenutzt wird. Wie in der Grafik durch die schwarze Linie ersichtlich wird, ist dies nicht der Fall. Neben knapp 150.000 Kindern, die gar nicht vom Familienbonus+ profitieren

(linker Rand der Grafik), sind es weitere 935.000 (54%), die weniger als 80% des Bonus erhalten. Die Ausschöpfungsquote bleibt für fast alle Kinder unter 90%.

Warum ist dies so? Entgegen dem Argument, dass besonders leistungsstarke Familien den FB+ ganz ausschöpfen können, scheint es der Fall zu sein, dass einige Familien in Relation zur Anzahl der Kinder „zu wenig“ verdienen, um den vollen Absetzbetrag pro Kind ausnutzen zu können. Andererseits fällt durch die gleichzeitige Abschaffung des Kinderfreibetrags und der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten (die sog. „Gegenfinanzierung“) ein Teil des verfügbaren Einkommens jener Personen mit einer positiven Steuerleistung weg. Daher verfügt keine Person durch die Einführung des FB+ über ein 1.500 € höheres Einkommen. Die schwarz-gepunktete Linie zeigt zusätzlich ein alternatives Szenario, ohne Entfall der Freibeträge. Die Entlastung von Familien würde im Gegensatz zum FB+ deutlich steigen, mehr als die Hälfte aller Kinder könnte den FB+ voll ausschöpfen.

In der alternativen Erweiterung „Familienbonus Neu“ (FB++), in der Grafik als strichlierte Linie erkennbar, profitieren vor allem jene Kinder deutlich mehr, deren Eltern ein geringes Einkommen aufweisen. Im rechten oberen Rand ist die Anzahl erkennbar, die durch die Negativsteuer den vollen Betrag des FB+ ausschöpfen können. Rund 300.000 Kinder sind davon betroffen. Da im Gegenzug der Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten abgeschafft wurde, profitieren dennoch nicht alle Familien im vollen Ausmaß von dieser Maßnahme. Insbesondere der Kinderfreibetrag spielt eine bedeutende Rolle, da ohne Wegfall dieses Freibetrags 78% der Kinder den vollen FB++ von 1.500 € ausschöpfen könnten. Die Differenz zwischen der schwarzen und der strichlierten Ausschöpfungskurve beschreibt demnach die Masse an Familien, die ein zu geringes Einkommen aufweisen, um den Familienbonus+ voll auszunutzen. Im politischen Diskurs wird dies jedoch nicht klar kommuniziert und steht somit im Widerspruch zu den suggerierten Zielerreichungen.

Jene Familien die vom Familienbonus+ am meisten profitieren können, gehören insbesondere den mittleren (bis hohen) Einkommensgruppen an, nicht aber speziell den niedrigen Einkommensschichten (siehe Kapitel 3.2.). Diese Einkommen sind zu gering um maßgebliche steuerliche Effekte zu erzielen. Lediglich die Einführung des Kindermehrbetrages für Alleinverdienende und Alleinerziehende wirkt sich positiv auf das verfügbare Einkommen geringverdienender Personen aus.

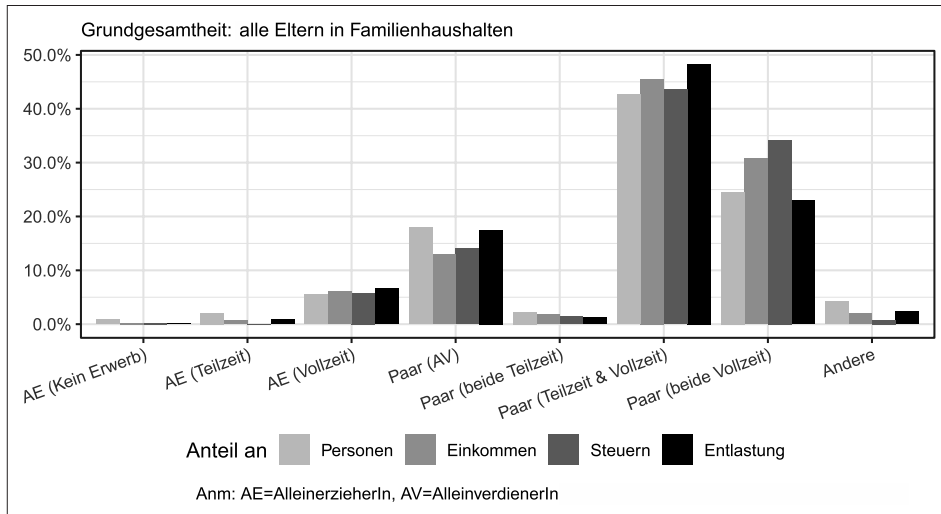
4.2 Anteil der Entlastung nach Erwerbsstruktur

In Abbildung 3 wird der Anteil der Entlastung durch den FB+ nach der Haushalts- bzw. Erwerbsstruktur einer Familie aufgezeigt. Hierbei wurden

nur Eltern in Haushalten mit Kindern berücksichtigt, welche Anspruch auf Familienbeihilfe aufweisen (im Folgenden als Familienhaushalte bezeichnet). Die Grafik zeigt, welchen Anteil die unterschiedlichen Haushaltstypen in Bezug auf die Anzahl der Personen, das Einkommen, die Steuerleistung und die Entlastung durch den FB+ ausmachen, wobei die Grundgesamtheit aus allen Eltern in Familienhaushalten besteht. Unterschieden wird zwischen Alleinerziehenden, welche keiner Erwerbsarbeit nachgehen, teilzeitbeschäftigt sind oder Vollzeit arbeiten, und Paarhaushalten, in welchen beide Personen Teilzeit arbeiten, ein Elternteil Teilzeit und der/die Partner/in vollzeitbeschäftigt ist, und jenen Haushalten, in denen beide Elternteile Vollzeit arbeiten. Darüber hinaus wird die Kategorie „andere“ angeführt, welche alle Haushaltstypen umfasst, die diesen Kategorien nicht entsprechen.

Es zeigt sich zunächst, dass Haushalte, in denen ein Elternteil Vollzeit (zumeist der Mann) und ein Elternteil Teilzeit oder gar nicht arbeitet (zumeist die Frau), überproportional im Verhältnis zu ihrer Steuerleistung von den Begünstigungen durch den FB+ profitieren, während Haushalte, in denen beide Elternteile Vollzeit arbeiten nur verhältnismäßig wenig entlastet werden. Dafür gibt es mehrere Gründe: Einerseits leben in Haushalten mit vollzeibesetzten Eltern eher ältere Kinder, welchen ein geringerer Absetzbetrag (von max. 500 €) zusteht. Andererseits konnten diesbezügliche Haushalte vor der Reform besonders von der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten und dem Kinderfreibetrag profitieren. Die unterproportionale Entlastung von vollzeitbeschäftigten Eltern widerspricht dem im Ministerialentwurf angegebenen Ziel, insbesondere „leistungsstarke“ Familien entlasten und Arbeitsanreize für Frauen setzen zu wollen.³⁵ Die überproportionale Förderung von Haushalten mit Vollzeit-Teilzeit-Aufteilung bzw. von AlleinverdienerInnen lässt aufgrund der Verschiebbarkeit der Steuerbegünstigungen (d. h. es spielt keine Rolle, wer im Haushalt den FB+ bezieht) weder eine Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung (*extensive margin*) noch eine Arbeitszeiterhöhung von Frauen in Paarhaushalten (*intensive margin*) vermuten und widerspricht somit dem allgemeinen Gleichstellungsziel (und dem angeführten Ziel im Ministerialentwurf) die Frauenerwerbsbeteiligung in Österreich zu erhöhen. Einzig für die Gruppe der erwerbstätigen AlleinerzieherInnen wären positive Anreizeffekte denkbar, wenn ausreichend (leistbare und qualitativ hochwertige) Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen (siehe auch Kapitel 3.2). Dennoch gilt zu beachten, dass nicht erwerbstätige AlleinerzieherInnen (oder jene, die ihr Einkommen durch die Mindestsicherung aufstocken) nicht von dem eingeführten Kindermehrbetrag profitieren können, da jene Personen, welche ganzjährig Transfers, wie etwa Mindestsicherung oder Arbeitslosengeld, beziehen (und somit besonders armutsgefährdet wären), von dieser Leistung ausgeschlossen werden.

Abbildung 3: Anteil der Entlastung durch den FB+ nach Erwerbsstruktur

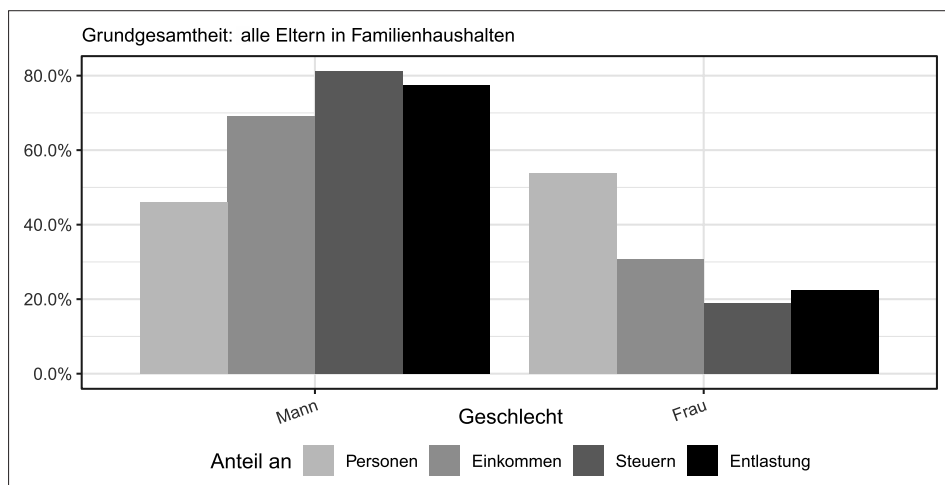


Diese Abbildung zeigt die Auswirkungen des FB+ für Eltern mit Anspruch auf Familienbeihilfe (Familienhaushalte) nach Erwerbsstruktur. 24,6% aller Eltern in Familienhaushalten leben in Haushalten, wo beide Elternteile Vollzeit arbeiten. Deren Einkommen macht in etwa 30,7% des Gesamteinkommens (aller Eltern in Familienhaushalten) aus. Die Steuerleistung dieser Personen liegt bei 34,2% der gesamten Steuerleistung und die Entlastung dieser Gruppe durch den FB+ liegt bei 23,0% der Gesamtentlastung.

Quelle: eigene Berechnung, EU-SILC (2015).

4.3 Anteil der Entlastung nach Geschlecht

Abbildung 4 zeigt den Anteil der Entlastung durch die Reform nach Geschlecht und deren Anteil in Hinblick auf die Anzahl der Personen, das Einkommen, die Steuerleistung und die Entlastung durch den FB+, wobei alle Eltern, deren Kinder Familienbeihilfe beziehen, als Grundgesamtheit dienen. Zunächst erkennt man, dass Männer in Familienhaushalten ca. 40%-punkte mehr Einkommen aufweisen als Frauen und somit auch einen höheren Anteil der Steuerleistung erbringen. Zum einen spricht dies prinzipiell positiv für das funktionierende Leistungsprinzip der Einkommensbesteuerung: Wer mehr „leisten“ kann, übernimmt einen größeren Anteil der Steuerlast. Infolgedessen profitieren Männer auch mehr als dreimal so viel wie Frauen von der Einführung des FB+. Wer höhere Steuern bezahlt, kann mehr absetzen. Andererseits spiegelt diese Tendenz in Familienhaushalten ein bekanntes Muster wieder, nämlich, dass in Österreich primär Frauen weniger arbeiten, meist um Pflege- und Betreuungsaufgaben zu übernehmen, insbesondere auch für Kinder. Es gilt jedoch zu beachten, dass Frauen überproportional zu ihrer Steuerleistung entlastet werden, da durch die

Abbildung 4: Anteil der Entlastung durch den FB+ nach Geschlecht

Diese Abbildung zeigt die Auswirkungen des FB+ für Eltern mit Anspruch auf Familienbeihilfe (Familienhaushalte) nach Geschlecht. 46,1% aller Eltern in Familienhaushalten sind männlich und 53,9% sind weiblich. Das Einkommen der männlichen Elternteile macht 70,2% des Gesamteinkommens (aller Eltern in Familienhaushalten) aus und deren Steuerleistung liegt bei 81,2% der gesamten Steuerleistung. Die Entlastung der männlichen Elternteile durch den FB+ liegt bei 77,6% der Gesamtentlastung.

Quelle: eigene Berechnung, EU-SILC (2015).

Splitting-Option des FB+ die Möglichkeit besteht, dass Frauen im Verhältnis zu ihrem meist geringeren Einkommen mehr profitieren. Dies ist prinzipiell positiv zu beurteilen. Dennoch handelt es sich bei dieser Maßnahme nicht um ein geschlechtergerechtes Steuerdesign, da die ungleiche Primärverteilung der Einkommen zwischen den Geschlechtern nur unzulänglich berücksichtigt wird. Die durchwegs positiven Effekte des Splitting-Modells des – mittlerweile gestrichenen – Kinderfreibetrags (höherer Steuerfreibetrag, wenn beide Eltern arbeiten gehen) wurden beispielsweise nicht übernommen.

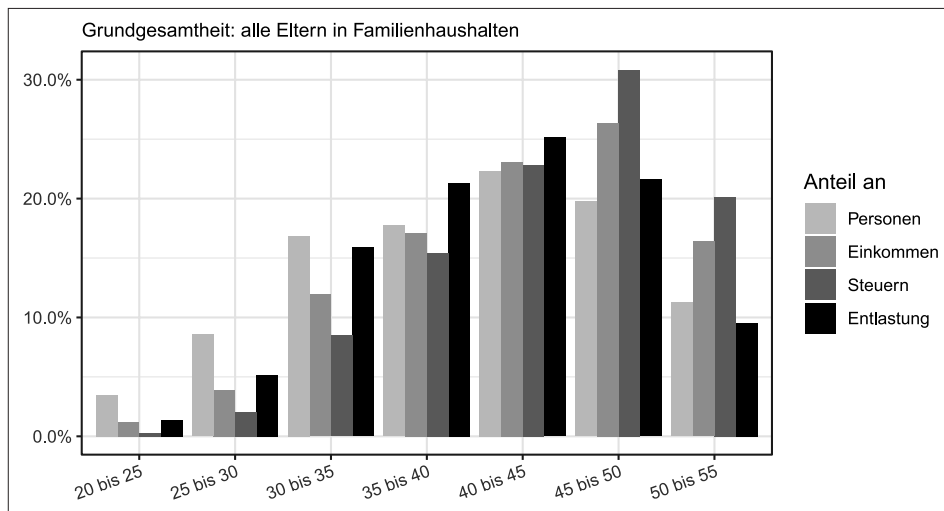
Zusätzlich muss erwähnt werden, dass der Familienbonus+ auf der Annahme der Gleichverteilung und Gleichberechtigung der Eltern im Haushalt beruht. Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt wird, ist dies keine Selbstverständlichkeit.³⁶ Besonders bei rechtlichen Fragestellungen wird schnell klar, dass die „gerechte Aufteilung“ der Familienförderung kompliziert wird, sobald die Familienstruktur auf Haushaltsebene nicht mehr unidimensional und harmonisch ist. Bei getrennt lebenden Elternteilen spielt beispielsweise der Familienbonus+ für die Unterhaltsbemessungsgrundlage bzw. die nachträgliche Beanspruchbarkeit des FB+ eine Rolle. Im Falle, dass der/die UnterhaltszahlerIn für das volle Jahr Unterhalt bezahlt (Unterhaltsabsetzbetrag geltend machen kann), ist er/sie auch zur Hälfte

des vollen FB+ anspruchsberechtigt. Der/die UnterhaltszahlerIn kann ihren Anspruch auf den FB+ jedoch fünf Jahre rückwirkend mittels der ArbeitnehmerInnenveranlagung geltend machen. Sollte in dieser Zeit der andere Elternteil den vollen Bezug beansprucht haben, muss von diesem Elternteil eine Rückzahlung erfolgen. Darüber hinaus ist nicht ausreichend rechtlich geklärt, in welchem Ausmaß der Familienbonus+ die Unterhaltsbemessungsgrundlage beeinflusst (welche Höhe von Alimenten und/oder des FB wirkend werden) und welche steuerrechtlichen Taktiken, besonders in schwierigen Beziehungsverhältnissen, daraus entstehen. In schwierigen Fällen sollte daher jedenfalls nur die Hälfte des FB+ vorab beansprucht werden. Was hierbei veranschaulicht wird, ist die durchaus komplizierte rechtliche Ausgestaltung, wenn die bezugsfähigen Personen auf Individual- und Haushaltsebene nicht gleichberechtigt agieren.

4.4 Anteil der Entlastung nach Altersgruppen

In Abbildung 5 werden die Auswirkungen des FB+ nach Altersgruppen für Eltern in Familienhaushalten zwischen 20 und 55 Jahren dargestellt. Dabei wird zwischen den Anteilen nach Anzahl der Personen, dem Einkommen, der Steuerleistung und der Entlastung durch den FB+ unter-

Abbildung 5: Anteil der Entlastung durch den FB+ nach Altersgruppen



Diese Abbildung zeigt die Auswirkungen des FB+ für Eltern mit Anspruch auf Familienbeihilfe (Familienhaushalte) nach Altersgruppen. 16,8% aller Eltern in Familienhaushalten sind zwischen 30 und 35 Jahre alt. Das Einkommen dieser Gruppe macht 11,9*% des Gesamteinkommens (aller Eltern in Familienhaushalten) aus und deren Steuerleistung liegt bei 8,5% der gesamten Steuerleistung. Die Entlastung 30- bis 35-jährigen Personen in Familienhaushalten durch den FB+ liegt bei 15,9% der Gesamtentlastung.

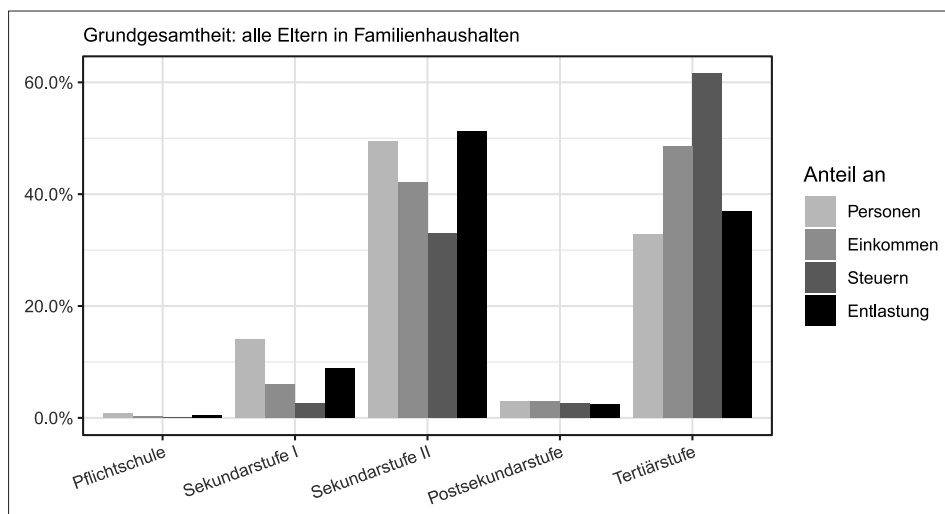
Quelle: eigene Berechnung, EU-SILC (2015).

schieden, wobei alle Eltern in Familienhaushalten die Grundgesamtheit bilden. Es zeigt sich, dass Personen zwischen 20 und 45 Jahren überproportional im Vergleich zu ihrer Steuerleistung entlastet werden, während jene, die zwischen 45 und 55 Jahre alt sind, unterproportional profitieren. Dies resultiert vorwiegend aus dem durchschnittlich höheren Alter der Kinder von älteren Personen, da Kinder, die älter als 18 Jahre sind, nicht voll oder gar nicht anspruchsberechtigt sind.

4.5 Anteil der Entlastung nach Bildungsabschluss

In Abbildung 6 wird der Anteil der Entlastung durch den FB+ nach Bildungsabschluss dargestellt, wobei zwischen dem Abschluss der Pflichtschule, der Sekundarstufe I (z. B. Neue Mittelschule oder Unterstufe einer Allgemeinbildenden höheren Schule), der Sekundarstufe II (z. B. Lehre, Berufsbildende mittlere Schule, Oberstufe einer Allgemeinbildenden höheren Schule), der Postsekundarstufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpflegeschule, Aufbaulehrgang, Kolleg) und der Tertiärstufe unterschieden wird. Als Grundgesamtheit dienen alle Eltern, die in Familienhaushalten

Abbildung 6: Anteil der Entlastung durch den FB+ nach Bildungsabschluss



Diese Abbildung zeigt die Auswirkungen des FB+ für Eltern mit Anspruch auf Familienbeihilfe (Familienhaushalte) nach höchstem Bildungsabschluss. 49,5% aller Eltern in Familienhaushalten haben einen Abschluss der Sekundarstufe II. Das Einkommen dieser Gruppe macht in 42,2% des Gesamteinkommens (der erwachsenen Personen in Familienhaushalten) aus und deren Steuerleistung liegt bei 33% der gesamten Steuerleistung. Die Entlastung der Personen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II in Familienhaushalten durch den FB+ liegt bei 51,3% der Gesamtentlastung.

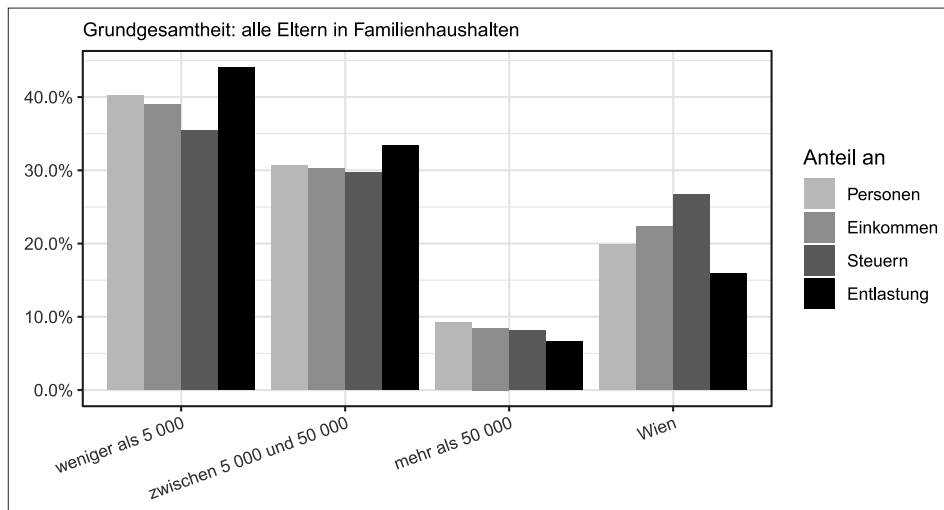
Quelle: eigene Berechnung, EU-SILC (2015).

leben. Es zeigt sich, dass insbesondere Personen mit einem Abschluss der Sekundarstufe I und II von dieser Maßnahme profitieren, da die Entlastung durch den FB+ überproportional zu ihrer Steuerleistung ausfällt. Im Gegensatz dazu profitieren Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss unterproportional zu ihrer Steuerleistung. Dies könnte dadurch erklärt werden, dass Eltern mit Tertiärabschluss eher in städtischen Gebieten leben und somit mehr von institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen (und somit auch von der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten) profitiert haben (siehe Kapitel 4.6).

4.6 Anteil der Entlastung nach Urbanisierungsgrad

Anhand Abbildung 7 wird der Anteil der Entlastung nach Urbanisierungsgrad dargestellt, wobei zwischen ruralen, intermediären, urbanen Gemeinden und Wien unterschieden wird. Eine Gemeinde wird als urban eingestuft, wenn diese eine Bevölkerungsdichte von zumindest 1.500 Einwohnern pro km² und insgesamt mindestens 50.000 Einwohner aufweist. Als intermediäres Gebiet werden jene Gemeinden eingestuft, deren Be-

Abbildung 7: Anteil der Entlastung durch den FB+ nach Gemeindegröße



Diese Abbildung zeigt die Auswirkungen des FB+ für Eltern mit Anspruch auf Familienbeihilfe (Familienhaushalte) nach Gemeindegröße des Wohnortes. 40,2% aller Eltern in Familienhaushalten leben in einer Gemeinde mit weniger als 5000 EinwohnerInnen. Das Einkommen dieser Gruppe macht in etwa 39% des Gesamteinkommens (aller Eltern in Familienhaushalten) aus und deren Steuerleistung liegt bei 35,4% der gesamten Steuerleistung. Die Entlastung jener Personen, die in Gemeinden mit unter 5000 EinwohnerInnen leben, liegt bei 44,1% der Gesamtentlastung.

Quelle: eigene Berechnung, EU-SILC (2015).

völkerungsdichte zumindest 300 Einwohner pro km² beträgt und die insgesamt mindestens 5.000 Einwohner aufweisen. Jene Gemeinden, deren Bevölkerungsdichte unter diesen Werten liegt werden als rurale Gebiete bezeichnet.³⁷ Da Wien mit 1,8 Mio. EinwohnerInnen (Stand: 2015) eine in Österreich außergewöhnlich große Gemeinde darstellt und etwaige Effekte in den restlichen urbanen Gebieten potenziell verzerren könnte, wird Wien als gesonderte Kategorie angeführt. Es zeigt sich, dass primär Personen, die in ruralen Gebieten (mit weniger als 5.000 EinwohnerInnen) oder in intermediären Regionen (mit 5.000 bis 50.000 EinwohnerInnen) leben, überproportional von der Maßnahme FB+ profitieren können, während Personen, die in urbanen Gebieten und insbesondere in Wien ihren Wohnsitz haben, nur unterproportional zu ihrer Steuerleistung entlastet werden. Ein Grund dafür könnten die Kinderbetreuungsstrukturen in den jeweiligen Regionen sein, da in städtischen Gebieten vermehrt institutionelle Kinderbetreuungsangebote in Anspruch genommen werden und diese vor der Reform in einem höheren Ausmaß von der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten und dem bei berufstätigen Paaren höheren Kinderfreibetrag profitieren konnten.³⁸

5. Conclusio

Anhand des Familienbonus+ wird versucht zu zeigen, welche vielschichtigen und unterschiedlichen Problemstellungen bei der forcierten Familienförderung durch Änderungen des Steuerrechts zutage treten. Die Auswirkungen der steuerlichen Entlastungen wurden nach sechs Kategorien analysiert: dem Ausschöpfungsgrad pro Kind, der Erwerbsstruktur, dem Alter, nach Geschlecht und Bildung sowie der Gemeindegröße. Generell kann man sagen, dass entgegen der medialen und politischen Diskussion die Entlastung der Familien – insbesondere zwischen den Eltern sowie pro Kind – nicht gleichmäßig ausfällt. Im Sinne einer Familienförderungsmaßnahme, die jedes Kind gleich gut profitieren lässt und einer geschlechtergerechten Steuerpolitik folgt, ist der Familienbonus+ durchaus kontrovers zu diskutieren.

Die genauen Ziele, die mit der Familienförderung verfolgt werden, sollten dafür vorab klar definiert werden. Was will man mit der steuerlichen Entlastung erreichen, und ist das Steuerrecht dafür die richtige Wahl? Wird die Entlastung auf Familienebene angesetzt und dabei die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau angenommen? Gibt es innerhalb von Familien (k)einen Grund anzunehmen, dass ökonomische Abhängigkeiten eine Rolle spielen? Im Sinne einer Gesellschaft, die Wert auf Chancengleichheit der Eltern und Kinder legt, sollte dies auch im Hinblick auf die Familienförderung umgesetzt werden. Im Vordergrund der abschlie-

ßenden Analyse steht also nun die Frage, inwiefern der Familienbonus+ diese Ziele erreicht hat.

Beim Ausschöpfungsgrad pro Kind wurde klar ersichtlich, dass kein Haushalt die vollen 1.500 € pro Kind bezieht. Durch den Wegfall des Kinderfreibetrags und der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten („Gegenfinanzierung“ des Familienbonus+) werden selbst die Eltern, die mehr als einen Bruttomonatslohn von 1.700 € verdienen nicht in dem von der Regierung kommunizierten Ausmaß von 1.500 € pro Kind und Jahr entlastet. In Bezug auf die Anreizwirkungen des Arbeitsangebots wird ersichtlich, dass der FB+ insbesondere Elternpaare mit einer Vollzeit-Teilzeit Aufteilung fördert, im Gegensatz zum genannten Ziel, insbesondere Familien, in denen beide Elternteile Vollzeit arbeiten zu entlasten. Auch können besonders einkommensschwache Familien (AlleinerzieherInnen ohne Erwerbsarbeit oder jene, die ein geringes Einkommen durch die Mindestsicherung aufstocken) nicht vom Kindermehrbetrag profitieren. Durch höhere Einkommen profitieren Männer mehr als Frauen von der Entlastung, das Volumen ist ca. dreimal höher. Besonders Eltern zwischen 20 und 45 Jahren profitieren vom Familienbonus+, da sie in der Regel Kinder jünger als 18 Jahre haben, die voll anspruchsberechtigt sind; danach vermindert sich der Betrag (und somit die Entlastung) auf 500 € oder entfällt. Eltern mit einem Pflichtschulabschluss, Lehre oder Matura profitieren mehr als Eltern mit einem Universitätsabschluss. Eltern, die in kleinen Gemeinden bis 50.000 EinwohnerInnen leben, profitieren ebenfalls mehr als Eltern in städtischen Gebieten (besonders Wien), in welchen die Kinderbetreuungsangebote (deren Kosten nun nicht mehr als Freibetrag abzugsfähig sind) deutlicher in Anspruch genommen wurden.

Der Bericht zeigt die Widersprüche zwischen den erklärten Zielen und den realen Auswirkungen dieser Gesetzesänderung auf. Ob sie allgemein als „gut“ oder „schlecht“ bezeichnet werden können, ist im Vorhinein nicht klar und hängt von der jeweiligen Perspektive ab. Daher sollten die konkreten Ziele vorab diskutiert und genau definiert werden (z. B. Definition der „LeistungsträgerInnen“), was im Rahmen der Debatte zum Familienbonus+ bisher zu kurz gekommen ist.

Fraglich ist zudem auch, was das Steuersystem in Bezug auf Gleichberechtigung überhaupt leisten kann und muss und was durch andere Maßnahmen besser übernommen werden könnte - und was eben nicht. Im Hinblick auf die Familienförderung liegt jedoch durchaus auch im Steuerrecht Potenzial, ein geschlechtergerechteres und familienfreundlicheres (in Bezug auf unterschiedliche Familientypen) System zu gestalten, indem Anreize so gesetzt werden, dass die Chancengerechtigkeit für alle besteht und ausgebaut wird. Ob der Familienbonus+ dies ausreichend erfüllt, kann schlussendlich nicht eindeutig mit „Ja“ beantwortet werden.

Anmerkungen

- ¹ Mirrlees und Adam (2010).
- ² Schratzenstaller (2015).
- ³ Blundell und Macurdy (1999); Meghir u. a. (2010).
- ⁴ Schratzenstaller und Dellinger (2017).
- ⁵ Ebendort.
- ⁶ Schratzenstaller (2015).
- ⁷ OECD (2019).
- ⁸ Ebendort.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ In Deutschland beträgt somit die tarifliche Einkommensteuer das Zweifache des Steuerbetrags, der für die Hälfte des gemeinsam zu versteuernden Einkommens anfällt (EStG § 32a 2019).
- ¹¹ OECD (2019).
- ¹² Chiappori und Meghir (2015).
- ¹³ Schratzenstaller (2013).
- ¹⁴ Statistik Austria (2010); Eurostat (2019).
- ¹⁵ Chiappori und Meghir (2015).
- ¹⁶ Costa Dias, Joyce, und Parodi (2018); Boll, Jahn, und Lagemann (2017).
- ¹⁷ Mader und Schneebaum (2013).
- ¹⁸ Schratzenstaller (2015).
- ¹⁹ Blundell und Shephard (2012); Kalb (2009).
- ²⁰ BMF (2019).
- ²¹ Ebendort.
- ²² BMF (2018).
- ²³ Binder (2018).
- ²⁴ XXVI. GP (2018).
- ²⁵ Fink und Rocha-Akis (2018).
- ²⁶ Six (2018).
- ²⁷ SPÖ (2019).
- ²⁸ Parlamentsklub (2018).
- ²⁹ Bundeskanzleramt (2018).
- ³⁰ XXVI. GP (2018).
- ³¹ Brewer u. a. (2006); Blundell u. a. (2000).
- ³² Kalb (2009).
- ³³ Bargain, Orsini, und Peichl (2014).
- ³⁴ Blundell und Shephard (2012).
- ³⁵ XXVI. GP (2018).
- ³⁶ Mader und Schneebaum (2013).
- ³⁷ Eurostat (2016)
- ³⁸ Statistik Austria (2018).

Literatur

- Bargain, Olivier; Orsini, Kristian; Peichl, Andreas, Comparing Labor Supply Elasticities in Europe and the United States New Results, in: *Journal of Human Resources* 49/3 (2014) 723-838.
- Binder, Sabine, Öö. Landtag: Beilage Wortprotokoll 6031/2018, XXVIII. GP, auf <http://landtag.ooe.gv.at/28/32> (2018).

- Blundell, Richard; Duncan, Alan; McCrae, Julian; Meghir, Costas, The Labour Market Impact of the Working Families' Tax Credit, in: *Fiscal Studies* 21/1 (2000) 75-104.
- Blundell, Richard; Macurdy, Thomas, Labor Supply: A Review of Alternative Approaches, in: Ashenfelter, Orley C.; Card, David (Hrsg.), *Handbook of Labor Economics* (Elsevier 1999).
- Blundell, Richard; Shephard, Andrew, Employment, Hours of Work and the Optimal Taxation of Low-Income Families, in: *The Review of Economic Studies* 79/2 (2012) 481-510.
- BMF, Erläuterungen Familienbonus Plus – Begutachtungsentwurf. Bundesgesetz, mit dem das Einkommenssteuergesetz 1988 (BGBl. Nr. 400/1988) geändert wird. Auf https://www.bmf.gv.at/steuern/EB_Familienbonus_BegE.pdf?6cphk (zugegriffen 10. Mai 2018).
- BMF, Brutto-Netto-Rechner des Bundesministerium für Finanzen, auf https://rechner.cpulohn.at/bmf.gv.at/familienbonusplus/#bruttoNetto_familienbonus (2019).
- Boll, Christina; Jahn, Malte; Lagemann, Andreas, The Gender Lifetime Earnings Gap: Exploring Gendered Pay from the Life Course Perspective, in: *Working Paper* 179 HWWI Research Paper (2017).
- Brewer, Mike; Duncan, Alan; Shephard, Andrew; Suarez, María José, Did Working Families' Tax Credit Work? The Impact of in-Work Support on Labour Supply in Great Britain, in: *Labour Economics* 13/6 (2006) 699-720.
- Bundeskanzleramt Österreich, Nationales Reformprogramm Österreich, in: *European Semester*. Auf <https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/2018-european-semester-national-reform-programme-country-austria-de.pdf> (2018).
- Chiappori, Pierre-André; Meghir, Costas, Intrahousehold Inequality, in: *Handbook of Income Distribution* (Elsevier 2015).
- Costa Dias, Monica; Joyce, Robert; Parodi, Francesca, The Gender Pay Gap in the UK: Children and Experience in Work, in: *IFS Working Papers* W18/02 (2018).
- Danninger, Hermann, Zur wirtschaftlichen Lage der Familien in Österreich, *Katholischer Familienverband* (Wien 1979).
- Einkommensteuergesetz (EStG), § 32a Einkommensteuertarif. BGBl. I S. 2210. Auf https://www.gesetze-im-internet.de/estg/_32a.html (2019).
- Eurostat, Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Anpassungen, auf <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-datasets/product?code=tesem180> (zugegriffen 5. November 2019).
- Fink, Marian; Rocha-Akis, Silvia, Wirkung einer Einführung von Familienbonus und Kindermehrbetrag auf die Haushaltseinkommen. Eine Mikrosimulationsstudie, in: *WIFO-Monatsberichte* 91/5 (2018).
- Kalb, Guyonne, Children, Labour Supply and Child Care: Challenges for Empirical Analysis, in: *Australian Economic Review* 42/3 (2009) 276-99.
- Mader, Katharina; Schneebaum, Alyssa, Zur Geschlechtsspezifischen Intrahaushaltsverteilung von Entscheidungsmacht in Europa, in: *Wirtschaft Und Gesellschaft – WuG* 39/3 (2013) 361-403.
- Meghir, Costas; Phillips, David, Labour Supply and Taxes, in: Blundell, Richard; Bond, Stephen; Chote, Robert; Gammie, Malcolm; Johnson, Paul; Myles (Hrsg.) *Dimensions of Tax Design: The Mirrlees Review* (Oxford 2010).
- Mirrlees, James A; Adam, Stuart, *Dimensions of Tax Design: The Mirrlees Review* (Oxford 2010).
- OECD, OECD Family Database, auf <http://www.oecd.org/els/family/database.htm> (zugegriffen 11. Oktober 2019).
- Parlamentsklub ÖVP, Familienbonus Plus - Wir entlasten die Familien. So kommen Sie zu

- Ihrem Geld, auf https://oevpklub.at/wp-content/uploads/2018/12/Broschuere_FamilienBonusWEBgross.pdf (zugegriffen 4. November 2019).
- Pollak, Robert A; Wales, Terence J., Welfare Comparisons and Equivalence Scales, in: *American Economic Review* 69/2 (1979) 216-221.
- Schatzenstaller, Margit, Genderaspekte Bei Der Analyse von Lenkungs- Und Verteilungswirkungen von Steuern Und Abgaben, in: Spangenberg, Ulrike; Wersig, Maria, *Geschlechtergerechtigkeit Steuern. Perspektivenwechsel im Steuerrecht*, HWR Berlin Forschung 54/55 (2013).
- Schatzenstaller, Margit, Familienpolitische Leistungen in Österreich im Überblick, 10 (2015).
- Schatzenstaller, Margit; Dellinger, Fanny, Genderdifferenzierte Lenkungswirkungen des Abgabensystems, in: *WIFO-Studies* (2017).
- Six, Eva, Tax Relief for Whom? Ex-Ante Analysis of the Austrian Family Bonus Plus and Its Budgetary, Distributional and Employment Effects (Master Thesis WU Wien 2018).
- SPÖ, Jedes Kind ist gleich viel wert!, auf <https://www.spoe.at/2019/07/29/jedes-kind-ist-gleich-viel-wert/> (zugegriffen 4. November 2019).
- Statistik Austria, Zeitverwendungserhebung 2008/09, auf https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/zeitverwendung/zeitverwendungs-erhebung/index.html (2010).
- Österreichisches Parlament, "24/ME XXVI. GP Vorblatt und WFA, auf https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00024/index.shtml (2018).

Zusammenfassung

Im Rahmen dieses Beitrags werden die Auswirkungen der 2018 in Österreich eingeführten Familienförderungsmaßnahme Familienbonus+ in Hinblick auf die Ausschöpfung der steuerlichen Entlastung nach unterschiedlichen Faktoren, wie etwa Haushaltstruktur, Alter, Geschlecht, Bildung und Urbanisierungsgrad, analysiert. Die Simulation der Steuerreform wurde mithilfe des Mikrosimulationsmodells EUROMOD durchgeführt. Es zeigt sich, dass Familien bzw. Kinder in sehr unterschiedlichem Ausmaß von der Maßnahme profitieren, da manche Eltern über nicht genügend Einkommen verfügen oder zuvor mehr von den abgeschafften Steuerbegünstigungen (Kinderfreibetrag und Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten) profitieren konnten. Entgegen der politischen Diskussion werden insbesondere Haushalte, in denen beide Elternteile Vollzeit arbeiten, nur unterproportional zu ihrer Steuerleistung entlastet, während Haushalte mit Vollzeit-Teilzeit-Aufteilung und AlleinverdienerInnen überproportional profitieren. Darüber hinaus werden insbesondere Personen zwischen 20 und 45 Jahren, welche in ländlichen Gebieten wohnen und einen Abschluss der Sekundarstufe aufweisen, entlastet. Zusätzlich zeigt sich, dass Männer aufgrund der hohen Einkommensdifferenzen zwischen den Geschlechtern über dreimal so viel von dieser Maßnahme profitieren wie Frauen.

Abstract

This article examines the effects of the Austrian tax reform Familienbonus+, which mainly concerns the introduction of a new family tax credit and the abolishment of two family tax allowances and evaluates its impact in terms of different household types and socioeconomic factors, such as age, gender, education or degree of urbanisation. The analysis was conducted using the microsimulation model EUROMOD. The results show that families (and children) benefit to a very different extent from this reform, as some parents do not have sufficient income or benefited to a higher degree from the abolished policy measures.

In contrast to the political discussion, households in which both parents work full-time are only disproportionately relieved of their tax burden, while households in which one parent works fulltime and the other works part-time (or less) benefit more in proportion to their tax burden. In addition, the analysis shows distributional effects in favour of individuals in rural areas, between 20 and 45 years of age and with secondary school qualifications. Moreover, men benefit more than three times as much from this tax reform as women due to the high income differences.

Schlüsselbegriffe: Familienpolitik, Steuerpolitik, Einkommen, Umverteilung, statistische Simulationsmethoden.

Key words: Statistical Simulation Methods, Household Production and Intrahousehold Allocation, Taxation, Redistributive Effects, Personal Income, Tax Law.

JEL codes: C15, D13, H23, H24, K34.

Wie soziale Ungleichheit und die Prekarisierung von Arbeit das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie zerstören

Martina Zandonella, Corinna Mayerl, Andreas Holzer

Einleitung

Ausgehend von den sozioökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte geht dieser Beitrag der Frage nach, ob bzw. in welchem Ausmaß die steigende ökonomische Ungleichheit und die zunehmende Prekarisierung von Arbeit mit dem Vertrauen von ArbeitnehmerInnen in die Demokratie zusammenhängen. Dazu werden im ersten Abschnitt die entsprechenden Entwicklungen aufgezeigt und in den darauf folgenden Abschnitten werden empirische Erkenntnisse für die ArbeitnehmerInnen in Österreich vorgestellt. Diese gliedern sich in drei Teile: Erstens wird untersucht, inwieweit sich die zunehmende Ungleichheit in den sozialen Lagen der ArbeitnehmerInnen wiederfindet. Zweitens wird die Verbreitung von prekären Arbeitsbedingungen und deren Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit dargestellt. Drittens wird die Bedeutung von sozialer Ungleichheit und prekären Arbeitsbedingungen für das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie geprüft, herausgearbeitet und in einem abschließenden Fazit diskutiert.

Datengrundlage für die im Folgenden vorgestellten empirischen Ergebnisse ist eine quantitative Erhebung in Form einer telefonischen Umfrage (CATI) unter 2.024 ArbeitnehmerInnen in Österreich. Diese wurde im Rahmen einer SORA-Studie durchgeführt, die sich mit den Auswirkungen der Veränderungen in der Arbeitswelt auf die Einstellungen zur Demokratie befasst. Die Erhebung fand im Frühjahr 2018 statt, und die Interviews dauerten durchschnittlich 22 Minuten. Die Grundgesamtheit umfasste all jene Menschen zwischen 15 und 65 Jahren mit Wohnsitz in Österreich, die zum Zeitpunkt der Befragung unselbstständig beschäftigt, als freie DienstnehmerInnen beschäftigt, karenziert oder arbeitslos waren. Die Stichprobenziehung erfolgte gemäß einer nach Gemeinden vorab geschichteten Zufallsauswahl, die Daten sind soziodemografisch gewichtet und erlauben repräsentative Aussagen über die ArbeitnehmerInnen in Österreich.

1. Ausgangslage: Steigende ökonomische Ungleichheit und zunehmende Prekarisierung von Arbeit

Zwischen 1950 und 1980 war Österreich geprägt von Stabilität, ökonomischem Aufstieg und dem Ausbau der sozialen Sicherheit. Vom allgemeinen Anstieg des Wohlstands profitierten alle gesellschaftlichen Schichten – die Unterschiede zwischen ihnen sind zwar nicht verschwunden, Lebensstandard und Lebenschancen haben sich jedoch für alle verbessert.¹ Die Krisen der 1970er-Jahre führten zu einem Umbruch und veränderten mit etwas Verspätung auch in Österreich die Rahmenbedingungen von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und sozialer Absicherung. Kennzeichnend hierfür sind die Privatisierung der verstaatlichten Industrie, die Abwendung von Austrokeynesianismus und Vollbeschäftigungspolitik, die zunehmende Liberalisierung der Märkte aufgrund des EU-Beitritts sowie die Migrationsbewegungen.²

Eine Folge dieser Entwicklungen war der Anstieg von Arbeitslosigkeit und atypischen Beschäftigungsverhältnissen: Lag die Arbeitslosenquote 1970 bei 1,9%, erreichte sie 2016 mit 9,1% ihren bisherigen Höchstwert (2019: 7,4%).³ Atypische Beschäftigung nimmt in Österreich seit 2005 kontinuierlich zu, im Besonderen gilt dies für geringfügige Beschäftigung, Leih- und Zeitarbeit, Teilzeit sowie Mehrfachbeschäftigungen.⁴ Derzeit ist in Österreich bereits jede/r dritte Arbeitnehmer/in (34%) atypisch beschäftigt.⁵ Dies bedeutet fehlende Sicherheit in Bezug auf Dauer und Entlohnung der Erwerbsarbeit sowie schwächeren arbeitsrechtlichen Schutz. Es wird jedoch nicht nur immer schwieriger, ein gesichertes Beschäftigungsverhältnis zu haben. Nachdem auch der Zugang zu sozialen Sicherungsleistungen erschwert und deren Höhe reduziert wurde, ist das Prekarisierungsrisiko insgesamt deutlich angestiegen.⁶

Seit Ende der 1980er-Jahre ebenfalls zugenommen hat die Einkommens- und Vermögensungleichheit. So sind die Unternehmens- und Vermögenserträge im Vergleich zu unselbstständigen Einkommen überproportional angestiegen, die Lohnquote ist ebenso gesunken wie Abgaben auf Unternehmens- bzw. Vermögenserträge im Vergleich zu jenen auf Einkommen. Bei den unselbstständig Erwerbstätigen sind wiederum die hohen Einkommen deutlich stärker gewachsen als die mittleren und die geringen.⁷ Noch ungleicher verteilt als die Einkommen sind in Österreich die Vermögen: Ein Prozent der reichsten Haushalte verfügt über ebenso viel Vermögen wie die unteren 80 Prozent der Haushalte. Damit zählt Österreich im europäischen Vergleich zu den Ländern mit der größten Vermögensschiefelage.⁸ Ökonomische Ungleichheit geht Hand in Hand mit ungleichen Lebensbedingungen und Lebenschancen: In Österreich besuchen 80 Prozent der Kinder aus Haushalten mit hohem Einkommen eine AHS, aber nur 19 Prozent der Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten.⁹

AkademikerInnen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als PflichtschulabsolventInnen, wobei letztere auch noch am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind.¹⁰

Im Zuge dieser Entwicklungen beobachten die Sozialwissenschaften nun das Entstehen einer neuen Klassengesellschaft. Innerhalb dieser steht eine in sich geschlossene Oberklasse einer Klasse am unteren Ende der Gesellschaft gegenüber, die zwischen prekärer Beschäftigung sowie sozialstaatlicher Kontrolle festsetzt und für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht bzw. in ihrer Lebensweise abgewertet wird.¹¹ Dazwischen liegen zwei Mittelklassen: Die neue Mitte – v. a. AkademikerInnen, vielfach BildungsaufsteigerInnen – verbindet ähnliche Vorstellungen von Lebensqualität und Konsum sowie Werte wie Kosmopolitismus und Selbstverwirklichung. Diese neue Mitte ist in der Gesellschaft heute tonangebend. Demgegenüber ist die alte Mitte zwar materiell relativ gut abgesichert – zum Teil besser als die neue Mitte –, jedoch mit zahlreichen Entwertungen konfrontiert: Ihre Berufe, Lebensweisen und Werthaltungen haben an Bedeutung verloren. War die alte Mitte früher das Maß, gilt sie heute als Mittelmaß.¹² Mit Analysen wie diesen gewinnt in Zeiten zunehmender ökonomischer Ungleichheit also auch der Begriff der Klasse wieder stärker an Bedeutung, nachdem er im Zuge der Diskussionen um die „Aufzugsgesellschaft“ (1950er bis 1980er) bereits als nicht mehr zeitgemäß aus den Sozialwissenschaften und dem politischen Diskurs verbannt war.¹³

Strukturelle Ungleichheiten – die z. B. in Form von Klassen Ausdruck finden – werden jedoch vielfach außer Acht gelassen, wenn die individuelle Verantwortung für die Gestaltung der eigenen Biografie in den Vordergrund rückt und „das individuelle Leben gewissermaßen als Entwurf vorgestellt [wird], als Projekt, als unausgesetzte Arbeit an Biografie und Identität, als Inszenierung des Selbst und als geschicktes Passieren gesellschaftlicher Institutionen.“¹⁴

Dieses „unternehmerische Selbst“¹⁵ ist keine zufällige Entwicklung, es ist vielmehr grundlegender Bestandteil unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Der globalisierte Konzerkapitalismus¹⁶ ist u. a. dadurch gekennzeichnet, dass Marktmechanismen in sämtlichen Lebensbereichen Einzug gehalten haben.¹⁷ So wurde Konkurrenz – ein zentrales Steuerungselement des Marktes – in die Betriebe hinein verlagert und ist heute ein weit verbreitetes Mittel, um die Produktivität der MitarbeiterInnen zu steigern und kollektives Handeln zu untergraben. Denn gemeinsame Ziele rücken in den Hintergrund, wenn jede/r Einzelne ständig in den Vordergrund stellen muss, was sie/ihn von den andere unterscheidet, um den eigenen Arbeitsplatz sicherzustellen.¹⁸ Auch Faktoren wie Flexibilität sind heute nicht mehr nur Möglichkeiten innerhalb des Systems. Sie werden vielmehr als Anspruch formuliert und sind ebenfalls wichtiger Teil der Produktivkraft: Ständige Bereitschaft, fortwährende Leistungssteigerung und

Verantwortungsübernahme ohne Mitbestimmung oder ohne Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel sind heute für viele ArbeitnehmerInnen beruflicher Alltag.¹⁹

So hat in den letzten Jahrzehnten die Gestaltungsfreiheit des/der Einzelnen zugenommen, gleichzeitig wurden jedoch strukturell produzierte Risiken individualisiert. Deutlich wird dies auch am Beispiel Arbeitslosigkeit: Galt sie bis in die 1980er-Jahre primär als Folge von Arbeitsmarktproblemen, wird Arbeitslosigkeit heute in erster Linie mit individuellen Defiziten in Verbindung gebracht.²⁰ Die Individualisierung von struktureller Ungleichheit trifft Menschen umso mehr, je stärker sie von dieser Ungleichheit betroffen sind bzw. je weniger Ressourcen sie zur Verfügung haben – für ihre unsicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen werden sie auch noch selbst verantwortlich gemacht. Dies hat weitreichende Konsequenzen: In Österreich fühlt sich bereits die Mehrzahl der Arbeitslosen als Menschen zweiter Klasse und als Sozialschmarotzer abgestempelt, jede/r Vierte schämt sich dafür, arbeitslos zu sein. Unter ArbeitnehmerInnen wurde wiederum beobachtet, dass sie ungerechte Arbeitsbedingungen nicht mehr als solche wahrnehmen, sobald sie denken, diese selbst verursacht zu haben.²¹

Die dargestellten Entwicklungen sind auch am politischen System nicht spurlos vorübergegangen. Mit dem zunehmenden Verständnis von Demokratie als Selbstorganisation hat beispielsweise die Ellbogenmentalität des Marktes in demokratischen Prozessen Einzug gehalten.²² Dies äußert sich in Österreich u. a. darin, dass Menschen mit hohem Einkommen stärker in die politischen bzw. zivilgesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse involviert sind: Sie sind häufiger in politischen Parteien oder in Bürgerinitiativen aktiv und beteiligen sich häufiger an Wahlen als Menschen mit geringem Einkommen.²³ An der Nationalratswahl im Herbst 2019 haben 83% der Menschen des ökonomisch stärksten Drittels teilgenommen, jedoch nur 59% der Menschen des ökonomisch schwächsten Drittels. Ein Grund für diesen Unterschied ist, dass die Mehrzahl der Menschen des ökonomisch schwächsten Drittels den Eindruck hatte, mit ihrer Stimme nicht mitbestimmen zu können.²⁴ Dies ist keine rein subjektive Empfindung: Für die Vereinigten Staaten und einige westeuropäische Staaten – darunter Deutschland – ist inzwischen belegt, dass sich bei politischen Entscheidungen die Ansichten der ökonomischen Eliten stärker durchsetzen als jene von einkommensschwächeren Gruppen.²⁵

2. Die sozialen Lagen der ArbeitnehmerInnen in Österreich

In welcher Form finden sich zunehmende ökonomische Ungleichheit und erwerbsbezogene Unsicherheit in den sozialen Lagen der ArbeitnehmerInnen in Österreich wieder? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen,

gruppierten wir die von uns befragten 2.024 ArbeitnehmerInnen (für Details zur Datengrundlage siehe Einleitung) entsprechend ihren ökonomischen und kulturellen Ressourcen: Ökonomische Ressourcen umfassen das Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts, Wohnen im Eigentum und den Erhalt oder die Erwartung eines Erbes im Wert von mehr als 100.000 Euro. Kulturelle Ressourcen beinhalten den formalen Bildungsabschluss und den Berufsstatus (ISEI²⁶). Mit diesen fünf Variablen wurde eine Clusteranalyse berechnet – dieses statistische Verfahren gruppiert Befragte mit ähnlichen Antwortmustern und dem Ziel, in sich möglichst homogene und untereinander möglichst heterogene Cluster zu bilden.²⁷

So konnten unter den ArbeitnehmerInnen in Österreich fünf Cluster bzw. Schichten identifiziert werden, welche die Analysen von Nachtwey (2016) zur neuen Klassengesellschaft und von Reckwitz (2017) zur gespaltenen Mitte stützen. Zu beachten ist, dass die fünf Schichten allein die ArbeitnehmerInnen betreffen und nicht – wie bei Nachtwey (2016) und Reckwitz (2017) – die gesamte Gesellschaft. Gemäß den verfügbaren ökonomischen und kulturellen Ressourcen verweisen die fünf identifizierten Schichten auf die unterschiedlichen sozialen Lagen unter den ArbeitnehmerInnen (Tabelle 1):

Das untere Drittel der ArbeitnehmerInnen umfasst zwei Schichten: Die „urbanen Armutsgefährdeten“ (zehn Prozent der ArbeitnehmerInnen in Österreich) leben vor allem in dicht besiedelten Gebieten, verfügen über keinerlei Vermögen, und viele von ihnen haben keine über die Pflichtschule hinausgehende formale Ausbildung. Ein geringer Berufsstatus, ein niedriges Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit und diskontinuierliche Erwerbsverläufe prägen diese Schicht. Erwerbstätig sind die urbanen Armutsgefährdeten nahezu ausschließlich im privaten Sektor. Das Profil der „besitzlosen ArbeiterInnen“ (20 Prozent) ist weniger urban, und ihre soziale Lage ist sichtbar besser: Mehr als die Hälfte dieser ArbeiterInnen hat kontinuierliche Erwerbsverläufe, und auch wenn die Arbeitslosigkeit immer noch überdurchschnittlich hoch ist, liegt sie deutlich unter jener der urbanen Armutsgefährdeten. Über Vermögen verfügen die ArbeiterInnen nicht, und auch sie sind beinahe geschlossen im privaten Sektor tätig.

Die „ArbeitnehmerInnen der ländlichen Mitte“ (27 Prozent) leben vorwiegend im Eigentum in dünn besiedelten Gebieten, Lehrabschlüsse sind die Regel. Ihr Einkommen entspricht in etwa dem Medianeinkommen, auch ihre Arbeitslosenquote bzw. die Häufigkeit von diskontinuierlichen Erwerbsverläufen sind durchschnittlich – die Mitte ist hier offensichtlich. Beschäftigt ist auch die ländliche Mittelschicht nahezu ausschließlich im privaten Sektor. Die „ArbeitnehmerInnen der urbanen Mitte“ (20 Prozent) verfügen demgegenüber zumindest über eine Matura, und sie weisen ein überdurchschnittliches Einkommen sowie einen überdurchschnittlichen Berufsstatus auf. Sie leben meist in Städten und sind aktuell häufig be-

Tabelle 1: Zentrale Merkmale der fünf ArbeitnehmerInnenschichten

	urbane Armuts- gefährdete	besitzlose ArbeiterIn- nen	ländliche Mitte	urbane Mitte	etablierte obere Mitte
formale Bildung					
Pflichtschule	30	2	11		
Lehre	5	52	67	5	
BMS	1	21	23	4	
Matura				54	47
Universität				37	53
Berufsstatus	30 Punkte	33 Punkte	34 Punkte	55 Punkte	64 Punkte
Einkommen	stark unter- durchschn.	unter- durchschn.	durchschn.	über- durchschn.	stark über- durchschn.
kontinuierlicher Erwerbsver- lauf*	34	57	69	82	93
Arbeitslosigkeit	24	10	7	3	1
öffentlicher Sektor	7	5	6	19	23
Besitz**					
kein Besitz	98	100		6	
Erbe erwartet	2			35	
Eigentum Wohnen			81		56
Eigentum und Erbe			19		44
Stadt/Land***					
dicht besiedelt	53	30	8	60	31
mittel besiedelt	28	29	33	24	33
gering besiedelt	19	41	59	16	36
Gesamt	10	20	27	20	20

Wenn nicht anders angegeben: Angaben in Prozent.

* Ein Erwerbsverlauf wurde als kontinuierlich eingestuft, wenn max. zwei arbeitslose Phasen von jeweils über drei Monaten vorliegen.

** Hierzu wurde die Rechtsform des Wohnens kombiniert mit der Frage, ob die ArbeitnehmerInnen ein Erbe im Wert von mehr als 100.000 Euro erwarten bzw. bereits erhalten haben. Kein Besitz bedeutet, dass die ArbeitnehmerInnen weder im Eigentum wohnen, noch ein Erbe erwarten oder erhalten haben.

*** Stadt-/Land-Typologie der Statistik Austria: https://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html.

sitzlos, ein Teil von ihnen erwartet ein Erbe. Alte und neue Bildungsschicht halten sich in dieser Schicht in etwa die Waage. Der öffentliche Sektor ist ein wichtiger Arbeitgeber – ein Fünftel arbeitet in diesem.

In der „etablierten oberen Mitte“ (20 Prozent) stellen AkademikerInnen und die alte Bildungsschicht die Mehrheit. Das obere Fünftel der ArbeitnehmerInnen ist darüber hinaus mit Wohnungseigentum, häufig auch mit Erbe ausgestattet. Durchwegs stabile Erwerbsverläufe, kaum Arbeitslosigkeit, hohe Einkommen und ein hoher Berufsstatus prägen diese Gruppe. Beinahe jede/r Vierte ist im öffentlichen Sektor beschäftigt.

Diese fünf Schichten veranschaulichen nicht nur die unterschiedlichen sozialen Lagen der ArbeitnehmerInnen und ihren damit einhergehenden sozialen Status. Sie verweisen auch darauf, dass die zahlreichen Möglichkeiten und guten Lebensbedingungen, die unsere Gesellschaft bietet, bei Weitem nicht von allen genutzt werden können. So liegen zwischen den verfügbaren Ressourcen des unteren Drittels und jenen des oberen Fünftels der ArbeitnehmerInnen Welten – während es v. a. den urbanen Armutsgefährdeten an allem mangelt, trifft in der etablierten oberen Mitte (ererbtes) Vermögen auf hohes Einkommen und gesicherte Erwerbsarbeit. Die Mitte teilt sich wiederum in eine eher ländliche und besitzende, relativ stagnierende Gruppe mit mittleren Bildungsabschlüssen sowie mittleren Einkommen und in eine urbane Gruppe, die vorwiegend noch besitzlos, aber aufgrund von höheren Bildungsabschlüssen und städtischer Infrastruktur mit besseren Perspektiven ausgestattet ist. In ihrem Lebensstil grenzt sich die urbane Mitte von der ländlichen Mitte ab und schließt sich gewissermaßen innerhalb der Bildungsschicht ein. Der ländlichen Mitte bleiben ohne Bildungsaufstieg die Positionen der oberen Schichten weitgehend verschlossen. Gleichzeitig steht sie immer wieder im Wettbewerb mit den ArbeitnehmerInnen der beiden unteren Gruppen.²⁸

3. Arbeiten im globalisierten Konzernkapitalismus

Wie geht es den ArbeitnehmerInnen in Österreich im globalisierten Konzernkapitalismus? Wie weit verbreitet sind prekäre, konkurrenzorientierte oder mit Ungerechtigkeiten verbundene Arbeitsbedingungen? Und betreffen diese alle ArbeitnehmerInnen im selben Ausmaß?

Tatsächlich hat die Arbeitswelt wesentlichen Anteil an den in den fünf Schichten kumulierenden strukturellen Ungleichheiten unter den ArbeitnehmerInnen – Inklusion in gesicherte Erwerbsarbeit ist nach wie vor wichtiger Teil des gesellschaftlichen Status. So sind kontinuierliche Erwerbsverläufe, eine dementsprechend geringe Arbeitslosigkeit, ein gutes Einkommen und der öffentliche Sektor als Arbeitgeber Charakteristika der oberen Schichten (Tabelle 1). Das Risiko, prekär beschäftigt zu sein, ist wiederum umso höher, je weiter unten die ArbeitnehmerInnen in der (Erwerbs-)Gesellschaft stehen: Rund die Hälfte der „urbanen Armutsgefährdeten“ arbeitet prekär – ist also befristet oder als LeiharbeiterIn beschäftigt und/oder verdient ein nicht zum Leben ausreichendes Einkommen –, Selbiges gilt für nur 2% der „etablierten oberen Mitte“. Auch im Ausmaß an Anerkennung, welches den ArbeitnehmerInnen für ihre Arbeit entgegengebracht wird, ist ihre Stellung in der (Erwerbs-)Gesellschaft ablesbar: Nicht einmal die Hälfte (42%) der „urbanen Armutsgefährdeten“ denkt, dass ihre Arbeit von der Gesellschaft wertgeschätzt wird, jedoch

nahezu alle (91%) ArbeitnehmerInnen der „etablierten oberen Mitte“ (Tabelle 2).

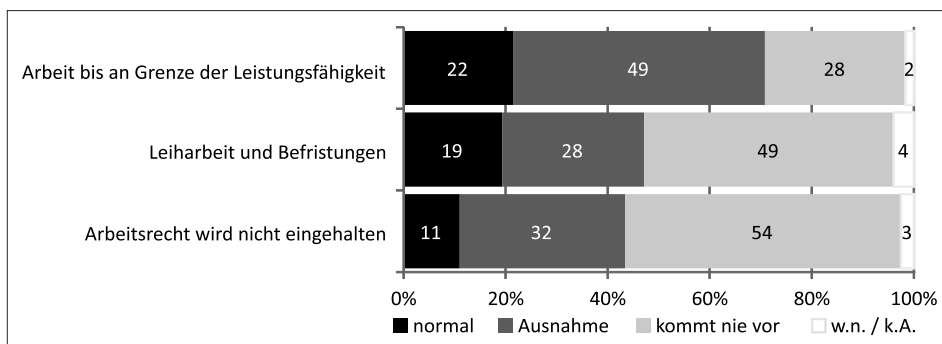
Tabelle 2: Stellung bzw. Inklusion in (Erwerbs-)Gesellschaft

	prekäre Arbeit	Arbeit von Gesellschaft sehr/ziemlich wertgeschätzt
etablierte obere Mitte	2%	91%
urbane Mitte	11%	82%
ländliche Mitte	7%	74%
besitzlose ArbeiterInnen	39%	53%
urbane Armutsgefährdete	51%	42%

Die für den globalisierten Konzernkapitalismus typische Zunahme von prekärer Arbeit in Form von befristeter Beschäftigung, Leiharbeit und/oder einem unzureichenden Einkommen betrifft nicht nur die davon betroffenen ArbeitnehmerInnen. Der gezielte Einsatz von Befristungen und Leiharbeit in den Betrieben verunsichert auch die Stammebelegschaften und führt infolge der Konkurrenz und der Sorge um den Arbeitsplatz zu einem Abbau bislang geltender Standards. Dies betrifft allen voran Arbeitsverdichtung und das Ausreizen bzw. Überschreiten der Grenzen des Arbeitsrechts.²⁹

Arbeitsverdichtung in Form von Arbeit bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit betrifft die überwiegende Mehrzahl der ArbeitnehmerInnen in Österreich: Bei rund vier Fünftel (71%) kommt dies zumindest in Ausnahmefällen vor, für rund jede/n Fünften (22%) ist Arbeit bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit normal. Knapp die Hälfte der ArbeitnehmerInnen (47%)

Abbildung 1: Verdichtung & Verunsicherung

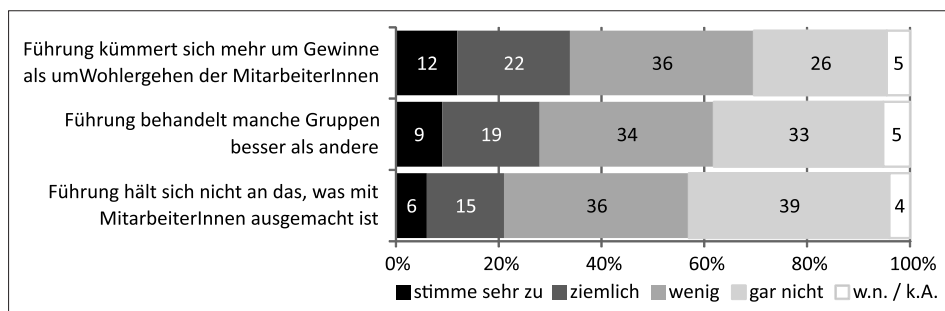


Fragen im Wortlaut: „Ist es bei Ihnen im Betrieb normal, eine Ausnahme oder kommt es nie vor, dass bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gearbeitet wird/auf Leiharbeit oder befristete Verträge zurückgegriffen wird/das Arbeitsrecht z. B. Arbeitszeitregeln nicht eingehalten werden?“

berichtet auch davon, dass in ihren Betrieben auf Befristungen Leiharbeit zurückgegriffen wird – für wiederum rund jede/n Fünften entspricht dies der Normalität. Von Verletzungen des Arbeitsrechts berichten wiederum 43% der ArbeitnehmerInnen, jede/r Zehnte arbeitet in einem Betrieb, in dem die Nicht-Einhaltung des Arbeitsrechts die Norm darstellt (Abbildung 1).

Arbeitsbedingungen im Kontext von Konkurrenz, die auf Seiten der ArbeitnehmerInnen häufig mit einem Ungerechtigkeitsempfinden einhergehen,³⁰ sind in Österreich ebenfalls verbreitet: So berichtet rund ein Drittel der ArbeitnehmerInnen davon, dass sich ihre Betriebsleitung mehr um Gewinne als um das Wohlergehen der MitarbeiterInnen kümmert. Mehr als ein Viertel der ArbeitnehmerInnen (28%) arbeitet in Betrieben, in denen sich Ungerechtigkeit darin äußert, dass manche Beschäftigtengruppen besser als andere behandelt werden. Rund ein Fünftel der ArbeitnehmerInnen (21%) berichtet wiederum von einer unzuverlässigen Betriebsleitung, die sich nicht daran hält, was sie zuvor mit den MitarbeiterInnen ausgemacht hat (Abbildung 2).

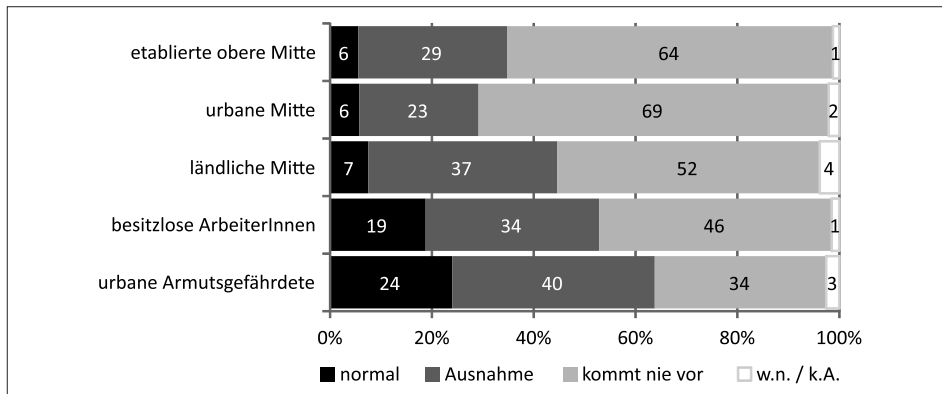
Abbildung 2: Konkurrenzorientierung, Ungleichbehandlung und Unzuverlässigkeit



Fragen im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Führung kümmert sich mehr um die Gewinne als um das Wohlergehen der MitarbeiterInnen. Die Führung behandelt manche Beschäftigtengruppen besser als andere. Wenn mit den MitarbeiterInnen etwas ausgemacht wird, hält sich die Führung üblicherweise daran.“

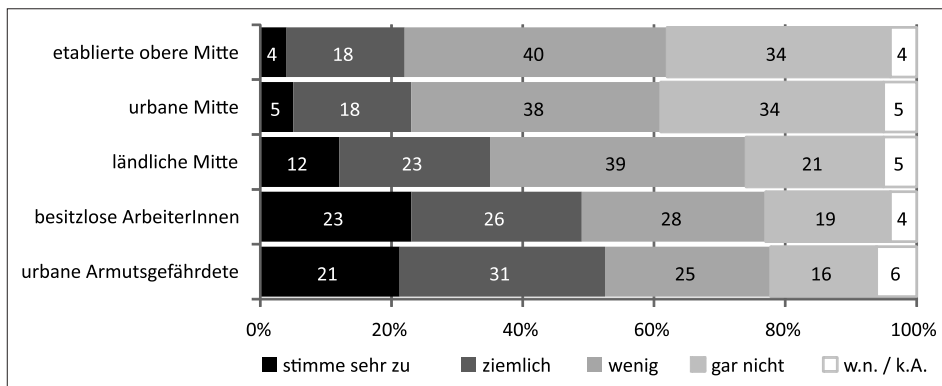
Auch die Bedingungen, unter denen ArbeitnehmerInnen in Österreich arbeiten, spiegeln die strukturellen Ungleichheiten, die in den Schichten zusammenfließen: Je weiter unten in der (Erwerbs-)Gesellschaft die ArbeitnehmerInnen verankert sind, desto häufiger berichten sie auch von schlechten Arbeitsbedingungen. Im unteren Drittel der ArbeitnehmerInnen – also bei den „urbanen Armutsgefährdeten“ und den „besitzlosen ArbeitnehmerInnen“ – ergeben sich also nicht nur unsichere Lebensbedingungen aus prekären Beschäftigungsverhältnissen, hinzu kommen sehr häufig auch

Abbildung 3: Verletzungen des Arbeitsrechts



Frage im Wortlaut: „Ist es bei Ihnen im Betrieb normal, eine Ausnahme oder kommt es nie vor, dass das Arbeitsrecht z. B. Arbeitszeitregeln nicht eingehalten werden?“

Abbildung 4: Konkurrenzorientierung (Gewinne wichtiger als MitarbeiterInnen)



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Führung kümmert sich mehr um die Gewinne als um das Wohlergehen der MitarbeiterInnen.“

noch schlechte Arbeitsbedingungen. So berichten knapp zwei Drittel (64%) der „urbanen Armutsgefährdeten“ und rund die Hälfte (53%) der "besitzlosen ArbeiterInnen" davon, dass in ihren Betrieben das Arbeitsrecht verletzt wird (Abbildung 3). Ebenso arbeitet jeweils rund die Hälfte dieser beiden Gruppen in Betrieben, in denen die Betriebsleitung sich mehr um Gewinne als das Wohlergehen der MitarbeiterInnen kümmert (Abbildung 4).

Schließlich ist betriebliche Mitbestimmung nicht nur ein weiterer Aspekt von guter Arbeit. Auch und gerade im Kontext von Arbeit leben und erleben

ArbeitnehmerInnen Demokratie und die Wirksamkeit von Partizipation – Betriebsräte und Gewerkschaften spielen hierbei eine demokratiepolitisch zentrale Rolle. In diesem Zusammenhang gilt jedoch ebenfalls: Je prekärer die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen, desto weniger sind sie an kollektiver Interessenvertretung beteiligt: So haben 70% der ArbeitnehmerInnen der etablierten oberen Mitte einen Betriebsrat, jedoch nur rund 40% der urbanen Armutsgefährdeten und der besitzlosen ArbeiterInnen. Auch der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern sinkt mit der Stellung der ArbeitnehmerInnen in der (Erwerbs-)Gesellschaft (Tabelle 3). Damit sind gerade die ArbeitnehmerInnen mit geringen Ressourcen und besonders prekären Arbeitsbedingungen im Arbeitsalltag häufig auf sich allein gestellt – in einem Umfeld, das strukturelle Ungleichheiten weitestgehend individualisiert hat und die ArbeitnehmerInnen für ihre prekäre Lage vielfach selbst verantwortlich macht.

Tabelle 3: Partizipation an kollektiver Interessensvertretung

	Betriebsrat im Betrieb	Gewerkschaftsmitglieder
etablierte obere Mitte	70%	37%
urbane Mitte	69%	39%
ländliche Mitte	50%	27%
besitzlose ArbeiterInnen	42%	19%
urbane Armutsgefährdete	41%	21%

4. Soziale Ungleichheit, prekäre Arbeitsbedingungen und das Vertrauen in die Demokratie

Wie hängen soziale Ungleichheit und die Prekarisierung von Arbeit nun mit dem Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie zusammen? Ein derartiger Zusammenhang ist aus drei Gründen zu erwarten:

Erstens ist die Demokratie ein System, das seinen BürgerInnen zumindest ein gewisses Ausmaß an Gleichheit, Freiheit, Beteiligung und Mitsprache verspricht. Die fünf Schichten – in denen der gesellschaftliche Status, die sozialen Lagen und die Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen kumulieren – verweisen jedoch darauf, dass es auch in Österreich nicht gelingt, dieses Versprechen für alle Gruppen einzulösen. Zweitens ergibt sich die Hypothese, dass ein Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und dem Vertrauen in die Demokratie besteht, aus der nach wie vor hohen Bedeutung von Arbeit und erwerbsbezogener Absicherung für die Inklusion in die Gesellschaft. Drittens verweisen bereits bestehende Studien darauf, dass ökonomische Unsicherheit auf das Vertrauen in die Demokratie drückt und politische Partizipation behindert.³¹ Die Preka-

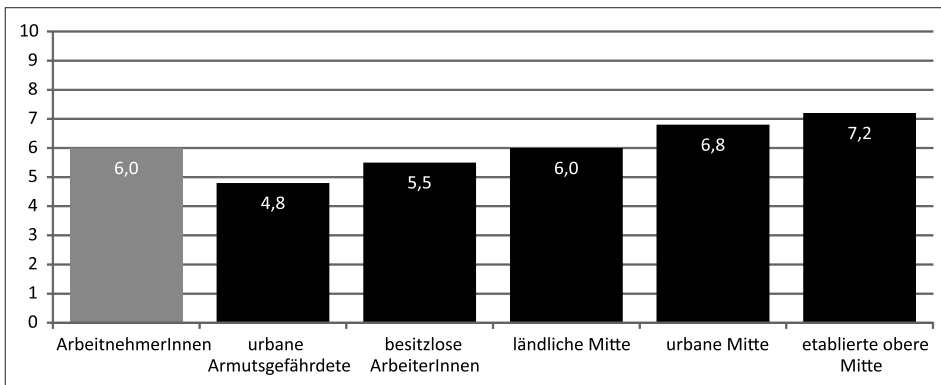
risierung von Arbeit wird bislang wiederum vor allem im Kontext von rechtspopulistischen Orientierungen diskutiert.³²

Daran anschließend ist an dieser Stelle noch zu klären, welche Aspekte von Arbeit mit dem Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie zusammenhängen bzw. wie stark mögliche Zusammenhänge ausfallen:

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde das Vertrauen in die Demokratie mittels mehrerer Fragen erhoben, folgende wurden schließlich zu einem Index zusammengefasst:³³ „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag“/„Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“,³⁴ „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht gut?“, „Vertrauen Sie dem Parlament/dem Bundespräsidenten/der Justiz/der Polizei/den Behörden und Ämtern sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“. Der Index wurde skaliert und umfasst nun Werte von „0 = kein Vertrauen in die Demokratie“ bis „10 = hohes Vertrauen in die Demokratie“.

Das durchschnittliche Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie erreicht 6 Punkte, wobei dieser Wert umso höher liegt, je besser die soziale Lage der ArbeitnehmerInnen ist. So erreicht das Vertrauen der urbanen Armutsgefährdeten in die Demokratie 4,8 Punkte, jenes der etablierten oberen Mitte jedoch 7,2 Punkte (Abbildung 5).

Abbildung 5: Ausmaß des Vertrauens in die Demokratie in den fünf Schichten



Die ausgewählten, möglichen Einflussfaktoren auf das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie schließen an die bisherigen Ausführungen an, beziehen sich auf Erwerbsarbeit und umfassen:

- (1) soziale Ungleichheit in Form der Stellung der ArbeitnehmerInnen in der Erwerbsgesellschaft, erfasst über (a) den Berufsstatus,³⁵ (b) pre-

käre Beschäftigung – im vorliegenden Fall definiert als Befristung, Leiharbeit und/oder einem unzureichenden Erwerbseinkommen, (c) gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit, erfasst mit der Frage „Wird Ihre Arbeit von der Gesellschaft sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht wertgeschätzt?“

- (2) Partizipation an kollektiver Interessenvertretung in Form eines Betriebsrats im Betrieb und der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft.
- (3) Arbeitsbedingungen in Zusammenhang mit Verdichtung und Verunsicherung (erfasst mit den Fragen: „Ist es bei Ihnen im Betrieb normal, eine Ausnahme oder kommt es nie vor, dass bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit gearbeitet wird/auf Leiharbeit oder befristete Verträge zurückgegriffen wird/das Arbeitsrecht z. B. Arbeitszeitregeln nicht eingehalten werden?“) sowie Konkurrenzorientierung, Ungleichbehandlung und Unzuverlässigkeit (erfasst mit den Fragen: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Führung kümmert sich mehr um die Gewinne als um das Wohlergehen der MitarbeiterInnen. Die Führung behandelt manche Beschäftigtengruppen besser als andere. Wenn mit den MitarbeiterInnen etwas ausgemacht wird, hält sich die Führung üblicherweise daran.“).

Ob bzw. in welchem Ausmaß diese Faktoren Einfluss auf das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie haben, wurde mittels linearem Regressionsmodell geprüft. Dieses statistische Verfahren modelliert Beziehungen zwischen Variablen, wobei der Effekt von möglicherweise erklärenden Variablen (wie Arbeitsbedingungen) auf eine zu erklärende Variable (das Ausmaß an Vertrauen) bestimmt werden kann.³⁶ Um das Zusammenwirken der genannten erklärenden Faktoren besser nachvollziehen zu können, wurde das Regressionsmodell hierarchisch gebildet,³⁷ d. h. die möglichen Erklärungsfaktoren wurden nacheinander in die Berechnungen mit aufgenommen. Die statistischen Kennzahlen des finalen Modells sind in Tabelle 4 aufgelistet.

Das Ergebnis ist eindeutig: Soziale Ungleichheit im Kontext von Erwerbsarbeit und prekäre Arbeitsbedingungen schwächen nicht nur das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie, sie tun dies sogar in beträchtlichem Ausmaß – das berechnete Modell erklärt mehr als ein Viertel (26%) der Variation im Vertrauens-Index. Signifikanten Einfluss hat dabei der Berufsstatus – je niedriger die Stellung der ArbeitnehmerInnen in der Erwerbsgesellschaft, desto geringer ist ihr Vertrauen in die Demokratie. Auch prekäre Beschäftigung geht mit einem geringeren Vertrauen einher. Selbiges gilt für fehlende Partizipation an kollektiver Interessenvertretung: ArbeitnehmerInnen ohne Betriebsrat und Nicht-Gewerkschaftsmitglieder haben ein geringeres Vertrauen in die Demokratie. Schließlich sind auch noch spezifische Arbeitsbedingungen in Zusammenhang mit

Unsicherheit und Ungerechtigkeit von Bedeutung, wenn ArbeitnehmerInnen ihr Vertrauen in die Demokratie verlieren: Verletzungen des Arbeitsrechts, eine unzuverlässige Betriebsleitung, die Stellung von Gewinnen über das Wohlergehen von MitarbeiterInnen und die Ungleichbehandlung von Beschäftigtengruppen gehen allesamt mit einem geringeren Vertrauen einher.

Tabelle 4: Ergebnisse des Regressionsmodells zum Vertrauen in die Demokratie

erklärende Variablen	Vertrauen in die Demokratie**
	Regressionskoeff. B
Berufsstatus ISEI (20 = Minimum bis 79 = Maximum)	0,024*
prekäre Arbeit (0 = nein / 1 = ja = Befristung, Leiharbeit, unzureichendes Einkommen)	-0,485*
Arbeit von Gesellschaft wertgeschätzt (1 = gar nicht bis 4 = sehr)	0,078
Betriebsrat im Betrieb (0 = nein / 1 = ja)	0,546*
Mitglied in Gewerkschaft (0 = nein / 1 = ja)	0,611*
Arbeit bis an Grenze der Leistungsfähigkeit (1 = nie, 2 = ist Ausnahme, 3 = ist normal)	-0,092
Rückgriff auf Befristungen & Leiharbeit (1 = nie, 2 = ist Ausnahme, 3 = ist normal)	-0,060
Arbeitsrecht wird nicht eingehalten (1 = nie, 2 = ist Ausnahme, 3 = ist normal)	-0,591*
Gewinne wichtiger als Wohlergehen (1 = stimme gar nicht zu bis 4 = stimme sehr zu)	-0,451*
Ungleichbehandlung von Beschäftigten (1 = stimme gar nicht zu bis 4 = stimme sehr zu)	-0,318*
Führung hält sich an Ausgemachtes (1 = stimme sehr zu bis 4 = stimme gar nicht zu)	-0,571*
Konstante	7,124
korrigiertes R ² (finales Modell)	0,260

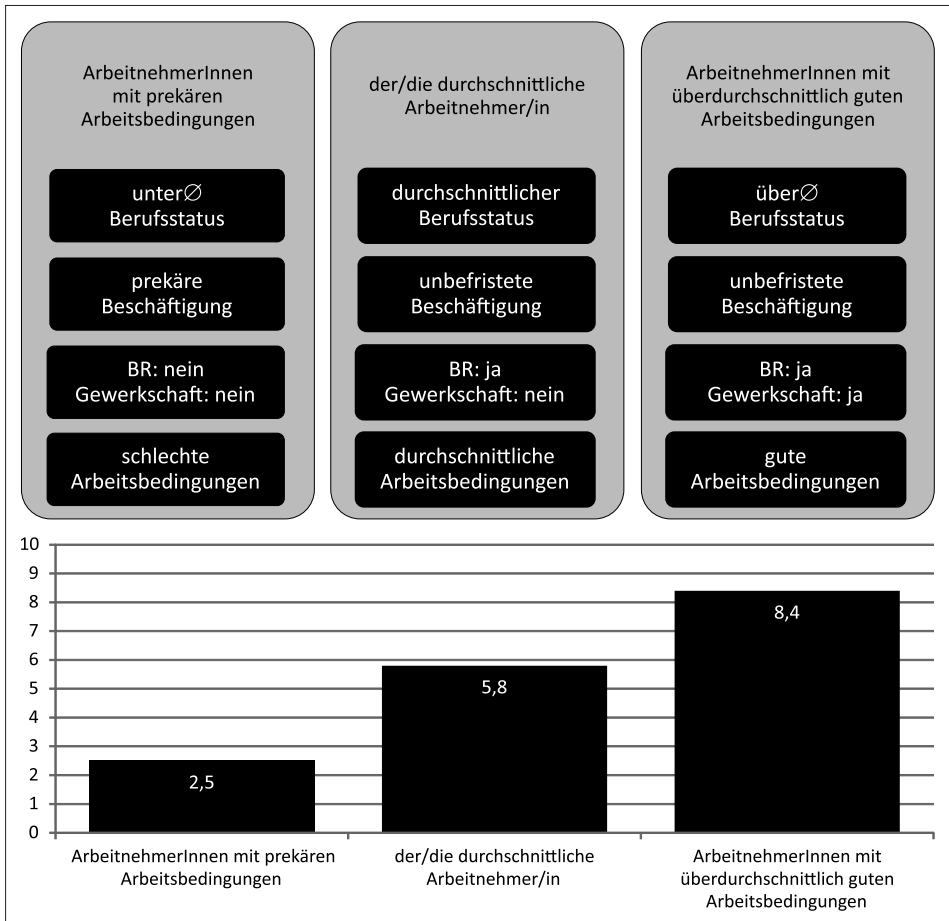
Anmerkungen: * verweist auf signifikante Effekte ($p < 0,05$). ** das Vertrauen in die Demokratie reicht von 0 = kein Vertrauen bis 10 = hohes Vertrauen.

B ist der unstandardisierte Regressionskoeffizient; er gibt die Effektstärke der jeweiligen erklärenden Variable wieder: steigt die erklärende Variable um eine Einheit, steigt die zu erklärende Variable um B; ein negatives Vorzeichen bedeutet einen negativen Zusammenhang. Lesebeispiel: Bei sonst durchschnittlichen Voraussetzungen weisen ArbeitnehmerInnen mit prekärer Beschäftigung (prekäre Arbeit 1) ein um 0,5 Punkte geringeres (negatives Vorzeichen) Vertrauen in die Demokratie auf als ArbeitnehmerInnen mit gesicherter Beschäftigung (prekäre Arbeit = 0).

R² ist ein Maß zur Beurteilung der Güte des Gesamtmodells und liegt zwischen 0 und 1; multipliziert mit 100 gibt R² an, welcher Anteil der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen durch das Modell erklärt wird. Das finale Modell erklärt 26 Prozent ($0,26 \cdot 100$) der Variation im Vertrauen in die Demokratie.

Wie bedeutend der Einfluss von sozialer Ungleichheit im Kontext von Erwerbsarbeit und prekären Arbeitsbedingungen für das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie ist, wird anhand der folgenden drei Beispiele ersichtlich (Abbildung 6). Diese basieren auf dem berechneten Regressionsmodell: Mit den Regressionskoeffizienten können Merkmals-

Abbildung 6: Drei Gruppen von ArbeitnehmerInnen und ihr Vertrauen in die Demokratie



kombinationen simuliert werden, um deren gesammelten Einfluss auf das Vertrauen in die Demokratie zu schätzen.

Betrachten wir zunächst den durchschnittlichen Arbeitnehmer bzw. die durchschnittliche Arbeitnehmerin: Bei ihm bzw. ihr trifft ein durchschnittlicher Berufsstatus auf ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis in einem Betrieb mit Betriebsrat. Der Kollege bzw. die Kollegin ist kein Gewerkschaftsmitglied, und die Arbeitsbedingungen sind durchschnittlich – er bzw. sie ist also in durchschnittlichem Ausmaß betroffen von Arbeitsrechtsverletzungen, Ungleichbehandlung, einer unzuverlässigen Betriebsleitung und einer Betriebsleitung, die Gewinne über das Wohlergehen der MitarbeiterInnen stellt. Das Vertrauen dieses Kollegen bzw. dieser Kollegin in die Demokratie erreicht 5,8 Punkte.

Im Vergleich dazu liegt das Vertrauen von ArbeitnehmerInnen mit über-

durchschnittlichem Berufsstatus, unbefristeter Beschäftigung, Betriebsrat im Betrieb, Gewerkschaftsmitgliedschaft und überdurchschnittlich guten Arbeitsbedingungen bei 8,4 Punkten. Am anderen Ende, bei den ArbeitnehmerInnen mit unterdurchschnittlichem Berufsstatus in prekärer Beschäftigung, keinem Betriebsrat, keiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und schlechten Arbeitsbedingungen, erreicht das Vertrauen in die Demokratie nur 2,5 Punkte.

Dass der Ausschluss von gesicherter Erwerbsarbeit und kollektiver Mitbestimmung sowie ein von Unsicherheit, Konkurrenzorientierung, Ungerechtigkeit und Unzuverlässigkeit geprägter Arbeitsalltag das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie schädigen, ist mit diesen Beispielen offensichtlich. Interessant ist schließlich, dass die Anerkennung der Arbeit durch die Gesellschaft im hierarchisch aufgebauten Regressionsmodell seinen signifikanten Einfluss auf das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie verliert, sobald die Arbeitsbedingungen den Berechnungen hinzugefügt werden. Dies verweist darauf, dass sich die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit für die ArbeitnehmerInnen (auch) darin äußert, dass sie unter guten Bedingungen arbeiten können.

Fazit

Entsprechend den sozioökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ging dieser Beitrag der Frage nach, ob sich die zunehmende ökonomische Ungleichheit und die Prekarisierung von Arbeit auf das Vertrauen von ArbeitnehmerInnen in die Demokratie auswirken. In einem ersten Schritt wurden dazu die sozialen Lagen der ArbeitnehmerInnen in Österreich untersucht. Ressourcen in Form von Einkommen, Vermögen, Berufsstatus, formaler Bildung und gesicherter Erwerbsarbeit sind auch unter den ArbeitnehmerInnen sehr unterschiedlich verteilt: So steht das häufig prekär arbeitende untere Drittel der ArbeitnehmerInnen („urbane Armutsgefährdete“ und „besitzlose ArbeiterInnen“) einem in jeder Hinsicht gut abgesicherten oberen Fünftel („etablierte obere Mitte“) gegenüber.

Die Mitte der ArbeitnehmerInnen teilt sich in zwei Gruppen: Der „ländlichen Mitte“ geht es zwar materiell ganz gut, sie ist jedoch mit einer Entwertung ihrer Ausbildungen, Berufe und Lebensweise konfrontiert. Der Weg „nach oben“ ist ihnen v. a. aufgrund fehlender akademischer Abschlüsse versperrt. Die „urbane Mitte“ ist wiederum aufgrund ihrer formal höheren Bildung und städtischer Infrastruktur mit insgesamt besseren Perspektiven ausgestattet. Innerhalb der Bildungsschicht schließt sie die gläserne Decke „nach unten“. Die fünf Schichten verweisen nicht nur auf strukturelle Ungleichheiten unter den ArbeitnehmerInnen. Sie offenbaren auch Bruchlinien, entlang derer Status- und Verteilungskämpfe stattfinden, die

– werden sie nicht politisch aufgegriffen, gebündelt und kanalisiert – unter den ArbeitnehmerInnen, noch dazu mit sehr ungleichen Mitteln, ausgetragen werden. Gemeinsame Ziele und ein dementsprechend breites Mobilisierungspotenzial gehen dabei verloren.

Ein solch gemeinsames Ziel sind bessere Arbeitsbedingungen, denn: Die Mehrzahl der ArbeitnehmerInnen berichtet davon, dass sie zumindest in Ausnahmefällen bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit arbeitet. Fast die Hälfte war bereits von Verletzungen des Arbeitsrechts betroffen. Und ein Drittel der ArbeitnehmerInnen arbeitet in Betrieben, in denen Gewinne mehr zählen als das Wohlergehen der MitarbeiterInnen. Dabei ziehen sich strukturelle Ungleichheiten durch, denn das untere Drittel der ArbeitnehmerInnen ist nicht nur häufiger prekär – also befristet, in Leiharbeit und/ oder mit unzureichendem Einkommen – beschäftigt. Auch ihre Arbeitsbedingungen sind deutlich schlechter als jene von ArbeitnehmerInnen mit mehr Ressourcen. Strukturelle Ungleichheiten werden heute jedoch vielfach außer Acht gelassen, wenn Lebenschancen und Lebensbedingungen allen voran in der Eigenverantwortung des Individuums gesehen werden. Werden Menschen für ihre Lage jedoch in erster Linie selbst verantwortlich gemacht, liegt gemeinsames oder solidarisches Handeln nicht unbedingt nahe. Wenn also gemeinsame Ziele in den Vordergrund rücken sollen, müssen auch strukturelle Ungleichheiten wieder stärker aufgezeigt werden bzw. in die Erklärungen für sich verändernde Lebens- und Arbeitswelten mit einfließen.

Dass die zunehmende soziale Ungleichheit und die Prekarisierung von Arbeit im Kontext der Individualisierung von sozialen Strukturen auch an unserem politischen System nicht spurlos vorübergehen, wundert nicht: Die Demokratie ist ein System, das ein gewisses Ausmaß an Gleichheit sowie die Beteiligung an Bildung, Arbeit, Wohlstand und Mitbestimmung für alle Menschen verspricht. Die fünf Schichten von ArbeitnehmerInnen verweisen jedoch darauf, dass es auch in Österreich nicht gelingt, dies für alle Bevölkerungsgruppen einzulösen. Wie stark nun der Einfluss von Strukturen und Bedingungen der Erwerbsarbeit auf das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie ist, hat die durchgeführte Untersuchung gezeigt: Mehr als ein Viertel der Variation dieses Vertrauens ist auf soziale Ungleichheit im Erwerbskontext und auf prekäre Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Konkret verlieren ArbeitnehmerInnen ihr Vertrauen in die Demokratie, wenn

- (1) ihnen Lebenschancen und die Teilhabe an gesellschaftlichen Errungenschaften verwehrt bleiben. Besonders offensichtlich ist dies im unteren Drittel der ArbeitnehmerInnen und entlang des Ausschlusses von gesicherter Erwerbsarbeit.
- (2) ihre Arbeitsbedingungen unsicher, ungerecht und konkurrenzorientiert sind. Dabei schlagen sich u. a. Verletzungen des Arbeitsrechts

in einem geringeren Vertrauen in die Demokratie nieder. ArbeitnehmerInnen machen so die Erfahrung, dass auf demokratischem Weg festgelegte Rechte für sie nicht gelten.

- (3) in der Arbeit organisierte Mitbestimmung und Unterstützung fehlen. Dies verweist wiederum auf die demokratiepolitisch zentrale Bedeutung von Betriebsrat und Gewerkschaft, die Partizipation im Arbeitskontext ermöglichen und Demokratie bzw. ihre Wirksamkeit auf diesem Weg erfahrbar machen.

Maßnahmen gegen soziale Ungleichheit, die Prekarisierung von Arbeit und gegen unsichere, ungerechte bzw. konkurrenzorientierte Arbeitsbedingungen verbessern damit nicht „nur“ die Arbeits- und Lebenssituation vieler ArbeitnehmerInnen – im Besonderen jener, die über weniger Ressourcen verfügen. Diese Maßnahmen leisten auch einen zentralen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie. Um dieses Vertrauen nachhaltig zu stärken, ist schließlich auch all jenen Entwicklungen entgegenzuwirken, die die wertvollste Ressource der sozialen Demokratie – Kooperations- und Solidaritätserfahrungen – aus den Betrieben drängen. Denn Spaltungen zu überwinden, Verbindendes zu stärken und Vertrauen wieder herzustellen gelingt am besten in Situationen, in denen Erfolg aus Kooperation und gegenseitiger Hilfestellung entsteht.

Anmerkungen

- ¹ Beck (1986).
- ² Hermann, Atzmüller (2009).
- ³ Arbeitsmarktdaten des AMS: <https://www.ams.at/arbeitsmarktdaten-und-medien/arbeitsmarkt-daten-und-arbeitsmarkt-forschung/>; BALI-Datenbank des Sozialministeriums: <https://www.dnet.at/bali/>.
- ⁴ Knittler (2016).
- ⁵ Statistik Austria (2019).
- ⁶ Mahringer (2014); Hermann, Atzmüller (2009).
- ⁷ Altzinger et al. (2017), Sozialministerium (2015).
- ⁸ Europäische Zentralbank (2017).
- ⁹ Lamei et al. (2017).
- ¹⁰ AMS (2017).
- ¹¹ Nachtwey (2016).
- ¹² Reckwitz (2017).
- ¹³ Beck (1993), Giddens (1999).
- ¹⁴ Weyman (1989) 2.
- ¹⁵ Bröckling (2007).
- ¹⁶ Als „globalisierten Konzernkapitalismus“ beschreiben Luc Boltanski und Ève Chiapello (2003) das aktuelle Wirtschaftssystem.
- ¹⁷ Boltanski, Chiapello (2003).
- ¹⁸ Wannöfel (2019), Castel (2005).
- ¹⁹ Bruder-Bezzel (2016), Honneth (2002).

- ²⁰ Patrick (2017), Atzmüller (2009).
- ²¹ Jürgens (2011), Dubet (2008).
- ²² Wagner (2017).
- ²³ Lamei et al. (2017).
- ²⁴ Zandonella (2019).
- ²⁵ Elsässer et al. (2017); Gilens, Page (2014); Karabarbounis (2011).
- ²⁶ Der Berufsstatus (ISEI – International Socio-Economic Index of Occupational Status) bildet den sozioökonomischen Status einer beruflichen Tätigkeit anhand von formaler Bildung und Einkommen ab. Er beruht auf der Annahme, dass jeder Beruf einen gewissen Ausbildungsstand erfordert und ein bestimmtes Einkommensniveau ermöglicht. Der ISEI wird unter Berücksichtigung des Alters berechnet und kann über die ISCO-Einteilung kodiert werden (Ganzeboom, Treimann 2010). In der vorliegenden Erhebung erreicht der ISEI ein Minimum von 20 und ein Maximum von 79.
- ²⁷ Backhaus et al. (2008).
- ²⁸ Siehe auch Barbehön et al. (2018), Reckwitz (2017), Nachtwey (2016).
- ²⁹ Dörre (2012), Brinkmann et al. (2006).
- ³⁰ Dubet (2008).
- ³¹ Für Österreich zuletzt: Zandonella (2019, 2017).
- ³² Dörre (2012); Butterwegge, Hentges (2008); Flecker, Kirschenhofer (2007); Brinkmann et al. (2006).
- ³³ Die berechnete Faktorenanalyse bestätigt die Eindimensionalität der Items, womit sie aus statistischer Sicht zu einem Index zusammengefasst werden können. Der Index hat ein Cronbachs Alpha von 0,77. Cronbachs Alpha ist ein Maß für die interne Konsistenz eines Indexes und stellt das Ausmaß dar, in dem die Items miteinander in Beziehung stehen. Es kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen – je näher der Wert bei 1 liegt, desto höher sind die interne Konsistenz und damit die Güte des Indexes (Bortz, Döring 2006).
- ³⁴ Zur Berechnung des Index wurde die Antwortskala dieses Items umgedreht (invertiert), da die Aussage im Vergleich mit den anderen Items in die entgegengesetzte Richtung formuliert ist.
- ³⁵ Siehe Anmerkung 26.
- ³⁶ Backhaus et al. (2008).
- ³⁷ Cohen et al. (2003).

Literatur

- AMS, Arbeitsmarkt und Bildung (2018); online: https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_spezialthema_0319.pdf.
- Altzinger, Wilfried; Humer, Stefan; Moser, Mathias, Entwicklung und Verteilung der Einkommen, in: BMASK (Hrsg.), Sozialbericht. Sozialpolitische Entwicklungen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen (2017); online: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372>.
- Atzmüller, Roland, Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik, in: Kurswechsel 4 (2009) 24-34.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf, Multivariate Analysemethoden (Springer, Berlin 2008).
- Barbehön, Marlon; Geugjes, Marilena; Haus, Michael, Separate, but central?, in: Schöneck, Nadine; Ritter, Sabine (Hginen), Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten (Bielefeld 2018) 143–159.

- Beck, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne (Suhrkamp, Frankfurt am Main 1986).
- Beck, Ulrich, Die Erfindung des Politischen (Suhrkamp, Frankfurt am Main 1993).
- Boltanski, Luc; Chiapello, Eve, Der neue Geist des Kapitalismus (UVK, Konstanz 2003).
- Brinkmann, Ulrich; Dörre, Klaus; Röbenack, Silke, Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (Jena 2006).
- Bröckling, Ulrich, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform (Suhrkamp, Frankfurt am Main 2007).
- Bruder-Bezzel, Almuth, Identitätsformung durch das neoliberale Umfeld, in: Bruder-Bezzel, Almuth; Bruder, Klaus-Jürgen; Münch, Carsten (Hrsg.Innen), Neoliberale Identitäten. Der Einfluss der Ökonomie auf die Psyche (Psychosozial Verlag, Gießen 2016) 13-28.
- Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun, Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (Opladen: Barbara Budrich, 2008).
- Castel, Robert, Die Stärkung des Sozialen (Hamburger Edition HIS Verlagsges.mmbH, Hamburg 2005).
- Dörre, Klaus, Prekäre Arbeit und gesellschaftliche Integration. Empirische Befunde und integrationstheoretische Schlussfolgerungen, in: Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hrsg.), Desintegrationsdynamiken. Integrationsdynamiken auf dem Prüfstand (Springer, Wiesbaden 2012).
- Dörre, Klaus; Lessenich, Stephan; Rosa, Hartmut, Soziologie Kapitalismus Kritik (Suhrkamp, Berlin 2013).
- Dubet, Francois, Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz (Hamburger Edition, Hamburg 2008).
- Elsässer, Lea; Hense, Svenja; Schäfer, Armin, „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2017) 161-180.
- Europäische Zentralbank, The Household Finance and Consumption Survey, Wave 2. Statistical Tables (2017); online: http://www.ecb.europa.eu/home/pdf/research/hfcn/HFCS_Statistical_Tables_Wave2.pdf?58cf15114aab934bcd06995c4e91505b.
- Flecker, Jörg; Kirschenhofer, Sabine, Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreich (edition sigma, Berlin 2007).
- Ganzeboom, Harry B.G.; Treiman, Donald J., Occupational Status Measures For The New International Standard Classification Of Occupations ISCO-08; With A Discussion Of The New Classification (2010); online : <http://www.harryganzeboom.nl/isol/isol2010c2-ganzeboom.pdf>.
- Giddens, Anthony, Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie (Suhrkamp, Frankfurt am Main 1999).
- Gilens, Martin; Page, Benjamin, Testing theories of American politics. Elites, interest, and average citizen, in: Perspectives on Politics 12(3) (2014) 564-581.
- Hermann, Christoph; Atzmüller, Roland, Die Dynamik des „österreichischen Modells“. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem (edition sigma, Berlin 2009).
- Honneth, Axel, Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus (Campus, Frankfurt am Main 2002).
- Jürgens, Kerstin, Prekäres Leben, in: WSI-Mitteilungen 64, Heft 8 (2011) S. 379-385.
- Karabarbounis, Loukas, One dollar, one vote, in: The Economic Journal 121 (2011) 621-651.
- Knittler, Käthe, Atypische Beschäftigung im Jahr 2015 und im Verlauf der Wirtschaftskrise, in: Statistische Nachrichten 6 (2016) 416-422.
- Lamei, Nadja; Skina-Tabue, Magdalena; Aichholzer, Julian; Glaser, Thomas; Göttinger, Susanne; Heuberger, Richard; Oismüller, Anneliese; Riegler, Romana, Lebensbedin-

- gungen, Armut und Einkommen in Österreich, in: BMASK (Hrsg.), Sozialbereich. Sozialpolitische Entwicklungen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen (2017); online: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=372>.
- Mahringer, Helmut, Struktur der Arbeitslosigkeit in Österreich. Unterlage zur Veranstaltung „Brennpunkt: Arbeitslosenversicherung“ (2014); online: https://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/varueckblicke/Praesentation_Helmut_Mahringer_1_4_2014.pdf.
- Nachtwey, Oliver, Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne (Suhrkamp, Berlin 2016).
- Patrick, Ruth (2017): For whose benefit? The everyday realities of welfare reform. Bristol: University Press.
- Reckwitz, Andreas, Die Gesellschaft der Singularitäten (Suhrkamp, Frankfurt am Main 2017).
- Sozialministerium, Einkommensverteilung in Österreich (2015); online: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=321>.
- Statistik Austria, Arbeitsmarktstatistiken. Ergebnisse der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung und der Offenen-Stellen-Erhebung (2019); online: [file:///sora-srv16/usershares\\$/MZ/Downloads/arbeitsmarktstatistiken_2018.pdf](file:///sora-srv16/usershares$/MZ/Downloads/arbeitsmarktstatistiken_2018.pdf).
- Wagner, Thomas, Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten (Aufbau, Berlin 2017).
- Wannöfel, Manfred, Umbruch der Produktionsweise und die Krise des sozialdemokratischen Modells, in: PROKLA 196 Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49(3) (2019) 371-386.
- Weyman, Ansgar, Handlungsspielräume. Untersuchungen zur Individualisierung und Institutionalisierung von Lebensläufen in der Moderne (Enke S, Stuttgart 1989).
- Zandonella, Martina, Auswirkungen prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die politische Kultur in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft 43(2) (2017) 263-296.
- Zandonella, Martina, Österreichischer Demokratie Monitor 2019 (SORA Fokusbericht, 2019).

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht, ob bzw. in welchem Ausmaß die steigende ökonomische Ungleichheit und die zunehmende Prekarisierung von Arbeit mit dem Vertrauen von ArbeitnehmerInnen in die Demokratie zusammenhängen. Ausgehend von den sozioökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und basierend auf einer quantitativen Erhebung unter 2.024 ArbeitnehmerInnen in Österreich kann festgehalten werden: Die zunehmende ökonomische Ungleichheit und die Prekarisierung von Arbeit im Kontext der Individualisierung von sozialen Strukturen geht auch an unserem politischen System nicht spurlos vorüber. Mehr als ein Viertel der Variation des Vertrauens der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie ist auf soziale Ungleichheit im Erwerbskontext und auf prekäre Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Konkret verlieren ArbeitnehmerInnen ihr Vertrauen in die Demokratie, wenn ihnen Lebenschancen und die Teilhabe an gesellschaftlichen Errungenschaften verwehrt bleiben; wenn ihre Arbeitsbedingungen unsicher, ungerecht und konkurrenzorientiert sind; wenn in der Arbeit organisierte Mitbestimmung fehlt. Letzteres verweist auf die demokratiepolitisch zentrale Bedeutung von Betriebsrat und Gewerkschaft, die Partizipation im Arbeitskontext ermöglichen und Demokratie bzw. ihre Wirksamkeit erfahrbar machen.

Abstract

This article examines whether and to what extent economic inequality and precarious working conditions are related to employees' trust in democracy. Grounded in the socio-economic developments of the past decades and based on a quantitative survey among 2,024 employees in Austria, it can be stated: Rising economic inequality and increasing precarity of work affect our political system – more than a quarter of the variation in employees' trust in democracy is due to social inequality in the work context and due to precarious working conditions. Specifically, employees lose their trust in democracy when denied life chances and participation in societal achievements; when their working conditions are insecure, unfair and competitive; when there is no organized representation and participation at work. The latter refers to the importance of workers councils and trade unions, because they enable participation and make democracy and its effectiveness tangible.

Key words: social inequality, precarious working conditions, trust in democracy.

JEL codes: J81, J83, Z13.

Subjektive Wahrnehmung und Legitimierungsstrategien von VermögenserbInnen

Hannah Quinz

„Vermögen vermag etwas“
Georg Simmel (1990)

Nach Jahrzehnten der Wohlstandsgesellschaft, zu der sich Österreich dank der günstigen Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegsära entwickeln konnte, tritt die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung heute stärker in den Vordergrund. Finanzmarktkapitalistische Entwicklungen, Deregulierung, Privatisierung, Umbau und Abbau des Sozialstaates und die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 im Kontext wachsender globaler Interdependenz rütteln an der sozialen Stabilität der Länder und den Institutionen, auf denen diese beruht.¹ Die Folgen dieser Tendenzen sind in allen gesellschaftlichen Klassen spürbar und treiben das Auseinanderdriften zwischen „Oben“ und „Unten“, zwischen „Reich“ und „Arm“ weiter voran. Begleitet werden die zu Instabilität und Unsicherheiten führenden Entwicklungen von einer enorm ungleichen gesellschaftlichen Verteilung von Vermögen. Während Privatvermögen in den Händen einiger weniger konzentriert ist und sich vor allem dort vermehrt, wo es bereits vorhanden ist, nimmt soziale Mobilität auf der Basis von individueller Leistung im Lohnarbeitsverhältnis tendenziell ab.² In der von Oliver Nachtwey (2016) nun so bezeichneten „Abstiegsgesellschaft“ scheint selbst der Statuserhalt bis in weite Bereiche der Mittelschicht hinein gefährdet und öffnet individuellen Abstiegsängsten Tür und Tor. Die zunehmende Polarisierung zwischen jenen, die dank ihres Vermögenserbes aussichtsreiche Zukunftschancen haben und jenen, denen auch die größte Anstrengung keine vergleichbare Perspektive bietet, rückt Fragen über Gerechtigkeit im Kontext sozialer Ungleichheit wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit.³ Dieser Beitrag beschäftigt sich aus soziologischer Sicht mit der Frage, wie VermögenserbInnen in Österreich ihre privilegierte soziale Position mithilfe ihrer Gerechtigkeitsideologie vor dem Hintergrund der Deutung ihrer Lebensgeschichte legitimieren.

Im Folgenden wird zunächst der Stand der Forschung zur Vermögensverteilung in Österreich (Kap. 1) und daran anschließen das gesellschaftli-

che Bewusstsein über ebendiese aufgezeigt (Kap. 2). Dem folgt die Erläuterung der soziologischen Perspektive auf die Wahrnehmung und Reproduktion sozialer Ungleichheit nach Pierre Bourdieu in Kapitel 3 sowie die theoretische Fundierung der Legitimierung sozialer Ungleichheit über Gerechtigkeitsideologien (Kap. 4). Im Sinne intersubjektiver Nachvollziehbarkeit wird in Kapitel 5 auf die Datenbasis und die empirische Vorgehensweise eingegangen. Daran anschließend werden die Ergebnisse der zugrundeliegenden Studie vorgestellt (Kap. 6). Der Beitrag schließt mit einem zusammenfassenden Fazit (Kap. 7).

1. Stand der Forschung zu Vermögensungleichheit in Österreich

Eine besondere Rolle spielt im Gefüge sozialer Ungleichheit und deren Reproduktion eine von Leistung, verstanden als im Arbeitsverhältnis entlohnter Einsatz, tendenziell gelöste Erbschaft von Vermögen.⁴ Neuen Aufwind erfuhr die Debatte über soziale Ungleichheiten einhergehend mit Fragen sozialer Gerechtigkeit im Kontext der Vermögensverteilung durch die Veröffentlichung von Thomas Pikettys Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (2014). Eindrucksvoll zeigt Piketty anhand umfassender Daten das ökonomische Ungleichgewicht zwischen Vermögen und Arbeitseinkommen unter Bedingungen gewöhnlichen Wirtschaftswachstums auf. Während Vermögen beständig und über die Kapitalrendite teilweise von selbst wachsen, unterliegen Arbeitseinkommen einer wesentlich langsameren, unter Umständen sogar stagnierenden, Entwicklung. Seit im Rahmen des „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) von der Oesterreichischen Nationalbank umfangreiche Daten zu Vermögensbeständen der Bevölkerung in Österreich erhoben werden, können zahlreiche Studien die ungleiche Verteilung von Vermögen belegen. Und das, obwohl Vermögen in statistischen Erhebungen derzeit noch unterrepräsentiert sind und exakte Daten zu hohen Vermögenswerten fehlen.⁵ Dies hat zweierlei Gründe. Zum einen gibt es wesentlich weniger Menschen mit hohem Vermögen, sodass die Wahrscheinlichkeit, von einem Zufallsample erfasst zu werden, für Vermögende relativ gering ist. Zum anderen geben Menschen ungern Auskunft über die Höhe und Zusammensetzung ihres Privatvermögens. Soziale Erwünschtheit im Antwortverhalten und der Schutz der eigenen Position durch Informationszurückhaltung spielen dabei eine nicht unbedeutende Rolle. Für die sozialwissenschaftliche Forschung gelten Vermögende als *hard-to-survey population*, in der Vorbehalte gegen Selbstauskünfte besonders häufig vorkommen.⁶ Nichtsdestoweniger kommen statistische Untersuchungen, die mittels Paretoverteilung die Unterrepräsentation der reichsten Haushalte im Survey in ihre Berechnungen miteinbeziehen, zu dem Ergebnis, dass die reichsten zehn

Prozent der österreichischen Haushalte 69,3 Prozent des gesamten Privatvermögens besitzen.⁷ Das Vermögen des reichsten Perzentils wird auf 38,2 Prozent geschätzt.⁸ Vergleichbare neuere Berechnungen schätzen den Anteil des reichsten Prozents auf über 40 Prozent.⁹

Die Untersuchungen zeigen also, dass die höchsten Anteile von Vermögen bei einer kleinen Minderheit der österreichischen Haushalte zu verzeichnen sind.¹⁰ Dieser Trend bleibt im Verlauf des Beobachtungszeitraumes bislang konstant. Sowohl die Erhebungen der Querschnittsdaten aus 2010 als auch jene aus 2014 und 2017 zeigen eine stabile Ungleichverteilung.¹¹ Vermögen ist in Österreich also enorm ungleich verteilt. Während das reichste Prozent in etwa vierzig Prozent des gesamten Privatvermögens besitzt, teilen sich die vermögensärmsten fünfzig Prozent der Bevölkerung lediglich 2,5 Prozent davon.¹² Hinsichtlich des Vermögens gibt es in Österreich – anders als beim Einkommen – keine (breite) Mittelschicht. Wer neben dem Eigenheim zusätzliche Immobilien, wie beispielsweise Zinshäuser oder einen Zweitwohnsitz, Finanzvermögen oder Unternehmensbeteiligungen sein bzw. ihr Eigentum nennen kann, wird mit höherer Wahrscheinlichkeit bereits den reichsten fünf Prozent der österreichischen Bevölkerung zugerechnet.¹³ Hinzu kommt, dass aus dem Ertrag von Vermögen auch Vermögenseinkommen entsteht, das über die Kapitalertragssteuer mit einem fixen Prozentsatz besteuert wird. So wird Vermögen dort, wo es bereits vorhanden ist, akkumuliert, und die Reproduktion ungleicher Verhältnisse weiter vorangetrieben.¹⁴ Einzementiert wird diese ökonomische Ungleichverteilung vor allem durch die Ausgestaltung des Eigentums-, Erb- und Steuerrechts in Österreich über die unversteuerten innerfamiliäre Weitergabe von Vermögen, also über Erbschaften und *Inter-vivos*-Schenkungen, d. h. Schenkungen seitens der Eltern an ihre Kinder zu Lebzeiten.¹⁵ Dass der individuelle Aufbau von Vermögen insbesondere auf intergenerationale Transmissionsmechanismen zurückzuführen ist, gilt nicht nur für Österreich. Auch Untersuchungen aus Schweden, Norwegen und Deutschland belegen die Bedeutung der sozialen Herkunft für den Vermögenserwerb und dessen Akkumulation.¹⁶ Innerhalb wohlhabender Familien werden beispielsweise Eigenheime, Zinshäuser, Familienunternehmen oder Finanzkapital zur Unternehmensgründung bereits zu Lebzeiten an die eigenen Kinder übergeben oder später vererbt, die diesen eine ökonomische Lebensgrundlage sowie gute Ausgangschancen und aussichtsreiche Zukunftsperspektiven bieten.¹⁷ In welche Familie jemand geboren wird, hat somit rein ökonomisch erhebliche Auswirkungen auf individuelle Chancen. Sighard Neckel (2008, S. 84) sagt dazu: „Inmitten einer Kultur, die sich wie kaum je zuvor ausdrücklich als ‚meritokratisch‘ versteht, nimmt faktisch das ursprünglich aristokratische Geburtsprinzip eine entscheidende Weichenstellung für die Entwicklung von Lebenschancen vor.“ Nicht nur die ökonomische Grundlage, sondern

auch klassenspezifische kulturelle Denk- und Handlungsmuster sowie soziale Beziehungen und Netzwerke, die in engem Zusammenhang zur sozialen Herkunft stehen, nehmen Einfluss auf individuelle Zukunftsperspektiven.¹⁸

2. Gesellschaftliches Bewusstsein über Vermögensungleichheit

Studien zeigen also, dass Vermögen in Österreich enorm ungleich verteilt ist und dass vor allem Erbschaften eine wesentliche Rolle für die Reproduktion dieser Verhältnisse spielen. Obschon ExpertInnen seit der Verfügbarkeit der Daten entsprechende Informationen verbreiten, fehlt für diese krasse Ungleichverteilung nach wie vor das Bewusstsein in der Bevölkerung, sowohl unter Vermögenden selbst als auch unter Nicht-Vermögenden. Nicht nur die gesamtgesellschaftliche Verteilung von Vermögen, sondern auch die eigene Position in dieser Verteilung werden mehrheitlich falsch eingeschätzt.¹⁹ Zunächst gibt es von allen Seiten eine starke Tendenz zur Mitte, die in Österreich traditionell eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung für das Funktionieren der Gesellschaft hat. Die eigene Position wird so auch beim Vermögen tendenziell dem mittleren Bereich der Verteilung zugeordnet. Umso höher das tatsächliche Privatvermögen ist, desto stärker wird die eigene Position unterschätzt.² Insbesondere Haushalte mit den höchsten Vermögenswerten schätzen ihre Position mehrheitlich in den mittleren Dezilen und gar nicht in dem eigentlich entsprechenden obersten Dezil ein.²¹ Ist kaum oder kein Vermögen vorhanden, liegt hingegen ein stärkeres Bewusstsein für die Realität zumindest der eigenen Position vor.²² Hier ist die Tendenz zur Mitte etwas weniger stark ausgeprägt.

Dass die eigene Vermögenslage so verkannt wird, führen Melchior und Schürz (2015) darauf zurück, dass sich die oberen Klassen so der Notwendigkeit der Rechtfertigung ihrer privilegierten Lage und der daraus unter Gerechtigkeitsaspekten ableitbaren Verantwortung zu entziehen versuchen.²³ Aufgrund der Korrelation von Vermögen mit Einkommen und auch Bildung gehen sie nicht von einem realen Informationsdefizit, sondern von Gleichgültigkeit gegenüber der Realität aus. Eine Gleichgültigkeit, die ihnen zufolge nur das Privileg hoher sozialer Positionen ermöglicht. Nicht nur privilegierte Gleichgültigkeit, auch die Unterschiede in Art und Entstehungsbedingungen von Vermögen,²⁴ sozioökonomische Charakteristika²⁵ oder auch die enorme Spannweite des Vermögens im obersten Dezil ermöglichen eine verzerrte Wahrnehmung der Realität. So könnte angenommen werden, dass bei einer subjektiv relationalen Einschätzung der eigenen Position nur Personen im eigenen unmittelbaren Umfeld und vor allem jene bekannten Personen oder Haushalte in die Beurteilung einfließen, die mindestens gleich viel oder mehr Vermögen vor-

weisen können. Dies ist ein Phänomen, das in der Forschung aus den unteren Klassen bekannt ist: „*This ‚problem of fairness‘ leads workers to compare their earnings mainly with other workers on the same socio-economic level and disregard large inequalities between social classes.*“²⁶ Menschen tendieren folglich dazu, Gerechtigkeitsfragen nur im sozialen Nahraum zu problematisieren und große Ungleichheiten dabei auszublenden. Die gesellschaftlichen Strukturen spielen für die Beurteilung der individuellen Lebenssituation im Kontext von Fairness und Gerechtigkeit also keine oder lediglich eine untergeordnete Rolle, im Gegensatz zum bekannten sozialen Umfeld mit ähnlichen sozioökonomischen Merkmalen.

Die wissenschaftliche Forschung befasst sich seit einiger Zeit umfassend mit den sozialstrukturellen Fragen zur Vermögensverteilung sowie den Formen des Vermögenserwerbs, der nationalen wie globalen Bildung von Vermögensklassen und dem allgemeinen Verständnis und Wissen der Bevölkerung um ebendiese Umstände.²⁷ Was jedoch nach wie vor fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung und Legitimierung der eigenen Position durch die Vermögenden selbst. Die Wahrnehmung der eigenen sozialen Position und sozialer Ungleichheitsverhältnisse spielen eine zentrale Rolle für die Legitimierung von Vermögensungleichheit und damit für die Reproduktion von sozialer Ungleichheit sowie für die Entwicklung von subjektiven Einstellungen zu Gerechtigkeit und der darauf basierenden sozialstaatlichen Umverteilung mit dem Ziel der Förderung von Gleichheit.²⁸ Damit beschäftigt sich nun dieser Beitrag.

Die im Folgenden dargestellte theoretische Konzeption der Sozialraumanalyse nach Pierre Bourdieu soll zunächst eine soziologische Perspektive auf soziale Positionen, damit verbundene Wahrnehmungs- und Deutungsmuster und die (unbewusste) Reproduktion sozialer Ungleichheit ermöglichen.

3. Wahrnehmung und Reproduktion sozialer Ungleichheit

Die Reproduktion sozialer Ungleichheit durch soziale Herkunft lässt sich mithilfe der Bourdieu'schen Sozialraumtheorie näher erläutern. Interessant ist Pierre Bourdieus Ansatz hier vor allem deshalb, weil er in der sich stetig wandelnden Gesellschaft die Kontinuität und Stabilität der in die soziale Ordnung eingeschriebenen Machtverhältnisse zu erklären versucht:²⁹ eine Rigidität, die auch aufgrund der Vermögensakkumulation durch intergenerationale Vermögensweitergabe verstärkt wird.³⁰

Zentral ist bei Bourdieu (2014, S. 175 [1987]) zunächst der Klassenbegriff, demzufolge AkteurInnen einer „objektiven Klasse“ gewisse Gemeinsamkeiten sowohl auf Struktur- als auch auf Handlungsebene in gleichen oder ähnlichen Lebenslagen haben. Einerseits weisen sie in Volumen und

Zusammensetzung homogene Kapitalien auf (objektivierte Merkmale), andererseits sind innerhalb der Klassen homogene Muster in Bezug auf die Wahrnehmung, das Denken und das Handeln der AkteurInnen als Habitus (inkorporierte Merkmale) vorfindbar.³¹ Diese Muster werden im Laufe der Sozialisation klassenspezifisch erlernt, ohne dabei bewusst wahrgenommen zu werden. Kinder lernen also von ihrem nahen Umfeld bestimmte Arten zu denken und zu handeln. Bourdieu nennt diese Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster Habitus. Einmal als Klassenhabitus etabliert, wirkt diese soziale Praxis wieder auf die strukturelle Ebene zurück, welche wiederum die soziale Praxis prägt. So spricht Bourdieu von einem dualistischen Klassenbegriff.³²

Was bedeutet das? Der Habitus stellt das Bindeglied des dualistischen Systems von Struktur und Handlung dar. In modernen kapitalistischen Gesellschaften ist er gleichzeitig strukturierte Struktur und strukturierende Struktur.³³ Einerseits konstituiert sich der Habitus als strukturierte Struktur in aufeinander abgestimmten „Wahrnehmungs-, Handlungs- und Denkschemata“ durch die objektiven Möglichkeiten innerhalb der Struktur des sozialen Raumes. Wie AkteurInnen denken und handeln, hat nach Bourdieu demnach vor allem damit zu tun, welche Position sie und ihre Eltern im sozialen Raum einnehmen und von welchen Personen in welchen Lebenslagen sie daher umgeben sind. Andererseits bildet er als strukturierende Struktur eine soziale Praxis heraus, also den klassenspezifischen Lebensstil, der aus den genannten Schemata entsteht, welche wiederum die Grundlage der Strukturierungsprinzipien des sozialen Raumes bildet.³⁴

Dieser Prozess findet stetig und meist unbewusst statt und reproduziert so die in die soziale Ordnung eingeschriebene Ungleichheit. Vereinfacht gesagt sorgt der Habitus dafür, dass Individuen unbewusst jene Aspirationen entwickeln, die für sie aufgrund ihrer Position im sozialen Raum jeweils angemessen sind – sie wollen (erreichen), was sie innerhalb ihrer Klasse (erreichen) können. Altreiter (2019) spricht dabei von der „Zugkraft der Klassenherkunft“, der Menschen nur schwer entkommen, insbesondere, weil sie meist nicht bewusst wahrgenommen wird. Der Habitus erzeugt eine Übereinstimmung zwischen subjektiven Erwartungen und tatsächlichen Erfahrungen der Individuen und erscheint daher nicht sozial konstruiert, sondern natürlich gegeben.³⁵

Die Position im sozialen Raum ist durch Volumen und Struktur des Kapitals sowie deren Entwicklung im Verlauf des Lebens bestimmt. Bourdieu (2014, S. 183) versteht Kapital als „akkumulierte Arbeit“ und erweitert den ökonomischen Kapitalbegriff um das kulturelle und das soziale Kapital. Kulturelles Kapital existiert in dreierlei Gestalt. Einerseits äußert sich dieses als Teil des oben diskutierten Habitus in bestimmten erlernten Sprech-, Denk- und Verhaltensweisen, sprich der inkorporierten Art zu denken und

zu handeln. Objektiviert tritt es materiell in individuellem Besitz von Kulturgütern zutage und institutionell in Form von erworbenen Bildungstiteln. Das soziale Kapital bezeichnet relevante Beziehungen und Netzwerke. Die Reproduktion sozialer Ungleichheit ist nach Bourdieu auf die Möglichkeit der Konversion dieser drei Kapitalsorten zurückzuführen. Ökonomisches Kapital kann sowohl in kulturelles als auch soziales Kapital transformiert werden, und umgekehrt können kulturelles und soziales Kapital wiederum in ökonomisches Kapital konvertiert werden.³⁶ Im Laufe der Zeit kann aufgrund dieser Konvertierbarkeit Kapital dort, wo es bereits vorhanden ist, vervielfacht werden. So funktioniert die Logik des Kapitals nach Bourdieu nach dem gleichen Prinzip wie die Logik des Vermögens: Wo bereits welches vorhanden ist, wird es mehr und innerfamiliär transferiert.

Wenn sich das Kapital selbstständig vermehrt, während Arbeitseinkommen stagniert, nimmt auch die soziale Polarisierung zu. Die Struktur des Kapitals, d. h. Zusammensetzung und Volumen der drei Kapitalsorten, bestimmt die in den jeweiligen Klassen disponiblen Ressourcen, Möglichkeiten und Grenzen. Umso höher das Kapitalvolumen, umso höher auch die damit verbundene Deutungsmacht, die Bourdieu symbolisches Kapital nennt. Anders als bei ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital handelt es sich dabei nicht um „akkumulierte Arbeit“ als Investition, sondern um eine Form der Legitimation durch symbolische Macht.³⁷ Jede der drei Kapitalsorten kann auch gleichzeitig symbolisches Kapital sein, das den jeweiligen AkteurInnen Definitionshoheit verleiht.³⁸ Diese liegt vor, wenn sich eine bestimmte Perspektive einer bestimmten Gruppe auf einen gesamtgesellschaftlichen Grundsatz so durchgesetzt hat, dass sie unhinterfragt übernommen und als geltendes Prinzip akzeptiert wird. Also, „wenn die Verteilung und Struktur des in einem Feld wirksamen Kapitals so tief in die Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster, die Klassifikationen und Gliederungsprinzipien eingedrungen ist, dass diese sich von selbst rechtfertigen“.³⁹ So sind die Wahrnehmungs- und Denkmuster vermögender ErblInnen, die ein hohes Bourdieu'sches Kapitalvolumen aufweisen, von besonderem Interesse.

4. Legitimierung sozialer Ungleichheit durch Gerechtigkeitsideologien

Vor dem Hintergrund der vielfach unbewusst stattfindenden Reproduktion sozialer Ungleichheit ist die bewusst stattfindende Legitimierung privilegierter Positionen im sozialen Raum und der bestehenden strukturellen Ungleichheiten von Interesse. Dafür spielt die subjektive Gerechtigkeitsideologie eine zentrale Rolle: nämlich die Frage, was Menschen faktisch als gerecht erachten – und was eben nicht.⁴⁰ Es handelt sich dabei um die

Basis, aufgrund derer eine Wertung über die als gerecht oder ungerecht erachtete Zuteilung von Positionen, Ressourcen und Privilegien getroffen wird. Ideologien sind nach Theodor Geiger „Lebens- und Weltdeutungen oder auch Gedankengefüge, die sich auf enger abgesteckte Gegenstandsbereiche, z. B. auf die Wirtschaft oder einzelne wirtschaftliche Tatsachen beziehen“.⁴¹ Der Ideologie liegt eine schichtspezifische Mentalität zugrunde; Mentalität ist „geistig-seelische Disposition, ist unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrungen“.⁴² Ideologie als reflektierte „Selbstausslegung“ entwickelt sich aus der Mentalität bzw. dem Habitus heraus.⁴³ Die Ideologie formt sich vor dem Hintergrund der Deutung der eigenen Lebensgeschichte, gespeist aus den vergangenen Lebenserfahrungen und antizipierten Zukunftsaussichten; die im Habitus verkörperten Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata bilden demnach die Grundlage der subjektiven Gerechtigkeitsideologie. In der soziologischen Literatur wird hierbei zwischen vier theoretischen Gerechtigkeitsprinzipien unterschieden: Gleichheit (*equality*), Leistung oder Beitrag (*equity*), Bedarf (*need*) und Status (*entitlement*).⁴⁴ So lassen sich normative Gerechtigkeitsurteile auf grundlegende idealtypische Werthaltungen zurückführen, nach denen entweder alle Menschen ganz grundsätzlich die gleichen Ansprüche auf gesellschaftliche Positionen und Ressourcen haben sollen oder aber diese Ansprüche aus vorab geleisteten Beiträgen abgeleitet werden sollen. Als gerecht erachtete Zuteilung kann auch auf der Basis des Bedarfs beruhen, Ansprüche werden also je nach bestehendem Bedarf zugeteilt oder aber auf Grundlage der Statusposition der Anspruchsberechtigten. Wir nähern uns nun auf der Basis der bislang erarbeiteten theoretischen Bausteine der Frage nach der (unbewussten) Wahrnehmung und (bewussten) Legitimierung der privilegierten sozialen Position von VermögenserblInnen vor dem Hintergrund der Deutung ihrer Lebensgeschichte. Zuvor sollen jedoch noch die Datenbasis sowie die empirisch-methodische Vorgehensweise offengelegt werden.

5. Datenbasis und Methodik

Die in diesem Beitrag präsentierte Studie basiert auf Erkenntnissen aus sieben ein- bis zweistündigen problemzentrierten Interviews nach Andreas Witzel (2000) mit VermögenserblInnen im Alter von Mitte 50 bis Mitte 70, die in einem Zeitraum von Mitte Juni bis Ende August 2019 stattgefunden haben. Die befragten Personen zählen zur Gruppe der sogenannten „*working rich*“⁴⁵ in (mindestens) zweiter Generation, also jener Vermögenden, die ihr Privatvermögen (teilweise) geerbt haben und einer Berufsarbeit nachgehen oder nachgegangen sind. Die Auswahl der Fälle beruht

zum einen auf geerbten Vermögensbeständen, wie über den eigenen Wohnsitz hinausgehendes, nennenswertes Immobilienvermögen, Unternehmenseigentum und/oder Finanzvermögen, sodass eine Zuordnung zum oberen Ende der Vermögensverteilung möglich ist. Zum anderen weisen die Befragten auch durch ihre soziale Herkunft geförderte, erfolgreiche Berufskarrieren in Führungspositionen in Unternehmen der Privatwirtschaft oder anderen statushohen Berufspositionen, wie bspw. Primariate, auf.⁴⁶ Da diese Zielgruppe in der sozialwissenschaftlichen Forschung als schwer zu erreichende Gruppe gilt und Vorbehalte gegen Selbstauskünfte besonders häufig vorkommen,⁴⁷ waren zwei Maßnahmen für die Herangehensweise dieser Forschung zentral. Einerseits sogenannte „gatekeeper“ als Vermittlungs- und Vertrauenspersonen, welche die Interviews und somit zu guter Letzt die Entstehung dieser Forschungsarbeit ermöglicht haben. Andererseits war neben der schriftlichen und verbindlichen Zusicherung des vertraulichen und anonymisierten Umgangs mit den Daten nach forschungsethischen Standards auch die Zusicherung von Bedeutung, dass an der exakten Höhe und Zusammensetzung des Vermögensbestandes der Befragten seitens der Forschenden kein Interesse bestünde. Auf diesem Wege konnte das Vertrauen für ein offenes, ausführliches und stets sehr angenehmes Gespräch über die jeweilige Lebensgeschichte, Einstellungen und Weltanschauungen aufgebaut werden. Das Geschlechterverhältnis war für die Zusammensetzung der Fallauswahl nicht ausschlaggebend, soll aber nicht unerwähnt bleiben. Da das Vermögen zwischen Männern und Frauen sehr ungleich verteilt ist, ist es wohl letztlich auch kein Zufall, dass unter den hier vorliegenden sieben Interviewten nur eine Person weiblich ist. Auf geschlechterspezifische Unterschiede konnte im Rahmen dieser Forschung jedoch leider nicht eingegangen werden.

Die problemzentrierten Interviews wurden mit einer narrativen Einstiegsfrage eröffnet, um die befragten Personen zu einer ausführlichen Erzählung ihrer Lebensgeschichte aufzufordern und deren Explikation zu motivieren. Diese Erzählungen bilden das Herzstück der hermeneutischen Analysen im Hinblick auf die Frage nach der Wahrnehmung der subjektiven Legitimierung der eigenen sozialen Position vor dem Hintergrund der Deutung der eignen Lebensgeschichte im Kontext sozialer Ungleichheit. Hermeneutisch bedeutet, dass analytisch vor allem zwischen den Zeilen gelesen, also hinter das explizit Gesagte geschaut wird. Dabei steht die subjektive Perspektive der Befragten auf ihre eigene Biografie und wie sie widersprüchliche Gegebenheiten mit Sinn versehen, im Zentrum der analytischen Aufmerksamkeit: also soziale Wirklichkeiten aus Sicht der AkteurInnen. So werden nach Alfred Schütz (1971) die Konstruktionen des Alltags der Individuen durch die Forschenden rekonstruiert.⁴⁸ Die Rekonstruktion bezieht sich auf Deutungs- und Wahrnehmungsmuster, die

im Laufe der Sozialisation internalisiert werden und deshalb nicht beliebig sind.⁴⁹ Es handelt sich dabei um „kollektiv geteilte Wissensbestände, die auch Handlungs- und Interaktionsregeln enthalten“ (ebd.). Der methodologische Rahmen der interpretativen Sozialforschung lässt somit durch die tiefgehende Analyse von Einzelfällen einen Einblick in noch wenig erforschte Phänomene und Lebenswelten zu.⁵⁰ Als verschriftliche Kommunikation repräsentieren die transkribierten Interviews subjektive Sinnstrukturierungen, die durch den Prozess der verstehenden Sinnrekonstruktion in einem bestimmten Untersuchungsfeld nachvollziehbar gemacht werden können.⁵¹ Die grundlegende Annahme ist dabei, dass „allen Äußerungen eine objektive Bedeutung unabhängig vom sprechenden Subjekt zum Tragen kommt, die über dessen bewußte Handlungsabsichten und Meinungen hinausreicht. Dieser Bedeutungsgehalt repräsentiert die Struktur der diese Person umgebenden Lebenswelt und die darin vorherrschenden Normen und Regeln.“⁵²

Zu diesem Zweck wurden die geführten Gespräche sehr detailliert verschriftlicht: also nicht nur das gesprochene Wort, sondern auch Sprechpausen, Laute, Emotionen und Nebengeräusche, um den Kontext sowie die Art und Weise des Gesagten erfassen zu können; Dialekt und Umgangssprache wurden, soweit vorhanden, beibehalten. Sensible Personendaten und Informationen wurden zur Wahrung der Anonymität verändert. Alle im Folgenden verwendeten Namen sind demnach von der Forscherin ausgewählte, den Echtnamen in Art und Weise entsprechende Pseudonyme. Um die interessierenden latenten Sinnstrukturen hermeneutisch herausarbeiten zu können, wurden die Feinstruktur- und die Themenanalyse nach Ulrike Froschauer und Manfred Lueger (2003, S.110ff) angewendet. Die Feinstrukturanalyse wird an den Beginn der Analysen gestellt, um dem Material möglichst offen, unvoreingenommen und explorativ zu begegnen. Dabei werden Sequenz für Sequenz alle denkmöglichen Lesarten erarbeitet und deren Plausibilität anhand des Gesprächsverlaufs, der vorab nicht bekannt ist, überprüft. Dabei geht es nicht darum, die „objektive Wahrheit“ der Erkenntnisse zu legitimieren, sondern aus allen Interpretationsmöglichkeiten jene zu erarbeiten, die nicht beliebig, sondern aufgrund des Materials am wahrscheinlichsten ist. Um die Zuverlässigkeit der Ergebnisse sicherzustellen, wurde den Analysen der Interviews in mehreren unterschiedlichen Teamzusammensetzungen und der kritischen Reflexion der Interpretation ausreichend Zeit gewidmet.

Im Anschluss daran wurde die Themenanalyse als textreduzierendes Verfahren zur Bearbeitung von umfangreichem Analysematerial, sprich für die vollständige Analyse der Gespräche sowie deren Fallkontrastierung, herangezogen. Ziel der Themenanalyse ist es, einen Überblick über die relevanten Themen, ihre Kernaussagen und deren Kontext sowie den fallspezifischen und fallübergreifenden Zusammenhang der unterschiedli-

chen Gespräche zu bekommen.⁵³ Die Ergebnisse werden anhand der zentralen Themen in den Interviews vorgestellt.

6. Ergebnisse

In den Erzählungen der Lebensgeschichten der Befragten kristallisieren sich Ähnlichkeiten heraus, die sich gruppieren lassen und im Ergebnis zu zwei grundlegend unterschiedlichen Mustern in der subjektiven Wahrnehmung der sozialen Herkunft und der Legitimierung von privaten Vermögen führen. Die thematisch relevanten Merkmale der beiden Muster werden im Folgenden vorgestellt.

Zentral für das Wissen über die Wahrnehmung der sozialen Herkunft ist die subjektive retrospektive Erzählung der Lebensumstände in Kindheit und Jugend bis ins junge Erwachsenenalter. Für die Frage nach Legitimierungsstrategien steht die Darstellung des familiären und privaten Vermögens im Vordergrund.

Charakteristisch für das eine Muster ist, dass die Kindheit tendenziell sehr sachlich als gewöhnlich dargestellt wird. Die Verhältnisse, in denen die Befragten aufgewachsen sind, werden als normale, nicht hinterfragte oder hinterfragbare Selbstverständlichkeiten wahrgenommen. So erfahren diese in der Erzählung wenig Aufmerksamkeit und werden auch kaum expliziert. Tendenziell werden soziale Herkunft und der familiäre Hintergrund sogar herabgewürdigt, indem vordergründig die damit verbundenen Belastungen, Probleme und daraus resultierende Unsicherheiten thematisiert werden, die zu einer persönlichen Distanzierung führen. Im Mittelpunkt der Erzählungen steht dann die individuelle Erfolgsgeschichte und wie diese trotz vorbelasteter Herkunft durch Distanzierung und Leistung möglich wurde. Mit dem familiären Kapital steht der Erfolg in dieser Darstellungsweise in keinem Zusammenhang. Im Kontext der Forschungsfrage stellt dieses Muster die Abwertung der Klassenherkunft und die Vermögenslegitimierung durch individuelle Leistung dar.

Charakteristisch für das andere Muster ist, dass Befragte ihrer Herkunftsfamilie, positiven Kindheitserfahrungen und dem familiären Einfluss auf ihren Bildungsweg und späteren Berufserfolg sehr viel Raum in ihrer Erzählung geben. Sie setzen ihre eigene Lebensrealität in einen gesellschaftlichen Kontext und nehmen Bezug zu Menschen mit anderen, vor allem schwierigeren, Ausgangsbedingungen. Ihre privilegierte Situation ist ihnen durchaus bewusst und sie drücken dafür Dankbarkeit aus. Das familiäre Kapital wird als ausschlaggebender Faktor für die (Aus-)Bildung, spätere berufliche Erfolge und die gute Lebenssituation dargestellt. Vermögen wird insbesondere im Kontext von familiär tradierten Wertvorstellungen und dem daraus resultierenden angemessenen Umgang mit Ver-

mögen sowie der damit verbundenen Verantwortung thematisiert. Im Kontext der Forschungsfrage stellt dieses Muster die Würdigung der Klassenherkunft und die Vermögenslegitimierung durch die dem Status gebührende Lebensführung dar.

6.1 Biografische Selbstpräsentation von VermögenserbInnen

Im Folgenden werden diese beiden Muster anhand der zentralen Themen in den Interviews dargestellt. Um den LeserInnen einen Einblick in die Lebenswelten und Sichtweisen der Befragten zu ermöglichen, werden zunächst die Erzählungen von zwei Personen ausführlich und möglichst nahe am tatsächlichen Wortlaut dargestellt. Die beiden beschriebenen Fälle sind für die jeweils vorgefundenen Wahrnehmungs- und Denkmuster charakteristisch und sollen diese veranschaulichen. Durch die Auswahl und Kontextualisierung der Gesprächsauszüge seitens der Forscherin soll der Blick der LeserInnen dabei auf die soziologisch relevanten Aspekte gelenkt werden.⁵⁴ Im Anschluss daran werden die Charakteristika der relevanten Themen aus allen Interviews umfassend erörtert. Diese werden mit wörtlichen Zitaten exemplarisch veranschaulicht.

Die befragten Personen kommen aus privilegierten Familienhäusern, verfügen selbst über einen Hochschulabschluss und haben eine sehr angesehene Berufsposition mit hohem Einkommen in den Feldern von Wirtschaft, Politik, Medizin oder Wissenschaft. Der Bildungsweg führt selbstverständlich vom Gymnasium auf die Universität mit möglichen akademischen Anschlussoptionen. Auch die Eltern oder Großeltern genossen bereits selbst eine universitäre Bildung, was zu dieser Zeit in Österreich tendenziell noch eine Seltenheit war. Es liegt nahe, dass alle Befragten einen klassischen Bildungsweg mit Hochschulabschluss vorzuweisen haben, da für die Untersuchung vermögende ErbInnen mit erfolgreichen Berufskarrieren, also „*working rich*“ in mindestens zweiter Generation, befragt wurden. Hier interessiert die Frage, wie dieser durch das Familienvermögen und die soziale Herkunft geförderte Bildungs- und Karriereweg von den befragten Personen selbst subjektiv wahrgenommen wird. Die biografischen Erzählungen der problemzentrierten Interviews zeigen die Sicht der Befragten auf ihre Lebensverläufe und ihren Werdegang aus ihrer heutigen Perspektive retrospektiv auf. Sie stellen also jeweils eine „biografische Selbstpräsentation“ dar.⁵⁵ Die erzählte Lebensgeschichte ist ein gegenwärtiges Deutungsmuster der erlebten Vergangenheit, das sich aus ebendiesem Erlebten speist, in dem die Zukunft aber bereits antizipiert wird.⁵⁶ Wie die Befragten ihre soziale Herkunft wahrnehmen und beschreiben, gibt Aufschluss darüber, wie sie mit den Widersprüchlichkeiten der Verhältnisse, in denen sie aufgewachsen sind und leben, zum Zeitpunkt der Befragung umgehen. Relevant ist dabei insbesondere die Frage, in-

wiefern sie sich ihrer Privilegien bewusst sind oder sich diese bewusst machen. Schütz (1993 [1932]) zufolge ist aus phänomenologischer Perspektive die subjektive Wahrnehmung und Konstruktion der eigenen Alltagsrealität auch handlungsanleitend und somit folglich wegweisend für ihre individuelle Sichtweise auf Vermögensungleichheit und die Legitimierung von Privatvermögen. Das Erkennen der eigenen Privilegien im Vergleich zur restlichen Gesellschaft hat vor allem auch Bedeutung für die Notwendigkeit der Rechtfertigung dieser und damit in Verbindung stehenden Fragen von Gerechtigkeit.⁵⁷

6.1.1 Abwertung der Klassenherkunft und Leistung

Mag. Lucas Kold, geboren in den 1950er-Jahren als Sohn eines Architekten und einer Künstlerin, deren Vater Großindustrieller und Gründer eines österreichischen Großunternehmens ist, das sich mittlerweile zu einem multinationalen Konzern entwickelt hat, wächst mit seinen Eltern und seinen drei Geschwistern in der Wiener Innenstadt auf. Die Familie lebt im gemeinsamen Haus mit den Großeltern „[Nahe der (---) Ringstraße]“ (T4 1/15),⁵⁸ so die Beschreibung des physischen und vor allem sozialen Raums seiner Kindheit. Obwohl er laut eigenen Angaben ein schlechter Schüler ist, weil er „kein[en] Ehrgeiz“ hat (T4 1/20), besucht er ein sehr angesehenes Wiener Gymnasium in der Inneren Stadt und maturiert dort selbstredend. Nach der Schule folgt das Studium, denn „dann war auch keine Frage, dass man nicht studiert“ (T4 1/22), und Lucas Kold inskribiert als Wirtschaftsstudent. Nach einem Jahr Orientierungsphase „stellt er sich auf die Füße“ und graduiert an den „als schwer verschrienen“ (T4 1/27) Instituten, weil diese ihm von Anfang an eine persönlichere Betreuung garantieren. Wie soll es weitergehen, Doktorat oder *postgraduate*? Erst einmal zum Bundesheer und dann acht Monate ins Ausland, um dort zu studieren. Zurück in Wien ist es an der Zeit, arbeiten zu gehen. Mit 26 Jahren die Arbeitswelt kennen lernen und lernen „wie man in der Welt so auftritt“ (T4 2/2). Die Karriere beginnt bei der Industriellenvereinigung als Leiter einer Landesgruppe und führt ins Management des familieneigenen Konzerns (der als solcher im Gespräch jedoch unerwähnt bleibt!). Nach einigen Jahren des „sich wichtig Fühlens“, hohem zeitlichen Einsatz und Fleiß und etlichen Herausforderungen unter dem Druck der Eltern und vor allem Großeltern fällt die Entscheidung für den Weg in die Selbstständigkeit leicht. Freunde wollen gemeinsam ein eigenes Unternehmen gründen, „und ich sag, ja super. Also da haben wir zu dritt diese Firma gegründet“ (T4 2/20). Endlich unabhängig sein und auf eigenen Beinen stehen. Durch harte Arbeit der Gründer führt das eigene Unternehmen endlich zum individuellen Erfolg. Nach einigen wirtschaftlich sehr erfolgreichen Jahren fällt die Entscheidung für den Verkauf, und Lucas Kold gründet ein

neues Unternehmen, das er bis heute – mittlerweile gemeinsam mit seiner Frau – erfolgreich führt.

Dieses Muster der Abwertung der Klassenherkunft ist dadurch charakterisiert, dass die Herkunftsfamilie und die eigene Kindheit zunächst nur sehr wenig Platz in der erzählten Lebensgeschichte aller Interviewten bekommen. Sie werden in wenigen Sätzen abgehandelt und scheinen lediglich erwähnt zu werden, weil sie üblicherweise zu einer biografischen Erzählung gehören. Dabei wird die Kindheit zunächst sehr neutral, die Lebensumstände als etwas Selbstverständliches beschrieben. Eine wichtigere Rolle spielen im Verlauf der Interviews Missstände, Konflikte und bis heute andauernde Probleme innerhalb der Familie, die sich auf das Verhältnis zu Eltern und Geschwistern negativ auswirken. Auch der Bildungsweg, wie beispielsweise der Besuch angesehener privater oder öffentlicher Gymnasien, stellt eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit dar. Insgesamt wird die Bedeutung der Schulzeit für den Lebensweg abgeschwächt, indem schlechte Schulleistungen und negative Erfahrungen aus dieser Zeit hervorgestrichen werden. Trotzdem stellt sich für die Befragten die Frage nach einem alternativen Bildungsweg zu keinem Zeitpunkt, und mit der Matura fällt die Entscheidung für ein Hochschulstudium. Für diese Entscheidung findet sich ebensowenig eine Begründung wie für die Wahl einer der klassischen Professionen Medizin, Rechtswissenschaften oder Wirtschaft; es „war einfach so“. Bis zum Zeitpunkt der Studienwahl handeln die Erzählungen von Passivität insofern, als die Gegebenheiten und Ereignisse den Befragten einfach zu passieren scheinen, sie nehmen diese nicht als besonders bedeutend oder relevant wahr. Während der Studienzeit nimmt die Erzählung erstmals eine aktive Form an und deutet darauf hin, dass aus Sicht der Befragten hier erste Meilensteine für die erfolgreiche Karriere gelegt werden, welche ausschließlich den eigenen Anstrengungen zugeschrieben wird. So nimmt auch die Karriere im Erzählungsverlauf langsam Form an. Aufgrund der genannten familieninternen Probleme stellt die Herkunft dabei eher ein Hemmnis dar, jedenfalls keine Unterstützung. Auch durch die Herkunft erworbene soziale Netzwerke werden nicht als fördernd oder unterstützend wahrgenommen. Herausgestrichen wird vor allem die Bedeutung der individuellen Leistungen der befragten Personen. Zentral ist ihr persönliches Engagement durch Ehrgeiz und Fleiß. Typischerweise wird jegliche Form der Unterstützung durch Eltern oder Bekannte geleugnet. Ein ökonomisches Sicherheitsnetz durch das vorhandene Familienvermögen findet keinen Eingang in die Erzählung, wird also vermutlich ausgeblendet und nicht als sicherheitsgebend gewertet. Auch die familiär begünstigte Möglichkeit der Risikobereitschaft bei Unternehmensgründungen, Investitionen und Ähnlichem durch das Vorhandensein von finanziellen Mitteln wird nicht als solche wahrgenommen.⁵⁹ Die Analysen der Daten lassen die These zu, dass eine Abwertung

der Klassenherkunft stattfindet, um die eigene soziale Position über die individuell erbrachte Leistung zu legitimieren. Die Distanzierung von der sozialen Herkunft ermöglicht so die Legitimierung des Vermögens über das Leistungsprinzip.

Distanzierung vom Elternhaus und dem familiären Vermögen: Die Abwertung und das Leugnen der fördernden Bedingungen und vorhandenen Vermögenswerte ist vor allem bei den Befragten Mag. Lucas Kold, Mag. Friedrich Teichmann, Dr. Richard Eisenschmid und Mag.^a Diana Eber zu finden. Es dient auf mehreren Ebenen der Distanzierung vom Elternhaus bis hin zu einem gänzlichen Bruch mit demselben. Hinzu kommt, dass die Notwendigkeit der Distanzierung als eine Folge der subjektiv empfundenen Belastung durch das Elternhaus dargestellt wird. Hierbei findet bei den Befragten eine Abgrenzung des eigenen beruflichen Werdegangs und Erfolgs von ihrer Herkunft(sfamilie) statt, verbunden mit der unabhängigen Herausbildung und Entwicklung ihres individuellen Charakters. Diese Grenzziehung ist für die Legitimierung ihrer sozialen Position durch das Leistungsprinzip notwendig.

Die Abwertung der Klassenherkunft setzt zunächst bei der Schulbildung an. Alle Befragten haben elitäre Privatschulen oder sehr angesehene öffentliche Gymnasien besucht, was ihnen eine gute Bildung und Reputation ermöglicht und einflussreiche soziale Netzwerke eröffnet hat, kulturelles und soziales Kapital, das wiederum in ökonomisches Kapital konvertiert werden kann. Dies stellt der Bourdieu'schen Theorie zufolge bereits ein wegweisendes Moment hinsichtlich der Öffnung von Möglichkeitsräumen dar.⁶⁰ Die Befragten aber werten die Bedeutung für ihren persönlichen Werdegang ab, indem sie, so wie Friedrich Teichmann und Lucas Kold, entweder ihre schulischen Leistungen aufgrund ihres fehlenden Ehrgeizes enorm herabsetzen oder aber die Wertigkeit und Qualität der Schule selbst in Frage stellen:

„Meine Eltern waren halt sehr konservativ und und aah haben versucht eine eine gute Schule für mich zu finden und und die Ordensschule war halt (/) hat halt immer den Ruf einer Eliteschule gehabt [...] sie waren der vielleicht aus meiner heutigen Sicht irrigen Meinung, dass das was Besseres wäre. Die Ordensschulen haben schon, glaub ich, eine (/) sind schon wie eine Kaderschmiede, aber überbewerten würde ich es auch nicht“ (Dr. Richard Eisenschmid; T3 11/2ff).

Dass die schulische und universitäre Ausbildung in der Wahrnehmung der Befragten keine Relevanz hat, steht auch mit dem Eintritt in die Arbeitswelt in Zusammenhang. Friedrich Teichmann und Diana Eber sind postwendend in den elterlichen Betrieb eingestiegen, Lucas Kold bekam über seinen Großvater direkt nach dem Studium zunächst eine Stelle bei der Industriellenvereinigung und daran anschließend eine Führungsposition in dessen Unternehmen. Relevant war das Studium nach eigener Er-

zählung lediglich für Richard Eisenschmid, der nach der Wehrpflicht von Wirtschaft auf Medizin umgestiegen ist und so als Einziger der Befragten letztlich nicht der Tätigkeit der eigenen Eltern oder Großeltern gefolgt ist.

Interessant ist vor allem, was an dieser Stelle der Erzählungen nicht gesagt wird und mit Hilfe der hermeneutischen Analysen herausgearbeitet werden konnte. Während bspw. Lucas Kold und Richard Eisenschmid die Erzählung ihres Werdegangs vielfach auf ihre Eigeninitiative, ihre Errungenschaften und ihre außergewöhnlichen Bemühungen und Tätigkeiten hinsichtlich ihres Karriereweges stützen, lassen sie anderes völlig unerwähnt. Zum einen werden Schwierigkeiten bei der Suche nach einer Anstellung oder Misserfolge bzw. Brüche in diesem Zusammenhang nie angesprochen, was darauf zurückzuführen ist, dass diese entweder nicht stattgefunden haben oder für die Befragten kein Problem dargestellt haben. Zum anderen gibt es in den Interviews keine näheren Ausführungen dazu, wie die Befragten zu ihren ersten Arbeitserfahrungen gekommen sind. Hat eine aktive Arbeitsplatzsuche stattgefunden, deren Folge individuelle Erfolge waren, so wird diese in allen Erzählungen ausführlich erörtert, wobei gleichzeitig jegliche Details, die auf Netzwerke verweisen könnten, unerwähnt bleiben. Zum Beispiel findet sich im Gespräch mit Lucas Kold kein Hinweis darauf, dass dieser über seinen einflussreichen Großvater eine Stelle in der Industriellenvereinigung und darauf folgend eine Managementposition in dessen Unternehmen, einem internationaler Großkonzern, bekommen hat:

„Hier [in Wien, Anm. HQ] habe ich Job gesucht und hatte ein paar Angebote. Ich habe mich dann für die Industriellenvereinigung entschieden und war dort drei Jahre [...]. Dort hab' ich (---) gelernt, wie man in der Welt so auftritt [...] war ziemlich mörderisch vom Schedule [...] nach drei Jahren bin ich dann in einen Telekommunikationskonzern. (---) Bin zugleich so ins Management gestiegen und war kaufmännischer Leiter einer Tochterfirma“ (T4 1ff/41ff).

In weiterer Folge findet eine Abnabelung statt, indem Lucas Kold feststellt, dass die Einbindung in große Strukturen nicht seinem Charakter entspricht, weshalb er sich davon löst und mit sechsundzwanzig Jahren mit Freunden im gleichen Alter ein eigenes Unternehmen gründet. Richard Eisenschmid hingegen erwähnt lediglich in einem Nebensatz, dass er direkt nach Abschluss seines Studiums für einige Monate an einer amerikanischen Eliteuniversität gearbeitet hat, um so Wartezeiten auf einen Turnusplatz in Wien zu überbrücken. Eine Selbstverständlichkeit, deren Zustandekommen nicht näher erläutert wird. Friedrich Teichmann und Diana Eber, die in den jeweiligen Betrieb der Eltern eintraten, bemühen sich stetig, den Wert und die Bedeutung des Familienunternehmens für den erfolgreichen Lebensweg abzuschwächen. Für Diana Eber war das Hotel der Eltern aus prinzipiellen Gründen nicht das Richtige:

„Da war es für mich naturgemäß, dass ich da auch rein bin. Bin also in die Gastronomie hinein [...] und dann habe ich mit meiner Schwester ein Hotel aufgemacht, hat mich nur nie ganz befriedigt, war nur etwas, das ich halt so gemacht hab', so der Vater ist Bauer, der Sohn ist Bauer“ (T5 1/33f).

Friedrich Teichmann hingegen betont an mehreren Stellen, dass der Vater kurz vor der Betriebsübergabe altersbedingt nicht mehr die entsprechend erforderliche Leistung erbracht hat und damit den Wert der Firma vermindert hat: „Wir [er und sein älterer Bruder, Anm. HQ] haben eine Firma übernommen ohne Gewinne //mhm// (–) und damit ist sie per se nichts mehr wert“ (T2 9/32-33).

Häufig sind die Kindheitserzählungen auch mit Vorwürfen an die eigenen Eltern verbunden. Zum einen werden Kindheitsgeschichten nicht gern erzählt und vielfach umgangen, indem die Befragten angeben, keine Erinnerungen mehr an ihre Kindheit zu haben. Zum anderen werden Vorwürfe auch explizit thematisiert.

„Ich wurde immer so elitär erzogen, irgendwie so, man muss immer der Beste sein und (-) vielleicht kommt das mangelnde Selbstvertrauen ja von dort, ja, irrrrsinnige Ansprüche“ (Mag. Lucas Kold; T4 7/25-17).

Oder Diana Eber sagt zu ihrer Erziehung: „Meine Mutter war [...] ja, sie war eher eine sehr harte Person“ (T5 2/14). Der Bruch mit der Herkunftsfamilie findet an unterschiedlichen Stellen statt. Lucas Kold erzählt von hohem Erwartungsdruck aus dem Elternhaus, der bereits in seiner Kindheit vorhanden war und starke Selbstunsicherheit hervorgerufen hat. Er versucht aber noch bis Mitte zwanzig den familiär vorgegebenen Weg zu gehen, bis er sich dann selbstständig macht. Aus seiner Sicht löst er sich hier gänzlich von seiner familiären Herkunft und stellt unabhängig etwas Eigenes auf die Beine. Erst hier beginnt für ihn sein Erfolg. Richard Eisen Schmid hält nicht viel von der für ihn ausgewählten Schulbildung, erzählt generell sehr wenig von seinen Eltern und scheint sich bereits zur Schulzeit im Internat vom Elternhaus gelöst zu haben. Seine Karriere beginnt aus seiner Sicht zu dem Zeitpunkt, als er beim Bundesheer einem Mediziner zugeteilt wird, der sein Interesse für die Medizin weckt, wodurch er zu seiner „Berufung“ findet. Auch Diana Eber ist mit dem familiär geebneten Weg nicht zufrieden und baut sich etwas Eigenes auf, wodurch sie ihrer Meinung nach letztlich erst erfolgreich wird. Friedrich Teichmann distanziert sich vor allem durch die klare Grenzziehung zwischen dem Unternehmen seines Vaters und seinem eigenen Unternehmen, die aus seiner Perspektive nichts miteinander zu tun haben. Während Ersteres vor allem eine Belastung für ihn und seinen Bruder ist, die nach wie vor familiäre Konflikte fördert, ist Zweiteres eine Erfolgsgeschichte, die er ausschließlich sich selbst und seinem Bruder zurechnet.⁶¹

Der Abwertung der Herkunftsfamilie und des Familienvermögens liegen grundsätzlich auch innerfamiliäre Konflikte zugrunde. Auf die Abwertung

des tradierten Kapitals und die Distanzierung vom Elternhaus folgt die Betonung der besonderen individuellen Leistung der Befragten im Hinblick auf ihre Karriere. Wichtig dabei ist, dass die erfolgreiche Karriere immer erst nach dem Bruch mit dem Elternhaus beginnt. Dabei wird auch betont, wie wichtig es für die Befragten selbst war, die Erfahrung zu machen, ohne jegliche Unterstützung erfolgreich zu werden. Die tatsächlich vorhandene Unterstützung nicht nur durch ökonomisches, sondern auch kulturelles und soziales familiäres Kapital wird dabei völlig aus der subjektiven Wahrnehmung ausgeblendet.

Individuelle Leistung und erfolgreiche Karriere: Da die Befragten ihrer Herkunft keinerlei Bedeutung für ihren Erfolg im beruflichen Werdegang beimessen, zeichnen sie sich aus ihrer subjektiven Sicht besonders durch individuelle Leistung und Ehrgeiz aus. Dabei wird zum einen die enorme persönliche Investition von Zeit und Energie stets betont, zum anderen wird immer wieder auf Unabhängigkeit und Selbstständigkeit hingewiesen. Während die Lebensläufe von sozialen Sicherheitsnetzen, guter Ausbildung und der Finanzierung durch Vermögenswerte in Form von Finanzkapital, Immobilien und/oder Unternehmen geprägt sind, haben sich die Befragten aus ihrer Sicht alles alleine und ohne Unterstützung erarbeitet. Aufgrund ihrer Erfahrung hemmt aus ihrer Sicht Unterstützung die Entwicklung und Entfaltung. Erfolg und Selbstvertrauen gründen darauf, dass die Befragten trotz widriger Umstände aufgrund von Konflikten und Belastungen durch den familiären Hintergrund nie aufgegeben haben. Zentral ist dabei das selbstständige Erreichen ihrer Ziele durch Unabhängigkeit. Möglich ist diese Sichtweise nur, weil eine Distanzierung vom bzw. ein Bruch mit der Herkunftsfamilie stattgefunden hat. Die intrinsische Motivation zu leisten spielt die zentrale Rolle. Friedrich Teichmann hat immer schon aus eigenem Antrieb mehr gearbeitet, als er musste:

„Also das ist super gegangen und dann hab' ich noch meinen Zivildienst gemacht, da hab' ich auch noch weiter im [Gasthaus in Döbling] gearbeitet //mhm//, dass (-) da sind dann echt viele Stunden zusammengekommen, ja //mhm// da machst du dann vierzig Stunden Zivildienst und zwanzig, dreißig Stunden [Gasthaus in Döbling] dazu“ (T2 1/41ff).

Richard Eisenschmid meint zum Beispiel Grund für seinen Erfolg war:

„Einfach wirklich immer die Bereitschaft was Neues ausprobieren zu wollen [...] sicher ganz ganz wichtig ah, dass ma, dass ich, dass ich sozusagen, abseits des Studiums ahm diese Blutabnahmen am Wochenende gemacht hab, in meiner Freizeit, unbezahlt“ (T3 8/12ff).

Hier wird von den Befragten zunächst die zusätzliche, freiwillige Arbeit neben dem Studium als Leistungserbringung hervorgehoben. Diese hat in ihrer Wahrnehmung wesentliche Bedeutung für den weiteren Verlauf ihres Werdegangs. Während in der Darstellung also die Familie und Herkunft keinerlei Bedeutung haben, ist die intrinsisch motivierte Leistung, verstan-

den als Anstrengung, maßgeblich. Die Analyse lässt hierbei den Schluss zu, dass die Befragten vor allem in ihren zusätzlichen außerordentlichen Tätigkeiten das Sprungbrett zum erfolgreichen Eintritt in die Arbeitswelt sehen, weil sie so wesentliche Qualitäten erlernt und Kontakte geknüpft haben, die für ihre spätere Laufbahn relevant waren, und sie sich selbst als Leistungserbringer bewiesen und qualifiziert haben.

Die Überbetonung der individuellen Leistung, bei gleichzeitiger Leugnung jeglicher Unterstützung oder Sicherheiten durch familiär bedingt vorhandenes Kapital zieht sich bei den vier Interviewten durch die gesamte Erzählung ihres Werdegangs. Bestehende Netzwerke oder inkorporiertes kulturelles Kapital bleiben unerwähnt, solange sie nicht durch eigene Bemühungen zustande gekommen sind. So auch das ökonomische Kapital, mit Studien- und Ausbildungszeit, Unternehmungsgründung, Hotelkauf und/oder Auslandsaufenthalte finanziert wurden. Die individuelle Leistung ist der Motor des Erfolges, von jeglicher Förderung durch das Elternhaus grenzen sich die Befragten gänzlich ab. Lucas Kold sagt über die Zeit der Firmengründung: „Aber mörderisch, auch vom zeitlichen Einsatz her“ (T4 3/15), und später weiter:

„Wir [er und zwei Freunde, die gemeinsam das Unternehmen gegründet haben, Anm. HQ] hatten überhaupt keine Hilfe und wenn du dann in der freien Wildbahn überleben musst (-) mh (---) sagen wir so, das erdet dich dann (---) und du weißt, du hast diesen Erfolg dir selbst zuzuschreiben und nicht irgendwelchen Beziehungen oder (-) Verwandtschaft (-), sondern das ist deine (-) deine Leistung und das ist dann halt schon wirklich Selbstvertrauen, ja (---) erarbeitetes Selbstvertrauen. [...] Leicht war's nicht, aber so stellt man sich dann irgendwann auf die Füß“ (T4 5/7-13).

6.1.2 Würdigung von Klassenherkunft und Status

Prim. Univ.-Doz. Dr. Maximilian Prangerl, geboren in den 1960er-Jahren als Sohn eines Arztes, dessen Vater Landwirt war, hat das Glück „in einer intakten Familie aufwachsen zu können“ (T7 1/20). Die Familie mit vier Kindern verlegt den Lebensmittelpunkt ab seinem zehnten Lebensjahr von Wien nach Niederösterreich. Aufgrund familiär bedingter Legasthenie erhalten alle Kinder Behandlungen und Schulungen durch eine Schreib- und Sprachpädagogin. Der Mutter ist es ein Anliegen, die Kinder angemessen auf das Gymnasium vorzubereiten, das diese selbstredend, so wie die Eltern auch, besuchen sollen. Weil es aber in der Umgebung in Niederösterreich kein Gymnasium gibt, geht Maximilian Prangerl auf ein Internat – eine katholische Privatschule in Wien. Die Schwierigkeiten, die diese Ordensschule mit sich bringt, können durch die gute Gemeinschaft der Schüler aufgefangen werden. Die Schule war für Maximilian Prangerl letztlich im positiven Sinne prägend und es gab „einige Menschen, von

denen [er] sehr viel profitiert hat“ (T7 1/43). Als Schüler arbeitet er im Sommer „als Mechaniker oder in einer Autowerkstatt“ und sieht, „wie das Leben auch sein kann“ und dass „andere Leute [...] nicht die Möglichkeit gehabt haben Gymnasium und dann eine universitäre Ausbildung zu genießen“ (T7 5/14). Nach der Matura folgt der Präsenzdienst, der aber aufgrund unzureichender Beschäftigungsmöglichkeiten zum kunstgeschichtlichen Selbststudium genutzt wird, das sich später in einen studentischen Nebenjob bei diversen Kunstausstellungen übersetzen lässt. Der Vater fordert, dass sich sein Sohn den Wunsch, Medizin zu studieren, sehr gut überlegt, sich eingehend damit auseinandersetzt, sich die damit verbundenen Anforderungen bewusst macht und gut darauf vorbereitet ist. Die Zeit beim Bundesheer festigt Maximilian Prangerl „in [s]einer Meinung und [s]einem Ziel das zu studieren“ (T7 2/15). Dank seinem Vater ist er vorgewarnet und hat keine Probleme damit, sich voll und ganz auf das arbeitsreiche Studium einzulassen. Nach dem zügigen Abschluss des Studiums sowie Promotion mit Auszeichnung folgt ein Forschungsjahr an der Universitätsklinik, durch welches sich dann eine definitive Ausbildungsstelle ebendort ergibt. Die Mentoren, die „unterstützt und gefordert haben“ (T7 3/4), motivierten zu Einsatz und Fleiß, und so ging es beruflich zügig aufwärts. Dazu kam während des Studiums und der Ausbildung der „Vorteil, [s]ein Vater ist eben in [einer Stadt] Chirurg gewesen, wo [er] dann im Sommer immer den Urlaub bei ihm verbracht“ (T7 3/7) hat und dadurch schon sehr früh das Handwerk sowie die Belegschaft im Spital kennen gelernt hat, was für die spätere Karriere sehr förderlich war. Neben der angewandten Medizin war Maximilian Prangerl auch immer in der wissenschaftlichen Forschung tätig und ist heute angesehener Professor an einer privaten Universität. Außerdem hat Maximilian Prangerl während seines Studiums auch seine Frau kennen gelernt, die ihm für seine Karriere „dem traditionellen Rollenbild entsprechend den Rücken freigehalten hat“ (T7 4/18).

„Ich hab' Glück gehabt, weil ich immer die notwendige Unterstützung gehabt hab, [...] also ich fühl mich als sehr privilegierter Mensch diesbezüglich, was das soziale Umfeld, als auch die Ausbildungsmöglichkeiten und die Gesundheit betrifft“ (T7 4/25f).

Dieses Muster der Würdigung der Klassenherkunft ist dadurch charakterisiert, dass die Herkunftsfamilie in der biografischen Erzählung aller Befragten und in der Bedeutung für die Lebensgeschichte einen besonders großen Stellenwert bekommt. Die Befragten verweisen mehrfach darauf, wie die Eltern auf unterschiedliche Art und Weise positiv Einfluss auf den Bildungsweg und auch den daran orientierten Karriereverlauf genommen haben. Es kommt ein gewisser Stolz auf die familiäre Herkunft in der Art und Weise zum Ausdruck, wie über Familienmitglieder, aber auch über Vorfahren gesprochen wird. Der persönliche Werdegang baut in der Er-

zählung grundlegend darauf auf, dass eine gute und qualitätsvolle Ausbildung von Anfang an wichtig und für die Kinder vorgesehen war. Keine Kosten und Mühen wurden gescheut, um das auch zu ermöglichen. Der Besuch eines Gymnasiums war von den Eltern gewollt und ermöglicht. Auch für den Weg zum Studium nach der Matura hatten die Eltern einen unterstützenden Einfluss. Reflektiert werden hier vor allem das Bourdieu'sche kulturelle und auch soziale Kapital der Familie, das einen bestimmten Lebensweg gefordert und gefördert hat. Den Befragten ist also bewusst, dass sie nicht nur vom ökonomischen Kapital der Eltern profitieren, welches ihnen ihre Ausbildung ermöglicht, sondern dass innerhalb der Familie und über das familiäre Umfeld durch Sozialisation auch kulturelles und soziales Kapital tradiert wird, das den Bildungs- und Karriereverlauf wesentlich beeinflusst. Hier zeigt sich auch ein Bewusstsein für andere Lebensrealitäten und das Wissen darüber, dass die eigenen Möglichkeitsräume im Vergleich zu jenen manch anderer Gesellschaftsmitglieder weitaus größer sind. Auffällig ist die mehrfach betonte Dankbarkeit für die bestehenden Privilegien. Diese spielen aus Sicht der Befragten auch im weiteren Verlauf des Lebens eine zentrale Rolle. Sie sind der Ausgangspunkt, um die erforderte Leistung erzielen zu können und für ein förderndes Netzwerk, das auch die weiteren Karriereschritte unterstützt. Unterstützung aus dem privaten und beruflichen Umfeld nimmt grundsätzlich eine zentrale Rolle in der Erzählung des Werdegangs ein. Insgesamt stehen vor allem die Tradierung von Wissen und auch persönliche Beziehungen stärker im Vordergrund, das ökonomische Kapital als Sicherung und das Thema Geld rücken eher in den Hintergrund. Das empirische Material lässt in diesem Fall die These zu, dass die Klassenherkunft als Standesprivileg gewürdigt wird, um die eigene soziale Position über das Statusprinzip zu legitimieren. Der individuelle Vorteil durch Vermögen und die privilegierte Herkunft werden dementsprechend durch eine aus dem Status abgeleitete Pflicht zu bestimmter Lebensführung und zur gesellschaftlichen Verantwortung gerechtfertigt.

Wertschätzung des Elternhauses und der familiär tradierten Werte: In den Fällen von Prim. Univ.-Doz. Dr. Maximilian Prangerl, Dr. Hannes Gausmauf und Dr. Herbert van Wegen wird ein besonderer Bezug zur Kindheit und zur Familie, in der sie aufgewachsen sind, sowie auch zu ihren Verfahren hergestellt. Die Befragten nehmen nicht nur die hochwertige Ausbildung, die sie erhalten haben, als wesentlich für ihren Werdegang wahr, sie verbinden auch einen gewissen Stolz mit ihrer Familiengeschichte, ihrer Herkunft und den Möglichkeiten, die diese ihnen bot. Die Qualität der besuchten Privatschulen stellt für die Befragten keine Selbstverständlichkeit dar, sondern wird als Privileg gesehen, dass ihrer Herkunft geschuldet ist. Die Bemühungen der Eltern, die Kinder auf einen guten Weg zu bringen und ihnen alle denkbaren Möglichkeitsräume zu öffnen, werden aus-

drücklich hervorgehoben. Maximilian Prangerl streicht dabei auch die besondere Rolle seiner Mutter heraus:

„Da war meine sehr (/) Mutter sehr dahinter [die Legasthenie aller vier behandeln zu lassen, Anm. HQ], was glaub ich sehr wichtig war //mhm//, weil das als Vorbereitung für das Gymnasium, das einfach essentiell wichtig war“ (T7 1/25-17).

Der Bildungsweg war von den Eltern vorgegeben und durch diese unterstützt und gefördert. Fehlende Voraussetzungen dafür wurden noch vor Schuleintritt ausgeglichen. Im Mittelpunkt steht dabei jedoch vor allem die Förderung durch die Tradierung von Wissen, aber auch die Verfügbarkeit von Netzwerken spielt eine wichtige Rolle. Die Dankbarkeit, die den Eltern entgegengebracht wird, stellt im weiteren Verlauf des Lebens eine grundlegende Haltung dar, und die Befragten orientieren sich zielstrebig an den von ihnen eingeschlagenen Wegen in Ausbildung und Beruf, um ihrem Herkunftsprivileg gerecht zu werden. Das Privileg und die Unterstützung nicht zu verschwenden, achtsam und verantwortungsbewusst damit umzugehen, scheint eine wesentliche Lebenseinstellung zu sein. Auch das Bedürfnis, der Herkunft zu entsprechen und sich erkenntlich zu zeigen, also etwas zurückzugeben, ist für die Befragten charakteristisch.

Der positive Bezug zum Elternhaus oder auch zu den Großeltern äußert sich vor allem in der Art und Weise der Erzählung, in der auch zum Ausdruck kommt, dass das subjektive Bewusstsein für die persönliche Förderung durch das Elternhaus durchaus vorhanden ist, wenn Herbert van Wegen beispielsweise meint:

„Meine Eltern waren rührend, nicht. (-) Ich ich hab' zwei kleine Brüder gehabt //mhm//, die sind leider sehr jung gestorben. [...] war sehr tragisch für meine Mutter, aber meine Eltern waren da [mit seiner Studienwahl, Anm. HQ] absolut zufrieden, ja ja ja. Also ich mein, sie ham rührend natürlich auch ein bisschen finanziert (-) oder viel finanziert“ (T1 2/7ff).

Hannes Gaumauf steigt nach seinem Wirtschaftsstudium in das große Import-Export-Unternehmen seines Vaters ein und stellt klar, dass er sich betriebsintern innovierend neuen Feldern gewidmet hat, weil er „nicht unbedingt genau dasselbe machen wollte, wie [s]ein Vater“ (T6 1/40), ohne aber die Errungenschaften seines Vaters dabei in Abrede zu stellen oder seine eigenen dagegen aufzuwerten. Sein Erfolg baut aus seiner Sicht auf dem vorangegangenen Erfolg des Vaters auf, der ihm die Freiheit gelassen und die Möglichkeit geboten hat, sich selbst und seine eigenen Ideen in das Unternehmen einzubringen. Von der Ausbildung des Vaters und dessen Errungenschaften erzählt er mit Freude. Die Analysen lassen den Schluss zu, dass das Familienvermögen und das gemeinsame Ziel der Vermehrung desselben Möglichkeiten zur Entfaltung im familiären Umfeld darstellen und positive fördernde Funktionen haben. Die Ausbildung, insbesondere das Hochschulstudium, wird als etwas wahrgenommen, das

bildet und somit Handlungsräume eröffnet sowie den eigenen Horizont erweitert, ohne auf die Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt reduziert zu werden, sondern vor allem kulturellen Wert hat. Stolz auf die Familiengeschichte und -tradition, die lange zurückreicht, ist hier ausgeprägt. In den Biografien der drei Befragten spielen vor allem die männlichen Vorfahren, insbesondere der jeweilige Vater, aber auch Großväter und Urgroßväter eine wichtige Rolle und werden stets als prägende Figuren dargestellt. Dies äußert sich in den immer wieder auftauchenden Referenzen zur Familie, wenn Herbert van Wegen etwa auf seinen Urgroßvater verweist, der ein sehr berühmter Bildhauer war, und Maximilian Prangerl das von seinem Vater erlernte chirurgische Handwerk oder das Lebenswerk seines Großvaters rühmend hervorstreicht. Hannes Gaumauß erwähnt gleich zu Beginn, dass sein Vater um 1931 in Wien und in Brüssel studiert hat. Herbert van Wegen meint über seinen familiären Hintergrund beispielsweise:

„Meine Familiengeschichte hat mich natürlich geprägt, also die lässt sich eh nachlesen. Wir waren eigentlich, viele von unseren (-) Vorfahren in der Politik tätig, nicht. Also, als Minister oder als Abgeordneter oder in der Hochbürokratie oder auch im Militär oder so, das ist in dem Gen das wir haben“ (T1 4/23-25).

Die Befragten legen großen Wert auf ihren familiären Status und die damit verbundene ständische Ehre. Die Zugehörigkeit zu einer privilegierten gesellschaftlichen Klasse ist im Bewusstsein verankert und wird auch gelebt. Die Referenzen beziehen sich hauptsächlich auf das kulturelle und auch auf das soziale Kapital der Familie, selten jedoch auf das ökonomische. Über die Rolle des Vermögens und über die Bedeutung der Möglichkeiten der Finanzierung der vorliegenden Lebensumstände wird in diesem Zusammenhang nicht gesprochen. Erst im Kontext der richtigen Lebensführung kommt das familiäre Vermögen zur Sprache und wird sogar ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt.

Status und die richtige Lebensführung: Wie wir in der obigen Darstellung gesehen haben, nehmen die Befragten ihr Standesprivileg als solches bewusst wahr. Sie wissen um ihre besondere Lage und ihre privilegierte Ausgangssituation im Vergleich zu anderen Gesellschaftsmitgliedern. Aus diesem Bewusstsein leiten sie Dankbarkeit gegenüber ihrer Familie und ihrer Klassenherkunft und folglich auch gewisse Verpflichtungen für die Art und Weise ihrer Lebensführung ab. Der Unterstützung durch unterschiedliche AkteureInnen im Verlauf ihres Lebens wird enorm große Bedeutung für die eigene soziale Position und den beruflichen Werdegang beigemessen. Es zeigt sich die Herausbildung einer nach Max Weber (1922) so bezeichneten „ständischen Ehre“, welche eine gewisse Art der Lebensführung erfordert. Bourdieu (2014, S.283 [1987]) spricht dabei von der Herausbildung des legitimen Geschmacks im Lebensstil, „[charakterisiert] durch die von Max Weber so genannte »Stilisierung« des Lebens“. Die er-

haltene Unterstützung, die den vorliegenden Lebensweg ermöglicht hat und als Privileg der Herkunft angenommen wird, gilt als etwas Besonderes und Wertvolles, weshalb achtsam damit umgegangen werden muss. Das bedeutet zum einen, den eingeschlagenen Weg zielstrebig zu verfolgen. Zum anderen bedeutet es, einen angemessenen Umgang mit dem familiären Vermögen und Geld im Allgemeinen an den Tag zu legen. Also bewusst zu entscheiden, wofür und zu welchem Zweck das eigene Geld verwendet wird. Hier gibt es aus Sicht der Befragten richtige und falsche Herangehensweisen. Verschwenderisch zu leben ist keine legitime Option.

„Und immer die Frage, liege ich mit meinen Interessen richtig oder falsch? //mhm// Und wer das nicht macht, der sagt dann ‚super, jetzt hab‘ ich ein Haus gekauft für fünfhunderttausend und verkaufe es für eine Million //mhm// und jetzt kaufen wir uns eine Yacht und einen Porsche //mhm//. Das ist nicht die richtige Art“ (Dr. Herbert van Wegen; T1 9/42f).

„Dass man nicht äh sinnlos Geld ausgibt, das man gar nicht braucht, wo andere daneben vielleicht das notwendiger haben“ (Dr. Hannes Gaumauf; T6 5/13).

Ähnliches gilt auch für den richtigen Umgang mit Vermögenswerten, wie bspw. familiärem Kulturgut. Dieses zu erhalten und zu pflegen gilt als familiäre Verantwortung, die persönlich verpflichtet und deshalb auch als Belastung dargestellt wird. Eine Belastung, die die Befragten aufgrund ihrer statusbedingten Verpflichtung für die Familie, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes auf sich nehmen, wenn Maximilian Prangerl beispielsweise formuliert:

„Für mich ist sozusagen (-) ähm (---) schon auch (-) die Verantwortung zumindest eines (/) eines gebildeten Menschen, eines Menschen, der eine entsprechende Erziehung, Bildung genossen hat, auch wichtig sozusagen Kulturgut zum Beispiel zu erhalten“ (T7 10/ 27-30).

Die Analysen lassen den Schluss zu, dass vor allem Werthaltungen zum richtigen Umgang – im Gegensatz zu einem falschen Umgang – mit Vermögen, vor allem mit Geld, und auch die Übernahme von Verantwortung für kulturelle Vermögenswerte eine zentrale Rolle für die subjektive Legitimierung von Vermögen spielt. Diese Werthaltungen werden über die Statusposition in entsprechenden Kreisen innerhalb der Familie tradiert, werden in den Lebensstil übernommen und berechtigen so zu Privilegien gegenüber anderen, die diese Umgangsformen nicht lernen. Hier findet über das so deklarierte ordnungsgemäße Verhalten Distinktion auf mehreren Ebenen statt. Zum einen geht es dabei um eine Abgrenzung zu jenen Vermögenden, die verschwenderisch, also inadäquat, mit Vermögen umgehen. Zum anderen distanzieren sie sich von jenen, die kein Vermögen erben, damit aber auch keine Verantwortung und keine Verpflichtung und so ein unbeschwerteres Leben führen können. Das eigene Vermögen und die eigene Position werden somit über das Statusprinzip im Sinne der er-

lernten richtigen Lebensführung legitimiert, und diese Legitimität wird über Distinktion zu anderen noch einmal verstärkt.

Auch die Selbstwahrnehmung der eigenen Rolle und das Verständnis der Zugehörigkeit zu bestimmten Kreisen fördern die Distinktion gegenüber anderer gesellschaftlichen Gruppen:

„Die wirklich gute Gesellschaft, die gibt es nämlich in Österreich nicht mehr //mhm//. Das ist der tolle Chirurg //mhm// meinerwegen auch der Spitzenanwalt //mhm// da gibt's ein paar. Das ist (-) auch die Leute aus alten Familien, auch die Diplomaten, das sind auch Offiziere //mhm//“ (Dr. Herbert van Wegen; T1 12/33-36).

Um ihre Legitimationsmuster aufrechterhalten zu können, müssen sich die Befragten gleichzeitig von Ansichten Außenstehender distanzieren, die mit Forderungen verbunden sein könnten. Jegliche Konfrontation von außen, die die Legitimität ihres Privatvermögens in Frage stellt, wird in Neid anderer umgedeutet, der aus einem Unverständnis der tatsächlichen Umstände folgt und ungerechtfertigt ist. Dabei distanzieren sie sich selbst von solch negativen Charaktereigenschaften, die aus ihrer Sicht vor allem aus persönlichen Unzulänglichkeiten und individueller Unzufriedenheit erwächst.

„Der normale Neid, der umgeht, ja (-) da müssen Sie d'rüber stehen. Wenn jemand seine eigenen Defizite erkennt und den dem anderen in die Schuhe schiebt, dann (//) weil jemand der sehr selbstsicher ist, ist nie neidig //mhm// wenn Sie heute aus einem Elternhaus kommen mit hundert Millionen, freut mich, machen S' das richtige! Wissen S' was ich mein? [...] Ich kenne Neid nicht, Neid ist für mich eine Kategorie, die 's nicht gibt“ (Dr. Herbert van Wegen; T1 10/10ff)

Hier zeigt sich in der Reaktion auf andere Sichtweisen ein Spannungsverhältnis, nämlich wenn diese Ungleichheiten im Hinblick auf Vermögen von anderen als Ungerechtigkeiten und folglich als illegitim angesehen werden. Ungerechtigkeitsempfinden anderer wird in unangebrachte individuelle Charaktereigenschaften umgedeutet. Die Abwehrhaltung gegenüber Sichtweisen, die die eigenen Legitimierungsmuster in Frage stellen, verstärkt sich in diesem Kontext durch die Umdeutung der Frage nach sozialer Ungleichheit zu der Frage nach dem persönlichen Glück. Ein Privileg, das nicht allen Menschen zur Verfügung steht:

„Es ist halt immer der Neid in so einer Gesellschaft (-) die Sache und das ist das, was ich am Anfang gemeint habe, es wird (-) das Glück des Menschen viel zu sehr an sein wirtschaftliches Vermögen gekoppelt und die Glückforschung zeigt ja ganz klar, dass das überhaupt nicht so ist“ (Dr. Maximilian Prangerl; T7 11/18-21).

7. Zusammenfassung und Fazit

Innerfamiliäre Vermögensweitergabe fördert in Österreich die Akkumulation von Vermögen bei einem kleinen Prozentsatz der Bevölkerung und verstärkt so die Reproduktion sozialer Ungleichheit insgesamt. Die Erbschaft von hohem Vermögen geht mit hohem Kapitalvolumen, zu dem auch kulturelles und soziales Kapital zu zählen sind, einher und bietet entscheidende Ausgangschancen und aussichtsreiche Zukunftsperspektiven. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass diese familiär tradierten Ausgangsbedingungen von VermögenserblInnen unterschiedlich wahrgenommen werden. Bei einer Gruppe der Befragten herrscht Bewusstsein für persönliche Privilegien vor, die vor allem dem klassenspezifischen kulturellen und sozialen Kapital zugerechnet werden. Damit verbunden kommt auch Stolz auf lang zurückreichende Familientraditionen und Dankbarkeit gegenüber der Herkunftsfamilie zum Ausdruck. Aber nicht nur Kapital, auch bestimmte Werthaltungen werden innerfamiliär tradiert und nehmen im Leben der Befragten eine wichtige Rolle ein. Die Art der Lebensführung beruht im Wesentlichen auf diesen Werthaltungen und dient der Legitimierung von Denk- und Handlungsweisen. Bei der anderen Gruppe der Befragten werden klassenspezifische Vorteile gänzlich aus der subjektiven Wahrnehmung ausgeblendet. Familiäres Kapital, ob ökonomisches, kulturelles oder soziales, wird abgewertet oder geleugnet, und Belastungen und Konflikte innerhalb der Familie werden in den Vordergrund gerückt. So findet eine Distanzierung vom Elternhaus und damit verbundenen Vorteilen statt, die individuelle Leistung und Selbstwirksamkeit zur Legitimierungsgrundlage macht.

Wie die soziale Herkunft von VermögenserblInnen subjektiv wahrgenommen wird, wirkt sich auf die Legitimierungsstrategie der privilegierten sozialen Position im Kontext sozialer Ungleichheit aus. Mit der Würdigung der Klassenherkunft auf der einen Seite geht ein Gerechtigkeitsverständnis nach dem Statusprinzip einher. Vermögen sollen jene haben, die der damit verbundenen – auch gesellschaftlichen – Verantwortung aufgrund der familiär tradierten Werthaltungen gerecht werden. Vermögen ist nicht nur ein Vorteil, sondern vor allem auch eine Verpflichtung zur persönlichen und finanziellen Investition. Vermögen wird letztlich über den erlernten, richtigen Umgang damit legitimiert. Die Abwertung der Klassenherkunft auf der anderen Seite rückt Leistung als zentrales Gerechtigkeitsprinzip in den Vordergrund. Die Bewältigung aller Herausforderungen und Schwierigkeiten, durch Einsatz und Fleiß aus eigener Kraft und eigenem Antrieb, trägt Früchte in Form von Erfolg. Dieser wird ausschließlich der individuellen Leistung zugerechnet und legitimiert folglich auch das Vermögen.

Obschon sich die unterschiedliche Wahrnehmung der sozialen Herkunft in verschiedenen Denk- und Handlungsweisen hinsichtlich des privaten

Vermögens niederschlägt, wird dieses vor dem Hintergrund der subjektiven Gerechtigkeitsideologie legitimiert. So wird auch die strukturelle soziale Differenz zwischen den Klassen unter dem Postulat der Leistungs- oder Statusgerechtigkeit gerechtfertigt und ein durch symbolisches Kapital ermöglichter Machtanspruch von oben gestellt, der zu einer Verfestigung der sozialen Ungleichheit und deren Reproduktion beiträgt.

Anmerkungen

- ¹ Aulenbacher et al. (2017) 9f.
- ² OECD (2018).
- ³ Z. B. Aulenbacher et al. (2017); Kittel (2018).
- ⁴ Neckel (2008) 84.
- ⁵ Eckerstorfer et al. (2016).
- ⁶ Tourangeau et al. (2014) 355ff.
- ⁷ Eckerstorfer et al. (2016) 626.
- ⁸ Ebd.
- ⁹ Ferschli et al. (2017).
- ¹⁰ Melzer et al. (2014).
- ¹¹ Fessler et al. (2019).
- ¹² Ferschli et al. (2017).
- ¹³ Ebd.; Fessler et al. (2016).
- ¹⁴ Korom (2017); Gaisbauer (2017); Huemer et al. (2016); Fessler et al. (2012).
- ¹⁵ Korom (2017); Fessler und Schürz (2015); Leitner (2016).
- ¹⁶ Adermon et al. (2018); Hansen (2014); Frick und Grabka (2009).
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Hartmann (2013) 42ff; (2002) 20ff.
- ¹⁹ Melchior und Schürz (2015); Weiss und Hofmann (2016); Fessler et al. (2016).
- ²⁰ Melchior und Schürz (2015); Andreasch et al. (2012).
- ²¹ Fessler et al. (2019) 6f.
- ²² Weiss und Hofmann (2016).
- ²³ Melchior und Schürz (2015) 204ff.
- ²⁴ Imbusch (2002).
- ²⁵ Weiss und Hofmann (2016).
- ²⁶ Flecker et al. (2016) 7.
- ²⁷ Neckel (2012); Hartmann (2013); Buggler und Dimmel (2017); Weiss und Hofmann (2016); Melchior und Schürz (2015).
- ²⁸ Weiss und Hofmann (2016).
- ²⁹ Altreiter (2019) 53ff.
- ³⁰ Pfeffer und Killewald (2015).
- ³¹ Ebd.; Barlösius (2004); Altreiter (2019).
- ³² Bourdieu (2014 [1987]) 171ff.
- ³³ Barlösius (2004) 128ff.
- ³⁴ Ebd.
- ³⁵ Barlösius (2004)
- ³⁶ Ebd.
- ³⁷ Barlösius (2004) 158f.
- ³⁸ Z. B. Honneth (2003)
- ³⁹ Barlösius (2004) 158f.

- ⁴⁰ Müller und Wegener (1995) 25.
- ⁴¹ Geiger (1932) 77f zit. n. Vester (2001) 185.
- ⁴² Ebd. Der Begriff der Mentalität als geistig-seelische Disposition nach Geiger ist vergleichbar mit dem Konzept des Klassenhabitus als subjektive Handlungsdisposition bei Bourdieu.
- ⁴³ Ebd.
- ⁴⁴ Liebig und Sauer (2016); Kittel (2018).
- ⁴⁵ Gaisbauer (2017).
- ⁴⁶ Buggler und Dimmel (2017); Hartmann (2002).
- ⁴⁷ Eckerstofer et al. (2016); Tourangeau et al. (2014).
- ⁴⁸ Schütz (1971) 7.
- ⁴⁹ Rosenthal (2014) 39.
- ⁵⁰ Ebd. 18.
- ⁵¹ Froschauer und Lueger (2003) 80.
- ⁵² Ebd. 100.
- ⁵³ Ebd. 158ff.
- ⁵⁴ Bourdieu (1997) 797.
- ⁵⁵ Fischer-Rosenthal und Rosenthal (1997) 136f.
- ⁵⁶ Ebd.
- ⁵⁷ Melchior und Schürz (2015) 204ff.
- ⁵⁸ Diese Referenzen verweisen auf die zitierten Stellen in den jeweiligen Transkripten der Gespräche, die diesem Beitrag aus forschungsethischen Gründen sowie aufgrund des Umfangs nicht beigefügt werden können. Die Stellen können in den Materialien der Forscherin nachgewiesen werden.
- ⁵⁹ Dies diskutieren auch Birkelbach und Meulemann (2017) in ähnlicher Weise.
- ⁶⁰ Bourdieu (2018); Brunefort et al. (2012); Bacher (2008).
- ⁶¹ Dies ist ein Argumentationsmuster, das auch Michael Hartmann in seinen Studien über die Wirtschaftselite Deutschlands häufig findet (vgl. Hartmann 2013).

Literatur

- Adermon, Adrian; Lindahl, Mikael; Waldenström, Daniel, Intergenerational Wealth Mobility and the Role of Inheritance: Evidence from Multiple Generations, in: *The Economic Journal* 128/July (2018) 482-513.
- Altreiter, Carina, Woher man kommt, wohin man geht: Über die Zugkraft der Klassenherkunft am Beispiel junger IndustriearbeiterInnen (Frankfurt am Main 2019).
- Andreasch, Michael; Fessler, Pirmin; Wagner, Karin; Zottel, Siegfried, Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Methodologische Grundlagen für Österreich, in: *Geldpolitik und Wirtschaft Q3* (2012) Addendum.
- Aulenbacher, Brigitte; Dammayr, Maria; Dörre, Klaus; Menz, Wolfgang; Riegraf, Birgit; Wolf, Harald, Einleitung: Leistung und Gerechtigkeit – ein umstrittenes Versprechen des Kapitalismus näher betrachtet, in: dies. (Hrsg.), *Leistung und Gerechtigkeit* (Weinheim 2017) 9-26.
- Bacher, Johann, Bildungsungleichheiten in Österreich – Basisdaten und Erklärungsansätze, in: *Erziehung und Unterricht* 158/7-8 (2008) 529-542.
- Barlösius, Eva, Kämpfe um soziale Ungleichheit (Wiesbaden 2004).
- Birkelbach, Klaus; Meulemann, Heiner, Wer kommt ganz nach oben? Leistung und askriptive Merkmale beim Eintritt in Führungspositionen, in: dies. (Hrsg.), *Lebensdeutung und Lebensplanung in der Lebensmitte* (Wiesbaden 2017) 285-318.
- Bourdieu, Pierre, *Schriften* (Berlin 2018).

- Bourdieu, Pierre, *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns* (Frankfurt am Main 192015 [Orig. 1998]).
- Bourdieu, Pierre, *Die Feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, (Frankfurt am Main 242014 [Orig. 1987]).
- Bourdieu, Pierre, Verstehen, in: ders. (Hrsg.), *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft* (Konstanz 1997) 799-802.
- Buggler, Robert; Dimmel, Nikolaus, *Power Structure. Eliten und Reichtum in Salzburg*, in: Dimmel et al. (Hrsg., 2017) 377-392.
- Brunefort, Michael; Weber, Christoph; Bacher, Johann, *Chancengleichheit und garantiertes Bildungsminimum*, in: Herzog-Punzenberger, Barbara (Hrsg.), *Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012, Band 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen* (Graz 2013) 189-228.
- Dimmel, Nikolaus; Hofmann, Julia; Schenk, Martin; Schürz, Martin (Hrsg.), *Handbuch Reichtum* (Innsbruck 2017).
- Eckerstorfer, Paul; Halak, Johannes; Kapeller, Jakob; Schütz, Bernhard; Springholz, Florian; Wildauer, Rafael, *Correcting for the Missing Rich: An Application to Wealth Survey Data*, in: *Review of Income and Wealth* 62/4 (2016) 605-627.
- Ferschli, Benjamin; Kapeller, Jakob; Schütz Bernhard; Wildauer, Rafael, *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 167, Wien 2017).*
- Fessler, Pirmin; Lindner, Peter; Schürz, Martin, *Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich* (Oesterreichische Nationalbank, Eurosystem, Wien 2012).
- Fessler, Pirmin; Lindner, Peter; Schürz, Martin, *Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014. Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle)* (Oesterreichische Nationalbank, Eurosystem, Wien 2016).
- Fessler, Pirmin; Lindner, Peter; Schürz, Martin, *Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2017. First results for Austria* (Oesterreichische Nationalbank, Eurosystem, Wien 2019).
- Fischer-Rosenthal, Wolfram; Rosenthal, Gabriele, *Narrationsanalyse biographischer Selbstpräsentation*, in: Hitzler, Ronald, Honer, Anne (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik* (Opladen 1997) 133-164.
- Flecker, Jörg; Schultheis, Franz; Vogel, Berthold, A ‚Problem of Fairness‘ in the Making: The Transformation of Public Services from the Perspective of Postal Workers, in: *British Journal of Industrial Relations* 54/4 (2016) 768-789.
- Fraser, Nancy; Honneth, Axel, *Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse* (Frankfurt am Main 2003).
- Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M., *Zur Entwicklung der Vermögensungleichheit in Deutschland*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 19 (2009) 577-600.
- Froschauer, Ulrike; Lueger, Manfred, *Das qualitative Interview* (Wien 2003).
- Froschauer, Ulrike; Lueger, Manfred, *Interpretative Sozialforschung: Der Prozess* (Wien 2009).
- Gaisbauer, Helmut P., *Legitimation und Repräsentation von Reichtum in wohlhabenden Gesellschaften*, in: Dimmel et al. (Hrsg., 2017) 106-117.
- Hajdjar, Andreas, *Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion* (Wiesbaden 2008).
- Hansen, Marianne Nordli, *Self-Made Wealth or Family Wealth? Changes in Intergenerational Wealth Mobility*, in: *Social Forces* 93/2 (2014) 457-481.
- Hartmann, Michael, *Der Mythos von den Leistungseliten* (Frankfurt am Main 2002).
- Hartmann, Michael, *Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?* (Frankfurt am Main 2013).

- Honneth, Axel, Zur historischen Ausdifferenzierung von drei Anerkennungssphären: Liebe, Recht, Leistung, in: Fraser, Nancy; Honneth, Axel (Hrsg.), *Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse* (Frankfurt am Main 2003) 162-177.
- Humer, Stefan; Moser, Mathias; Schnetzer, Matthias, *Bequests and the Accumulation of Wealth in the Eurozone* (= INEQ Working Paper Series, Nr. 1, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien 2016); online: http://epub.wu.ac.at/4841/1/ineq_bequests.pdf.
- Imbusch, Peter, Reichtum als Lebensstil – Zur Soziologie der sozialen Distanz, in: Huster Ernst-Ulrich; Volz, Fritz R. (Hrsg.), *Theorien des Reichtums. Beiträge zu Ökonomie und Kultur der sozialen Distanz* (Münster, Hamburg, London 2002) 213-247.
- Kittel, Bernhard, Need-based Justice: A Sociological Perspective, in: ders., Traub Stephan (Hrsg.), *Need-based Distributional Justice: An Interdisciplinary Perspective* (Berlin 2018).
- Korom, Philipp, Erben, in: Dimmel et al. (Hrsg., 2017) 244-254.
- Liebig, Stefan; Sauer, Carsten, *Sociology of Justice*, in: Sabbagh, Clara; Schmitt, Manfred (Hrsg.), *Handbook of Social Justice Theory and Research* (Heidelberg 2016) 37-59.
- Melchior, Josef; Schürz, Martin, Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich. Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (2015) 199-233.
- Melzer, Manuel; Rehm, Miriam; Schlager, Christian; Schnetzer, Matthias, *Top-Vermögen und Einkommen in Österreich* (Wien 2014).
- Müller, Hans-Peter; Wegener, Bernd, *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit* (Opladen 1995).
- Nachtwey, Oliver, *Die Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne* (Berlin 2016).
- Neckel, Sighard, Refeudalisierung der Ökonomie Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft, in: van Wegen Kalthoff, Herbert; Vormbusch, Uwe (Hrsg.), *Soziologie der Finanzmärkte* (Bielefeld 2012).
- Neckel, Sighard, *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft* (Frankfurt am Main 2008).
- OECD, *A broken social elevator? How to promote social mobility*, in: COPE Policy Brief (2018); online: <http://oe.cd/social-mobility-2018>.
- Pfeffer, Fabian T.; Killewald, Alexandra A., *How Rigid is the Wealth Structure and Why? Inter- and Multigenerational Associations in Family Wealth*, in: PSC Research Report 15/845 (2015) 2-49.
- Piketty, Thomas, *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (München 2014).
- Rosenthal, Gabriele, *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung* (Wiesbaden 2014).
- Schürz, Martin, Marginalien zu guten Vermögenden und bösen Reichen, in: *Die Armutskonferenz* (Hrsg.), *Was allen gehört. Commons – neue Perspektiven in der Armutsbekämpfung* (Wien 2013).
- Schütz, Alfred, *Gesammelte Aufsätze 1. Das Problem der sozialen Wirklichkeit* (Den Haag 1971).
- Schütz, Alfred, *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie* (Frankfurt am Main 1993 [Orig. 1932]).
- Simmel, Georg, *Philosophie des Geldes* (Frankfurt am Main 1990).
- Tourangeau, Roger; Edwards, Brad; P. Johnson, Timothy; Wolter, Kirk M.; Bastes, Nancy, *Hard-to-survey populations* (Cambridge 2014).
- Vester, Michael, *Soziale Milieus Im Gesellschaftlichen Strukturwandel: Zwischen Integration und Ausgrenzung* (Frankfurt am Main 2001).
- Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. rev. Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann (Tübingen 1972 [Orig. 1922]).
- Weiss, Hilde; Hofmann, Julia, *Reichtum – Legitimation und Kritik* (= *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* 153, Wien 2016).

Witzel, Andreas, Das problemzentrierte Interview, in: Forum qualitative Sozialforschung 1/22 (2000).

Zusammenfassung

Während soziale Mobilität auf der Basis individueller Leistung abnimmt, gewinnt die soziale Herkunft zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig ist Vermögen enorm ungleich verteilt und wird innerhalb vermögender Familien durch *Inter-vivos*-Schenkungen und Erbschaften weitergegeben. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, wie ErbInnen von Vermögen ihre privilegierte soziale Position vor dem Hintergrund der Deutung ihrer Lebensgeschichte mithilfe ihrer Gerechtigkeitsideologie legitimieren. Feinstruktur- und Themenanalysen von sieben problemzentrierten Interviews führen zu den zentralen Erkenntnissen dieser Arbeit. So gibt es innerhalb der vermögenden Klasse hinsichtlich der Wahrnehmung und Legitimierung ihrer Privilegien zwei Muster: jene, die sich von ihrer sozialen Herkunft distanzieren und ihre Vorteile ausschließlich individueller Leistung und persönlichem Erfolg zuschreiben; und jene, die ihre Klassenherkunft würdigen und die mit dem Status verbundenen Werthaltungen zur Rechtfertigungsgrundlage erheben. Beide Argumentationsmuster legitimieren die strukturellen Differenzen der Gesellschaft und den Machtanspruch von oben, welcher die Reproduktion sozialer Ungleichheit verfestigt.

Abstract

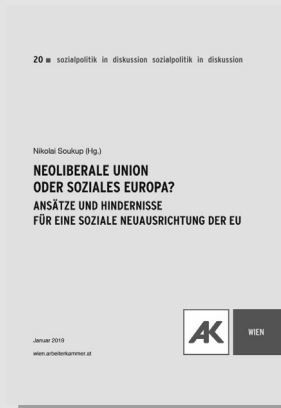
As social mobility through individual performance decreases, social background becomes increasingly important. At the same time wealth is distributed vastly uneven and passed on as heritage and/or endowment *inter vivos* within wealthy families. Consequently, the question arises as to how descendants of wealthy families legitimize their privileged origin and their wealth within their interpretation of their own biography as well as which ideology of justice they believe in. Seven problem-centered interviews, interpreted based on fine structured and thematic analyses lead to the key findings. These state that there are two ways of legitimizing of privilege and perceiving of justice within the privileged class: either, denying the class origin and justifying wealth through individual performance and success; or, dignifying class origin and justifying wealth through entitlement and values. Both justifications legitimize structural differences and the claim to power, which reinforces the reproduction of social inequality.

Schlüsselbegriffe: soziale Ungleichheit, Vermögenserbe, Legitimierung, Reproduktion sozialer Ungleichheit, Gerechtigkeit, Vermögensungleichheit.

JEL codes: D01, D31, D63, D64, D91, Z13.

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.at



Neoliberale Union oder soziales Europa?

Ansätze und Hindernisse für eine soziale Neuausrichtung der EU

Nikolai Soukup (Hg.)

Sozialpolitik in Diskussion Band 20 / ÖGB-Verlag 2019 / 140 Seiten / EUR 10,00
ISBN 978-3-99046-332-1

Wohin entwickelt sich die soziale Lage der EU und wie sozial ist ihre Politik ausgerichtet? Welche Hindernisse und Perspektiven gibt es für eine substantielle soziale Neuausrichtung der EU?

Die EU ist von vielfältigen sozialen Problemlagen und Ungleichheiten geprägt. Im Zuge der Krise führten die auf Kürzungs- und Wettbewerbsdruck fokussierten neoliberalen Maßnahmen in mehreren Mitgliedstaaten zu verheerenden sozialen Auswirkungen. Doch bereits zuvor wurden Ziele des Wohlfahrtsstaates den Marktfreiheiten und Budgetregeln der EU untergeordnet. Die Initiative einer „europäischen Säule sozialer Rechte“ machte die soziale Dimension der EU zwar zum Thema, leitete jedoch keinen grundlegenden Kurswechsel ein.

Die Analysen dieses Sammelbands spannen einen weiten Bogen, der von der Wirtschaftspolitik der Eurozone und ihren geschlechterpolitischen Implikationen über Lohnentwicklung, Jugendarbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung bis hin zu Lohn- und Sozialdumping, Armut und Fragen der Steuergerechtigkeit reicht.

Kostenloser Download unter E-Medien der Arbeiterkammern:

wien.arbeiterkammer.at/soziales-europa

BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21



BUCHBESPRECHUNGEN

Die ökonomische Theorie von Karl Marx

Rezension von: Rainer Lucas, Reinhard Pfriem, Claus Thomasberger (Hrsg.),
Auf der Suche nach dem Ökonomischen – Karl Marx zum 200. Geburtstag, Metropolis,
Marburg 2018, 492 Seiten, gebunden, € 38,40, ISBN 978-3-731-61325-1;

Georg Quaas, Die ökonomische Theorie von Karl Marx, Metropolis,
Marburg 2016, 341 Seiten, broschiert, € 29,80, ISBN 978-3-731-61216-2.

Zum 200. Geburtstag 2018 hat Karl Marx eine Vielzahl von posthumen Würdigungen und kritischen Einschätzungen erfahren, die jeweils verschiedene Seiten seines vielfältigen wissenschaftlichen und politischen Wirkens beleuchten. Wir wollen uns im Folgenden mit zwei Publikationen beschäftigen, die sich in unterschiedlicher Weise mit der Frage beschäftigen, was denn das eigentlich „Ökonomische“ ist, mit dem sich Marx sein Leben lang beschäftigt, ja herumgeschlagen hat.

Zum einen geht es dabei um einen Sammelband, der fast punktgenau zum Jubiläumstag erschienen ist und an dem 21 Autor(inn)en mitgewirkt haben. Er macht die „Suche nach dem Ökonomischen“ schon im Titel zum Hauptthema und entwickelt seinen Gegenstand in einem Geleitwort und einer Folge von fünfzehn Beiträgen, die in unterschiedlicher Nähe zum Marx'schen Werk – genauer: seiner schriftlichen Hinterlassenschaft – stehen und dabei auch sehr verschiedenartige thematische und methodische Schwerpunkte setzen. Zum andern geht es um eine lehrbuchartig geschlossene formale Rekonstruktion von Marx' ökonomischer Theorie aus dem Jahr 2016 durch den Leipziger Universitätslehrer Georg Quaas, der bereits 15 Jahre zuvor eine monografische Darstellung der „Arbeitsquantentheorie“¹ als Grundlage der Werttheorie publiziert hatte.

Beide Zugänge zu Marx haben ihre Berechtigung, ihre Stärken und ihre Schwächen. Aber zumindest auf den ersten Blick könnte der Unterschied zwischen der zugrunde liegenden Konzeption der beiden Bücher kaum größer sein. Für die Herausgeber des Sammelbandes, Rainer Lucas, Reinhard Pfriem und Claus Thomasberger, ist er nicht nur eine „kritische Reflexion darüber, was mit dem Marx'schen Denken und Werk für die heutige Zeit anzufangen ist, sondern auch ein theoretischer Beitrag zum Nachhaltigkeitsdiskurs“ (S. 12). Nun gibt es einige schöne und gern zitierte Textstellen bei Marx, die auf die Notwendigkeit hinweisen, den Naturerhalt als ökologische Grundlage des Wirtschaftens gegen kapitalistische Zerstörungstendenzen zu sichern (das erhofft er sich quasi als Nebenprodukt einer künftigen Produktionsweise), aber eine systematische Integration von Nachhaltigkeit gelingt Marx weder in die Kritik der Politischen Ökonomie generell noch in seine Theorie des Arbeitswerts im Besonderen; im Gegenteil, er verbaut sich diesen Zugang sogar explizit dadurch, dass er die Natur nur als Quelle von Reichtum, nicht aber als Bestandteil des Werts anerkennt.²

Dass Marx so verschiedenartige Denker wie Ernst Bloch im „Prinzip Hoffnung“ oder Karl Polanyi in der „Great Transformation“ – im vorliegenden Sammelband Michael Brie mit dem lesenswerten Beitrag „Das ‚Kapital‘ – Zukunftswissenschaft zu praktischen Zwecken“ – zu Überlegungen über die Wiedergewinnung einer (neuen) Einheit von Mensch und Natur angestoßen hat, sei nicht bestritten. In ähnlicher Weise könnte man sich jedoch auch auf den Gedanken des „Bebauens und Bewahrens“ im biblischen Schöpfungsbericht beziehen und dabei gleichzeitig die dort ebenso vorhandene Idee der gottgewollten Herrschaft des Menschen über die Erde unter den Tisch fallen lassen. Das ist zwar zugespitzt, aber man gewinnt doch ein wenig den Eindruck, dass die andiskutierte Notwendigkeit einer umfassenden, weniger naiv als bisher vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen konzipierten „Großen Transformation“ eher der Aktualität des Themas als einem systematischen Rückgriff auf Marx'sches Denken geschuldet ist. Selbstverständlich fehlt dem Nachhaltigkeitsdiskurs bisher noch eine ausreichende gesellschaftstheoretische Dimension und Fundierung, aber in welcher Weise ein Rückgriff auf Marx' Kritik der Politischen Ökonomie diese aufzeigen kann, wird im Geleitwort allenfalls angedeutet. Die Angebote dazu in den verschiedenen Beiträgen sind natürlich unterschiedlich, aber meistens anregend und oft konkretionsbedürftig.

Apropos Kritik der Politischen Ökonomie: Die Herausgeber betonen zu Recht, dass Marx und Engels mit diesem Begriff der Gefahr entgehen wollten, „als Vertreter einer kritischen oder alternativen Theorie = Ökonomik als solcher missverstanden zu werden“ (S. 14). Das wirft aber zwei grundlegende Probleme auf. Zum ersten: Die Kritik einer herrschenden ökonomischen Praxis kann sich nicht allein darauf beschränken, deren immanente Konflikte, ja Widersprüche aufzuzeigen, um die Notwendigkeit ihrer grundlegenden Umwälzung aufzuzeigen, sie muss zugleich Aussagen über gangbare Alternativen und Wege dahin machen können, vor allem über die dabei dann wiederum auftretenden Konflikte und notwendigen Kompromisse. Mit dem Argument, es sei nicht seine Aufgabe, „Rezepte für die Garküche der Zukunft“ (MEW 23, S. 25) zu verschreiben, hat sich Marx bekanntlich dieser Aufgabe entziehen wollen – und hat damit, sicher ohne es zu beabsichtigen, den gedanklichen Weg zu einem „real existierenden Sozialismus“ freige-macht, dessen meist hierarchisch strukturierte Konfliktpotenziale sich schließlich als noch destruktiver erwiesen als die leidlich austarierten Konflikt- und Interessenstrukturen vieler kapitalistischer Länder.

Zum zweiten: Marx konnte sich selber bei seiner Kritik der Politischen Ökonomie nicht dem Zwang entziehen, seine Widerlegung bestehender Ökonomik in die Form alternativer Aussagen zu bringen, die ihrerseits eine Art von ökonomischer Theorie implizierten. Dafür ein einfaches Beispiel, das in diesem Band im Kontext nicht intendierter Wirkungen menschlichen Handelns von Heinz Kurz erörtert wird: Marx hat in seiner Kritik der klassischen politischen Ökonomie u. a. den seinerzeit ausgiebig diskutierten „Fall der Profitrate“ aufgegriffen, dabei Überlegungen früherer Ökonomen wie Ricardo und Mill kritisiert und seinerseits einen tendenziellen Fall der Profitrate postuliert, den er mit teils übernommenen, teils eigenständig entwickelten Argumenten zu begründen versucht. Hier wird die Kritik der Politischen Ökonomie unvermeidlich selbst zur positiven ökonomischen Ana-

lyse. Diese muss nun ihrerseits im Hinblick auf die logische Stimmigkeit der Argumentation und auf die empirische Relevanz der vorgebrachten Einflussfaktoren überprüft werden. Die Kritik der Politischen Ökonomie darf auch nicht aus Anlass eines Geburtsjubiläums zur Kritikimmunisierung verkommen; soviel Respekt hat Marx zweifellos verdient.

Einen solchen Fehler begehen die Autor(inn)en des Sammelbandes auch nicht. Sie beleuchten vielmehr sehr unterschiedliche Aspekte des Marx'schen Œuvres, oft aus der Perspektive des jeweiligen Forschungsfeldes, und die Beiträge sind daher nicht nur durch eine Vielfalt der Themen und Einschätzungen, sondern auch durch eine unterschiedliche Nähe zu Marx'schen Fragestellungen geprägt. Hinzu kommt, dass die Autor(inn)en sich in ihren Beiträgen und wahrscheinlich auch in ihren bisherigen Forschungen unterschiedlich intensiv mit Marx auseinandergesetzt haben, der gelegentlich eher als Stichwortgeber denn als zentraler Diskussionsgegenstand erscheint. Die Herausgeber versuchen, diese Vielfalt ein wenig zu ordnen, indem sie den Band in drei große Teile gliedern, wohl wissend, dass sowohl das Marx'sche Werk als auch die Eigenart der einzelnen Beiträge eine solche Unterteilung schwierig machen.

In einem ersten Teil, „Marx, die Ökonomie und die Ökonomik“, setzen sie einen theoriegeschichtlichen Schwerpunkt, der aber zugleich auf die heutige Ökonomik verweist. Hans A. Frambach widmet sich dabei der Erklärung von wirtschaftlicher Entwicklung bei Marx, den er „als einer der größten Denker der Nationalökonomie“ (S. 39) einstuft, und findet gute Argumente für die Vermutung, „dass die Ökonomie, der wahrscheinlich wichtigste Regulator im steten Wechsel von Stabilität und Instabilität, auch den Wandel von Gesellschaften maßgeblich begründet und somit, mit Karl Marx, das Ökonomische, das Materielle als die zentrale Größe von Wandel wahrgenommen wird“ (S. 40). Nun war ja der Streit zwischen der Bedeutung des „Materiellen“ im Verhältnis zum „Ideellen“ zu Zeiten von Marx (und Engels) besonders virulent, und man wundert sich ein wenig, dass der Autor mit keinem Wort auf einen wichtigen, weil weiterführenden späteren Diskussionsbeitrag von Max Weber in seiner „Ethik der Weltreligionen“ eingeht: „Interessen (materielle und immaterielle), nicht Ideen bestimmen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘, welche durch diese ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.“³ Hier findet man, so scheint es mir, einen bisher zu wenig genutzten Anknüpfungspunkt für eine nicht nur von Marx, sondern auch von Weber inspirierte Entwicklungstheorie und -forschung, der – dialektisch gesprochen – eine interessante Synthese für die Interaktion dieser Einflussfaktoren eröffnet.

Zu den ökonomietheoretischen Beiträgen des ersten Teils gehören neben dem bereits erwähnten theoriegeschichtlich fundierten Beitrag von Heinz D. Kurz zur „Unsichtbaren Hand“ zwei interessante mathematische Rekonstruktionen Marx'scher Theoreme, die methodisch etwas näher bei der Monografie von Georg Quaas liegen: Frank Beckenbach zeigt die mangelnde Geschlossenheit und die Unvollständigkeit Marx'scher Aussagensysteme auf, und Bertram Scheffold skizziert eine neue Lösung des Transformationsproblems, orientiert am Werk von Piero Sraffa.

Im letzten Beitrag untersucht Helge Peukert die Bedeutung der Marx'schen Theorie aus pluralistischer Sicht: Das Transformationsproblem ist ihm nur wegen der Verteilung als freie, nicht schon vollständig durch Marktkräfte determinierte Variable bedeutungsvoll, wichtig ist ihm dagegen die Notwendigkeit einer breiten gesellschaft(swissenschaft)lichen Fundierung mikro- und makroökonomischer Prozesse, die er in der Standardökonomik vermisst und in verschiedenen Marx'schen Ansätzen zumindest angedeutet findet. Anhand von insgesamt 32 Dichotomien skizziert er die Umrisse einer heterodoxen Position, die vorhandene Kritik an der ökonomischen Orthodoxie nicht nur benennt, sondern auch zu einer Überwindung bestehender Engführungen beiträgt. In einem derartigen Kontext sind Marx'sche Überlegungen – gerade auch die nicht abgeschlossenen und nicht vollkommen konsistenten – von großem Interesse, aber keine ausschließlichen Erkenntnisquellen, sondern ergänzungsbedürftig durch soziologische, politikwissenschaftliche und sozialetische Beiträge unterschiedlicher Provenienz, nicht zuletzt durch einen kritisch rezipierten Institutionalismus jenseits heute gängiger, meist oberflächlicher Transaktionsanalysen.

Der zweite Teil des Sammelbandes ist den Beziehungen zwischen „Marx, Ökonomie und Gesellschaft“ gewidmet. Claus Thomasberger erkennt bei Marx zwei entgegengesetzte Thesen, die beide auf Überwindung der Konkurrenz durch Übereinkunft setzen, nämlich zum einen durch die wachsende Koalitionsmacht der Arbeiter, der diese zu einem handlungsfähigen Akteur, zur „Klasse *an sich*“ mache, und zum anderen durch die angenommene Fortgeltung des „ehernen Lohngesetzes“, die Marx' Spätwerk einen „ökonomisch-deterministischen Bias“ (S. 211) auftrage. Die liberale Politische Ökonomie seiner Zeit sei demgegenüber weniger Rechtfertigung der bestehenden als vielmehr Utopie einer künftigen freiheitlichen Ordnung gewesen. Die dritte, später in der Realität besonders wirkungsmächtige Alternative einer Zählung des Marktsystems durch den Kampf um politische Reformen habe Marx nicht hinreichend in Betracht gezogen. Thomasberger skizziert aus den Erfahrungen der letzten 150 Jahre eine „sozialliberale Strategie“ (vgl. S. 215), die für die künftigen Herausforderungen nicht mehr unbedingt auf eine universelle Lösung setzt, sondern eher eine Vielzahl unterschiedlicher Antworten in den Blick nimmt. Ihm zufolge hat Marx uns die Aufgabe hinterlassen, die Suche nach „einer gerechteren, menschlicheren und nachhaltigeren Welt“ (S. 218) weiterzuführen.

Ähnlich argumentiert Lars Hochmann in Auseinandersetzung mit gängigen ökonomischen Auffassungen für ein „Vordenken möglicher Entwicklungspfade“ auf der Grundlage von „Nachdenken über die wirklichen Verhältnisse“ (S. 247). Wie das aussehen könnte, illustriert Reinhard Pfiem, der „Die nachökonomische Gesellschaft als reale Utopie“ skizziert. Er sieht in der weiter dominierenden Erwerbskunst, der aristotelischen „Chrematistik“, eine Grundtendenz zur Schaffung von materiellem Reichtum auf Kosten anderer, nicht zuletzt der Natur. Die notwendige Aufhebung des Ökonomischen stellt sich demnach als kulturelle und praktische Aufgabe dar: „als Frage nach den Bedingungen, Möglichkeiten und Hemmnissen wirklicher Akteure in der wirklichen Welt, ihre kulturellen Praktiken, darunter ihre ökonomischen, zu verändern“ (S. 280). Den Missbrauch des Marx'schen Werkes als quasi „heilige Schriften“ im „realen Sozialismus“ kritisie-

rend und zugleich auf die Realität und Brutalität realer Wirtschaftskrisen im Kapitalismus verweisend plädiert sodann Raul Zelik für eine erneute und kreative Befassung mit der Methode von Marx, mithin „für eine Absetzbewegung von der Absetzbewegung“ (S. 308).

Wie nun konkret eine Inanspruchnahme Marx'schen Denkens in einem abgegrenzten Handlungsfeld aussehen kann, das untersucht Rainer Lucas am Beispiel der Stadt- und Regionalentwicklung, wobei es ihm generell um die „Inwertsetzung räumlicher Strukturen“ geht. Deren kapitalistische Ausprägung sieht er anhand Marx' Analyse des relativen Mehrwerts durch die Merkmale Kooperation zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, Arbeitsteilung und -vereinigung, Konzentration sowie relative Zunahme des konstanten Kapitals bestimmt. Die fortwährende Ausdehnung der Märkte, ein „raumgreifender Prozess“, führt schließlich zu einem durch Ungleichgewichte in verschiedenen Bereichen von Produktion und Konsum, z. B. in der Wohnraumversorgung, geprägten Weltmarkt. Die Sichtung verschiedener „Handlungsansätze zwischen grundsätzlicher Systemkritik, evolutorischer Transformation und Inkrementalismus“ (S. 331) leitet über zur Darstellung eines „perspektivischen Inkrementalismus“ (S. 335), den er als „soziale Innovation“ begreift. An die Stelle einer abstrakten Transformationsperspektive tritt die sozial verantwortliche Lebenspraxis der Menschen selbst, deren Verhalten gegenüber anderen Menschen und der Mitwelt eine Relativierung des Ökonomischen und eine Offenheit für eine Vielfalt menschlicher Lebensentwürfe zur Erkundung eines solchen Weges erfordert. Der „perspektivische Inkrementalismus“ ist daher für Lucas nicht nur zur Überwindung theoretisch-mechanistischer Engführungen hilfreich, sondern auch für konkrete Projektentwicklungen und darüber hinaus auch für die individuelle Lebensführung selbst tauglich (vgl. S. 337).

Eine Autor(inn)engruppe des Wuppertal Instituts, darunter dessen Präsident Uwe Schneidewind, schlägt in dem Beitrag „Von der Deep Treadmill zur alternativen Stadtökonomie“ eine Brücke von marxistischen Überakkumulationstheorien zum heutigen Suffizienz- und Postwachstumsdiskurs. Allerdings erfolgt die Bezugnahme auf Marx, trotz einiger Zitate und Literaturangaben, eher indirekt durch Weiterentwicklung des vom kanadischen Universitätslehrer Éric Pineault entwickelten „*Deep Treadmill*“-Ansatzes zur Erklärung von Wachstum und Überakkumulation in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, der seinerseits eine Interpretation und Weiterentwicklung Marx'scher Überlegungen für den Kapitalismus seiner Zeit darstellt. Den generellen Marx'schen Kapitalismus-Imperativ „Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“ (MEW 23, S. 621) nehmen die Autor(innen) indirekt auf, indem sie nicht nur nach der Logik des kapitalistischen Akkumulations- und Wachstumszwanges unter den gegenwärtigen Bedingungen, also der immanenten Tretmühle des fortgeschrittenen Kapitalismus, fragen, sondern auch nach Möglichkeiten des Ausstieges, etwa durch Verallgemeinerung urbaner Suffizienz, suchen; sie verstehen ihre „*Treadmill*“-Überlegungen vor allem als „Ermunterung für eine kapitalismuskritisch aufgeklärte Nachhaltigkeitsforschung“ (S. 365), die zunächst zu prüfen hätte, wie tragfähig dieser Ansatz für die Analyse von Suffizienz ist. Bei einem solchen Rückgriff auf Marx'sches Gedankengut dürfte der generelle Gedanke der zerstörerischen Dy-

namik einer ungezähmten kapitalistischen Dynamik vermutlich hilfreicher sein als eine allfällige Exegese vieler einschlägiger Textstellen zu Akkumulation und Wachstum, denn gerade in diesem Feld gilt Joan Robinsons Warnung in besonderer Weise: „Die Wasser sind dunkel, und es kann sein, dass jeder, der hineinschaut, sein eigenes Gesicht sieht.“⁴

Damit ist der Übergang zum dritten Teil des Sammelbandes, „Marx, Ökonomie und die zukünftige Gesellschaft“ geschaffen, der heutige theoretische und praktische Zukunftsentwürfe im Rückblick auf Marx'sches Denken beleuchtet. Marco Lehmann-Waffenschmidt und Johannes Rohbeck sehen in ihrem Eintreten für eine „Wirtschaft und Gesellschaft ohne Telos“ Marx' geschichtstheoretischen Entwurf im Spannungsfeld von (geschlossener) Geschichtsphilosophie und (offener) Evolutionsökonomik angesiedelt; letztere, in moderner, differenzierender und auch um ethische Überlegungen angereicherter Form, bildet den Ausgangspunkt ihrer zukunftsbezogenen Überlegungen.

Im Anschluss an Hans Christoph Binswangers⁵ Deutung von Goethes „Faust“ sehen sie den entgrenzten „faustischen“ Menschen der Gegenwart, wie weiland Faust am Ende des II. Teils, in seinem Herrschaftswahn, der auch Marx'schem Denken nicht fremd ist, vom Scheitern bedroht, und sie plädieren indirekt, wie auch Goethe wohl selbst in seinem Drama, für einen anderen Lebens- und Wirtschaftsstil, in dem vor allem Werte des Maßes zur Geltung kommen: „Sinn für Schönheit und Harmonie, Empathie mit der Natur und mit anderen Menschen, Entschleunigung und Geduld, Mäßigung, Kontemplation und Selbstreflexion sowie das Bewahren tradierter Werte und Normen“ (S. 394). Von dieser Idylle ist es allerdings – gedanklich wie historisch – nicht sehr weit bis zu einem Biedermeier, hinter dessen behaglicher Fassade sich auch Zensur und politische Repression verstecken (Metternich lässt grüßen!), sodass ein guter Schuss Marx'scher Gesellschaftskritik auch und gerade in einer solchen Konstellation notwendig erscheint. Der Gefahr einer romantisierenden und legitimierenden Weltbeschreibung begegnen die beiden Verfasser aber in ihrer Schlussbetrachtung, in der sie einer konservativen Geschichtsdeutung die Warnung entgegenhalten: „Faktizität darf nicht mit Geltung verwechselt werden. Der Kapitalismus rechtfertigt sich nicht durchs pure Überleben“ (S. 397).

Burghard Flieger entwickelt im Rückblick auf „Das Marxsche Kooperationsystem“ und in kritischer Abgrenzung zu einem gerade in Deutschland verbreiteten formalen Genossenschaftsverständnis – Genossenschaften sind demnach einfach in der Rechtsform der eG eingetragene Unternehmen – Ansätze einer transformativen Genossenschaftswissenschaft und auch -praxis, welche die grundlegenden Werte des freiwilligen Zusammenschlusses ihrer Mitglieder zur Erfüllung ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse in demokratisch strukturierten Unternehmen in den Vordergrund stellt. Im Kontext von Transformation stellt sich aber nicht nur die Frage nach einer Umgestaltung hierarchischer Wirtschaftsformen durch genossenschaftliche Alternativen, sondern auch umgekehrt die von Franz Oppenheimer⁶ schon Ende des 19. Jahrhunderts beschworenen Gefahr (die dieser allerdings übertrieben als Gesetz postuliert), dass gerade Produktivgenossenschaften aufgrund ungelöster eigentumsrechtlicher Probleme ihrerseits zu kapitalistischen Unternehmen transformieren (kön-

nen). Dieses Problem hätte in dem lesenswerten Beitrag deutlich mehr Beachtung verdient.

Die bereits kurz erwähnten Überlegungen von Michael Brie zu einem neuen Verständnis von Marx' „Kapital“ im Sinne einer „Zukunftswissenschaft zu praktischen Zwecken“ sind, anders als die meisten anderen Beiträge, relativ eng an das Werk von Marx über seinen gesamten Publikationszeitraum hinweg angelehnt. Bries Exegese ist auf ein neues Verständnis von Kritik der Politischen Ökonomie ausgerichtet, das aber nur dann zu den geforderten „neuen Durchbrüchen“ führen wird, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse methodischer und inhaltlicher Art nach und außerhalb von Marx stärker in die Analyse integriert werden. Das gilt meines Erachtens vor allem für die Beiträge von Max Weber zur Religionssoziologie, die den Kapitalismus nicht einfach nur als die „schicksalvollste Macht unseres modernen Lebens“⁷ scheinbar fatalistisch festschreiben, sondern, wie oben schon zu dem Text von Hans A. Frambach bemerkt, auch wertvolle und anregende Einsichten zur Interaktion von Ideen und Interessen enthalten. Auch viele wissenschaftstheoretische Erkenntnisse des Kritischen Rationalismus,⁸ nicht unbedingt seine evolutionsökonomische Auffassung von Erkenntnisfortschritt, scheinen mir für die künftige Diskussion hilfreich, gerade auch, weil sie sich gegen ein tradiertes Marx-Verständnis, oft bei Sympathisanten und Kritikern gleichermaßen, als eine Art letztlich unhinterfragbare Heilslehre wenden und zugleich nützliche Hinweise für die eigene wissenschaftliche Forschung geben. Solche Erkenntnisprozesse profitieren natürlich von differenzierten und gründlichen Textexegeten, wie sie der Beitrag von Michael Brie liefert.

Der Sammelband schließt mit Birger P. Priddats Reflexionen über „Die ‚wirkliche‘ Ökonomie bei Marx“. An dessen Frühschriften anknüpfend entwirft er eine künftige Gesellschaft, die zumindest zu Beginn auf die Fähigkeit der „Gebildeten ‚reicher Individualität‘“ zurückgreift, also auf eine „Elite der Fähigen“ (S. 483). Die europäische Arbeiterbewegung – auch der Teil, der sich auf Marx berief und teilweise heute noch beruft – hat historisch einen anderen, aussichtsreicheren Weg gewählt und den verbesserten Zugang zu Bildung (und allgemeiner Gesundheitsversorgung) als Voraussetzung ihrer Verallgemeinerung nicht zum Merkmal einer utopischen Zukunftsgesellschaft erhoben, sondern zum Ziel und zugleich zum Mittel gradueller Demokratisierung gemacht. Da sie in den letzten 150 Jahren gerade in den Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung – ausgeprägter als bei den klassischen Topoi Einkommens- und Vermögensverteilung – trotz mancher Rückschläge und bestehender Defizite durchaus erfolgreich war, dürfte die hier skizzierte Zukunftsperspektive nicht an der Spitze aktueller marxistisch inspirierter Alternativentwürfe stehen. Das bildungsaristokratische Element, das Priddat hier bei Marx erkennt, ist in der dargelegten Form jedenfalls nicht besonders attraktiv und schwerlich handlungsleitend.

Das zweite hier zu besprechende Werk, Georg Quaas' monografische Darstellung der „ökonomischen Theorie von Karl Marx“, die sich um eine geschlossene mathematische Präsentation und Interpretation bemüht und daher, wie bereits bemerkt, in mancherlei Hinsicht von dem Marx-Sammelband differiert. Die von ihm vorgenommene Fokussierung auf die Arbeitswertlehre – die natürlich bei Marx eine andere Funktion hat als bei Smith und Ricardo, denn er versucht damit,

die Kontinuität von Herrschaft und Ausbeutung bei Geltung marktmäßiger Äquivalenz nachzuweisen – begründet sich inhaltlich mit der zentralen Stellung, die sie im ökonomischen Werk von Marx einnimmt, methodisch mit dem Ziel des Verfassers, „eine den modernen Ansprüchen an eine ökonomische Theorie genügende, formal logisch einwandfreie Darstellung der Marx’schen Werttheorie zur Verfügung zu stellen“ (S. 12). Wichtig ist sein Hinweis darauf, dass sein Modell „nicht nur aus mathematischen Formeln besteht, sondern stets auch eine sinnvolle ökonomische Interpretation der mathematischen Objekte [...] umfasst“ (S. 16). Das erlaubt „sozusagen auf höherer Ebene, eine weitergehende qualitative Interpretation [...], die dann jene Aspekte der Marx’schen Theorie freilegt, die dem über die Ökonomik hinausgehenden Wissenschaftsanspruch des ‚Kapital‘ zuzurechnen sind“ (ebd.). Er vertritt den Standpunkt, „dass die wenigen algebraischen Formeln, die Marx selber produzierte, nicht ausreichen, um die quantitativen Strukturen zu erfassen, die in seinem ökonomischen Hauptwerk tatsächlich enthalten sind“ (S. 17f). Quantitative Zusammenhänge zu erkennen, führe zu „zusätzlichen‘ Einsichten“ und sei „eine Voraussetzung für erfolgreiches Handeln in einem marktwirtschaftlichen Umfeld“ (S. 17). Er widerspricht damit zugleich „der oberflächlichen Interpretation [...], die mathematische Modellierung des ‚Kapital‘ thematisiere die Werttheorie in einer Weise, die sie ihrer Gebundenheit an eine warenproduzierende Gesellschaft entledigt“ (ebd.).

Diese generelle methodische Einstellung des Autors ist nachvollziehbar. Sie entspricht nach meinem Eindruck in etwa der Konklusion von Joan Robinson am Ende ihres Essays über die Marx’sche Ökonomie:

„Marx, however imperfectly worked out the details, set himself the task of discovering the law of motion of capitalism, and if there is any hope of progress in economics at all, it must be in using academic methods to solve the problems posed by Marx.“⁹

Während aber Joan Robinson Marx’ Wertbetrachtung für das Hauptproblem und die wichtigste Quelle von „obscurity“¹⁰ hält und offensichtlich die Anwendung akademischer Methoden vor allem in der *Eliminierung* dieser Betrachtungsweise sieht, da jeder wichtige Gedanke ohne sie formuliert werden könnte,¹¹ besteht die akademische Methode von Georg Quaas gerade umgekehrt in ihrer mathematischen und begrifflichen *Präzisierung*. Allerdings kommt er dabei zu Ergebnissen, die nicht allzu weit von Joan Robinsons Einschätzungen entfernt sind. Das erfordert nun aber zunächst einmal klare definitorische Festlegungen, die Quaas tatsächlich vornimmt, die sich aber bei Marx so eindeutig nicht finden lassen, vielleicht weil letzterer die Mehrdeutigkeit seiner Termini und die damit einhergehende Interpretationsvielfalt nicht für eine methodische Schwäche, sondern für einen dialektischen Vorteil hielt. Demzufolge besteht Quaas darauf, dass nicht jede „Vergegenständlichung“ schon „entfremdete Vergegenständlichung“ ist und dass „Verdinglichung“ und „Vergegenständlichung“ nicht zusammenfallen, auch wenn „die Verdinglichung in einer Gesellschaft u.U. zur Versachlichung und Entfremdung gesellschaftlicher Verhältnisse führen kann“ (S. 40f). Dass gesellschaftliche Verhältnisse als oder durch Dinge erscheinen, ist trivial – wie sollten sie sonst erscheinen? –, entscheidend ist vielmehr, „dass die durch sie bedingten gesellschaftlichen Bestimmungen der Dinge als den Dingen innewohnende Eigen-

schaften oder (Wesens-)Kräfte gesetzt und auf diese Weise den Dingen übernatürliche Kräfte oder Eigenschaften zugeschrieben werden, aus denen dann – in völliger Verkehrung des wahren Zusammenhangs – das Verhältnis dieser Dinge untereinander, zu den Menschen und der Menschen untereinander entspringen soll“ (S. 41).

Die dem Buch zugrundeliegende Herangehensweise beruht – im Anschluss an Jindrich Zelený – auf der Hypothese, dass „die nächsthöheren Verallgemeinerungen, von denen die Marx’schen Formulierungen ein Spezialfall sind, [...] allgemeine lineare Modelle“¹² sind. Nach der Klärung der zentralen Begriffe „Gebrauchswert“, „Wert“ und „Tauschwert“ und der mit ihnen zusammenhängenden Termini in den Kapiteln 2 bis 4 geraten sodann der „Preis“ und seine unterschiedlichen Ausprägungen bei Marx in den Fokus der Präzisierung. Quaas argumentiert, Marxens Preistheorie sei „eine Theorie der auf dem Markt anerkannten oder geltenden Werte“ (S. 153), Preise seien Marktwerte der Güter. Er resümiert: „Betrachtet man die Preistheorie als einen festen Bestandteil der ökonomischen Theorie von Marx und als eine notwendige Ergänzung ihrer werttheoretischen Grundlage, so stellt sich diese dar als eine Theorie geltender Werte. Für die theoretische Interpretation des ‚Kapital‘ kann die Einbeziehung der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage in den Preis, der den Marktwert darstellt, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden“ (S. 155). Denn das bedeutet in seiner Perspektive nicht, dass den Preisen und damit der Analyse von Ausbeutung ihre werttheoretische Grundlage entzogen wird, sondern vielmehr dass „die Marx’sche Kapitalanalyse [...] auch dann noch Gültigkeit beanspruchen kann, wenn die Preise von den Werten abweichen [...]“. Dementsprechend spielt das Problem der Transformation von Werten in Preisen, das im Sammelband vor allem von Bertram Schefold diskutiert wird, bei Quaas so gut wie keine Rolle, und er entwickelt später im 8. Kapitel auch eine Modellierung des Reproduktionsprozesses, die ohne einen von den Preisen verschiedenen Wertevektor auskommt und die Analyse nur mit Größen durchführt, welche bereits in auf dem Markt geltenden Werten gemessen sind (vgl. S. 249).

Der vieldiskutierten Frage von Dienstleistungen als wertbildende Arbeit ist das ganze 7. Kapitel gewidmet, das eine klare Konklusion hat: „Wie immer sich Marx persönlich zur Frage der kategorialen Einordnung der Dienstleistungen positioniert hat – es liegt in der Konsequenz seiner Theorie, diese wegen ihrer Ähnlichkeit zur Lohnarbeit als einen Prozess zu betrachten, in dem sowohl Werte erzeugt als auch übertragen werden“ (S. 208). Bei der formalen Analyse von einfacher und erweiterter Produktion wird Marx – ich meine: richtigerweise – aufgrund der feststehenden Mengenverhältnisse eine linear-limitationale Produktionsfunktion unterstellt (vgl. S. 288). Ein realistisches Modell eines nicht nur marktwirtschaftlichen, sondern kapitalistisch organisierten Reproduktionsprozesses würde, das konzidiert Quaas (vgl. S. 295f), nicht nur eine Preistheorie, sondern auch eine Theorie von Unternehmerentscheidungen auf Basis der Profitabilität der von ihnen betriebenen Prozesse erfordern, in die man entsprechende Aussagen bzw. Hypothesen von Marx zu integrieren hätte. Das aber würde zweifellos eine weit über den Rahmen dieses Buches hinausgehende Fortentwicklung der Marx’schen Theorie bedeuten.

Das Buch schließt mit einer informellen (also: nicht formalisierten) Darstellung von systemtheoretischen Elementen im Marx'schen philosophischen Denken und einem intellektuell anregenden Anhang über „Wertausdrücke in der Ilias“, die ja eine vorkapitalistische Wirtschaft beschreibt. Da es Marx nicht nur darum ging, „ökonomische und ökonomisch relevante Merkmale von Dingen und Prozessen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erforschen, um sie dann adäquat darzustellen“ (S. 300), sondern auch darum, in der Darstellung seines Objekts – die realen Verhältnisse in der Marktwirtschaft – auch dessen Entstehung und die daraus folgenden Konsequenzen zu erfassen, griff er methodisch auf die Dialektik Hegels zurück, „der ein ähnliches Problem zu lösen hatte“ (ebd.), allerdings an einem anderen Objekt, nämlich der „Entwicklung des menschlichen Bewusstseins in der (geschriebenen) Geschichte der Menschheit“ (S. 301). Wenn also der Wert als bloße Austauschbarkeit verstanden und damit verkürzt wird, so wird die ökonomische Theorie von Marx „unbotmäßig“ (S. 305) reduziert. Der Wert muss, um den Warentausch zu ermöglichen, auch noch im Tauschwert oder im Preis erscheinen (vgl. S. 310). Damit kommt das – von Marx-Interpreten und -Anhängern oft übersehene – Verhältnis von Angebot und Nachfrage ins Spiel, das schließlich zu auf dem Markt geltenden Werten oder Marktwerten führt. Hier hat allerdings die ökonomische Standardtheorie vieles zu sagen, was sich aus Marx' Betrachtungsweise nicht ableiten lässt, aber Quaas zufolge dessen zentrale Einsichten auch nicht grundsätzlich in Frage stellt.

Alles in allem liefert Quaas eine anregende, logisch konsistente, formal ausgearbeitete und philosophisch begründete Rekonstruktion und Analyse von Marx' ökonomischer Theorie, die allerdings bestimmte definitorische Festlegungen erfordert, über deren Berechtigung man sich streiten kann (was ja auch orthodoxe Marxisten des Öfteren tun). Aber wenn wahrscheinlich auch nicht zu diesem Zweck gedacht, stellt diese Monografie doch eine (indirekte) Würdigung von Karl Marx zum 200. Geburtstag dar, deren Wert – wie auch immer definiert – keinesfalls geringer veranschlagt werden sollte als der Wert des Sammelbandes. Beide sind auf ihre Weise „auf der Suche nach dem Ökonomischen“. Die Darstellung von Quaas hat das Verdienst, die methodische Anschlussfähigkeit von Marxens „Kritik der Politischen Ökonomie“ an die Standards heutiger Wissenschaft ernst zu nehmen und so Ansatzpunkte für eine erneute Beschäftigung mit seinem Werk zu liefern.

Die Beiträge des Sammelbandes geben in oft unterschiedlicher Weise interessante Anregungen für die gegenwärtige Diskussion zu Suffizienz und Nachhaltigkeit. Es bleibt allerdings eine ungelöste Schlussfrage nach dem Grund dafür, dass es so wenig geschlossene Darstellungen von Marx' ökonomischer Theorie gegenüber einer immer noch beeindruckenden Vielzahl von Beiträgen zu einzelnen Aspekten seines Werkes gibt. Ein Grund dafür ist die große Zahl der von Marx behandelten Fragestellungen. Aber zwei weitere Gründe dürften ebenso wirksam und problematisch sein: Zum einen ist die Unabgeschlossenheit und der unterschiedliche „Reifegrad“ der von ihm hinterlassenen und später posthum edierten Überlegungen ein Grund für bis heute kontroverse Auseinandersetzungen, die eher irgendeiner Art von Marx-Orthodoxie als gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnis Vorschub leisten, und zum anderen die bewusste Unbestimmtheit,

Mehrdeutigkeit und Vagheit vieler Aussagen auch in den von Marx für publikationsreif gehaltenen Texten, z. B. dem I. Buch des „Kapital“, die gerne mit Begriffen wie „dialektischer Widerspruch“ überspielt und so zu Anlässen einer quasi-theologischen Marx-Exegese werden (können). „Dialektik“¹³ wird dann nicht, wie bei Hegel¹⁴ zu einer anspruchsvollen philosophischen Methode, sondern eher zu einem schönen Obergriff, hinter dem sich oft genug nicht zu Ende Gedachtes auf Dauer zu verstecken sucht.

Die Attraktion, aber auch Verführungskraft der oft zugleich polemischen und poetischen Sprache von Karl Marx tut ein Übriges zur Schwierigkeit einer adäquaten Rezeption, denn er selbst erliegt nicht selten den Fallstricken seiner eigenen schönen und wortmächtigen Formulierungen, die ihm doch nur vordergründig das weitere Nachdenken ersparen, jedoch den späteren Leser in die Irre führen können. Marx kommt zwar auf diesem Wege auch intuitiv zu wichtigen Einsichten über die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, aber er versäumt dann oft, ihre Tragfähigkeit im Einzelnen zu überprüfen. Die vermutete Kohärenz einer Annahme, etwa über den Kapitalismus, führt eben noch nicht zu ihrer empirischen Stimmigkeit.¹⁵

Auch die Mobilisierung gesellschaftsverändernder Energien durch das Engagement und den „guten Willen“ der Intellektuellen in für revolutionär gehaltenen Situationen ist kein Substitut für eine kritische Analyse der realen Lage, wie Eduard Bernstein, ein führender Revisionist der vorangegangenen Jahrhundertwende, schon früh warnend feststellte: Ohne „den guten Willen dieser Gesellschaftsschicht“ in Abrede stellen zu wollen, müsse er doch auf Folgendes hinweisen: „[...] was der böse Wille der Gegner nicht durchsetzt, das mag sehr leicht der gute Wille des aufschießenden Heeres der besten Freunde vollbringen. Der gute Wille ist selbst in normalen Zeiten ein schlechter Kunde.“¹⁶ Kohärente Bilder sozialer Prozesse sind keine verlässlichen Zeugen für ihre Angemessenheit, nicht zuletzt deswegen, weil mehrere kohärent erscheinende Bilder nebeneinander koexistieren können. Wenn Bernstein in seinen „Voraussetzungen des Sozialismus“ mit preußischen Gewerbestatistiken gegen marxistische Konzentrationsgesetze zu Felde zieht, dann mag es auf den ersten Blick so aussehen, als ob hier Don Quichote gegen Windmühlenflügel kämpft. Aber ist er nicht vielleicht Sancho Pansa, der die vermeintlichen „Riesen“ als das erkennt, was sie tatsächlich sind: bloße Windräder?

Der Marx ziemlich kritisch gegenüberstehende linksliberale Gesellschaftswissenschaftler Alfred Weber, jüngerer Bruder von Max Weber, hat in einigen seiner interessantesten Texte, vor allem im Essay „Der Beamte“¹⁷ und dem Aufsatz „Neuorientierung der Sozialpolitik?“¹⁸ – methodisch ähnlich wie Marx –, wesentliche intuitive Einsichten zu beiden Themen praktisch ohne Rückgriff auf die einschlägige Literatur aus seiner inneren Problemwahrnehmung heraus gewonnen. Sie haben jedoch nicht zu konkreten Handlungsempfehlungen geführt, obgleich besonders der erste Text im nachträglichen Rückblick auf die spätere Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft als geradezu prophetisch erscheinen mag. Durch „Apparate“ universal bedrohte Menschlichkeit bei Alfred Weber ist ein – keineswegs an den Haaren herbeigezogenes – Schreckensbild, das zu gründlicher Analyse und grundlegenden Reformen aufrufen kann, beides aber nicht ersetzt.

Es ist daher nicht zufällig, dass wir heute, mehr als hundert Jahre später, bei der Analyse bürokratischer Herrschaft eher auf Max Weber als auf seinen Bruder Alfred zurückgreifen.

Für den Rezensenten liegt Marx' bleibendes Verdienst vor allem in seinem Bestehen darauf, dass die Standardökonominnen sich zu Unrecht (und beinahe zwanghaft) ökonomische Verhältnisse fast nur als marktmäßige oder marktanaloge Beziehungen vorstellen und so viele soziale Beziehungen, etwa in Unternehmen, nur verkürzt und deformiert in ihren Kanon einbeziehen können.¹⁹ Quaas zeigt darüber hinaus, dass durch Präzisierung, Formalisierung und Differenzierung der Argumentationsebenen eine heutigen Ansprüchen genügende Modellierung möglich ist. Und die vielen Beiträge des Sammelbandes machen deutlich, dass Marx'sches Denken auch heute noch vielfältig anregend und hilfreich, wenn auch keineswegs ausreichend ist, wenn es darum geht, entscheidende Gegenwarts- und Zukunftsprobleme wie Suffizienz und Nachhaltigkeit sowohl theoretisch als auch praktisch zu bearbeiten.

Hans G. Nutzinger

Anmerkungen

- ¹ Quaas, Georg, Arbeitsquantentheorie. Grundlagen der Werttheorie (Frankfurt/M. u. a. 2001).
- ² Vgl. etwa Nutzinger, Hans, Marx und die Naturfrage – von außen betrachtet, in: Immler, Hans; Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hrsg.), Natur und die marxistische Werttheorie (Kassel 1988) 65-69.
- ³ Weber, Max, Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus, Schriften 1915-1920 (Tübingen 1991) 11.
- ⁴ Robinson, Joan, Marx and Keynes, in: dies., Collected Economic Papers, Vol. 1 (Oxford 1978) 140 (Übers. d. Verf.).
- ⁵ Binswanger, Hans Christoph, Geld und Magie. Eine ökonomische Deutung von Goethes „Faust“ (Hamburg 1985).
- ⁶ Oppenheimer, Franz, Die Siedlungsgenossenschaften (Leipzig 1896).
- ⁷ Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I (Tübingen 1920) 4.
- ⁸ Siehe etwa Albert, Hans, Kritischer Rationalismus. Vier Kapitel zur Kritik illusionären Denkens (Tübingen 2000), besonders Kap. 1.
- ⁹ Robinson, Joan, An Essay on Marxian Economics (London u. a. ²1966, Orig. 1942) 95.
- ¹⁰ Ebendort 20.
- ¹¹ Siehe ebenda.
- ¹² Zelený, Jindřich, Die Wissenschaftslogik und „Das Kapital“ (Berlin 1968) 145.
- ¹³ Siehe dazu den gleichnamigen Abschnitt 37 in: Føllesdal, Dagfinn; et al., Rationale Argumentation (Berlin – New York 1988) 197-205.
- ¹⁴ Siehe dazu auch Petersen, Thomas; Faber, Malte, Karl Marx und die Philosophie der Wirtschaft (Freiburg – München 2013), bes. Kap. 17.
- ¹⁵ Siehe Føllesdal (Anm. 13) 34f.
- ¹⁶ Bernstein, Eduard, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Berlin u. a. ²1921, Orig. 1899) 133.
- ¹⁷ Weber, Alfred, Der Beamte, in: ders., Alfred-Weber-Gesamtausgabe, Band 8 (Marburg 2000, Orig. 1910) 98-117.
- ¹⁸ Weber, Alfred, Neuorientierung der Sozialpolitik?, in: ders., Alfred-Weber-Gesamtausgabe, Band 5 (Marburg 2000, Orig. 1913), 475-485.

- ¹⁹ Siehe Nutzinger, Hans, The Firm as a Social Institution: The Failure of the Contractarian Viewpoint, in: Hodgson, Geoffrey M. (Hrsg.), The Economics of Institutions (Aldershot – Brookfield, VT, 1993, Orig. 1976) 369-388.

blog.arbeit-wirtschaft.at

Was in die Katastrophen führt und was hingegen heraus und was wir einander also schulden

Rezension von: Martin Schürz, Überreichtum, Campus, Frankfurt/Main 2019,
226 Seiten, broschiert, € 24,95; ISBN 978-3-593-51145-0.

1.

Aus dem Für und Wider nach Möglichkeit mich selber heraushalten wollend habe ich ein paar Leute gefragt, ob sie in Martin Schürz' Buch hineinlesen und es mir dann bitte anerklären möchten. Die meisten von ihnen haben das getan. Die einen kurz und bündig, die anderen gleichsam verweilend und die Seiten hin und her wägend. Einige auch haben eher ernstlich gemeint, es sei in meinem Falle am zielführendsten, beim Erklären von einem rechthaberischen Gemüt meinerseits auszugehen. Was mir jedenfalls an Lektüreerkenntnis sehr wohl hilfreich beigebracht wurde, gebe ich hiermit dankbar wieder und stelle es zur allgemeinen öffentlichen Diskussion. Und dazu meine eigene Rezensentenmeinung mitsamt Begründung. Vorweg: Schürz' Werk ist eine Pionierarbeit.¹ Und gewiss auch ist es eine Provokation, die ihresgleichen sucht. Was man ruhigen Temperamentes auch schlicht und einfach wissenschaftliche Heuristik nennen könnte. Ein heuristisches Manual. Eine Suchaktion. Eine einfallsreiche. Paradigmatische. Eine wirkliche nämlich. Weil eine, die wirklich Hand und Fuß hat. Also Daten, Ideen und Beispiele. Und um die Zukunft und deren Gegenwart und Vergangenheit bemüht ist: konzentriert und systematisch um das, was wie wann wo getan werden konnte und könnte. Gedacht, gefühlt und empfunden wurde sowieso. An Sinnvollem einer- und an massiver Destruktivität andererseits. Das Einzige, was ich an Schürz' lebhaftem und besonnenem Buch für falsch halte, ist Platon. Aber den könnte man ja weglassen, aber davon später. Mehr Erich Fromm statt Sigmund Freud wäre zwischendurch vielleicht auch kein Fehler. Auch davon später. Und da dann vielleicht auch ein bisserl mehr Bourdieu und (z. B. österreichische) Sozialstaatsrealität samt Sozial- und Alternativbewegungen statt der vielen zitierten und paraphasierten englischen und amerikanischen Romanschriftsteller. Letzteres meine ich, mit Verlaub, größtenteils im Scherz, teils freilich, weil das Anliegen dieser Rezension da hier die wirkliche Auseinandersetzung mit Schürz' zutiefst humanem und anregendem Buch ist. Zu diesem Zweck ist mir, muss ich gestehen, jedes – schickliche – Mittel recht. Selbiger Zweck sei im Übrigen hiermit beim Namen genannt: intellektuelle Redlichkeit. Schürz fordert diese beständig ein und von ihr ist sein kurzweiliges und uneitles Werk getreulich geleitet und getragen, realitätsgetreu und zugleich voll Hoffnung und Fantasie und widerständigem Mitgefühl. Diese Rezension da hier versucht nebstbei sozusagen der Ordnung halber Schürz' Werte, Sichtweisen und Erkenntnisse auf Schürz' eigenes Buch anzuwenden. Also methodologisch die sogenannte Selbstanwendung. Da Schürz' Methode in Überreichtum in hohem Maße auch die der Weltanschauungsanalyse und der wissenschaftlichen Ideologiekritik ist, besteht die Selbstanwendung schlichtweg

in der Frage, ob sein zweifelsfrei ideologiekritisches Werk selber ideologisch ist. Übrigens: nein! Der objektive Max Weber hätte den Martin Schürz wohl gemocht und vielleicht sogar mit ihm mehr Freude gehabt als mit Otto Neurath, dem, wie Sie wissen, Weber-Schüler aus dem Wiener Kreis, dem Roten Wien und der Münchner Räterepublik. Dem musste Weber ja angesichts von Behörde und Gericht die Existenz retten. Von Neurath heißt es bekanntlich auch, wäre er – die realhistorischen Chancen sollen bestanden haben – nach Krieg und Exil in Österreich Minister geworden und nicht vertrieben verstorben, hätte das gesamte österreichische Bildungs-, Ausbildungs-, Lern-, Lehr- und Forschungssystem eine völlig andere Entwicklung genommen.² Eine bessere nämlich, und zwar, wie man so sagt, nachhaltig, also bis heute. Um Martin Schürz hätte sich Weber jedenfalls nicht so viele Sorgen machen müssen wie um Neurath. Denn Schürz tut sich heutzutage mit dem beruflichen und politischen Überleben hoffentlich doch, ist ihm zu wünschen, leichter als Neurath dazumal. Der gelernte Nationalökonom Neurath wiederum hätte ganz gewiss viel Freude mit dem, was im Buch des alles andere als anmaßenden Martin Schürz übers gegenwärtige Bildungssystem festgehalten ist. Nämlich dass es von dem ablenkt, worum es wirklich geht.

Den letzten, nicht vertreibbaren Mieter in einem verfallenden Haus zum Beispiel habe ich nach Überreichtum gefragt. Ein paar Lehrerinnen und Lehrer verschiedener Fächer und Schultypen. Einen Burschenschafter. Einen Betreuer aus der Sozialwirtschaft, der seine beiden Elternteile zu pflegen hat. Überhaupt ein paar aus der Sozialwirtschaft habe ich zu Rate gezogen. Auch einen ihnen gewogenen Beamten. Einen Künstler mit dem üblichen Jahreseinkommen von Euro 5000. Einen Schriftsteller, eine Hundetrainerin. Einen Sozialarbeiter, der Angst hat, in Pension zu gehen. Ein paar Weltreisende. Ein paar Ärztinnen und Ärzte knapp vor der Pension oder in diese gerade eben verabschiedet. Ein paar, die gern dolmetschen, weil sie anderen Menschen gerne Gutes tun. Einen Berufsphilosophen. Und eine um ihr Leben kämpfende junge Frau, die sich weder helfen lassen kann noch helfen lassen will. Von diesen allen, wie gesagt, habe ich versucht solide und ausreichende Auskunft über Überreichtum zu bekommen. Bekam ich meines Erachtens. Und zwar wie folgt:³

Die junge Frau, die eine Abneigung gegen Hilfe hat, hat sich nur für die letzten paar Seiten interessiert. Für den Neid und den permanenten Konkurrenzkampf. Sie ist in einer Hochleistungsfamilie aufgewachsen und hat, Liebe hin, Liebe her, nie erreicht, was die Eltern oder die Geschwister erreicht haben, und sich oft gewünscht, dass die doch endlich einmal irgendetwas nicht können. Und dann ist sie eben auf und davon, ganz woanders hin, außer Landes, und hat Dort ist meine Heimat, dort ist mein Leben gesagt. Und dort war sie aber völlig allein und wie im Nichts und die Familie hatte Angst um ihr Leben. Sie sagt, was in Schürz' Buch über Pippi Langstrumpf und die Minderwertigkeitsgefühle von Menschen steht, sei absolut richtig. Aber es mache niemand so. Denn man bekomme nichts geschenkt im Leben. Jeder sei allein, jeder müsse es allein schaffen. Und sie selber eben auch. Werde sie.

Der Religionslehrer außer Dienst, der sich einen anderen Beruf gesucht hat und jetzt ein kleiner Selbstständiger ist, Unternehmer, sagt, was im Schürz-Buch über die Kirche stehe, entspreche seinen lebenslangen Erfahrungen. Aber er wisse

nicht, wie es anders funktionieren könnte. Ohne die reichen Wohltäter gehe überhaupt nichts. Und ohne Kirche wäre der Sozialstaat aufgeschmissen. Da könne man noch so sehr in der Geschichte kramen oder gar auf den neuen, inzwischen auch schon wieder alten, Papst hoffen.

Der jahrelang malträtierte Mieter, der gegen seinen potent und professionell spekulierenden Immobilienherrn, wider Erwarten und obwohl von vielen (z. B. auch von einer roten Einrichtung) im Stich gelassen, gewonnen hat, würde sich von Schürz' Buch wünschen, dass es ein Namens- und Sachregister habe und ein Glossar, in dem kurz die zitierten Personen werkbiografisch beschrieben werden, ein kleines „*Who Is Who*“ und „*What Is What*“ also. Er sagt, er würde das Buch gern an ein paar ihm lieben Menschen und auch an die Einrichtung verschenken, die ihm geholfen hat, und eben auch an welche, die in ähnlichen Situationen wie er sind. Und aber auch an ein paar, die nicht kapieren, was los ist. Oder meinen, es habe ja alles keinen Sinn und man könne nichts machen. Er hätte es jedenfalls nicht für möglich gehalten vor seinem Konflikt mit dem Geschäftsmann, was alles möglich ist in Österreich. Auf Schürz' Buch habe er irgendwie sein Leben lang gewartet, ohne es zu wissen. Da stehe alles drinnen, was man wissen müsse und brauche. Auf 200 Seiten! Bis auf die kurzen Namens- und Büchertitelerklärungen. Die wären wichtig. Dann wäre das wirklich ein Buch für alle und volksbildnerisch durch und durch.

Der Sprachlehrerin, Latein, Griechisch und noch was, hat just Platon im Buch gefallen und überhaupt alle Antikebezüge, z. B. Aristoteles, Seneca. Den jungen Leuten könnte man auf diese Weise sehr leicht vor Augen führen, wie gegenwärtig alles Antike ist. Wie hochaktuell gesellschaftlich, politisch und psychologisch! Kein Unterschied zwischen damals und heute in dem, was für Menschen wirklich wichtig ist. Sie mag, sagt sie, keine Schlagworte, Leerformeln, Worthülsen, sagt, in Schürz' Buch kommen solche erfreulicherweise nicht vor. Und dass sie allerdings aber prinzipielle Kritik an den Eliten, wie sie Schürz ja doch äußere, für prinzipiell chancenlos halte und sie ja selber Elitenfächer unterrichte. Wertgegenstände! Sie bilde die Schüler und Schülerinnen nicht gegen die Gesellschaft aus, sondern bringe ihnen – das gelinge ohnehin nur bei wenigen – den Sinn für das Sinnvolle bei und im Leben zu bestehen, durchzuhalten und durch- und weiterzukommen und das Beste aus allem zu machen, was ihnen im Leben widerfährt. Man komme der Gesellschaft nun einmal nicht aus, wie solle das denn gehen. Was ihr auch gefalle am Buch, sei, dass darin keinerlei Lehrerhetze vorkomme. Und schon gar nicht, was die Linken früher immer gesagt haben, nämlich dass die Antike nichts gewesen sei als eine Ausbeuter- und Sklavenhaltergesellschaft. Selbstverständlich sei die Antike das auch gewesen. Und selbstverständlich auch gebe es heutzutage Luxus und Saturiertheit noch und noch. Ein Zuviel eben überall. Überreichtum sozusagen. Den bekomme sie sehr wohl in der Schule, im Beruf und im Alltag mit. Genauso wie die Not und die Nöte. Aber Schürz meine, scheine ihr, mit Überreichtum ja doch etwas ganz anderes. Die Leute eben, die die Demokratie gefährden. Nämlich die korrumpierenden Konzernherren und Milliardäre; um die gehe es bei Schürz. Aber die gehen bei ihr nicht in die Schule, obwohl ... usw. Aber das seien nur die Kleinen gewesen im Vergleich.

Der professionelle Behindertenbetreuer, der jetzt zunehmend seine Eltern zu

pflegen hat bzw. deren Pflege zu organisieren, sagt, in Schürz' „Überreichtum“ gehe es gerade um das, woran es so gewaltig fehle, nämlich ums Geld, damit genug Leute angestellt werden können. Aus der Vermögenssteuer und überhaupt der Besteuerung der wirklich Überreichen sollen doch um Gottes Willen die Pflege und die Palliativmedizin bezahlt werden. Die Lebens- und Überlebensgrundlagen. Die Umstellung der Gesamtwirtschaft auf sozial und grün. Die Verhinderung des Schlimmsten. Der Notstand sei ja schon längst da. Immer schon in Wahrheit. Aber die jeweiligen Geld- und Machthaber haben immer gelogen. Und die KlientInnen und PatientInnen und die BetreuerInnen und PflegerInnen haben das Unzumutbare ertragen und aushalten müssen oder eben mit allen Konsequenzen nicht können. Und das durchziehe die Gesellschaft. Sozialstaat hin oder her. Und deshalb sei Schürz' Buch dermaßen wichtig. Damit die Verursacher benannt und per Gesetz und Steuern möglichst unschädlich gemacht werden können. Die Leute aus der Sozialwirtschaft, die ich gefragt habe, haben allesamt dasselbe gesagt, nämlich dass die Regulierung und die Besteuerung des Überreichtums den Notsituationen Abhilfe schaffen sollen. Was denn sonst!

Der 5000-Euro-Jahresgehalt-Künstler sagt, wie Schürz die Überreichen beschreibe und die von den Eliten verordnete Minderwertigkeit der Übrigen, das sei wie beim Befreiungspädagogen Paulo Freire. Schürz sei irgendwie ein Befreiungspädagoge, Freies Pädagogik der Unterdrückten irgendwie wie Martin Schürz' „Überreichtum“. Schürz sei ja ein unglaublicher Glücksfall, weil Ökonom und zugleich Psychotherapeut für Kinder und Jugendliche. Der kenne sich daher mit den Überreichen genauso aus wie mit denen unten und überhaupt mit Menschen in Not. Das sei das Interessante und Seltene, dass da jemand zu helfen versucht und zu helfen versteht und weiß, was wirklich los ist. Bei den Lehrkräften, die ich gefragt habe, war das übrigens auch so. Dass da einer Ökonom und Therapeut und irgendwie Sozialarbeiter in einem ist, sei das gewiss Beeindruckende, haben die einhellig gesagt: Schürz' Buch als illusionsloser Realismus, weil Ökonomie als Realität schlechthin und die menschliche Not als Realität schlechthin. Die meisten hat also Schürz' Doppelvermögen beeindruckt – und etliche haben sich eben auch im Internet Videos von Veranstaltungen angeschaut, bei denen Schürz referiert und diskutiert hat. Da könne man viel lernen. Vor allem, was man vielleicht tun könnte in der Realität. Obwohl Schürz selber in seinem Buch sage, er könne keine Alternativen benennen.

Eine Lehrerin und ein Lehrer, beide für Englisch und mit Erasmus-Projekten betraut, waren von den englischen, amerikanischen und französischen Literatureinschüben von Schürz sehr angetan, gerade für den Unterricht. Für die SchülerInnen-„Reisen“ sind die beiden naturgemäß auch zuständig, reisen selber viel. Sie sagen, durch Corona werde alles völlig anders und völlig neu werden, egal ob man es in den Griff bekomme oder nicht. Nichts werde mehr wie vorher sein, weder in der Wirtschaft noch in der Gesellschaft. Es werde nicht mehr dieselbe Welt sein können. Grundlegendes werde völlig neu geordnet werden oder total zerfallen. Die Menschen werden mitfühlender und vernünftiger sein, solidarischer – oder verrückter, brutaler und völlig maschinell. Gegen Letzteres brauche es Menschen wie Schürz. Sein Buch tue einfach wohl. Gerade jetzt. Vielleicht sei ja auch gerade jetzt die richtige Zeit für so ein Buch.

Der Berufsphilosoph, bei dem ich auch nachgefragt habe, sagt, er selber habe als Lebensmaxime den Spruch: Na gut, dann net, man dreht sich um und geht. So komme er möglichst unbeschadet über die Runden. Er habe Schürz' Buch nur schnell quergelesen, glaube aber nicht, dass der das auch so mache in Beruf und Leben wie er. Hoffe für Schürz, dass immer alles halbwegs gut ausgehe. Im Buch sind dem Berufsphilosophen die Passagen zu Judith Nisse Shklar aufgefallen. Die seien interessant. Viel mehr hat der Berufsphilosoph nicht gesagt. Ja, doch! Dass eben das Interessante an Schürz sei, dass da eben einer Ökonom und Therapeut zugleich ist und selber immer genau wisse, wohin er gehöre. Gesellschaftlich. Und dass Kant, den Schürz ja öfter zitiere, statt von Aufklärung auch von Beleuchtung gesprochen habe, sagte er auch. Beleuchtung der Geschäfte habe Kant gesagt in der Schrift Zum Ewigen Frieden. So etwas habe Schürz offensichtlich im Sinne. Die Beleuchtung der Geschäfte und ihrer Macher. Schürz praktiziere die realistischen schottischen Aufklärer, den Adam Smith zuvorderst und, was erlebtes Unrecht und erlebtes Recht betrifft, die Shklar und den John Rawls, welchen Schürz als den Denker des Sozialstaates benenne. Das angenehm kleine und schmale Buch von Schürz sei alles in allem wie ein gut handhabbarer Werkzeugkasten oder wie eine wohlsortierte Instrumententasche. Zumal der Autor selber gleichsam ganz genau Inventur führe und der habe gleichsam auch eine genaue Bestandsaufnahme verfasst und überprüfe selber immer wieder die jeweilige Tauglichkeit und Brauchbarkeit der Werkzeuge und nehme auch selber ständig Verbesserungen daran vor. Gerade auch im Buch selber. Präzisierungen. Und der Autor zeige dem Publikum eben all diese seine Instrumente und was es alles gäbe. Wenn das Publikum nur wollte. (Dass damit operiert wird und kuriert.)

Zwei Dolmetscherinnen, mit denen ich kurz über das Buch geredet habe, haben Schürz schlichtweg zum Dolmetscher erklärt: zwischen den Schichten, Klassen oder wie auch immer das heißen mag, Lebenswelten. Aufgezwungenen. Ersehten. Wie auch immer. Zwischen den einzelnen Menschen sowieso. Da, sollte man meinen, sei es am einfachsten. Sei es aber nicht, sagen die Dolmetscherinnen, weil jeder einzelne Mensch eben immer alles und alle mit sich habe und in sich trage. Z. B. die Geschichte seiner Familie.

Ein Berufsschriftsteller sagte, gegen die Wirtschaft traue sich niemand etwas zu unternehmen, weil niemand wirklich verstehe, wie sie wirklich funktioniere, und alle haben Angst, es werde noch schlechter, wenn man etwas ändere. Die Leute glauben eben nicht, dass man es wirklich besser machen könne. Schürz' Adam Smith habe das völlig klar beschrieben. Der Berufsschriftsteller meint auch, dass in Schürz' Buch die Alltagsmechanismen sehr gut beschrieben sind und die Angst um die Familie, um die Existenz, um die Zukunft und vor den Verlusten und vor dem Tod und wieso die Leute vieles nicht wollen, z. B. bestimmte Steuern nicht zahlen wollen. Und zwar auch, meint der Berufsschriftsteller, weil sie den Sozialstaat für sich selber und ihre Familie nicht verstehen oder nicht als genug hilfreich erfahren haben. Und obwohl er Ernst Bloch in Schürz' Buch nirgendwo namentlich gefunden habe, komme ihm Schürz' Bemühen in hohem Maße Bloch-affin vor. Und normalerweise gehe es dem Schriftsteller immer sehr auf die Nerven, wenn von Narrativ die Rede ist. Oder gar von neuem Narrativ. Bei Schürz störe

ihn das erstaunlicherweise nicht. Da sei Narrativ keine Platitude und kein hilfloses Gerede.

Ein Lehrer, der mit seinen Oberstufenklassen regelmäßig zu Jugendprozessen geht zum Zuhören und Zuschauen, er sieht darin Präventivarbeit, sagt, die, die dort vor Gericht stehen, haben aber nichts davon. Meint, dass die straffälligen Jugendlichen in Situationen gekommen sind, in die seine Schüler auch geraten könnten. Er hält das für einen allgemeinen Zustand der Gesellschaft und man könne dagegen nicht viel tun. Irgendwen müsse es eben treffen. Von Schürz ist er insofern angetan, weil es den Jugendtherapeuten Schürz gibt. Der Lehrer würde sich aber mehr Gesellschaftstherapeutisches in Schürz' Buch wünschen. Aber das sei ja vielleicht ohnehin eine Illusion. Die Psychologie im Buch gefalle ihm ja gut: Adler, Freud, Machiavelli, Adam Smith, Mandeville, Hobbes. Allesamt keine Illusionisten! Und vielleicht auch stehe die Gesellschaftstherapie ja ohnedies drinnen. Hundertprozentig realistisch nennt er Schürz' Unterfangen jedenfalls. Und vielleicht sei ja wirklich der Reichtum der einen schuld an der vielgestaltigen Armut, Not, Minderwertigkeit und Kriminalität der anderen. Er wisse jetzt aber nicht, ob das wirklich so bei Schürz stehe, dass die Reichen schuld sind an den Armen, oder er sich das jetzt so zusammenreime. Was ihm besonders gefällt, ist, dass Schürz in seinem Buch in seiner Philanthropiekritik die vielen großen Wohltäternamen zusammenassoziiert, vom Carnegie von der Carnegiehall (dem, wie er sich selber nannte, ehrlichen Treuhänder für die Armen) bis zum Drogen-, Killer- und Mafiaboss Pablo Escobar.

Eine junge Hundetrainerin, akademische Abschlüsse, sagt, Thema und Titel Überreichtum seien ihr *prima vista* uninteressant erschienen. All die Diskussionen darüber, wer wie viel verdient und dass der oder die viel zu viel verdiene und die andere viel zu wenig, interessieren ihres Wahrnehmens immer weniger Leute. Dann habe sie aber verstanden, dass es ja einerseits um die Vermögen gehe, nicht um die Einkommen, und zwar um Vermögen, die sich kein Mensch selber erarbeiten könne, und dass es andererseits einfach darum gehe, wie viel Menschen wert sind. Also um das Unrecht und Leid, das Menschen angetan wird. Und um Menschen, denen keine Lebenschancen gewährt werden. Sie hat mich dann, und zwar im Zusammenhang mit der von Adam Smith erarbeiteten Psychologie, auf die Schürz in „Überreichtum“ immer wieder zurückgreift, auch auf ein Buch verwiesen, von dem sie sowohl den Titel als auch den Autor vergessen habe und in welchem aber aufgelistet sei, wie man berechnen könne, was ein Mensch wert ist, z. B. über seine Organe oder seine Lebensversicherung oder über seine Haustiere oder er als Gefangener im Gefängnis oder er in Freiheit oder als Arbeiter in Indien oder in Mitteleuropa oder als Chef.⁴ Sie kommt durch ihre berufliche Arbeit täglich mit völlig unterschiedlichen Menschen in Kontakt, aus ganz verschiedenen Schichten, Milieus, Berufen, Klassen, mit finanziell, materiell und beruflich gut Situierten genauso wie mit Kranken, Alten, Behinderten, Armen und Verarmten und auch mit diversen Hilfseinrichtungen und Institutionen. Die Menschen, meint sie, sind sehr gern sehr fürsorglich und wohl tätig, kümmern sich gern um andere Lebewesen, auch gemeinsam und auch selbstlos und auch aufopfernd. Andererseits sieht sie immer sehr schnell bei den Hunden wie bei den Menschen, wer und was nicht zusammenwill und warum nicht. Die gegenseitigen Behinderungen. Sie

vermutet, dass Schürz' Buch genau davon handle. Und sie interessiert, wie er das psychologisch bei Menschen mache, was sie bei Hunden tut. Sie geniert sich überhaupt nicht für den Vergleich. Menschen seien Lebewesen wie die anderen auch. Eben eine bestimmte Art. Sie will zum Beispiel wissen, wie Schürz Menschen voreinander in Schutz nimmt. Oder dass sie einander einfach nicht mehr auf die Nerven gehen und stressen. Die meisten Probleme bei den Hunden seien Ressourcenprobleme, sagt sie. Und ihr komme vor, Schürz sehe das bei den Menschen genauso.

Der alte Lehrer, vier Fächer, der sagt, die Probleme der Kinder werden von Klasse zu Klasse auf- und weitergeschoben und dass in der Schule und überhaupt der viele Schein den vielen Stress mache. Der viele Schein macht den vielen Stress, ist sein Lieblingsspruch. Und Schulen seien, sagt er, ob es zugegeben werde oder nicht, Orte der gegenseitigen Menschenrechtsverletzungen. Das sei nun einmal so. Der Lehrer kommt aus kleinsten Verhältnissen, von seinen Eltern hat er ein kleines Haus mit kleinem Garten geerbt, an dem diese jahrzehntelang gebaut hatten. Und er repariert am Haus seit Jahrzehnten. Er sagt, an Schürz' Buch sei ganz wichtig, wen Schürz alles ausnehme. Ihn zum Beispiel. Dadurch könne es zu keinen Missverständnissen kommen bei den kleineren Leuten wie ihm eben. Und was den Lehrern gefallen werde, so sie im Überreichtum überhaupt lesen, sagt er, sei, dass sie einfach nicht zu den Überreichen gezählt werden. Wie überhaupt die arbeitende Bevölkerung nicht. Er selber empfindet aber auch die Einkommensunterschiede für gewaltig. Durchaus auch innerhalb der Lehrerschaft. Schürz rede zu wenig über die Einkommensunterschiede, kommt ihm vor. Was ihn ärgert in der Schule, sind jedenfalls die gegenseitigen Entwertungen. Die drücken sich sehr wohl auch in der finanziellen Entlohnung aus. Was ihm gefällt an Schürz' Buch, ist, dass er genau diese Entwertungen allerorten beim Namen nenne.

Ein schlagender Burschenschafter, von dem seine Frau sagt, er sei gar kein Burschenschafter, sondern ein Romantiker, schimpft auf die Identitären. Er ist Historiker und sagt, man brauche sich doch wie prinzipiell alles heutzutage auch das Identitärelogo, die Sparta-Axt, nur im historischen Kontext anzuschauen. Denn die spartanischen Jugendlichen haben Armen, Schwachen, Arbeitern und Ausländern aufgelauert und sie blutig und halb bis ganz totgeschlagen. Das sei eine Pflichtübung gewesen in Sparta für die Jugend. Verpflichtende. Eine ganz selbstverständliche Bewährungsprobe. Auch habe man sich bei Fehlverhalten öffentlich und vor allen nackt von einer Frau auspeitschen lassen müssen. Regelmäßig. Für die Identitären, nicht nur für die spanischen, sei der Faschistengeneral und Franco-Intimus Astray das große Vorbild. Von Astray stamme der Faschistenruf: *Viva la muerte!* Auf den Fotos schaut der General immer aus wie ein grotesker Giftzwerg. Voller Verletzungen und Verstümmelungen und berstender Wut. Über diese identitären Dinge solle man einmal öffentlich reden. So einfach wäre das. Man bräuchte die Identitären nur der Lächerlichkeit preiszugeben statt sich patschert zu fürchten. Welcher Burschenschaft er angehört, weiß ich nicht. Er zählte mir berühmte Burschenschafter auf, Marx, Herzl, Max Weber. Letzterer ist, sagte er mir, weiß ich aber selber auch, nach dem Ersten Weltkrieg unter lautem Protest und Skandal aus dem Burschenschaftersystem ausgestiegen, weil er den

Burschenschaften insgesamt vorwarf, sie helfen den Menschen jetzt nicht, obwohl sie dazu materiell, finanziell und organisatorisch ohne Weiteres imstande wären.⁵ Und zwar mehr als jetzt sonst jemand im Staat. Heutzutage gebe es, sagte der Burschenschafter auch zu mir, Burschenschaftsnamen wie Trotzki oder Che oder Lenin. Das sei natürlich auch lächerlich. Wie das Gehabe der Identitäten. Woran es allerdings der Linken fehle, seien Leute, die sich selber nicht schonen und sich nicht dermaßen schnell für alles zu schade sind. Bei denen gebe es keine Kämpfer. Schürz' Buch halte er für kämpferisch, aber er werde es ganz gewiss nicht lesen. Wozu denn! Aus einem Interview und einem Video wisse er genug darüber und auch, woher Schürz komme und wohin der gehöre und was der vorhabe. Der Burschenschafter lasse sich nichts vormachen, Schürz wolle sehr wohl Enteignungen und Klassenkampf und sei von Neid getrieben. Entgegen dem, was Schürz öffentlich über Enteignung, Klassenkampf und Neiddebatten sage.⁶ Schürz habe, gebe der ja auch selber zu, als Kind die Arbeiterzeitung an rote Spanienkämpfer ausgetragen; sein Vater sei ein roter Baraber gewesen und ein roter Nationalökonom⁷ mit irgendwelchen Komplexen ein guter Freund des Vaters von Schürz und Schürz selber habe sein Überreichtum-Buch in Mexiko geschrieben. Warum wohl.

Ein seit Jahrzehnten weltreisendes Ehepaar, das oft lange in der 2., 3. und 4. Welt lebt, und zwar gut, weil die Lebenshaltungskosten dort so gering sind im Vergleich zum vorhandenen Vermögen der beiden Weltreisenden, sagt, dass das Vermögen natürlich geerbt sei, aber daran sei nichts falsch oder schlecht. Sie lachen, Schürz werde schon recht haben und vielleicht werden sie sein Buch lesen, aber im Moment nicht. Vielleicht wenn das Erbe aufgebraucht ist. Zu ihren Lebzeiten werde das aber nicht der Fall sein, weil sie sehr sparsam leben. Und gewiss keine schlechten Menschen seien deshalb. Außerdem: Sie könnten ja für einen guten humanen Zweck vererben. Oder?

Der Sozialbeamte, der sich seinen politischen Vorgesetzten so oft widersetzt. Richtig stellt, wenn diese die Öffentlichkeit falsch informieren. Den politischen Vorgesetzten sagt, sie seien falsch informiert. Dafür gemäßregelt wird. Der Sozialbeamte sagt, in Schürz' Buch würde alles stehen, was die SozialwirtschaftlerInnen brauchen. Über die Wohltäter z. B. und über das *Trickle down* und auch den Sozialstaat. Die SozialwirtschaftlerInnen bräuchten nur zu kapieren, dass sie, wenn's darauf ankäme, so funktionieren wie alle und die oben. Und das dann aber nicht mehr wollen.

Ein Sozialarbeiter, der nicht in Pension gehen will, weil er nicht weiß, was dann aus seinen Klienten wird. Auch wenn er ehrenamtlich weiterarbeiten könnte. Er sagt seit Jahrzehnten, es müsse sowohl den Sozialstaat geben als auch endlich ein bedingungsloses Grundeinkommen. Letzteres fehlt ihm im Schürz-Buch. Aber finanzieren könnte man es, meint er, gewiss aus dem Überreichtum, den Schürz so unbeirrbar analysiere.

Und eine Ärztin, die möglichst bald in Pension gehen möchte, aber jetzt krank geworden ist und gemerkt hat, wie sehr ihr ihr Beruf und die Menschen fehlen würden, sagt, ihr komme vor, in Schürz' Buch kommen die Frauen nicht vor. Nur in einem berühmten Roman eine, deren Stimme, stehe dort, nach Geld klinge. Und einmal eine, so die Ärztin, offensichtlich nicht ganz dichte neoliberale Dichterin

namens Ayn Rand, auf die Trump fliege wie vormals ein österreichischer sich für einen Übermenschen haltender Gründungsvater des Neoliberalismus; aber die wirklichen Frauenprobleme eben kommen nicht wirklich vor, meint die Ärztin und fragt sich, ob Schürz einfach nicht zwischen Männern und Frauen unterscheiden wolle und warum. Vielleicht sehe er in der Unterscheidung zwischen Männern und Frauen eine Ablenkung vom wirklichen Problem. Der Begriff Ablenkung gefällt ihr gut bei Schürz. Darauf sollte man mehr achten, meint sie, wie oft und wie sehr und wodurch man vom wirklichen Problem abgelenkt werde. Oder vom wirklich Wichtigen. Wie schnell und automatisch das gehe in Alltag, Familie und Beruf, dass man abgelenkt werde von dem, was wirklich los ist oder wirklich zu tun wäre. Und ein Arzt, der gerade in Pension gegangen ist sozusagen aus Selbstschutz und damit seine Familie endlich noch etwas von ihm hat und er doch noch eine Familie hat und der in gewissem Sinn in seiner Ordination auch Musiktherapeut war und damit Menschen in ihren Leiden trösten und mittels Musik auch zwischenmenschliche Konflikte auflösen wollte und selber aber alles andere als konfliktscheu war, sagt, dass ihm die eine Stelle im Buch gut gefallen habe, in der Musik vorkommt. Besser gesagt der Stoff zur Musik. Zu Mozarts Figaro der revolutionäre Stoff nämlich. Das sei interessant. Auf die Stelle sei er zufällig beim Durchblättern gestoßen. Den Rest habe er nicht gelesen. Sei jetzt bislang nicht dazu gekommen in der Pension. Und ein beliebter Arzt in einem Problemgebiet, der in Pension gehen will, unter anderem weil jetzt in seiner Familie viele krank und zu pflegen sind und er die Zeit für die Angehörigen braucht und aber keinen Nachfolger für seine PatientInnen und seine Ordination findet, sagt, was Schürz z. B. über den erschreckend realitätsfremden Kanzler Kurz schreibe, sei ein Hit. Das ganze Buch sei allein schon sprachlich ein Hit. Klar, deutlich, einfach und oft auch sehr witzig. Was er über die amerikanische Demokratie und deren Präsidenten schreibe, sei auch sehr interessant. Z. B. über Roosevelt und dessen linkslinken Wahlkampfprivalen Huey Long. Interessant sei im Buch auch die Skizzierung des *New Deal* und dessen Werbepsychologie, ebenso aber auch die Darstellung der Französischen Revolution oder auch die Macrons und der Gelbwesten. Oder wenn Schürz in Diskussionen sage, was 2019, 2020 als radikal, absurd und irrational bekämpft und beschimpft werde z. B. an Forderungen zur politischen Regulation oder zur sozialen Gerechtigkeit, sei vor 20, ja vor 10 Jahren noch selbstverständliche Realität gewesen und habe damals ganz im Gegenteil als keineswegs radikal oder irrational gegolten, sondern als gute Normalität. Irgendetwas sei da in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit völlig verloren gegangen und die Maßstäbe kaputt. Dagegen sei, so besagter Arzt, Schürz' Buch gerade jetzt gut und auch daher so außerordentlich wichtig. Gegen die viele Angst jetzt und die gegenwärtige Zerstörung der Vernunft und der Sicherheit und auch der spontanen Lebensfreude. Der Arzt fragt sich auch, ob Jörg Haider bei Carnegie gelernt habe. Denn der reiche Haider habe sich immer als Wohltäter geriert und dabei öffentliche Gelder verwendet und auch verschenkt. Und zugleich immer von sich als redlichem Makler geredet. Was die Welt, auch die österreichische, im Moment erleide, hält der Arzt für die zerstörerischen Folgen des Überreichtums. Da die reichen und herrschenden Eliten mit der übrigen Bevölkerung in keiner gemeinsamen Welt lebten und andere Ziele hätten als die übrige Bevölkerung und von den Folgen der eigenen Handlungen

nicht betroffen seien, sondern sozusagen das Geld und das Leben der übrigen Bevölkerung aufs Spiel setzen könnten, sei ihre Risikobereitschaft höher. Von den Freud- und Adler-Zitaten bei Schürz ist er beeindruckt, weil diese die Infantilität des Geschehens offenlegen. Dass Schürz von der Nachkriegszeit bis zu den 1990er-Jahren als historische Ausnahme, in der vieles glücken konnte, spricht, ist die Hoffnung des Arztes für die Zukunft. Was ab den 90ern falsch gelaufen sei, gehe jetzt zwar kaputt, aber vielleicht seien ja die Menschen in der Lage, das, was damals richtig war, von neuem zu realisieren. Heraus aus dem gegenwärtigen Fiasco. Da herauszukommen, seien wir einander schuldig.

2.

a) Kein Geringerer als Hans Kelsen war vehementer Platon-Gegner, Karl Popper bekanntlich auch; genauso Otto Neurath. Dass Martin Schürz sich ausgerechnet Platons „Politeia“, für Ideologie- und Totalitarismuskritiker der Inbegriff des Faschismus, sowohl des ständestaatlichen als auch des nationalsozialistischen, zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen und Analysen wählt und einen Begriff Platons zum Buchtitel macht, irritiert. Natürlich denken andererseits viele Menschen, wenn sie Platon hören, an Schönes, Sensibles und Erhabenes, z. B. an Liebe und Gespräche und Unschuld; z. B. wie im Fall des Sokrates. Liest man allerdings nach, z. B. im Dialog über das Fromme, i.e. im „Euthyphron“, so geht es da in Wirklichkeit um Brutales; in der Rahmenerzählung nämlich darum, dass ein Sohn seinen Vater anzeigen will, weil der seinen Sklaven totgeschlagen hat. Just Sokrates hält ihn auf dem Weg auf und scheint dem Sohn das ausreden zu wollen, jedenfalls will er ihn offensichtlich durcheinanderbringen. Und in Platons berühmtem Symposion steht, dass der Eros das Kind einer Vergewaltigung ist oder zumindest eines Samenraubes. Eine (dumme) Frau vergewaltigt, oder was auch immer sie da macht, einen (gescheiterten) Mann und herauskommt Eros. Und in der „Politeia“ ist sozusagen vom Proletariat als „Gfrast“ die Rede, vom Gezücht, von der Brut, von denen, die durchgefüttert werden müssen. *Thremma* heißt das auf Griechisch und ist gewiss ein ebenso einprägsamer Begriff wie Überreichtum oder Überreiche (*hyperploutoi*, *hyperplousioi*). Außerdem war Hayek sehr angehan von Platons Idee, dass die Menschen erst ab dem 40. oder noch besser 50. Lebensjahr wählen dürfen sollen. Und der nicht bloß in England und in den USA in Schulwesen und Jugenderziehung überaus einflussreiche, ja schicksalhafte Intelligenzpsychologe Eysenck schätzte Platons Vorstellung, dass Kinder eben von Geburt an jeweils so oder so sind: viel wert oder gar nichts; geborenes Gossengesindel oder geborene Genies. Die Christen wiederum fanden Ähnlichkeiten zwischen Jesus, Sokrates und dem Gewissen und auch zwischen dem Kreuz im Neuen Testament und dem Weltkreuz in Platons Welterschöpfungsschrift „Timaios“; und der katholische Austrofaschismus wertschätzte die platonische angeblich der Gerechtigkeit förderliche Unterscheidung zwischen Lehr-, Wehr- und Nährstand über alle Maßen. Was also, in Dreiteufelsnamen, hat ausgerechnet Platon in Schürz' Buch über die Gegenwartsgesellschaft und deren Ökonomie zu schaffen? Nun: Selbstverständlich haben Platon-Verteidiger stets gesagt, das Brutale bei Platon – das seien ja in Wahrheit alles nur Gedankenexperimente,

Ideen, Modelle und Szenarien, die von Platon und seiner Schule durchgespielt werden und sehr oft auch gar nicht wirklich ernst gemeint seien, sondern Ausdruck von Denkfreiheit, weitem Horizont und Humor. Und die Geistesgeschichte des Abendlandes bestehe ohnehin nun einmal bloß nur aus Fußnoten zu Platon. Und sogar der berühmte Ökonom Edgar Salin, zutiefst sozial und liberal zugleich und zugleich Deutscher, Schweizer und zutiefst Europäer, war bekanntlich Platon-Übersetzer, hat sich mit der griechischen Utopie beschäftigt, in Besonderheit mit der „Politeia“ und den „Nomoí“, und hat auch Zusammenhänge zwischen den Verfassungszyklen bei Platon und den Konjunkturzyklen erkannt. Es ist also offenkundig gewiss nichts Verwerfliches, sich mit Platon zu befassen. Es kommt halt immer darauf an, wie. Pierre Bourdieu z. B. tat das auch, verwendete oft platonische Begriffe (weiter).⁸ Und Platons Einfluss auf Freud ist auch hinreichend bekannt, etwa für die Unterscheidung von Ich, Es und Über-Ich. Martin Schürz jedenfalls weiß und kritisiert ausdrücklich, dass dem Herrn Platon die Leidtragenden – *poneroi* heißen die wohl in der „Politeia“ – völlig egal sind und dass Platons Ethik letztlich bloß eine aristokratisch-narzisstische ist. Da besteht also keinerlei Differenz zu Neuraths Sicht der Dinge. Die Antike, in der Schürz' Buch sich umtreibt wie ein Fisch im Wasser, ist freilich die, in der die Politikwissenschaft, die Ideologiekritik und die Ökonomie grundgelegt und erfunden wurden, und zwar für die darauffolgenden fast 2500 Jahre bis heute. – Wer, um ein Beispiel zu nennen, heutzutage in Newport US-Offizier werden will, bekommt beim Eintritt in die Militärakademie ein Exemplar von Thukydides' „Der Peloponnesische Krieg“ geschenkt.⁹ Darin geht es nicht bloß um Militärstrategien, sondern zuvorderst um Demokratie und Revolution und wie plötzlich die Worte und Werte ihr eigenes Gegenteil bedeuten und die Menschen durch Geld, Kämpfe, Politik und Seuchen dahingerafft werden. Die Ideologie-, Gesellschafts- und Korruptionskritiker aller Zeiten haben aus dem Ganzen damals gelernt. Aus der Zeit eben, in der Platon gelebt hat. So tut auch Martin Schürz. Und so ist, scheint mir, sein Buch zu verstehen.¹⁰ Und Schürz selber als eine besondere, völlig in Vergessenheit geratene Art von Denker: In den Bergwerken nämlich, wo ja auf Leben oder Tod und in völliger Gefangenschaft gearbeitet wurde, hat es unter den Menschen dort eine spätantike Berufsbezeichnung gegeben, die hat Philosoph geheißen. Die Philosophen waren da die Bruchmeister. Diese waren sehr angesehen bei den staatlicher- und unternehmerseits zur Vernichtung bestimmten Arbeitern. Denn besagte Philosophen konnten erkennen, wo es gefährlich war und wo weniger und wo die Strapazen erträglicher. Die Bruchmeister warnten und ersparten so Leid und Tod, retteten Menschen das Leben oder machten es ihnen leichter. Zu diesen Philosophen, Denkern, Bruchmeistern eben gehört, ich übertreibe da keineswegs, Schürz mit seinem Überreichtum.

b) Auf Seite 148 kommt dort ein und derselbe Satz ein paar Mal vor. Vielleicht weil er so wichtig ist, aber es ist doch zweimal zu viel. Erwähnt sei dies der Vollständigkeit halber und an den Verlag gerichtet und weil ein Rezensent (also ich) ja kritisch zu sein hat. Die nächste Auflage von „Überreichtum“ sollte, das sei hiermit ebenfalls an den Verlag gerichtet, ein Taschenbuch sein und ausgestattet, wie vom gewonnen habenden Mieter erbeten, mit Namens- und Sachregister sowie mit Glossar. Schürz' Werk ist nämlich eine Wertarbeit und Kostbarkeit und das sollte

auch von außen zu erkennen sein. Sozusagen auf den ersten Blick und Griff. Die Anschlussfähigkeit von Schürz' Werk ist jedenfalls unerschöpflich. Die Anwendbarkeit ebenso. Schürz hat einen Universalschlüssel geschaffen, ein optimal dimensioniertes Werkzeug. Abgesehen, wie gesagt, von Register und Glossar.

c) Dass ich eingangs weniger Romane und dafür mehr Bourdieu und österreichische Sozialstaatsrealität von Schürz' Buch verlangt habe, war eine Provokation meinerseits infolge einer Provokation, die Schürz gesetzt hat, nämlich am Ende seines Buches mit seiner Forderung nach realitätsgetreuen Narrativen zu Armen, Obdachlosen und Flüchtlingen. Denn die(se) sozialen Narrative gibt es ja schon seit Jahrzehnten, genauso wie die dazugehörigen sozialen Bewegungen. Z. B. Bourdieus Elend der Welt oder Gegenfeuer. Auch das (übrigens Bourdieu wahlverwandte) österreichische Sozialstaatsvolksbegehren samt dazugehöriger politischer, zivilgesellschaftlicher, Bewegung hat es gegeben und „man“ hat später dann ja auch immer wieder versucht, wenigstens anzufangen, es zu wiederholen. Der Arzt und Menschenrechtler Werner Vogt zum Beispiel hat vor Jahren mit seinem Lebensbericht „Mein Arztroman“ *de facto* eine Geschichte des österreichischen Sozialstaats und der österreichischen Sozial- und Alternativbewegungen verfasst, aus der man sehr wohl jederzeit lernen könnte, was hier und jetzt sofort getan werden könnte. Er war ja auch gemeinsam z. B. mit Schulmeister und Johanna Dohnal Initiator des österreichischen Sozialstaatsvolksbegehrens. Hätte man, meine ich, dieses Sozialstaatsvolksbegehren aus dem Jahr 2002 im Jahr 2010 oder 2015 oder 2016, 2017, 2018 oder 2019 wiederholt, mitsamt dazugehöriger Bewegung, wäre unter anderem der sozialdemokratischen Demoralisierung und Demobilisierung rechtzeitig entgegengewirkt worden und es wäre vielen in der Republik wohl vieles erspart geblieben. Auch an Qual, Lebensgefahr und Existenzbedrohung, z. B. Pflegebedürftigen genauso wie Pflegenden. Warum z. B. das Netzwerk der Armutskonferenz, zu der ja auch Martin Schürz Kontakte gegenseitigen Vertrauens hat, die Idee des Sozialstaatsvolksbegehrens niemals von neuem aufnahm und beherzt und tatkräftig, trotz eingebildeter Ausweglosigkeit und an jeglicher dummer berufspolitischen Taktiererei vorbei, zu realisieren sich bemüht hat, wird mir, fürchte ich, ein ewiges Rätsel sein. Die Gewerkschaften diesbezüglich sowieso. Gerade auch was Schürz über Huey Long, Roosevelt und den New Deal in Überreichtum geschrieben hat, wäre eigentlich, will mir scheinen, eine psychologische Handlungshilfe, wollte man das Sozialstaatsvolksbegehren endlich wiederholen. Gerade jetzt wäre das wichtig! Nämlich angesichts der Naturkatastrophe Corona und des das soziale Leben zusehends zerstörenden Ausnahmezustandes. Das Sozialstaatsvolksbegehren war ein präventives und prophylaktisches Unterfangen. Es nicht rechtzeitig – Zeit genug wäre gewesen – zu wiederholen zu wagen, war alles andere als gescheit oder gar sozial. Demokratisch sowieso nicht.

d) Bourdieu hat Romane und überhaupt die Literatur sein Leben lang geschätzt – just wie Schürz das tut – und die Literatur gehörte von Anfang an wesentlich zu Bourdieus Arbeit als Soziologe. Besagte Belletristik ersetzte bei Bourdieu genauso wie bei Schürz dabei aber nie Datenerhebung oder Datenauswertung. In Überreichtum zitiert und verwendet Schürz Bourdieu im Übrigen auf fruchtbare und weiterführende Weise. Wo Schürz ihn überraschenderweise nicht gebraucht, soll-

te man Bourdieu vielleicht im Gedanken dazulesen – vielleicht versteht man dadurch dann Bourdieu künftig leichter und zutreffender.

e) Erich Fromm freilich fehlt wirklich. Was besonders schade ist, weil, wie ich gehört habe, Fromm Schürz viel bedeutet. Vielleicht erschien Fromms humanistische Psychologie Schürz im Zusammenhang mit Überreichtum als zu idealistisch und zu wenig realistisch. Das wäre aber ein Irrtum von Schürz, denn ohne Fromm hätte es bekanntlich keine Milgram-Experimente gegeben und gerade auch für die Arbeit mit Alkohol- und sonstigen Suchtkranken ist Fromm sehr wichtig, nämlich „Fromms“ ständiges Sich-Entscheiden-Müssen-und-Können zwischen der Liebe zum Tod und der Liebe zum Leben. Arno Gruen und Klaus Ottomeyer verdanken Fromm bekanntlich auch viel. Der Frommianer Ottomeyer z. B. hat sich wie Schürz viele Gedanken über den Neid gemacht. Über den ablehnenden Geschwisterneid, den viele Flüchtlingen gegenüber empfinden z. B. Nun, wie behebt man Geschwisterneid? Mittels Gerechtigkeit, mittels elterlicher Liebe usw. Wie auch immer, vielleicht ist Schürz' Buch wirklich auch eine Anregung, endlich eine Neiddebatte zu führen, vielleicht gar im Zusammenhang mit einem Sozialstaatsvolksbegehren. Es wäre eine Debatte über Recht und Unrecht, über Unrechtserfahrungen, erlebtes Unrecht, erlittenes und zugefügtes.

f) Einen Leser, den Berufsphilosophen, hat, wie erwähnt, in Schürz' Buch die Shklar besonders interessiert und wieder ein anderer, der Künstler mit 5000 € Jahresgehalt, hat Schürz mit Freire¹¹ verglichen. Zur Erklärung und Ergänzung: In Shklars Werk *Faces of Injustice* geht es um die Gefühle von Opfern und wie die Täter gegen diese Gefühle vorgehen und die Opfer machtlos machen. Shklar hält nicht viel von Platon und Platonikern und die damit verbundenen Traditionen und Gegenwärtigkeiten. Nämlich die Tätergesellschaften: Sie nennt unsere Gesellschaft so, eine Tätergesellschaft. Statt der Identifikation mit den Tätern, dem Aggressor, den Aggressoren, verlangt sie und will sie erreichen eine Identifikation mit den Opfern. Den angeblich Minderwertigen nämlich. Menschen, welche die Opfer beschuldigen statt der Täter, schützen sich damit vor ihrer eigenen Angst vor dieser unserer Tätergesellschaft, die jederzeit auch sie zum minderwertigen Opfer machen kann. Und Freire, der als Kind für schwachsinnig erklärt worden war, wiewohl er in Wirklichkeit Hungers litt, sagte, dass es eine Erste Welt in der Dritten gibt und eine Dritte Welt in der Ersten. Die Eliten nämlich ähneln einander genauso wie sich die von ihnen minderwertig, wehrlos, apathisch und handlungsunfähig gemachten Opfer einander ähneln. Wie die vorgeblich edelmütigen, intelligenten und wertvollen Eliten das machen, hat Freire analysiert. Z. B. das, was er die Bankiers-Methode nannte. Das Bildungssystem funktionierte nach der Bankiersmethode, meinte Freire. Nun: Des Angestellten der Österreichischen Nationalbank Martin Schürz' Methode ist die gewiss nicht, sondern die seine ähnelt in der Tat der Freires.

g) In meiner Rezension habe ich die vielen Zahlen, die Schürz zur Verfügung stellt, nicht berücksichtigt, so beeindruckend sie auch sind und obwohl für Schürz die Gesellschaft ohne Zahlen nicht verstehbar ist. Da hat er natürlich vollkommen recht. Beispiel: 150 Jahre! Das ist zu viel! Das darf nicht sein! Das darf nicht so bleiben! Was ist das für eine Welt da hier! 150 Jahre!

Postskript zur Rezension von Martin Schürz' Überreichtum

Da nun infolge der Naturkatastrophe Corona samt staatsbürgerlichem, prämillitärischem Ausnahmezustand eine lange, schwere, uneinschätzbare Weltwirtschaftskrise einzutreten scheint mitsamt Ruin von Wohlstand und von Grundversorgung, erscheint vielleicht den meisten Menschen das Problemthema Überreichtum kurzezeit und zukünftig als völlig irrelevant. Der die deutsche Bundesregierung beratende Virologie-Experte Christian Drosten freilich hat für die Zeit unmittelbar nach Ostern angekündigt, dass dann die neuen wichtigen ExpertInnen nicht primär die Mediziner und Naturwissenschaftler sein werden, sondern zuvorderst die aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Auch hat sich andererseits der Zukunfts- und Trendforscher Horx mitsamt seinem neoliberalen Familienkonzern öffentlich wirksamst zu Worte gemeldet und avanciert jetzt wie eh und je gerade wieder zum Publikumsliebbling. Also der oberste Bock zum obersten Gärtner.

Dabei bräuchte man stattdessen seitens der verzückten Medien nur all die Medienarchive zu öffnen, was dieser jener Matthias Horx denn nicht alles schon von sich gegeben hat an tätiger Destruktion des den Wohlstand schaffenden Wohlfahrtsstaates. Im Auftrag von Horx' Geldgebern aus der Groß- und Größtwirtschaft (also als einer der propagandistischen Chefideologen der Überreichen und des Überreichtums). Wie oft Horx seriöse Wissenschaft öffentlich verhöhnt und verspottet hat und an seinen Worten zweifelnde JournalistInnen der Lächerlichkeit preiszugeben versucht und wortgewaltig diszipliniert hat! Wie viele Menschen aber haben um die Jahrtausendwende in der Tat durch Horx ihr Geld verloren! Wie viele durchaus kleine Anleger. Da ist ja bekanntlich die *Dotcom*-Blase geplatzt. In diese Blase der *New Economy* zu investieren, hatte Horx den Leuten eingeredet. In diese Blase wie gesagt hat nicht zuletzt er sie hineingetrieben. Und sofort nach dem Elften September 2001 hat Horx, wiederum medienwirksamst, nach noch mehr Globalisierung verlangt und nach noch mehr und noch mehr. *Globalisierung Plus* hat er das genannt. Und mit den Terroristen müsse man eben so fertig werden wie die Israelis mit den Palästinensern (mit dem palästinensischen Terror). Israelische innenpolitische, ökonomische, soziale und militärische Verhältnisse also als Vorbild für die ganze Welt. Horx' *Globalisierung Plus* samt weltweiter Kriegshandlungen allerdings war vielleicht für die Überreichen gut zur Mehrung ihres Überreichtums, dem Rest der Welt hat es die Gefahr gemehrt, will mir scheinen. Horx hat sich auch immer gern als Nachfolger und Schüler Naisbitts selber deklariert. Naisbitt prognostizierte um die Jahrtausendwende, es werde weder Klima- noch Rohstoffprobleme geben, einzig die Sozialstaaten werden sehr schaden, nämlich den Unternehmern und dadurch Europa. Wie gesagt: Man möge endlich die Archive öffnen.¹²

Horx' jüngste Hype-Flugschrift nun handelt zwar über die Zukunft **nach** Corona, doch sollte man sich nicht täuschen: Es geht ums Hier und Jetzt. Ostern steht ja vor der Tür und den Leuten wie Horx sperrangelweit offen. Wer nämlich wird jetzt (!) die Regierungen wesentlich mitberaten, wenn nicht Horxianer, Horxisten und Horx-Junkies. (Unzulässige Ausdrucksweise!) Menschen eben, denen Horx aus der Seele spricht. Man sagt zurzeit ja auch, man solle keine Schuldzuweisungen betreiben, sondern gemeinsame Problemlösung. Und eben gemeinsam aus den

Fehlern lernen. Nur, mit Verlaub: Die verursachenden Fehler haben die Überreichen in ihrem Überreichtum gemacht und ihre Subalternen. So ist Menschenwerk zu einer Naturkatastrophe für die Menschheit geworden. Das verursachende Denkschema war neoliberal, nämlich dass die Wirtschaft, wenn man ihr nur endgültig die Vorherrschaft überlasse, automatisch alle Probleme lösen werde. Von selber also und mithilfe und infolge der jeweiligen machthabenden Eliten. Unter Missbrauch von Adam Smith hat man so aus der unsichtbaren Hand (eventuell Gottes, der Natur und der humanen Märkte) eine Art schwarze Hand gemacht. Das Ganze und Insgesamt also pervertiert, die, um einen Begriff Stephan Schulmeisters zu zitieren, *Spielanordnung*.

Die Psychologie, Ökonomie, Ökologie, Ethik- und Soziallehre Adam Smiths, die der Ökonom und Psychotherapeut Martin Schürz aus den Primärquellen selbst als Ausweg aus besagter Perversion eröffnet hat – die österreichische, die europäischen Regierungen wären damit wohl gut beraten. Ob Schürz (und z. B. die Armutskonferenz und die ArbeitnehmerInnenvertretungen) im gegenwärtigen Schlamassel etwas gegen die Horxianer aller Orte und Arten auszurichten vermag und ob also die Regierenden den Martin Schürz (und z. B. die Armutskonferenz und die ArbeitnehmerInnenvertretungen) jetzt **wirklich** zu Rate ziehen werden, das ist jedoch stark zu bezweifeln.

Die Herdenimmunsierung, von der die Briten und Holländer (deren Regierungen) angetan waren, und die (*survival-of-the-fittest*-biologistische) wirtschaftliche Reinigungskrise, die der österreichische Nationalbankpräsident propagiert hat, werden jetzt, Schumpeter hin, Schumpeter her, so brutal formuliert zwar nicht als Heilmittel öffentlich proklamiert werden – die Verursacher und Mitverursacher reden jetzt ja lieber öffentlich von Lebensrettung und von sich selber als Lebensrettern –, doch die ganze Angelegenheit wird, wette ich, in der Wirklichkeit auf diese neoliberalen Lösungsmittel hinauslaufen. Die Lösung der von den Neoliberalen verursachten Probleme wird wieder wie immer eine neoliberale sein. Gebremst, verharmlost und verbrämt durch Sozialdemokraten, Grüne, Liberale, Kirchenleute.

Martin Schürz' Versuch hingegen – wahlverwandt Hans Küngs *Weltethos*, welches der Angst und der Gier entgegenwirken will; wahlverwandt auch Ernst Blochs Beschreibung all des realen Aufbegehrens und Widerstehens – ist dazu angetan, an einem wirklich neuen Anfang mitzuwirken. Sei es, wie die einen meinen, als ob wir jetzt im Jahr 1945 leben, sei es, wie die anderen sagen, im Jahr 1918. Sozusagen mitten im Weltkrieg, am Ende des Weltkrieges, unmittelbar nach dem Weltkrieg. Schürz jedenfalls hat mit seinem Werk angefangen, Schätze zu bergen. Uralte der Menschheit zum Zwecke der Zukunft der Menschheit. Wie auch immer die, wie man so sagt, Sache des Menschen jetzt dann ausgehen mag, es gab und gibt andere Ursachen- und Zukunftsforscher als die Horxianer. Den Leopold Kohr z. B., den Ivan Illich, den Paulo Freire, den Pierre Bourdieu, den Günther Anders. Das waren die, die immer gesagt haben, was kommen wird. Jetzt ist es da. Und damit auch wird die Erste Welt zur Dritten. Otto Neurath übrigens, mit dem ich Martin Schürz en passant im Ansinnen und Unterfangen verglichen habe, war Spezialist für Kriegs- und Kriegsfolgenwirtschaft und sein Einfallsreichtum war unbegrenzt.

Egon Christian Leitner

Anmerkungen

- ¹ Wie das Handbuch Reichtum von Dimmel et al. (2017) oder Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden von Hartmann (2018) oder Mut zum Recht. Plädoyer für einen modernen Rechtsstaat von Scheiber (2019).
- ² Vgl. Johnston (1992) 202-205.
- ³ Zeit zum Lesen war bis zu ca. zweieinhalb Monate lang und den Lesenden wurde jeweils völlig freigestellt, wie subjektiv oder „objektiv“, privat oder beruflich oder politisch oder selektiv oder genau sie lesen und explizieren möchten. Es wurden freundlicher-weise auch weit mehr Antworten gegeben als die hier referierten. Am genauesten und bemühtesten hat wohl ein Mann ohne Matura Schürz' Buch wiedergegeben. Der eine oder die andere hat auch, statt das Buch zu lesen, im Internet Diskussionen auf Youtube angeschaut oder Interviews mit Schürz nachgelesen. Meine nachfolgenden Wiedergaben der LeserInnenmeinungen sind nur Auszüge und Paraphrasen und wollen sozusagen schlaglichtartig hinführen zu einer, wie mir scheint, merkbar anderen, unüblicheren, weil unkanalisierten Art von öffentlicher Diskussion von Schürz' Werk und Wirken. Die Stellenangaben in Klammer beziehen sich auf Schürz' Überreichtum. Was dort jeweils steht, wurde von den mir Auskunft Gebenden, vielleicht manchmal in sehr freier Assoziation, in Verwendung genommen für die je eigene Lebenswelt. Oder eben gar nicht. Aber auch dann waren die Reaktionen, will mir scheinen, Schürz' Unterfangen auf interessante Weise erschließend.
- ⁴ Was bin ich wert? Eine Preisermittlung von Klare (2010).
- ⁵ Vgl. Girtler (2013) 20f.
- ⁶ Gemeint und „Quelle“ ist vielleicht Schürz' Buchpräsentation im Kreisky Forum am 18.1.2020, Moderator war Robert Misik in seiner Veranstaltungsreihe Genial dagegen.
- ⁷ Besagter Nationalökonom ist Weissel und sein Einfluss auf Schürz ist vielleicht wirklich kein geringer, s. „Die Großen erscheinen uns nur deshalb groß, weil wir auf den Knien liegen. Erheben wir uns.“ Weissel (2000) 207.
- ⁸ Vgl. Fröhlich; Rehbein (2014) 435.
- ⁹ Vgl. Reese-Schäfer (1998) 37-48.
- ¹⁰ Martin Schürz' Überreichtum in den Rezeptionsteil des Platon-Handbuchs von Horn et al. (2017) aufzunehmen, wäre gewiss eine Bereicherung.
- ¹¹ Vgl. Schwendter (2001) 131-144.
- ¹² Zur Auseinandersetzung mit Horx s. auch Leitner, Egon Christian, Des Menschen Herz. Sozialstaatsroman (Klagenfurt 2012) passim. Darin vor allem die analytischen Beschreibungen von alltäglichen Triagen, Anomien, Kategorisierungen und Selektionen.

Literatur

- Dimmel, Nikolaus; Hofmann, Julia; Schenk, Martin; Schürz, Martin (Hgg.), Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung (Innsbruck/Wien/Bozen 2017).
- Fröhlich, Gerhard; Rehbein, Boike (Hgg.), Bourdieu-Handbuch (Stuttgart 2014).
- Girtler, Roland, Max Weber in Wien (Wien/Berlin 2013).
- Hartmann, Michael, Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden (Frankfurt am Main 2018).
- Horn, Christoph; Müller, Jörn; Söder, Joachim (Hgg.), Platon-Handbuch (Stuttgart 2017).
- Johnston, William M., Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938 (Wien/Köln/Weimar 1992).
- Klare, Jörn, Was bin ich wert? Eine Preisermittlung (Berlin 2010).

- Reese-Schäfer, Walter, Antike politische Philosophie (Hamburg 1998).
Scheiber, Oliver, Mut zum Recht. Plädoyer für einen modernen Rechtsstaat (Wien 2019).
Schwendter, Rolf, Gesellschaftsbilder des 20. Jahrhunderts (Hamburg 2001).
Shklar, Judith Nisse, Über Ungerechtigkeit. Erkundungen zu einem moralischen Gefühl (Frankfurt am Main 2000).
Vogt, Werner, Mein Arztroman. Ein Lebensbericht (Wien 2013).
Weissel, Erwin, Politik für Profiteure. Die politische Ökonomie des Neoliberalismus (Wien 2000).

Vermögensungleichheit und Überreichtum

Rezension von: Martin Schürz, *Überreichtum*, Campus, Frankfurt/Main 2019, 226 Seiten, broschiert, € 24,95; ISBN 978-3-593-51145-0.

Wenn man *den* Experten für privates Vermögen und Reichtum in Österreich sucht, dann ist man bei Martin Schürz an der richtigen Adresse. Der OeNB-Mitarbeiter ist schon seit vielen Jahren in der empirischen Ungleichheitsforschung tätig und hat u. a. den österreichischen Teil des „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) mit aufgebaut. Nach vielen Jahren der immer wieder auch recht mühseligen, kleinteiligen Datenarbeit hat sich der Ungleichheitsforscher in den Jahren 2017 und 2018 als Albert Hirschman Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) etwas aus seiner täglichen Arbeit zurückgezogen und ein umfassendes Werk über Vermögensungleichheit und Reichtum geschrieben. Auf knapp 220 Seiten enthält „Überreichtum“ sowohl für am Thema Interessierte wie ExpertInnen reichlich relevante, aktuelle und brisante Informationen.

Schon beim ersten Durchblättern fällt die inhaltliche und disziplinäre Breite auf, mit der Schürz sich dem Thema der Vermögensungleichheit und des (Über-)Reichtums widmet. Das Buch – in dem von A wie Aristoteles bis Z wie Zola zahlreiche große DenkerInnen herangezogen werden und das er selbst als „Buch eines Lesenden“ bezeichnet hat – besticht eben durch diesen breiten Zugang zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Schürz'

nicht ausschließlich ökonomische, sondern vor allem philosophische und sozialwissenschaftliche Betrachtungen mögen für den einen oder anderen etwas verstörend sein: Bei einer Buchvorstellung in der AK Wien gab es etwa den empörten Einwand eines Teilnehmers, er habe gedacht, er sei hier bei einem „ökonomischen“ Vortrag. Sie sind aber genau die Stärke des Buches und prägen das Werk des Ungleichheitsforschers generell. Wer die Genese von (Über-)Reichtum sowie seine gesellschaftlichen Funktionen und Implikationen wirklich begreifen will, der kann eben nicht in einer wissenschaftlichen Disziplin (so eine solche Trennung in Disziplinen überhaupt sinnvoll ist) hängen bleiben, sondern muss sich dem Phänomen von ganz unterschiedlichen Seiten nähern.

Martin Schürz wählt im ersten Satz seines Buches daher gleich auch einen philosophischen Zugang, in dem er von Platon den Begriff des „Überreichtums“ heranzieht. „Überreich“ seien jene Personen, die reich, aber nicht tugendhaft seien, so der antike Philosoph. Und genau um diese Personen bzw. dieses Phänomen geht es Schürz in seinem Buch. Er fragt sich – wie wahrscheinlich viele von uns –, was deren gesellschaftlich herausragende Position absichert und warum das scheinbar so ungerechte Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich politisch wie gesellschaftlich kaum auf Widerstand stößt.

Bereits in der Einleitung gibt er eine erste Antwort auf diese Frage, die er dann in den weiteren Kapiteln näher ausführt. Kurz zusammengefasst vertritt Schürz die These, dass nicht allein „die Politik“, welche keine Maßnahmen gegen die immense private Vermögenskonzentration ergreift, schuld an

dieser Entwicklung ist. Dahinter steht seiner Ansicht nach eine hegemoniale Gefühlswelt, welche die positiven Gefühle gegenüber den Reichen betont (mit Hilfe der Gefühle der Tugendhaftigkeit, des Großmuts und des Mitgefühls) und diejenigen, die wenig(er) haben, untereinander spaltet (mit Hilfe der Gefühle des Neides, der Gier und des Zorns). Dies bringt Schürz zu dem auf den ersten Blick ernüchternden Befund, dass hegemoniale Gefühlszuschreibungen derzeit die Akzeptanz der Ungleichheit erhöhen und eine rein rational begründete Politisierung dieser gesellschaftlichen Entwicklungen durch progressive Kräfte daher nicht ausreichend sein kann.

„Überreichtum“ umfasst neben der Einleitung fünf Kapitel, in denen Schürz seine Argumente Schritt für Schritt darlegt. In Kapitel 1 werden die wichtigsten Informationen zu den Daten und Fakten der Vermögensverteilung und insbesondere zu den Problemen bei deren Erhebung zusammengefasst. Hier kann Schürz aus den umfassenden Erfahrungen der eigenen empirischen Arbeit schöpfen. Er zeigt, wie schwierig nicht nur die Definition von Reichtum, sondern in weiterer Folge auch seine konkrete Operationalisierung ist. Schon der Versuch der Vermessung von Reichtum ist nämlich hochpolitisch: Ab wann gilt jemand als (zu) reich? Und wer bestimmt das? Einzelne ForscherInnen oder die gesamte Gesellschaft? Darüber hinaus gäbe es zahlreiche politische Barrieren bei der Erfassung privater Vermögen (Stichworte: Bankgeheimnis, Steuerroasen etc.).

Aber selbst wenn alle Daten vorhanden wären, reiche die nüchterne Darstellung der Zahlen für eine progressive Debatte oft nicht aus. Schürz nennt

hierfür zwei Gründe: Die schiereren Zahlen sind für „normale“ Menschen unvorstellbar und lösen sogar einen gegenteiligen Effekt aus, da sie Gefühle der Sehnsucht („Reich sein: Das will ich auch!“) verstärken. Wenn also die nüchterne Darstellung von Verteilungszahlen zwar immens wichtig ist, aber nur wenig am Ungleichheitsregime ändert, wo sind dann Ansatzpunkte für eine Veränderung? Bei Fragen der Gerechtigkeit vielleicht? Auf den ersten Blick, ja, wie Schürz in Kapitel 2 seines Buches zeigt. Allerdings sind die beiden Gerechtigkeitsprinzipien der Leistung und der Gleichheit auf überreiche Personen nur bedingt anwendbar. Individueller Reichtum wird zwar meist mit Verweis auf die eigene Leistung begründet, ein Blick auf die soziale Herkunft von Reichen zeigt jedoch recht deutlich, dass der Leistungsmythos so nicht aufrechterhalten werden kann. Individueller Reichtum hat oft nichts mit Leistung zu tun, sondern wird in erster Linie vererbt. Durch die hohe Konzentration von Reichtum verfestigen sich dann die Ungleichheitsstrukturen von Generation zu Generation.

Das heißt, Debatten um Fragen der Gerechtigkeit zwingen Überreiche zumindest zur Rechtfertigung:¹ Woher kommt das eigene Vermögen? Hat man es sich „ehrlich verdient“? Und was heißt „ehrlich verdient“ eigentlich? Ist die eigene Arbeit tausendmal so viel wert wie die Arbeit eines Mitarbeiters/einer Mitarbeiterin? Allerdings weist Schürz auch in diesem Kapitel auf die Grenzen von Gerechtigkeitsdebatten hin. „Gerechtigkeit ist nur ein Wert neben vielen anderen. Und in ihrem Handeln folgen die wenigsten Menschen philosophischen Gerechtigkeitskonzepten“ (S. 80), sondern vertrauen eben eher auf ihre Gefühle.

Hiermit kommt Schürz zum Kernargument seines Buches, welches in den folgenden Kapiteln dann näher ausgeführt wird. Die Gefühle rund um das Thema Verteilungsgerechtigkeit werden von Erzählungen zum gesellschaftlichen Verdienst von Reichen genährt und wirken daher oft herrschaftsstabilisierend bzw. ungleichheitslegitimierend. Reichen werden „gefühlsmäßig“ oft Tugenden wie Großzügigkeit oder Mitgefühl zugeschrieben. Sie werden in weiterer Folge als positive Kontrapunkte zum Staat inszeniert (bzw. inszenieren sich selber dazu), da sie mit ihren Handlungen „tatsächlich etwas Gutes“ tun würden. Dass diese Form der Philanthropie (z. B. in Form von großen Spenden) im Gegensatz zu einem Rechtsanspruch im Rahmen eines Sozialstaates undemokratisch ist, darauf weist Schürz in „Überreichtum“ nicht nur einmal hin. Dennoch: Die Mär vom „guten Reichen“ sei gesellschaftlich wirkungsmächtig. Daran würden auch einige wenige schwarze Schafe nichts ändern, die ihren Reichtum scheinbar schamlos zur Schau stellen.

In den folgenden Kapiteln skizziert der Ungleichheitsforscher, wie die Politik dazu beiträgt, dass diese Situation auch so bleibt, wie sie ist: Dem angeblich bleiernen, altbackenen Wohlfahrtsstaat wird die Eigentümergeellschaft gegenübergestellt, in der jede und jeder mittels eigener Leistung im Leben „etwas erreichen“ bzw. „etwas aufbauen“ kann. Es wird eine Politik für die Überreichen (Stichwort: kaum Reichensteuern) bzw. die Mitte (Stichwort: Versprechen des sozialen Aufstiegs über Bildung) gemacht, und die Ärmsten sollen für Almosen auch noch dankbar sein. Die materiellen Interessen der Überreichen sind somit in keiner Weise politisch gefährdet.

Das Abschlusskapitel widmet sich nochmals der Rolle von widerstreitenden Gefühlen zu Überreichtum und legt dar, wie schwierig es sowohl für die Mitte der Gesellschaft ist, offen ihre negativen Gefühle gegenüber den Reichen zu zeigen (Hass und Neid „gehören“ sich nicht), als auch für die Armen, die kein angemessenes Verständnis von der sozialen Wirklichkeit bekommen, solange die Reichen keinen Einblick in ihre Vermögensverhältnisse gewähren.

Schürz schließt sein Buch daher auch nicht, wie man bei einem Ungleichheitsbuch vielleicht vermuten würde, mit weitreichenden Informationen zu Lösungsvorschlägen zur Eindämmung von großer Ungleichheit bzw. von Überreichtum. Er zitiert zwar Arbeiten zur gerechteren Besteuerung bzw. eines möglichen Maximalwertes für private Vermögen und weist auf die Notwendigkeit der empirischen Vermögensforschung hin, bleibt aber auch am Ende des Buches bei seiner These zur Bedeutung von Gefühlen: „Viele Überlegungen in diesem Buch fielen gesellschaftskritisch aus, ohne Alternativen aufzuzeigen“ (S.198).

Der Ungleichheitsforscher überlässt uns damit selbst die Beantwortung der großen Frage der Veränderbarkeit. Ideen gäbe es zuhauf. Es sei unser aller gemeinsame Aufgabe, für ihre Umsetzung zu kämpfen. Vielleicht helfen uns dabei aber auch Gefühle, wie etwa „Hoffnung und Fantasie ... und Mut“ (S.199).

Julia Hofmann

Anmerkung

- ¹ Zu den Legitimierungsstrategien von Vermögenden siehe den Artikel von Hannah Quinz in diesem Heft.

Steurgerechtigkeit für eine globalisierte Welt

Emanuel Saez, Gabriel Zucman,
Der Triumph der Ungerechtigkeit –
Steuern und Ungleichheit
im 21. Jahrhundert, Suhrkamp Verlag,
Frankfurt 2020, 279 Seiten, gebunden,
€ 22,70; ISBN 978-3-518-42935-8.

Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, die beiden an der Berkeley University forschenden französischen Ökonomen, haben das politisch wohl einflussreichste wirtschaftswissenschaftliche Buch des Jahres geschrieben. Das auf ihrer Arbeit basierende Modell einer grundlegenden Steuerreform für die USA, in dessen Kern eine radikale Vermögenssteuer steht, bildete nicht nur ein zentrales Element der Kampagne der beiden PräsidentschaftsanwärterInnen der Demokratischen Partei Elisabeth Warren und Bernie Sanders, sondern hat weltweit die Debatte um Steurgerechtigkeit neu entfacht.

Gleichzeitig räumen die beiden Ökonomen mit vielen Steuermythen auf und analysieren die Verteilungswirkungen des US-Steuersystems umfassender als je zuvor. Das zentrale Argument des Buches: Während das Steuersystem seit den späten 1970er-Jahren sukzessive an Progressivität einbüßte, stieg die Ungleichheit in der Einkommensverteilung an. In Summe ist das Steuersystem heute regressiv: Entlang der Einkommensverteilung beträgt der effektive Steuersatz 25-30%, nur bei den Reichsten des Top 1% ist er mit 20% deutlich niedriger.

Unten – Mitte – Oben – Ganz Oben

In ihrer Analyse von Einkommen und Steuerleistung unterscheiden die Autoren zwischen vier Gruppen der US-Gesellschaft: Die ArbeiterInnenklasse der unteren 50%, die Mittelschicht der nächsten 40%, die obere Mittelschicht der nächsten 9% und die Reichen des Top 1%. In den letzten 40 Jahren ist der Einkommensanteil der ArbeiterInnenklasse von 20% auf 13% des Nationaleinkommens gesunken, während jener der Reichen von 11% auf 21% anstieg. Der Anstieg der Einkommensungleichheit in den letzten vier Dekaden fällt in kaum einem Land so drastisch aus wie in den USA. Gleichzeitig wurde das Steuersystem kontinuierlich ungerechter. Den Übergang zu einem ungerechten Steuersystem datieren Saez und Zucman mit den 1980er-Jahren: Das Entstehen einer Steuervermeidungsindustrie, verstärkte Globalisierung und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs haben multinationalen Konzernen, deren Eigentümern und Superreichen Steuerschlupflöcher in großem Stil eröffnet. Die Argumentation und Reaktion der Politik? Dass Konzerne und Vermögende in der Lage sind, Steuern zu umgehen, zeige, dass eine effektive Besteuerung dieser immer schwieriger werde. Und angesichts globalen Steuerwettbewerbs bleibe keine andere Lösung, als die Steuern auf die höchsten Einkommen, vor allem Kapitaleinkommen, immer weiter zu senken. Anstatt Schlupflöcher zu stopfen und die Probleme an der Wurzel zu packen, wurde eine Spirale nach unten in Gang gesetzt. Das Ergebnis: ein Triumph der Ungerechtigkeit.

Denn heute hat das Steuersystem seine Progressivität fast vollständig

eingebüßt. Bei einem durchschnittlichen effektiven Steuersatz von 28% des Einkommens zahlen die ArbeiterInnenklasse und die Mittelschicht kaum weniger als der Durchschnitt, aber mittlerweile sogar mehr als die 400 reichsten AmerikanerInnen. Entscheidend dabei ist, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen verschiedene Einkommensarten beziehen und dadurch unterschiedliche Steuerarten bezahlen: Die ArbeiterInnenklasse und die Mittelschicht leisten überwiegend Verbrauchssteuern. Krankenversicherungsbeiträge spielen mit etwas höherem Einkommen eine wichtige Rolle, die unteren Einkommensgruppen verfügen über keine Krankenversicherung. Im Gegensatz zu einkommensabhängigen Sozialbeiträgen kommen diese in den USA einer Kopfsteuer gleich. Nimmt das Einkommen stärker zu, dann steigt die Bedeutung der Einkommensteuer. Sie spielt für die obere Mittelschicht die wichtigste Rolle. Bei den Reichen kommen Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer und zum kleinen Teil auch Erbschaftssteuer dazu. Der durchschnittliche Steuersatz der ArbeiterInnenklasse ist in den letzten Jahrzehnten sogar leicht gestiegen, jener der 400 Reichsten sank ausgehend von 60% und lag 2018, nach der Steuerreform von Donald Trump, erstmals unter jenem der ArbeiterInnenklasse.

Die Steuerreform von Donald Trump im Jahr 2018 hat einen weiteren Trend verdeutlicht: Die USA sind das einzige Hocheinkommensland, in dem die Steuerquote heute niedriger ist als im frühen 20. Jahrhundert. Die zentralen Determinanten dieser Entwicklung sind die Reduktion in der Besteuerung von Kapitaleinkommen und das gleichzeitige Erodieren der Basis der Kapital-

besteuerung. Die Reduktion in der Besteuerung von Kapitaleinkommen hat zur Konsequenz, dass die Übereichen, die einen wesentlichen Anteil ihres Einkommens aus Kapitalbesitz beziehen, noch mehr Vermögen akkumulieren können. So hat auch das Steuersystem einen relevanten Beitrag zur steigenden Vermögenskonzentration geleistet.

Warren Buffets berühmtes Diktum, er zahle weniger Steuern als seine Sekretärin, ist Realität. Den von ihm beschworenen Klassenkampf haben die Reichen gewonnen, und das mündete in dieser unbefriedigenden Struktur der Steuerleistungen. Saez und Zucman nennen das Plutokratie, die Herrschaft des Geldes, und halten diese aus drei Gründen für gesellschaftlich höchst problematisch: Es führt zu Geldmangel und damit fehlender Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte, zu fehlender Fairness und zu einer Ungleichheitsspirale.

Steuervermeidung – der Lieblingssport der Multis und Reichen

Historisch war das ganz anders. Vermögenssteuern gehen bis auf die Ursprünge der USA im 18. Jahrhundert zurück. Präsident Franklin Delano Roosevelt hielt in den 1930er-Jahren aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftlichen Stabilität Obergrenzen bei Einkommen für sinnvoll und setzte deshalb konfiskatorisch hohe Spitzensätze bei Einkommen- und Erbschaftssteuern durch. Als besonders effektiv in der Besteuerung der Reichen, die den Einkommensausweis oft vermeiden, erwiesen sich hohe Körperschaftssteuersätze auf Unternehmensgewinne. Voraussetzungen für das Funktionieren des

Roosevelt'schen Steuersystems waren ein gesellschaftliches Bekenntnis zu kollektivem Handeln sowie das konsequente Anprangern von Steuersünden. Erst in den 1980er-Jahren brach mit der Präsidentschaft von Ronald „Bereichert euch!“ Reagan der politische Wille zur Durchsetzung gerechter Steuern zusammen und die über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg praktizierte Steuervermeidung wurde zum Lieblingssport der Multis und Reichen.

Vor allem die Vermeidung der Körperschaftssteuer erwies sich als besonders einfach. Über Verrechnungspreise und mit tatkräftiger Hilfe der großen Buchhaltungsfirmen Deloitte, Ernst&Young, KPMG und PricewaterhouseCoopers werden Gewinne in die weltweiten Steuersümpfe verschoben und damit Steuern dort, wo eigentlich die Leistung anfällt, vermieden. Gabriel Zucman rechnet vor: Heute werden nach konservativer Schätzung 40% aller multinationalen Profite in notorischen Steuersümpfen verbucht. Dabei geht es nicht nur um die Bermudas, Cayman Islands oder Puerto Rico, sondern wesentlich auch um Irland, die Niederlande oder die Schweiz.

Wenn Globalisierung immer niedrigere Steuern für ihre wichtigsten Gewinner, die Eigentümer multinationaler Konzerne, und immer höhere Steuern für die ArbeiterInnenklasse bedeutet, dann wird sie rasch an ihre gesellschaftlichen Grenzen geraten. Um das zu verhindern, setzen Saez und Zucman mit Vorschlägen für mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit an drei Ebenen an: Erstens bei einer Stärkung internationaler Koordination und Kooperation, zweitens bei der effektiveren und stärkeren Besteuerung der Reichen und drittens beim Ausbau des

Sozialstaates über eine nationale Einkommensteuer.

Wie die Steuervermeidung gestoppt werden kann ...

Saez und Zucman sehen erhebliches Potential bei internationalen Kooperation und Steuerabkommen, besonders im Projekt „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS) der OECD. Doch die internationale Kooperation müsste über Vereinbarungen zur Steuerbemessungsgrundlage hinausgehen und unfairen Wettbewerb bei den Steuersätzen unterbinden. Daher sollte ein effektiver Aktionsplan folgende vier Maßnahmen umfassen: 1. Alle Staaten müssten ihre eigenen multinationalen Konzerne besteuern. Transparentes, das heißt, öffentlich zugängliches, „*country by country reporting*“ im Rahmen von BEPS würde wesentlich dabei helfen, Konzerne mit einem Mindeststeuersatz, etwa von 25%, zu besteuern. Doch diese Maßnahme ist auch ohne internationale Kooperation unilateral umsetzbar. 2. Koordination der Staaten bei dieser Mindestkörperschaftssteuer. 3. Verteidigungsmaßnahmen gegen Staaten, die die Kooperation verweigern, etwa durch Reform oder Aufkündigung bestehender Doppelbesteuerungsabkommen. 4. Effektive Sanktionen der Staatengemeinschaft gegen Trittbrettfahrer, etwa durch Finanztransaktionssteuern.

All das erscheint keinesfalls unmöglich, denn die Hälfte der multinationalen Konzerne hat ihren Hauptsitz in den USA oder in der EU. Auch wenn Konzerne in Steuerdebatten die Verlagerung des Hauptsitzes immer wieder als Drohgebärde an die Wand malen, gestaltet sich ein solches Unterfangen rechtlich schwierig bis unmöglich. Hilf-

reich wäre es auch, Steuerfragen ins Zentrum internationaler Handelsabkommen zu rücken. Mit Mindestanforderungen bei Bemessungsgrundlage und Steuersätzen könnten sich die internationalen Firmen und die Staaten auf wohlstandssteigernde Aktivitäten konzentrieren: höhere Produktivität, bessere Infrastruktur, Kaufkraft der KonsumentInnen, mehr Verteilungsgerechtigkeit.

... warum die Reichen besteuert werden müssen ...

Donald Trump brüstete sich im Wahlkampf 2016 mit seinen nicht bezahlten Steuern. Warren Buffet konterte, er sei moralisch überlegen, schließlich habe er 1,9 Millionen USD an Steuern bezahlt und dann noch gespendet. Was er vergaß zu erwähnen: Die 1,9 Millionen Euro kommen einem effektiven Steuersatz von 0,055% gleich. Woran Saez und Zucman uns erinnern: Bei Steuergerechtigkeit geht es nicht um freiwillige Beiträge der Superreichen. Wir brauchen effektive Mechanismen für die Besteuerung hoher Einkommen und eine Vermögenssteuer.

Eine zumindest markante Verbesserung der Voraussetzung für eine effektive Besteuerung der Reichen wären internationale Koordination bei der Körperschaftssteuer, Regulierungen der Steuervermeidungsindustrie und das Schließen der Schlupflöcher im Steuersystem. Dazu schlagen Saez und Zucman die Gründung eines „*Public protection bureau*“ vor, ausgestattet mit einem Mandat zur Verhinderung aller wirtschaftlichen Aktivitäten, die ausschließlich der Steuervermeidung dienen, und zur Beobachtung ausländischer Steuerpraktiken.

Viele Schlupflöcher könnten durch

die Durchsetzung eines einfachen Prinzips gestopft werden: Dieselbe Einkommenshöhe muss – unabhängig von der Einkommensquelle – mit demselben Steuersatz versteuert werden. Für die derzeitige Praxis, ein und dieselbe Einkommenshöhe, je nach Quelle, mit unterschiedlichen Steuersätzen zu besteuern, gibt es keine überzeugenden Gründe. Sie hat zur Konsequenz, dass reiche Menschen ihre Arbeitseinkommen über diverse Tricks in niedriger besteuerte Profite oder Kapitalgewinne umwandeln. Eine gemeinsame Besteuerung aller Einkommensarten innerhalb eines progressiven Einkommensteuersystems, das auch die Körperschaftssteuer umfasst, wäre hier ein erster, aber großer Schritt.

Denn höheres Aufkommen aus Körperschaftssteuern durch höhere Steuersätze und geringere Steuervermeidung wären zentrale Elemente der fairen Besteuerung der Reichen. Weitere Elemente sind eine progressive Einkommensteuer und eine griffige Vermögenssteuer, ähnlich der konfiskatorischen Besteuerung absurd hoher Einkommen in den 1930er-Jahren unter Franklin Delano Roosevelt zur Rettung demokratischer und meritokratischer Ideale. *„Wealth is power. An extreme concentration of wealth means an extreme concentration of power. The power to influence government policy. The power to stifle competition. The power to shape ideology. Together they are the power to tilt the distribution of income to one's advantage – in the marketplace, in governments, in the media“* (Seite 158 der englischsprachigen Ausgabe). Die zentrale Aufgabe einer Vermögenssteuer für Milliardäre wäre deshalb nicht, das Steueraufkommen zu maximieren, sondern den Vermögensbestand zu dekonzentrieren.

... und wie ein Sozialstaat aufgebaut werden kann

Im Zuge einer neuerlichen Wende hin zu einem progressiven Steuersystem nach den Plänen von Emmanuel Saez und Gabriel Zucman könnte auch in den USA einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient, etabliert werden. Dessen drei tragenden Pfeiler wären Bildung für die Jungen, Pensionen für die Älteren und Gesundheitsleistungen für alle. Eine höhere Besteuerung der Reichen nach den Plänen von Saez und Zucman würde zu Einnahmen in der Höhe von etwa 4% des Nettonationaleinkommens führen, die Expansion des Sozialstaates braucht aber mehr Mittel.

Mit ihren progressiven Vorschlägen zur Finanzierung von Sozialstaaten haben Saez und Zucman in der internationalen wissenschaftlichen Community für Aufregung gesorgt. Es gibt, so die beiden Autoren, keinen vernünftigen Grund, warum Kapitaleinkommen oder Vermögen von der Finanzierung des Sozialstaates ausgenommen werden sollten, auch wenn dies in vielen europäischen Ländern gängige Praxis ist. Gegen den Vorschlag ihres lautesten Kritikers, Wojciech Kopczuk, öffentliche Aufgaben über eine Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen zu finanzieren, wenden Saez und Zucman ein: Mehrwertsteuern wirken regressiv, sind ungerecht, die Reichen sind – etwa aufgrund ihrer hohen Sparneigung – gut in der Lage, diese Steuer zu umgehen. *„Justice too long delayed is justice denied“* – gilt auch für Steuern, so die Autoren. Anstelle der Finanzierung über Mehrwertsteuern oder Sozialversicherungsbeiträge mit Höchstbeitragsgrundlagen schlagen sie – ganz pragmatisch – die Einführung einer

proportionalen nationalen Einkommensteuer vor. Diese 6-prozentige Steuer ist als Ergänzung der progressiven Steuern und als Ersatz für regressiv wirkende Steuern konzipiert, durch die Abschaffung letzterer wäre das Steuersystem trotz proportionaler Besteuerung im Rahmen der nationalen Einkommensteuer in Summe progressiv. Und da die Steuerbasis sich auf knapp 100% des Nationaleinkommens beläuft, könnten die Einnahmen gemeinsam mit Einnahmen aus den Reichensteuern den Ausbau des Sozialstaates finanzieren. Gesundheitsversicherung für alle und bezahlter Mutterschaftsurlaub könnten so auch in den USA Realität werden.

Steuern, endlich verständlich

„Triumph der Ungerechtigkeit“ beeindruckt durch wichtige grundsätzliche Argumente, die in der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung oft vergessen werden. Ein Beispiel: Letztlich werden alle Steuern von Menschen bezahlt. Die übliche Trennung in Unternehmenssteuern einerseits und von Haushalten oder Personen bezahlte Steuern andererseits ist irreführend. Denn jegliches Einkommen – die Basis der Besteuerung – geht schließlich an konkrete Personen.

Geprägt von Pragmatismus und Aufklärungsoptimismus erinnern Saez und Zucman daran, dass es nichts der Globalisierung Inhärentes gibt, das Staaten die Möglichkeit effektiver Konzern- und Vermögensbesteuerung raubt. Die Gesellschaft entscheidet, ob sie ein intransparentes Finanzsystem und zahllose Möglichkeiten des Steuermissbrauchs toleriert oder ein internationales Vermögensregister aufbaut, das eine effektive Besteuerung

von Vermögensbeständen und -einkommen ermöglicht. Es ist möglich, sich gegen die internationale Steuervermeidungsindustrie zu stellen, diese zu regulieren und die internationale Kooperation zu vertiefen.

Auch im 21. Jahrhundert hat jedes Land im Zuge demokratisch legitimierter Prozesse die Möglichkeit, über die Höhe der Steuerprogression zu entscheiden. „Triumph of Injustice“ wird von einer Homepage taxjustice-now.org begleitet. Deren Kern ist ein Steuersimulationsmodell, das die Analyse der Verteilungswirkung konkreter steuerpolitischer Reformvorschläge erlaubt. Zudem zeigt sich dort, dass Marc Zuckerberg, Warren Buffet, Bill Gates

& Co unter den griffigen Steuerplänen von Saez und Zucman zwar weniger überreich wären, doch immer noch ein Vermögen in zweistelliger Milliardenhöhe ihr Eigen nennen würden.

In Summe zeigt sich die Wirtschaftswissenschaft im „The Triumph of Injustice“ von Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, wie sie sein soll: wirtschaftstheoretisch und -historisch beschlagen, empirisch fundiert, fähig sich allgemein verständlich auszudrücken und verlässlich an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen ausgerichtet.

Franziska Disslbacher,
Markus Marterbauer

Keynes aus ideenhistorischer Perspektive

Rezension von: Sheila Dow,
Jesper Jespersen, Geoff Tily (Hrsg.),
The General Theory and Keynes for the
21st Century, Edward Elgar, Cheltenham
und Northampton, MA, 2018,
208 Seiten, gebunden, € 107;
ISBN 978-1-786-43987-1.

Zum 80. Geburtstag der keynesianischen Ökonomin Victoria Chick haben Sheila Dow, Jesper Jespersen und Geoff Tily den vorliegenden Sammelband herausgegeben. Er enthält insgesamt 14 Beiträge, die sich mit Keynes, seiner Interpretation und Rezeption sowie den Bezügen zu anderen Ökonomen auseinandersetzen.

Um es gleich vorab zu sagen: Wer wegen des Titels eine Anwendung von Keynes' Theorie auf aktuelle wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen erwartet, wird enttäuscht. Obwohl im Titel vom 21. Jahrhundert die Rede ist, fokussieren die meisten Beiträge des Bandes auf Keynes' aktive Zeit. Und wenn es um die Interpretation und Rezeption von Keynes geht, handelt es sich vor allem um die Rezeption der Zeitgenossen von Keynes (von Heinz Kurz ist zum Beispiel ein Beitrag zur Keynes-Rezeption Schumpeters enthalten) oder um bekannte Rezeptionen aus den 60er- und 70er-Jahren durch Friedman und andere.

Die internationale Finanzkrise von 2008/09 sowie die Eurokrise, in denen Keynes wieder heftig diskutiert und keynesianische Politik in Teilen auch explizit wieder angewandt wurde, kommt so gut wie gar nicht vor. Auch Bezüge zur Weiterentwicklung seiner

Theorie, etwa durch Minsky oder die heutigen Postkeynesianer, werden nicht hergestellt. Darüber hinaus wird Keynes' „General Theory“ (GT) auch in den meisten Beiträgen recht unkritisch diskutiert. Die Auslassungen und Inkonsistenzen, die in der GT durchaus vorhanden sind, werden kaum behandelt (eine Ausnahme bildet ein Beitrag von Gerhard Ambrosi).

Der Band beginnt mit einem Text von Victoria Chick mit dem Titel „On the relevance of The General Theory at 80: economic change and economic theory“. Hier untersucht Chick zwar explizit, ob die GT auch im 21. Jahrhundert noch relevant ist. Die Untersuchung bleibt aber leider recht oberflächlich.

Chick kommt zu der Schlussfolgerung, dass das Prinzip der effektiven Nachfrage und der Liquiditätspräferenz noch heute relevant seien, die von Keynes nicht berücksichtigte Globalisierung sowie das durch die Finanzmarktliberalisierung veränderte Bankenverhalten aber zu Veränderungen seiner Theorie führen würden. Wie genau, das erfährt man nicht.

Auf keynesianische Modelle und Theorien der offenen Ökonomie wird nicht eingegangen. Gerade bei Fragen der Effekte der Finanzmarktliberalisierung wäre ein Verweis etwa auf Hyman Minsky interessant gewesen, der ja genau dieses Phänomen aus einer explizit keynesianischen Sicht analysiert hat. Ganz neu muss man also mit einer Modernisierung von Keynes nicht anfangen. Gerade in Chicks Beitrag wäre eine kritische Auseinandersetzung mit den Finanzkrisen der jüngsten Vergangenheit sehr ertragreich gewesen. Diese findet aber nicht statt.

Die drei Beiträge von Maria Cristina Marcuzzo, G. C. Harcourt et al. und Teodoro Dario Togati stellen die Frage,

warum die GT so oft – etwa in der neoklassischen Synthese – (vermeintlich) fehlinterpretiert wurde. Keynes trage dabei eine Mitschuld. So meint Marcuzzo, die GT mache oft Gebrauch von Standardkonzepten der Neoklassik, sodass die eigentlich revolutionäre Lehre von Keynes nicht klargeworden sei. Und Togati schreibt, Keynes hätte zu viele methodische und theoretische Fragen implizit gelassen. Harcourt et al. sehen vor allem politische Gründe, so etwa die Angriffe von Milton Friedman.

Alle drei Beiträge gehen aber davon aus, dass Keynes in seiner GT eine richtige und vollständig ausgearbeitete Theorie bereitgestellt habe, die er in Teilen nur schlecht verkauft habe und die von Gegnern zerredet worden sei. Dabei ist die GT in Teilen intern inkonsistent und auch inkonsequent: Wie ich an anderer Stelle versucht habe zu zeigen,¹ kritisiert Keynes zwar die *Loanable-Funds*-Theorie (nach der Ersparnis und Investitionen den Zins bestimmen würden), lässt davon aber wichtige Teile weiter stehen, etwa die Annahme, die Ersparnis sei Quelle von Finanzierung – was sie niemals ist. Das schwächt wiederum seine Liquiditätspräferenztheorie und hat den Interpreten der neoklassischen Synthese Tür und Tor für das Weiterbestehen und die Weiterentwicklung der *Loanable-Funds*-Theorie und ihrer unrichtigen Zinsbestimmung geöffnet.

Das alles soll kein Vorwurf an Keynes sein. Schließlich hat er als einer der Ersten das Gedankengebäude entworfen, das heute als keynesianische Makroökonomie gelehrt und angewandt wird, und mit der Liquiditätstheorie eine wichtige Alternative zur *Loanable-Funds*-Theorie entworfen. Aber dennoch war er ein Kind seiner Zeit und

hat vielleicht selbst noch nicht ganz so klar gesehen, wie stark seine neue Lehre von der alten abwich. Das ist absolut legitim und der Weg der Wissenschaft.

Aber das heißt auch, dass man die GT nicht als fast perfektes Werk sehen darf, wie es in den drei Beiträgen implizit getan wird. Torgati fordert etwa ein „*full-blown Keynesian research programme*“, als ob es in den Jahrzehnten, die seit Erscheinen der GT vergangen sind, nicht genau so etwas gegeben hätte und auch weiter gibt.

Auch Robert Skidelsky greift keine aktuellen Debatten auf. Er hat aber eine sehr gute – und gut geschriebene – sowie konzise Zusammenfassung der GT geschrieben, und auch darüber, in welchem Verhältnis sie zu den polit-ökonomischen Problemen ihrer Zeit steht. Dabei beschreibt er zwei Arten, wie Keynes interpretiert wurde. Erstens könne man die GT als ein Aufzeigen der Möglichkeiten lesen, wie unter den institutionellen Bedingungen der Krise der 1930er-Jahre die Arbeitslosigkeit abgebaut werden konnte, ohne gleich den Kapitalismus über Bord zu werfen; und zweitens könne man die GT als Generalabrechnung mit der gesamten „orthodoxen“ Theorie und besonders ihrer Erklärung von Arbeitslosigkeit lesen. Skidelsky bemerkt, dass die „Keynesianische Revolution“ nach dem Zweiten Weltkrieg die erste Interpretation genutzt habe und sehr viel weniger die zweite.

Die drei Beiträge von Anna Carbelli und Mario Cedrini, Alessandro Vercelli sowie Tim Congdon befassen sich mit spezielleren Themen. Carbelli und Cedrini betrachten die Rolle, welche die Zeit bei Keynes einnimmt. Vercelli untersucht die Rolle der Keynes'schen Liquiditätspräferenz, und Congdon ent-

wickelt ein grafisches Modell zur Bestimmung der Geldmenge bei endogenem Kredit und Geld.

Radhika Desai und Sheila Dow diskutieren Keynes' Einstellung und Vorschläge zum internationalen Geldsystem. Desai vergleicht Keynes' frühe Schrift „Indian Currency and Finance“ von 1913 mit seinen späteren Arbeiten zum internationalen Finanzsystem, besonders im Vorfeld der Bretton-Woods-Konferenz. Entgegen der weitläufigen Meinung, „Indian Currency and Finance“ würde die späteren Gedanken Keynes' vorwegnehmen, argumentiert Desai, dass Keynes zwischen 1913 und 1944 eine große intellektuelle Wandlung durchgemacht habe. Das mag alles interessant für die historische Keynes-Forschung sein, aber leider stellt Desai keine Bezüge zum Weltwährungssystem des 21. Jahrhunderts her.

Das macht allerdings Sheila Dow in ihrem Beitrag „Keynes on domestic and international monetary reform“. Dow nimmt den Titel des Bandes ernst und zeigt zuerst Keynes' Sicht auf das internationale Währungssystem seiner Zeit, um diese Sicht dann mit dem heutigen Weltwährungssystem zu kontrastieren. Sie betont besonders die Liquiditätspräferenz. National wie international gelte, dass eine zu hohe Präferenz für Liquidität – Geldhortung im nationalen, Devisenhortung im internationalen Kontext – zu einer zu geringen Nachfrage und zu hohen Zinsen führe, was die Wirtschaften belaste. Ohne einen internationalen Mechanismus, der es Überschussländern mit guter Bonität erschwert, ihre Überschüsse zu reduzieren, sei es nur rational, dass schwächere Länder selbst versuchen, quasi als Versicherung Überschüsse zu erwirtschaften. Das schwäche aber die Weltwirtschaft.

So richtig diese Erkenntnisse sind, so wünschenswert wäre eine angewandtere Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik in der Eurozone gewesen. In der Eurozone gibt es mit der EZB bereits eine Institution, die einem internationalen *Lender of Last Resort* sehr nahekommt, und dennoch gibt es große politische Schwierigkeiten, die Überschussländer – und hier vor allem Deutschland – dazu zu bringen, ihre Überschüsse abzubauen. Darauf geht Dow leider nicht ein.

Gerhard Michael Ambrosi setzt sich in seinem Artikel zum „Gibson-Paradox“ mit der Frage auseinander, warum Keynes in der GT eine negative Korrelation zwischen der Zins- und der Preisentwicklung postuliert, obwohl er selbst nur sechs Jahre vor der Publikation der GT von der empirischen Entdeckung beeindruckt war, dass Preise und Zinsen positiv miteinander korreliert sind. Ambrosi versucht diese beiden Faktoren miteinander zu verbinden, indem er in ein IS/LM-Modell die Zinsen als Kostenfaktor für die Unternehmen integriert – was Keynes in der GT nicht getan hat. Ambrosi isoliert dann zwei Effekte von Zinsänderungen: erstens den Effekt über die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, in dem Zinserhöhungen die Investitionen, damit die Nachfrage und auch das Preisniveau senken; und zweitens einen Kosteneffekt, in dem höhere Zinsen die Kosten der Unternehmen erhöhen, die diese höheren Kosten dann in höhere Preise überwälzen.

Die drei letzten Beiträge des Bandes befassen sich mit dem Verhältnis von Keynes und seiner Theorie zu anderen Autoren. M. G. Hayes diskutiert das Verhältnis von Keynes zu Sraffa, Andy Denis das zu Marx und Heinz Kurz das zu Schumpeter. Hayes versucht in sei-

nem Beitrag, Anhaltspunkte dafür zu finden, wie Sraffa und Keynes' Theorie zu verbinden seien und geht damit einer Forderung von Joan Robinson nach.

Denis versucht herauszustellen, dass es viele Gemeinsamkeiten zwischen Keynes und Marx gegeben habe. So habe auch Keynes ansatzweise eine Werttheorie der Arbeit vertreten. Vor allem seien aber die fallende Profitrate von Marx und die fallende „*marginal efficiency of capital*“ (MEC) von Keynes miteinander vergleichbar.

Dieser Vergleich hinkt allerdings kräftig. Denn Denis meint, die MEC sei der Marx'schen Profitrate sehr ähnlich. Das stimmt aber nicht. Denn während sich Marx auf die *heutige* Profitrate bezieht, die den Profit einer Periode ins Verhältnis zum Kapitalbestand setzt, definiert Keynes seine MEC als diejenige Rate, die den Barwert der *zukünftigen* Profite gleich dem Preis einer *zusätzlichen* (also marginalen) Investition setzt. Dies ist nichts anderes als der interne Zinsfuß.

Daraus wird schon klar, dass es sich bei beiden Raten nicht um die gleiche Sache handeln kann. Denis arbeitet leider nicht systematisch heraus, inwiefern man diese beiden Raten überhaupt miteinander vergleichen kann. Dadurch wird die Schlussfolgerung sehr fragwürdig, Marx und Keynes hätten ähnliche Überlegungen angestellt.

Abschließend arbeitet Heinz Kurz das Verhältnis zwischen Keynes und Schumpeter heraus. Ausführlich beschreibt er die Kritik Schumpeters an

Keynes – weil Keynes selbst kaum auf Schumpeter eingegangen ist. Dabei arbeitet er Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Ökonomen heraus. Er argumentiert, dass Schumpeters Kritik, Keynes würde sich zu sehr auf die kurze Frist konzentrieren und etwa die Kapazitäts- und Technologieeffekte von Investitionen nicht berücksichtigen, durchaus zutreffe. Darüber hinaus sieht er viele Komplementaritäten zwischen den beiden: Beide hätten die reine neoklassische Theorie abgelehnt, sich aber dennoch nicht vollkommen von ihr getrennt; Keynes beschreibe die kurze und Schumpeter eher die lange Frist.

Alles in allem gibt der Band einen Anreiz, sich wieder verstärkt mit Keynes' GT auseinanderzusetzen. Die meisten Beiträge des Bandes betreiben aber eher Dogmengeschichte und sind an Keynes' Rolle für das 21. Jahrhundert wenig interessiert. Ein stärkerer Bezug auf aktuelle (keynesianische) Theorie- und Politikdebatten wäre wichtig gewesen, um die weiterhin hohe Relevanz von Keynes' GT – aber auch die analytischen Grenzen dieses Ansatzes – für die heutige Zeit herauszustellen.

Fabian Lindner

Anmerkung

- ¹ Lindner, Fabian, Probleme der Keynes'schen Theorie – saldenmechanisch durchleuchtet, in: Hagemann, Harald; Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Für eine bessere gesamteuropäische Wirtschaftspolitik (Marburg 2015) 293-321.

Umkämpfte Solidaritäten

Rezension von: Carina Altreiter,
Jörg Flecker, Ulrike Papouschek,
Saskja Schindler, Annika Schönaauer,
Umkämpfte Solidaritäten – Spaltungs-
linien in der Gegenwartsgesellschaft,
Promedia, Wien 2019, 200 Seiten,
broschiert, € 17,90;
ISBN 978-3-853-71460-7.

Die Entwicklungen des vergangenen Jahrzehnts wie u. a. die Wirtschafts- und Finanzkrise und die vielen Menschen auf der Flucht im Jahr 2015 haben zu einer Polarisierung der österreichischen Gesellschaft beigetragen, was sich in den Wahlkämpfen um die Präsidentschaft oder den Nationalrat und insbesondere im massiven Zuspruch der rechtspopulistischen Parteien zeigt.

Der politische Diskurs der vergangenen Jahre ergibt zunächst ein Bild der Spaltung unserer Gesellschaft. Die StudienautorInnen aber gehen davon aus, dass die gesellschaftliche Realität komplexer ist. Um ein tieferes und besseres Verständnis der Gegenwartsgesellschaft zu erlangen, haben sie mit 48 unterschiedlichen Personen aus ganz Österreich ausführliche Gespräche geführt. Ausgangspunkt war in theoretischer Hinsicht der Begriff „Solidarität“. Sowohl politisch linke Parteien und Bewegungen als auch rechtspopulistische Parteien appellieren an die Solidarität, wobei der Begriff ganz unterschiedlich verwendet wird. Daher eignet er sich gut, Spaltungen – vor allem den Zusammenhalt, nämlich das „Wir“ sowie den Abstand zu „anderen“ – in den Blick zu bekommen sowie Ambivalenzen und Widersprüche, etwa

wenn ausgrenzende Haltungen sich mit solidarischen verbinden, sichtbar zu machen.

Grundlage für den empirischen Teil des Buches ist die soziologische Analyse von 70 Stunden Tonbandmaterial, die Summe der Interviews. Diese individuellen Fälle werden miteinander verglichen und ähnliche Solidaritätsmuster zu Typen zusammengefasst. Für die Typenbildung sind fünf zentrale Fragen ausschlaggebend: (1) die Zugehörigkeit zu und die Identifikation mit einer Gruppe; (2) wer zählt zur eigenen Solidargemeinschaft, wer nicht; (3) welche Bedingungen werden an die Aufnahme in die Solidargemeinschaft gestellt; (4) von welchen Gerechtigkeitsprinzipien ist die Person geprägt, und (5) werden die Personen selbst aktiv, oder sehen sie die Verantwortung für Solidarität beim Staat?

Die Auswertung der Interviewdaten haben zu sieben verschiedenen Typen von Solidarität geführt, wobei die StudienautorInnen jeden Typus anhand von wortwörtlichen Zitaten aus den Gesprächen ausführlich darstellen. Um die LeserInnen in die Lebenswelten der Befragten so anschaulich wie möglich einzuführen, werden die verschiedenen Typen jeweils mittels der Lebensgeschichte zweier Personen ausführlich dargestellt. Anhand des beruflichen Werdegangs, persönlicher Sichtweisen auf Politik und Gerechtigkeit, aber auch den Sorgen und Anliegen charakterisieren diese Portraits den jeweiligen Typus und lassen bestimmte Vorstellungen und Konzeptionen von Solidarität hervortreten.

Anhand der Fallgeschichten und der verdichteten Darstellung der gefundenen Solidaritätsmuster machen die AutorInnen die Sichtweisen und damit verbundenen Anliegen der Befragten

sichtbar und lenken die Aufmerksamkeit der LeserInnen auf die wichtigen soziologischen, aber auch politischen Aspekte. So werden über das jeweilige solidarische Verhalten die gesellschaftlichen Spaltungslinien zwischen Zugehörigkeiten und Ausgrenzungen sozialer Gruppen herausgearbeitet. Konkret festgemacht wird das an den individuellen Haltungen gegenüber Zuwanderern und Geflüchteten sowie gegenüber dem Sozialstaat als institutionalisierte Form der Solidarität.

Die AutorInnen verorten die unterschiedlichen Solidaritätsmuster auf einem multidimensionalen Kontinuum – im Gegensatz zu einer Dualität von solidarisch versus unsolidarisch. An einem Ende der Skala stehen die BefürworterInnen „politischer Solidarität“, die für das „Eintreten füreinander“ eintreten. Sie setzen sich für Nicht-Privilegierte sowie Beherrschte in unserer Gesellschaft ein und sehen sich selbst als Teil der Unterdrückten.

Die BefürworterInnen „altruistischer Solidarität“ hingegen sehen sich aufgrund der eigenen besseren Lage moralisch verpflichtet, jenen zu helfen, die in Notlagen sind. Einstellungen, dass man/frau Bedürftigen helfen soll, diese aber dafür auch etwas leisten müssen, werden mit „leistungsorientierter Solidarität“ umschrieben. BefürworterInnen „beitragsorientierter Solidarität“ wiederum sind der Überzeugung, dass Leistung sich lohnen muss. Wer einen Beitrag zur Gesellschaft in Form von Erwerbsarbeit leistet, soll auch mit Unterstützung rechnen können. Er bzw. sie hat sie sich verdient, auch als Neuankömmling.

Das Solidaritätsmuster derjenigen, die primär die überkommene moralische Ordnung erhalten wollen, stehen zwar leistungswilligen Zuwanderern

und Geflüchteten prinzipiell offen gegenüber, äußern aber auch Sorgen über die Veränderung der kulturellen Werte in Österreich. Der nächste Typus ist geprägt vom Leitprinzip „Mehr für die Unsrigen tun“, womit die nationale Zugehörigkeit in den Vordergrund rückt. Der Sozialstaat soll sich um die inländischen Bedürftigen kümmern. Und ganz rechts auf der Skala reihen sich die Fallgeschichten jener ein, die „unter sich bleiben wollen“. Diese Personen haben den Eindruck, dass bereits in den vergangenen Jahrzehnten zu viele fremde Menschen nach Österreich gekommen sind. Sie sehen ihre kulturellen Werte bedroht. In ihrer Wahrnehmung scheinen vor allem die zugewanderten Menschen den Sozialstaat zu nutzen. Sie tendieren auch dazu, den Sozialstaat für die Bessergestellten zu reservieren, und lehnen Solidarität etwa mit Langzeitarbeitslosen ab.

Dieser Überblick über unterschiedliche Formen der Solidarität bzw. des Mangels davon ist interessant zu lesen, da die Inklusions- und Exklusionsmechanismen mit wörtlichen Zitaten auch in Umgangssprache sehr anschaulich dargelegt werden. Die Befragten werden dadurch vorstellbar. Der Text gibt auch gezielte Fragen der InterviewerIn und die jeweiligen Antworten wieder, was bewirkt, dass sich der/die LeserIn unmittelbar im Gespräch wiederfindet.

Um die stark differierende Blickweise auf die Welt näher zu beleuchten, werden im dritten Teil des Buches die Zugehörigkeiten und Spaltungslinien auf den Punkt gebracht. Im Alltag glaubt man zu wissen, was mit „wir“ und die „anderen“ gemeint ist. Die AutorInnen fanden aber sehr vielfältige und teils situationsbedingte Identifikationen der

Befragten. Nicht weniger als zehn verschiedene Verständnisse von „wir“ lassen sich ausmachen. Mit „wir“ kann also vieles gemeint sein – die Klasse, das Milieu, kleine Lebenswelten, die verantwortungsvollen StaatsbürgerInnen, der Sozialstaat, der Nationalstaat, die Etablierten oder aber die „Leistungsträger“. Und auch die Spaltungslinien in der Gesellschaft verlaufen keinesfalls eindeutig in Form von klaren Gegensätzen, etwa dass die einen die Grenzen der Solidargesellschaft sehr weit ziehen und Randgruppen der Gesellschaft mit einbeziehen und die anderen wiederum Solidarität von nationaler Zugehörigkeit, aktivem Erwerbsleben und Leistungsfähigkeit abhängig machen.

Die Unterscheidungen von Solidariitätsmustern und die Grenzlinien zwischen diesen sind deutlich vielfältiger. Die vielen Überschneidungen der vermeintlichen Spaltungslinien, aber auch Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten in den Haltungen der einzelnen Personen machen das Lesen des Buches besonders interessant. Gerade

vor dem Hintergrund, dass die Medien und auch der öffentliche Diskurs ein eindeutiges Bild einer zu gesellschaftspolitischen Fragen zusehends gespaltenen Gesellschaft vermitteln, was ein eindeutiges „dafür“ oder „dagegen“ suggeriert.

In den Widersprüchlichkeiten, Überschneidungen und Ambivalenzen sehen die AutorInnen die Chance, Menschen über vermeintliche Gräben hinweg gezielt politisch anzusprechen. So ist die Identifizierung mit einer Gruppe eine wichtige Grundlage für das Eintreten füreinander und für das Verfolgen von gemeinsamen Zielen – also für Solidarität. Entsprechend geht es darum, das Gemeinsame der vielen, die heute gegeneinander ausgespielt werden, hervorzuheben. Mangels festgefügtter Weltbilder und konsistenter Ideologien in den Köpfen fehlt oft nicht viel, um auch diejenigen, die keine umfassend solidarische Orientierung zeigen, für fortschrittlich-solidarische Veränderungen zu gewinnen.

Elisabeth Beer

Wie zukunftsfähig wirtschaften?

Rezension von: Andreas Novy,
Richard Bärnthaler, Veronika Heimerl,
Zukunftsfähiges Wirtschaften,
Beltz Juventa Verlag, Weinheim und
Basel 2019, 204 Seiten, broschiert,
€ 16,95; ISBN 978-3-779-96142-0.

Was meint zukunftsfähiges Wirtschaften, und wie kann es aussehen? Mit diesen großen Fragen beschäftigen sich die Autorinnen des vorliegenden Buchs. Sie haben dabei jedoch nicht den Anspruch, diese Fragen endgültig und eindeutig zu beantworten, sondern liefern einen Aufschlag für die zentralen wirtschaftspolitischen Themen und Debatten im 21. Jahrhundert. Somit versteht sich das Buch nicht nur als Einstiegslektüre, sondern auch als Debattenbeitrag, der den Rahmen rezenter wirtschaftspolitischer Fragen des Jetzt und der Zukunft absteckt. Dieses selbstgesteckte Ziel und vieles mehr erfüllt das Buch und bietet die Ausgangslage für viele spannende Diskussionen, sei es innerhalb der interessierten LeserInnenschaft, im Seminarraum an den Fachhochschulen und Universitäten oder auch zwischen ForscherInnen.

Wo kommen wir her, wo gehen wir hin?

Im Versuch der Beantwortung der Frage, wie zukunftsfähiges Wirtschaften aussehen kann, gliedern die AutorInnen das Buch in drei thematische Blöcke: Teil 1 widmet sich der Frage, wie aus theoretischer Sicht bei der Problemlösung aktueller wirtschaftspolitischer Fragestellungen mit der Komple-

xität realer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge umzugehen ist. Die AutorInnen brechen dabei die eine oder andere Lanze für Multiperspektivität in Wissenschaft und Wirtschaft. Besonders relevant ist für interessierte LeserInnen als auch Studierende die Gegenüberstellung unterschiedlicher Theorieströmungen (Polanyi vs. Hayek, Keynes vs. Polanyi) in der Beantwortung der Frage, wie bestehende Denkkollektive den Rahmen für Problemlösungsstrategien bilden.

In Bezug auf die drängenden ökonomischen Fragen des 21. Jahrhunderts, wie Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung, wird dabei deutlich, dass oftmals ein Ausbruch aus bestehenden Denkmustern erforderlich ist, um die aktuellen vielschichtigen ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme überhaupt erfassen zu können. Mit diesem im gesamten Buch durchgehaltenen Ansatz der Problemdarstellung und des Aufzeigens unterschiedlicher Lösungsansätze leistet das Buch für die kritische Auseinandersetzung mit den Problemstellungen des 21. Jahrhunderts schon mehr als so manches weitverbreitete Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre.

Auch wenn das Buch keine Darstellung unterschiedlicher Theorien in Detail und Tiefe leistet, gelingt es, die grundsätzlichen Aussagen und Annahmen dar- und gegenüberzustellen. Damit werden den LeserInnen sowohl die Vor- als auch die Nachteile der einzelnen Theorien im Umgang mit realwirtschaftlichen Problemen vor Augen geführt. Gerade für Studierende der Volkswirtschaftslehre, die am Beginn ihres Studiums ohne tiefgehende kritische Auseinandersetzung mit ökonomischen Theorien und Konzepten konfrontiert werden, fördert der von den

AutorInnen gewählte Ansatz die kritische Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis und animiert sicherlich die eine oder den anderen zur weiterführenden Recherche.

Die Welt im Umbruch

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit aktuellen Fragestellungen einer Welt im Umbruch. Das 21. Jahrhundert war bis dato geprägt durch Krisen unterschiedlichster Form und Ursache. Von der Klimakrise über wirtschaftliche Ungleichgewichte, wachsende Ungleichheit und Finanzkrisen bis hin zu sich rasch verändernden geopolitischen Machtverhältnissen und dem wirtschaftlichen Wiederaufstiegs Asiens sehen sich die Gesellschaften dynamischen Umbrüchen ausgesetzt. Das einzige Übereinstimmende in den krisenhaften Verläufen ist die damit verbundene Unsicherheit.

Aufgrund der schier unendlichen Mannigfaltigkeit der aus der wachsenden Unsicherheit entstehenden großen und kleinen Themen- und Problemfelder entschließen sich die AutorInnen, auf vier große gesellschaftliche und wirtschaftliche Themenkomplexe zu fokussieren und diese im Detail herauszuarbeiten. So gliedert sich das Kapitel in vier Abschnitte: Umwelt im Umbruch, Wirtschaft im Umbruch, Globalisierung im Umbruch und Gesellschaft im Umbruch. Jeder der einzelnen Abschnitte führt dabei multiperspektivisch in das Problemfeld ein und erläutert jeweils zentrale Konzepte und empirische Zusammenhänge. Wesentlich in der Gestaltung der Kapitel bleibt jedoch, dass die AutorInnen nicht den Anspruch stellen, abschließende Interpretationen und Analysen zu bieten. Im Gegenteil, die AutorInnen zeigen mögli-

che Wege zur weiteren und vertieften Auseinandersetzung auf. Für ein einführendes Lehrbuch ist dieser Aspekt sicherlich positiv zu betonen, da es die Studierenden schon während des Lesens der einzelnen Kapitel und Abschnitte zum Denken und Reflektieren anregt.

Wie weiter?

Der dritte und abschließende Teil des Buches widmet sich der Frage der Gestaltungsmöglichkeiten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Dies betrifft für die AutorInnen die Gestaltung und den Erhalt einer zukunftsfähigen Umwelt, Wirtschaft, Weltordnung und Gesellschaft. Auch in diesem Abschnitt des Buches greifen die AutorInnen auf unterschiedlichste theoretische und empirische Konzepte zurück, wägen diese ab und versuchen, praktikable, aber notwendigerweise vorläufige Definitionen der besagten „Zukunftsfähigkeit“ einzuführen. Dabei wird nochmals deutlich, dass die Lösung der globalen, regionalen und lokalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts innovativer und multiperspektivischer Ansätze bedarf. Auch die von den AutorInnen diskutierten Lösungsansätze (wie zum Beispiel der Alltagsökonomie, neuer innovativer Wohlfahrtsstaatsregime, einer sozial-ökologischen Steuerreform, der Ausweitung sozial-ökologischer Infrastrukturen oder des Konzepts der planetarischen Ko-Existenz) bieten viel Diskussionsstoff.

Fazit

Novy, Bärenthaler und Heimerl ist es gelungen, die drängenden Fragen unserer Zeit in ein stimmiges, in-

formativen und anregenden kleinen Lehrbuch von rund 200 Seiten anzusprechen. Im Vorwort erklären sie die Genese des Buches als Resultat einer von den AutorInnen geführten einführenden Lehrveranstaltung an der Wirtschaftsuniversität Wien. Dementsprechend ist auch von Beginn an klar, dass es sich bei dem Buch um einen ersten Einstieg in die vielfältigen Konzepte, Ideen und Lösungsvorschläge handeln kann. Mitunter wünscht man sich als LeserIn aber dann doch an der einen oder anderen Stelle eine noch tiefergehende oder weiterführende Behandlung mancher Aspekte.

Den großen Mehrwert des Buches bietet sicherlich die Multiperspektivität. Die problem- und lösungszentrierte Herangehensweise lädt, um nicht zu sagen drängt, die Lesenden regelrecht zur kritischen Auseinandersetzung mit den Inhalten und kultiviert damit die leider seit Langem fehlende „Kunst des Abwägens“ und Kontextualisierens ökonomischer Theorien. In diesem Sinne ist das Lehrbuch nicht nur ein Werk über den notwendigen Pluralismus in der Ökonomie, sondern auch gelebter Ausdruck dessen.

Michael Soder

Die Schwarz-Blaue Wende in Österreich

Rezension von: Emmerich Tálos (Hrsg.),
Die Schwarz-Blaue Wende in Österreich:
Eine Bilanz, LIT-Verlag, Wien 2019,
480 Seiten, broschiert, € 29,80;
ISBN 978-3-643-50918-5.

Im vorliegenden Sammelband liefern die AutorInnen eine umfangreiche Analyse der beiden ÖVP/FPÖ Koalitionen in den Jahren 2000-2006 und 2017-2019. Die einzelnen Beiträge dokumentieren die politischen Machtverschiebungen auf unterschiedlichen Ebenen sowie die Veränderungen in zentralen Politikfeldern. Aufbauend auf dem 2006 vorangegangenen Werk „Schwarz-Blau. Eine Bilanz des ‚Neu-Regierens‘“ arbeiten die AutorInnen Kontinuitäten und Brüche der beiden rechts-konservativen Koalitionsregierungen heraus. Anhand einer detail- und umfangreichen Dokumentation gelingt es den AutorInnen, wesentliche (realpolitische) Aspekte des politischen Projekts der rechts-konservativen Kräfte in Österreich aufzuzeigen.

Der erste Abschnitt des Buchs behandelt „Akteure und Institutionen“ der österreichischen Politik. Im zweiten Abschnitt folgt die Analyse einer Reihe unterschiedlicher „Politikfelder“. Die Beiträge reichen von der Medien-, Budget, Privatisierungs-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik bis hin zur Bildungs-, Hochschul-, Integrations-, Neutralitäts-, und EU-Politik.

Einen analytischen Schwerpunkt legt der Herausgeber Emmerich Tálos auf die Rolle der Sozialpartnerschaft. Ein Beitrag mit Ferdinand Karhofer zeigt, wie ÖVP und FPÖ die Rolle der Sozial-

partner im politischen Willens- und Entscheidungsfindungsprozess maßgeblich schwächten und die Position der Dienstgeber stärkten. Wesentlich für die rechts-konservativen Wende in Österreich ist somit der Bruch mit politischen Willens- und Entscheidungsfindungsprozessen: weg von einer breit angelegten Konsensdemokratie hin zur konfliktbehafteten Demokratie der einfachen Mehrheit. Zweitens zeichnet sich das rechts-konservative Projekt durch die Demontage wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften und punktuelle Klientelpolitik aus. ÖVP und FPÖ beschleunigten Trends, die sich spätestens seit den 1990ern abzeichneten, und setzten im Bereich der Sozialpolitik das Prinzip der Vorsorge anstelle des Prinzips der Fürsorge.

Schwächung der Sozialpartnerschaft

Tálos und Karhofer fokussieren in ihrem Beitrag stark auf das Zusammenspiel zwischen Regierungsparteien und Sozialpartnern. Die parteipolitischen Akteure und ihre Handlungsmacht stehen dabei im Vordergrund der Analyse. Indem die Autoren den historischen Kontext berücksichtigen, gelingt es ihnen, vorhandene Trends von dem durch ÖVP und FPÖ betriebenen Umbruch abzugrenzen.

Ihre Hochblüte als politischer Gestaltungsfaktor hatte die Sozialpartnerschaft bereits in den 1990ern hinter sich. Ihre Erosion beginnt somit im Kontext der neoliberalen Globalisierung – zehn Jahre bevor sich rechts-konservative Kräfte in Österreich in Form der ersten ÖVP-FPÖ-Koalition im Jahr 2000 manifestierten. Als Ursache für den Bedeutungsverlust nennen die Autoren: globale Trends, ökonomi-

sche Problemlagen und den steigenden Druck seitens der medialen Öffentlichkeit. Hinzu kam eine Krise des Kammersystems. Skandale im Führungsbereich hatten 1994 zu einem drastischen Rückgang bei der AK-Wahlbeteiligung geführt, die zur generellen Infragestellung des Kammersystems geführt hatte. Überwunden wurde die Krise durch eine beispiellose Mobilisierung seitens der AK. Zwischen Herbst 1995 und Sommer 1996 wurde von den Regierungsparteien (SPÖ/ÖVP) eine Befragung der Kammermitglieder verordnet, die eine eindeutige Mehrheit für das Kammersystem ergab.

Die ersten tiefgreifenden Einschnitte in die traditionellen Spielregeln der Interessenpolitik und in das sozialpartnerschaftliche Gestaltungspotenzial verorten die Autoren während der ÖVP-FPÖ/BZÖ-Koalition 2000-2006. Bis zum Antritt dieser Regierung hatte stets der Konsens bestanden, dass Gesetzesvorhaben, die interne Belange der Kammern betrafen, von diesen autonom geregelt werden. Im Mai 2000 wurde dieser Konsens erstmals seit 1945 gebrochen. Ohne Einbeziehung der Bundesarbeitskammer beschloss die Regierung Schüssel eine Novellierung des AK-Gesetzes. Der von FPÖ eingebrachte Initiativantrag zum „Privilegienabbau in den Arbeiterkammern“ ist dabei im Kontext der kurz davor überwundenen Krise des Kammersystems zu sehen und zielte auf eine Belebung der Debatte zur Abschaffung des Kammersystems ab. Zusätzlich stellte die FPÖ eine Forderung nach Absenkung der Kammerumlage von 0,5 auf 0,3 Prozent. Das hätte das AK-Budget gravierend reduziert: Die Arbeiterkammer wäre kaum mehr in der Lage gewesen, ihre gesetzlichen Aufgaben im

bisherigen Umfang weiter zu erfüllen. Die Umlagenkürzung konnte abgewehrt werden. Die Ankündigung wurde von der AK aber durchaus als Drohung aufgefasst, verbunden mit dem Ziel, ein allzu oppositionelles Verhalten zu unterbinden.

Als weitaus gravierender bewerten Karhofer und Tálos das Vorgehen der ÖVP-FPÖ-Koalition II in den Jahren 2017-2019. Bereits im Regierungsprogramm wurden die Sozialpartner auf vermeintliche „Effizienz- und Einsparungspotenziale“ hingewiesen. Und die Regierungsparteien stellten den Kammern ein Ultimatum, entsprechende Reformprogramme vorzulegen. Dieses verstrich schließlich ohne weitere öffentliche Ansagen oder Konsequenzen. Eine Rolle dürften dabei die Proteste gegen die Ausdehnung der Höchstarbeitszeit gespielt haben. Diese fielen mit dem Termin des Ultimatums zusammen und schaden dem Ansehen der Regierung bei einem breiten Teil der Wählerschaft. Dennoch blieb die disziplinierende Funktion der Drohung aufrecht.

Bereits unter Schwarz-Blau I hatte sich die Machtbalance zwischen den Verbänden deutlich zugunsten der Arbeitgeberseite verschoben. Unter Schwarz-Blau II waren die ArbeitnehmerInnen von Anfang an von den Kommunikationswegen und Aushandlungsprozessen in der Politikgestaltung ausgeschlossen. Ganz im Gegensatz zu den ÖVP-nahen Arbeitgeberverbänden. Deutlich wird das in der Arbeitsmarktpolitik, in der die Sozialpartnerverbände bis dahin immer eingebunden waren. So setzten ÖVP und FPÖ gleich zu Beginn der Regierungsperiode die Aktion 20.000 aus. Dabei handelte es sich um eine Version einer staatlichen Beschäftigungsgarantie.

Für Langzeitarbeitslose im Alter über 50 Jahre wurde ein geförderter Arbeitsplatz in Gemeinden und Sozialökonomischen Betrieben geschaffen.

Erheblich konfliktbehafteter war die von der Regierung mittels Initiativantrag forcierte Änderung der Höchstarbeitszeit. Mit der Gesetzesänderung zu 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche griff die Regierung in ein zentrales Politikfeld der Gewerkschaften ein, ohne diese in irgendeiner Weise in den Prozess einzubeziehen. Mit offener Parteinahme für das Lobbying der Wirtschaftsverbände beschloss die Regierung somit Gesetze im Bereich der Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik, mit denen die Einbindung von ÖGB und AK substanziell in Frage gestellt wurden. Während die Arbeitnehmerseite aus dem politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess konsequent ausgegrenzt wurde, konnte die Arbeitgeberseite ihre Interessen direkt über das Netzwerk mit der ÖVP und die engen Verbindungen mit der Regierung durchsetzen. Nicht zuletzt sind die Eingriffe in die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen zu nennen. Mit der Zentralisierung der Sozialversicherungsträger unter ÖVP/FPÖ II kam es zu einer maßgeblichen Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Selbstverwaltung zu Lasten der Organisationen der ArbeitnehmerInnen.

Die Koalitionsregierungen von ÖVP und FPÖ bzw. BZÖ zeichnen sich durch die Abkehr von der in Österreich tradierten Konsensdemokratie aus, hin zu einer Konflikt- und Mehrheitsdemokratie. Beide Regierungen kündigten einen Politikwechsel an, ohne diesen jedoch genauer zu benennen. So lautete bereits das Regierungsprogramm 2000 der Koalition unter Schüssel „Österreich neu regieren“. Die Regierung

Kurz stellte ihre Politik unter den Slogan „Der neue Stil“. Anstelle von „Streit“ solle nun die „Politik der Einigkeit“ herrschen. In der Umsetzung bedeutete das eine strikte Orientierung am Regierungsprogramm, *Message Control*, Mehrheits- statt Konsensdemokratie und ein bis dahin nicht erreichter Grad an Kanzlerhörigkeit. Letzteres durch die Einführung der weisungsbefugten GeneralsekretärInnen, die zwischen Kanzler und RessortchefsInnen in den Ministerien fungieren. Beiden Koalitionsregierungen gemeinsam war die Beschleunigung der Beschlussfassungen von Gesetzen. Bei besonders strittigen Materien umgingen ÖVP/FPÖ die üblichen Begutachtungsverfahren, indem sie Gesetzesentwürfe durch Initiativanträge in den Nationalrat einbrachten (z. B. 12-Stunden-Tag, 60-Stunden-Woche). Oppositionsparteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen werden durch diese Vorgangsweise aus dem parlamentarischen Prozess ausgegrenzt. Für die ausführliche Bearbeitung der eingebrachten Gesetzesentwürfe und für eine öffentliche Debatte bleibt dabei kaum Zeit.

Abbau sozialstaatlicher Leistungen

Der zweite Teil des Sammelbandes befasst sich mit der Analyse verschiedener Politikfelder. Die AutorInnen verdeutlichen auch hier, dass ÖVP und FPÖ vorhandene Trends intensivierten und das solidarisch-sozialstaatliche Prinzip der Fürsorge durch das Prinzip der Vorsorge ersetzten. Schwarz-Blau I verwirklichte substanzielle Verschlechterungen in der Pensionsversicherung. Kernpunkte des Umbaus waren die Abkehr vom Prinzip der Le-

bensstandardsicherung durch Leistungen der gesetzlichen Pensionsversicherung und die Förderung einer privaten Säule der Altersvorsorge. Schwarz-Blau II realisierte die tiefgreifendsten Einschnitte im Bereich der sozialen Mindestsicherung, der Arbeitszeitpolitik und der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen.

Bereits seit den 1970ern lässt sich global ein wirtschaftspolitischer Regimewechsel beobachten. Dieser zeichnet sich durch den Abbau bzw. Umbau sozialstaatlicher Sicherungssystem und die Privatisierung staatlicher Aufgaben aus. In Österreich lässt sich der Prozess verzögert, spätestens aber ab den 1990ern beobachten. ÖVP und FPÖ haben diesen Prozess ab dem Jahr 2000 und erneut ab dem Jahr 2017 in einzelnen Politikfeldern vorangetrieben. Das betrifft die Privatisierung staatlicher Betriebe ab den 1990ern (wie Herbert Obinger ausführt) ebenso wie die Abkehr von fiskal-, geld- und lohnpolitischer Koordination mit dem Ziel der Vollbeschäftigung.

Rossmann und Rohringer schreiben in ihrem Beitrag, dass Anfang der 1970er ein wesentlicher Zweck staatlichen Handelns noch in der Reduktion von Unsicherheit lag. In den 1990ern, im Vorfeld des EU-Beitritts, spielten Budgetkonsolidierungen eine wesentliche Rolle. Schwarz-Blau I trieb vor diesem Hintergrund den Abbau staatlicher Leistungen voran. ÖVP und FPÖ erhoben die „Konzentration auf Kernfunktionen“ zur budgetpolitischen Zielfunktion. Gemeint waren der Abbau sozialstaatlicher Leistungen und Steuerreduktionen. Nach außen wurde der budgetpolitische Sozialabbau bereits 2000 mit einem Gerechtigkeitsdiskurs verkauft. Die Slogans lauteten: „Sozial gerechte Verteilung der Lasten“, „Steuer-

gerechtigkeit“, „Verbesserung der sozialen Treffsicherheit“. Rossmann und Rohringer führen in ihrem Beitrag die Konsequenzen der Budgetpolitik hinter der Rhetorik der schwarz-blauen Regierungskoalitionen aus: Durch den Abbau des Sozialstaates, die Umverteilung von unten nach oben, durch Klientelpolitik zugunsten der mittleren und oberen Einkommen und die weitgehende Ausklammerung hoher Vermögen aus der Besteuerung wurde die Spaltung der Gesellschaft in Richtung einer Zwei-Drittel-Gesellschaft vorangetrieben.

Schwarz-Blau II führte den Sozialabbau hinter dem Diskurs über Gerechtigkeit weiter und verknüpfte diesen in auffallenden Ausmaß mit dem Thema Zuwanderung. Beispiellos an Schwarz-Blau II war dabei der äußerst restriktive und ausgrenzende Umgang mit AsylwerberInnen, Asylberechtigten und AusländerInnen, wie Tólos im Resümee hervorhebt. Das kommt im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, mit dem wesentliche Einschnitte der sozialen Mindestsicherung verwirklicht wurden, in vollem Umfang zum Ausdruck. ÖVP und FPÖ deckelten den Leistungsbezug und reduzierten die Leistungen für Kinder. Die Höhe der Leistungen knüpften sie an Deutschkenntnisse, was sich mittlerweile als verfassungswidrig herausstellte. Vor ihren WählerInnen legitihierten sie das, indem sie suggerierten, eine vermeintliche Einwanderung in das österreichische Sozialsystem zu verhindern. Die Konsequenz des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes ist die Schlechterstellung von Menschen, die es besonders schwer haben.

Auffällig an der ÖVP-FPÖ-Koalition ab 2017 war schließlich auch die riesige Kluft zwischen den tatsächlich um-

gesetzten Maßnahmen und den medial geführten Debatten. In dem Resümee des Sammelbandes weist Tálos auf eine Vorgehensweise hin, die er als Strategie des gezielten „Nebelgranatenwerfens“ bezeichnet. Um im öffentlichen Diskurs von unpopulären politischen Maßnahmen abzulenken, forcierte die Bundesregierung Themen zur Ablenkung. So setzten ÖVP und FPÖ vor dem Hintergrund der breiten Kritik am Beschluss der Ausweitung der Höchstarbeitszeit emotionsgeladene Themen, beispielsweise: die Abschaffung der Führerscheinprüfung auf Türkisch, Sanktionen für Abgeordnete wegen geringer Präsenz bei parlamentarischen Abstimmungen und das Kopftuchverbot in Kindergärten.

Insgesamt gelang es Schwarz-Blau II in erstaunlichem Ausmaß, die Deutungshoheit über ihr eigenes politisches Handeln zu behalten und öffentliche Diskurse zu prägen. Die Ursachen dafür reichen über die „Strategie des Nebelgranatenwerfens“ oder *Message Control* hinaus, werden in dem Sammelband jedoch nicht explizit behandelt. Einen erhellenden Beitrag liefert jedoch Andy Kaltenbrunner über die Medienpolitik unter Schwarz-Blau I & II. In diesem zeichnet der Autor die Monopolkonzentration der Medien in Österreich nach und weist auf Naheverhältnisse bzw. Interessenüberschneidungen zwischen Medienmonopolen mit ÖVP und FPÖ hin. Als besonders besorgniserregend sind darüber hinaus die Angriffe, insbesondere seitens der FPÖ, gegen kritische JournalistInnen zu bewerten.

Diskussion und Fazit

Der Sammelband dokumentiert umfang- und detailreich die beiden Regie-

rungsperioden der rechts-konservativen Koalitionsregierungen in Österreich. Dabei zeigen die AutorInnen, dass beide schwarz-blaue Regierungen das politische System auf relevanten Ebenen veränderten. Die einzelnen Beiträge reichen weit über die hier diskutierten Punkte hinaus und ermöglicht eine Vielzahl von unterschiedlichen Lesarten. Das Buch liefert Beiträge für die Erforschung der Sozialpartnerschaft und für kritische Gesellschaftsforschung. Es kann als Nachschlagewerk zur Sozialpolitik unter ÖVP und FPÖ dienen, und es empfiehlt sich als Grundlage für die politische Allgemeinbildung.

Der Sammelband baut auf dem bereits 2006 erschienenen Werk „Schwarz-Blau. Eine Bilanz des ‚Neu-Regierens‘“ auf. Anhand dessen arbeiten die AutorInnen die Kontinuitäten und die Brüche zwischen den beiden rechts-konservativen Koalitionsregierungen heraus. Im Vergleich zum Vorgänger unterscheiden sich die meisten Beiträge in dem hier diskutierten Sammelband nur um einige zusätzliche Seiten. Dabei ist zu kritisieren, dass den Besonderheiten der aktuellen Entwicklungen verhältnismäßig wenig Raum gegeben wird.

Eine besonders zu bemängelnde Lehrstelle betrifft eine angemessene Analyse der zunehmenden Normalisierung autoritärer und rechter bis rechtsradikaler Positionen im Kontext. Beide ÖVP-FPÖ-Koalitionen bedienten sich rechter bis rechtsradikaler Diskurse und Interpretationsweisen. Dabei trugen sie maßgeblich dazu bei, diese in der Gesellschaft zu normalisieren und nachhaltig als eine vermeintlich „neutrale“ Position der bürgerlichen Mitte zu verankern. Hinter der Rhetorik, Politik für eine vermeintlich homogene natio-

nale, leistungswillige Gemeinschaft zu betreiben, verschoben ÖVP und FPÖ die Kräfteverhältnisse zugunsten der Kapitalinteressen.

In Bezug auf die politischen Kräfte fokussieren die AutorInnen stark auf parteipolitische Akteure und institutionalisierte Organisationen. Bei der Analyse der einzelnen Parteien geraten dabei Konfliktlinien zwischen unterschiedlichen Interessengruppen, beispielsweise zwischen völkisch-nationalen Burschenschaftlern und VertreterInnen von Kapitalfraktionen, die teilweise (markt)liberale Ideologien vertreten, aus dem Blick. Die Analyse der Sozialpartnerschaft stellt stark auf deren Ein-

bindung in legislative Prozesse ab. Andere Dimensionen und Arenen der sozialpartnerschaftlichen Interessenvertretung werden nicht ausgeführt, z. B. der Einfluss auf herrschende Diskurse, die strategischen Positionierungen von Verbündeten in relevanten Institutionen, Koalitionen und Kooperationen mit (anderen) Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die betriebliche Ebene. Eben diese Dimensionen und Arenen sind jedoch für Überlegungen hinsichtlich Strategien zur Organisation von Gegenmacht und für die strategische Ausrichtung der ArbeiterInnenbewegung von Bedeutung.

Simon Theurl

Adelheid Popp

Rezension von: Sibylle Hamann,
 Adelheid Popp: Jugend einer Arbeiterin,
 Picus, Wien 2019, 158 Seiten, Halbleinen,
 € 20, ISBN 978-3-711-72087-0;
 Gernot Trausmuth, „Ich fürchte
 niemanden“. Adelheid Popp und der
 Kampf für das Frauenwahlrecht, Mandel-
 baum, Wien 2019, 303 Seiten, englische
 Broschur, € 19, ISBN 978-3-854-76591-2;
 Thierry Elsen, Simone Klein, Gabriele
 Röhl (Hrsg.), Adelheid Popp, Frauen-
 arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft,
 Edition Libica, Wien 2019, gebunden,
 € 24,80; ISBN 978-3-903-13726-4.

Kampf für Gerechtigkeit und Frieden

Sie zählt zu den bekanntesten Frauengestalten in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie und hat diese wie auch keine andere geprägt. Die Rede ist von Adelheid Popp, die sich trotz ihrer schwierigen und entbehrungsreichen Kindheit und Jugend – sie musste schon als Kind und als Jugendliche Heim- und Fabrikarbeiten verrichten und damit zum Lebensunterhalt der ganzen Familie beitragen – zur Doyenne der sozialdemokratischen Frauenbewegung entwickelt hat. Zeit ihres Lebens kämpfte sie für die demokratischen Rechte der Frauen, für soziale Verbesserungen, für Gerechtigkeit und Frieden.

2019 erschienen drei Publikationen, die sich mit ihrem Leben und Wirken auseinandersetzen. Anlass dazu waren drei Jubiläen: Adelheid Popp wurde am 11. Februar 1869, also vor 150 Jahren, als Adelheid Dworak im niederösterreichischen Inzersdorf (bei

Wien) geboren. Am 3. April 1919, also vor 100 Jahren, hielt sie, nachdem Frauen im Februar 1919 erstmals nicht nur wählen durften, sondern auch gewählt werden konnten,¹ als erste weibliche Nationalratsabgeordnete in der 8. Sitzung am 3. April 1919 eine Rede im Parlament. Eine Rede übrigens, die sich nicht um frauenpolitische Belange drehte, sondern die sie der „Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel u. Würden“ gewidmet hat.² Und am 7. März jährte sich ihr Todestag im Jahr 1939 zum 80. Mal.

„Ich fürchte niemanden“

Die von Gernot Trausmuth detailliert recherchierte Publikation „Ich fürchte niemanden“ zeichnet den Weg dieser Entwicklung von der Fabrikarbeiterin hin zur Berufspolitikerin und damit ihren Beitrag zur Erreichung des allgemeinen Frauenwahlrechts nach. Die Darstellung endet im Jahr 1919, in dem nach den Wahlen im Februar erstmals eine Reihe von weiblichen Abgeordneten im österreichischen Parlament angelobt werden konnten, unter ihnen Adelheid Popp.

Trausmuths Absicht, den Gründen und Mechanismen nachzuspüren, wie sich die jungen Arbeiterinnen trotz schwierigster Voraussetzungen organisieren konnten, um für eine bessere Zukunft zu kämpfen, scheint als Ausgangspunkt zwar tauglich zu sein, zeigt aber vielmehr auf, dass eine Reihe von Fragen unbeantwortet bleibt: Fragen, wie etwa, ob Adelheid Popp mit ihrem Einzug in das Parlament auf dem Höhepunkt ihrer politischen Karriere stand oder ob ihr Einzug vielmehr eine wichtige frauenpolitische Etappe war, um weitere Errungenschaften für Frauen

und die Frauenbewegung zu erreichen, bleiben offen, da das Buch mit dem Einzug in das Parlament endet, dem sie bis 1933 angehörte.³ Und damit auch die Rolle in dem sozialdemokratischen Frauennetzwerk, dem die Gründerin und Leiterin des Frauenreferats der Arbeiterkammer Wien, Käthe Leichter (1895-1942), ebenso angehörte⁴ wie die Gewerkschafterin und Politikerin Anna Boschek (1874-1957)⁵ und die Frauensekretärin des Bundes der freien Gewerkschaften in der Ersten Republik und Politikerin Wilhelmine Moik (1894-1970).⁶ Nicht behandelt werden daher ihre weitere politische Arbeit und ihr Beitrag zur Entwicklung frauenpolitischer und sozialpolitischer Anliegen, der bislang nur in den Frauen- und Geschlechterforschungen der Historikerin Gabriella Hauch Beachtung fand.⁷

Eine wissenschaftliche und kritische Biografie, wie sie erst vor Kurzem von der jungen Historikerin Veronika Duma anhand der Biografie der Gewerkschafterin, Widerstandskämpferin und berühmten Zeitzeugin Rosa Jochmann (1901-1994) gelungen ist, scheint daher weiterhin unerlässlich.⁸ Aus formaler Sicht letztlich sei auf den Makel des Fehlen eines Literatur- und Quellenverzeichnisses in Trausmuths Arbeit hingewiesen, was aber durch den ausführlichen Anmerkungsapparat wettgemacht wird.

Jugend einer Arbeiterin

In den von der Journalistin Sybille Hamann neu herausgegebenen, erstmals 1909 anonym erschienenen Jugenderinnerungen Adelheid Popp, ergänzt um Essays der Zeithistorikerin Katharina Prager und von Hamann, werden andere Fragen gestellt. Prager geht in ihrem kritischen Essay auf Spu-

rensuche „nach den blinden Flecken, Auslassungen und Erinnerungslücken“ (S. 17), während Hamann in ihren beiden Essays Fragen behandelt wie etwa: Wie konnte ein Kind einer „bitterarmen patriarchalen, gewalttätigen, bildungsfernen Zuwandererfamilie“ eine Karriere wie Adelheid Popp erreichen? Wie gelang das? Was können wir von ihr lernen? Welche Kräfte sind es, die bis heute Kinder aus ähnlichen Milieus, den Autorinnen zufolge, klein halten? Fragen also, welche die Biografie Adelheid Popp in einen aktuellen gesellschaftspolitischen Kontext stellen.

Daher endet die Publikation auch mit der unvermeidlichen Frage „Was können wir tun?“, etwa um „Licht, Luft, Kultur, Gleichberechtigung, politische Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben für alle“ (S. 155) zu erreichen, und an Adelheid Popp anknüpfend meint Hamann: „Man könnte dasselbe heute wieder tun – aus den gemeinsamen Erfahrungen Kraft schöpfen und eine gemeinsame Strategie schmieden, begreifen, was Popp damals begriff: Dass nicht individuelles Versagen oder persönliche Charakterschwächen am eigenen Elend Schuld sind, sondern, dass es vielen ähnlich geht. Dass es systemische Ursachen dafür gibt. Dass man, objektiv betrachtet, denselben Gegner hat“ (S. 156f). Sie endet mit dem unweigerlichen Aufruf zu solidarischem Handeln, um die Zukunft sozialer und gerechter zu gestalten. Ein Aufruf, der rückblickend und auch vorausschauend nichts an Bedeutung verloren hat.

Frauenarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft

Zuletzt sei auf die von der Verlegerin Simone Klein in der Edition Libica neu

aufgelegte und mit einem bio-bibliografischen Text des Germanisten Thierry Elsen ergänzte Broschüre „Frauenarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft“⁹ von Adelheid Popp verwiesen. Sie ist im Jahr 1922 „zur Belehrung“¹⁰ der Frauen erschienen und stand bislang völlig zu Unrecht im Schatten der Jugenderinnerungen und des 1912 erschienenen Gedenkbuches „Zwanzig Jahre Arbeiterinnenbewegung“,¹¹ das autobiografische Beiträge von Pionierinnen der Arbeiterinnenbewegung enthält. Der Neuherausgabe dieses Textes und dem Kommentar von Elsen kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil er eine verbindende Funktion zwischen den Büchern von Trausmuth und Hamann erfüllt, da er an die Zeit nach dem politischen Umbruch 1918/19 anknüpft und abseits jeglicher Sozialromantik den historischen Kontext zu den vielen Forderungen der Frauenbewegung – etwa bei Einkommensfragen, Arbeitszeitverkürzung oder Fragen der gesellschaftlichen Gleichstellung – vor und nach dem Ersten Weltkrieg liefert.

Besonderes Verdienst Thierrys ist auch, dass er nicht nur auf die zahlreichen, teils völlig in Vergessenheit geratenen Publikationen und Texte von Popp hinweist, sondern damit auch auf Pops politische Themenbandbreite; darunter Themen, für die sie auch in der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung nicht immer Unterstützung fand, wie etwa bei dem Thema der Prostitution.¹² Auch untersucht er das bislang wenig beachtete gewerkschaftliche Engagement Pops ab Ende der 1890er-Jahre, aber auch in der Ersten Republik, etwa wenn es darum ging, Verbesserungen für Dienstboten und Hausgehilfinnen zu erreichen oder bei dem Thema Kinderarbeit.

Schließlich weist er auf die Kontakte Pops in der europäischen Sozialdemokratie hin – etwa zur deutschen Frauenpolitikerin Clara Zetkin (1857-1933), die 1908 Wien besuchte und auf der 3. Frauenkonferenz im Arbeiterheim in Wien-Favoriten die Begrüßungsrede hielt.¹³

Es bleibt zu hoffen, dass die behandelten, methodisch sehr unterschiedlichen Publikationen zu weiteren Forschungsarbeiten über Adelheid Popp, aber auch über andere Pionierinnen und Vertreterinnen der österreichischen Arbeiterinnen- und Gewerkschaftsbewegung, die zur Entwicklung des österreichischen Sozialstaats beigetragen haben, veranlassen. Die Liste dieser Frauen ist lang.

Sabine Lichtenberger

Anmerkungen

- ¹ Zum 100-jährigen Bestehens des Frauenwahlrechts in Österreich vgl.: Blaustrumpf Ahoi (Hrsg.), „Sie meinen es politisch!“ 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich: Geschlechterdemokratie als gesellschaftspolitische Herausforderung (Wien 2019).
- ² Reden der ersten acht Frauen im Österreichischen Parlament, online: https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Reden_Ersten_Abgordneten_ACC.pdf (abgerufen am 27.2.2020).
- ³ https://medienportal.univie.ac.at/uniview/wissenschaft-gesellschaft/detailansicht/artikel/150-geburtstag-der-sozialdemokratin-adelheid-popp/?no_cache=1 (abgerufen am 27.2.2020).
- ⁴ Steiner, Herbert, Käthe Leichter. Leben und Werk (Wien 1973). Vgl. dazu auch: Lewis, Jill, Mutiges Leben in gefährlichen Zeiten; online: <https://www.uni-heidelberg.de/de/universitaet/heidelberger-profile/historische-portraits/mutiges-leben-gefaehrlichen-zeiten> (abgerufen am 27.2.2020).

- ⁵ Göhring, Walter, Anna Boschek. Erste Gewerkschafterin im Parlament (= Schriftenreihe des Instituts zur Erforschung der Gewerkschaften und Arbeiterkammern Nr. 4, Wien 1998).
- ⁶ Broessler, Agnes. „Es hat sich alles mehr um's Politische gehandelt!“ Wilhelmine Moik. Ein Leben für die gewerkschaftliche Frauenpolitik (Wien 2006).
- ⁷ Hauch, Gabriella, Anna Boschek, in: dies., Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919-1933 (= Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte Bd. 7, Wien 1995) 246-249.
- ⁸ Duma, Veronika, Rosa Jochmann. Politische Akteurin und Zeitzeugin (Wien 2019).
- ⁹ Popp, Adelheid. Frauenarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft (Wien 1922).
- ¹⁰ Tagblatt. Organ für die Interessen des werktätigen Volkes (9. April 1992) 18.
- ¹¹ Popp, Adelheid, Zwanzig Jahre Arbeiterinnenbewegung (Wien 1912).
- ¹² Hauch, Gabriella, Adelheid Popp, geb. Dwořak (1869-1939). Bruchlinien einer sozialdemokratischen Frauen-Karriere, in: dies., Frauen bewegen Politik (= Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung Bd. 10, Wien 2009) 47.
- ¹³ Lichtenberger, Sabine, „... der Vortrag machte auf die ganze Versammlung einen mächtigen Eindruck“. Bemerkungen zur Rede Klara Zetkins auf der Dritten Sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Wien-Favoriten am 21. April 1908, in: Plener, Ursula (Hrsg.), Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte 76 (Berlin 2008) 49ff.

ard.lexisnexus.at

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Mit dem neuen **ARD-Abo** sind Sie immer und überall bestens informiert. Denn **alle Inhalte des gedruckten Hefts** stehen Ihnen **ab sofort auch digital** zur Verfügung. Dazu erhalten Sie die wichtigsten News zu Ihrem Fachgebiet und weitere Services wie z.B. Übersichten zu aktuellen Gesetzesvorhaben, Fristentabellen und autorenspezifische Artikelsammlungen – für PC, Tablet und Smartphone.

Die Zeitschrift **ARD** bietet seit fast 70 Jahren verlässlich, objektiv und rasch Neuigkeiten aus dem Arbeits-, Steuer und Sozialversicherungsrecht und seit 2014 auch zum Bereich Human Resources.

Zusätzliche
digitale
Inhalte!



30 Tage GRATIS lesen!



Jetzt registrieren unter:
zeitschriften.lexisnexus.at

Heinz Kienzl (1922-2020)

Mit dem Hinscheiden Dr. Heinz Kienzls ist eine der prägendsten Persönlichkeiten der österreichischen Wirtschaftspolitik der ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik von uns gegangen.

Kienzl studierte an der Hochschule für Welthandel in Wien und schloss mit Doktorat ab. Das Dissertationsthema war: „Die Währungsmaßnahmen der Zweiten Republik“.

Schon am Beginn seiner beruflichen Laufbahn stand eine Innovation, als er, seit 1947 Mitarbeiter des ÖGB, den damaligen maßgeblichen Persönlichkeiten, Johann Böhm und Anton Proksch, die Notwendigkeit eines eigenen volkswirtschaftlichen Referats vor Augen führte, welche sie auch akzeptierten. Von 1950 bis 1968 fungierte Kienzl als Leiter des volkswirtschaftlichen Referats. Lange Zeit bestand es freilich nur aus ihm und einer Sekretärin. Kienzl übte seine Tätigkeiten für den ÖGB in enger Zusammenarbeit mit den Expertinnen und Experten der Arbeiterkammer aus.

Die österreichischen Gewerkschaften behielten schon seit 1945 in ihrer Lohnpolitik stets die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Auge. Kienzl ging insofern einen entscheidenden Schritt weiter, als er versuchte, die Gewerkschaft in die Gestaltung der Wirtschaftspolitik einzuschalten. Als Vehikel dazu diente ihm die Sozialpartnerschaft. Diese hatte 1956 in der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen ihre organisatorische Realisierung gefunden, welche durch zwei einschlägige Unterausschüsse ergänzt wurde.

Zentrale Bedeutung kam jedoch dem, abermals auf Initiative Heinz Kienzls zustande gekommenen, dritten Unterausschuss zu, nämlich dem Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Durch diese Einrichtung vollzog sich ein fundamentaler Wandel in Stil und Inhalt der österreichischen Wirtschaftspolitik. In seinen Untergruppen arbeiteten Vertreter der Sozialpartner, der Ministerien sowie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung zusammen, um Studien zu den aktuellen Problemen der Wirtschaft zu erstellen. Die „Wirtschaftspolitik beim Weinglas“ wurde durch die sachgerechte Diskussion der Expertinnen und Experten abgelöst. Kienzl gehörte dem Beirat von dessen Gründung bis zu seinem beruflichen Wechsel in die OeNB an.

Neue Inhalte fanden in der effektiven Wirtschaftspolitik auf vielfältige Weise ihren Niederschlag. Kienzl war einer der Initiatoren der österreichischen Hartwährungspolitik. Nach dem Zerfall des Systems der fixen Wechselkurse suchte die Währungspolitik eine Orientierung des Wechselkurses an einem Korb von Währungen der Handelspartner. Aus diesem wurden die „weichen“ allmählich ausgeschieden, sodass letztlich die D-Mark übrigblieb. Deren Aufwertung 1969 wurde nicht zur Gänze mitgemacht, in der kritischen Phase des ersten Ölpreisschocks 1973/74 hielt Österreich jedoch die Bindung an die DM aufrecht. Die Politik der harten Währung, welche durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik der Sozialpartner und die Vollbeschäftigungspolitik der Regierung gestützt wurde, erweckte unter der Bezeichnung „Austrokeynesianismus“ (Hans Seidel) Aufsehen

auch im Ausland. Sie musste gegen vielfältige Kritik, auch der internationalen Institutionen, durchgesetzt werden. Diese erfolgreiche makroökonomische Politik der Ära Kreisky, welche alle Ziele des magischen Vielecks der Wirtschaftspolitik in höherem Maße erreichte als in vergleichbaren Volkswirtschaften, prägten neben Heinz Kienzl vor allem Finanzminister Hannes Androsch, ÖGB-Präsident Anton Benya und Nationalbankpräsident Stephan Koren.

Ab 1969 war Kienzl in der Oesterreichischen Nationalbank tätig, wo er schon ab 1963 im Generalrat gewesen war. Nach vier Jahren als Generaldirektor-Stellvertreter fungierte er von 1973 bis 1988 als Generaldirektor und danach bis zu seiner Pensionierung 1993 als Erster Vizepräsident.

Es wäre allerdings verfehlt, die Verdienste Kienzls nur auf die Wirtschaftspolitik im engeren Sinn zu beschränken. Er regte auf vielfältige Weise das intellektuelle Leben des Landes an: nicht nur durch Gründung von Diskussionsforen, wie des „Arbeitskreises Dr. Benedikt Kautsky“, sowie durch die Einrichtung des „Jubiläumsfonds“ der OeNB zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, sondern auch durch die Gründung der „Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft“ einschließlich ihres Publikationsorgans „SWS-Rundschau“, wo er sich stets mit einem Kreis junger Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen zur Diskussion und gegenseitigen Anregung umgab.

Wir haben eine der bedeutendsten Persönlichkeiten dieses Landes verloren, die erfreulichen Resultate ihres Wirkens werden bleiben.

Felix Butschek

Für „Wirtschaft und Gesellschaft“ verfasste Heinz Kienzl folgende Beiträge:

- Währungspolitik in Konjunktur und Krise, in: WuG 4/2 (1978) 175ff.
- Wirtschaftsplanung in Theorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie, in: WuG 5/S (1979) 145ff.

Liste der externen BegutachterInnen 2016 bis 2019

Die Redaktion dankt hiermit den im Folgenden genannten externen ExpertInnen, die sich in den Jahren 2016 bis 2019 für eine Begutachtung zur Verfügung gestellt haben:

Wolfgang Aschauer
Kristina Binner
Julia Bock-Schappelwein
Fabienne Décieux
Stefan Ederer
Pirmin Fessler
Florentin Glötzl
Alois Guger
Zsófia Ignacz
Thomas Kreiml
Torben Krings
Thomas Leoni
Helmut Mahringer
Peter Mayerhofer

Mathias Moser
David Mum
Martin Orner
Michael Peneder
Oliver Picek
Miriam Rehm
Stefan Schiman
Bernhard Schütz
Johannes Schweighofer
Michael Schwendinger
Sebastian Sevnani
Susanne Sieber
Herbert Walther



Lexis 360[®]

Ihre Absicherung im Arbeitsrecht

mit dem innovativsten Online-Portal zum Personalrecht

- ✓ Übersichtlich & Klar: Von den Grundlagen bis zu Spezialwissen
- ✓ Laufende Aktualisierung durch Experten
- ✓ Mehr als 200 Muster, Checklisten, Beispiele & Formulare



Alles rund ums Arbeitsrecht

Von Grundlagen bis Detailinfos aus Arbeitsrecht und Personalverrechnung. Alle Bestimmungen und Ansprüche im Blick behalten.



Lexis Briefings[®]

Von Experten verfasst, von Personalisten mitgestaltet: übersichtliche und verständliche Fachinformation in kürzestmöglicher Form ohne Details wegzulassen.



Laufende Aktualisierung

durch Österreichs Top-Experten. Benachrichtigungen zu Änderungen der Rechtslage.



Jetzt kostenlos testen: <https://Lexis.at/360hr>

OGB VERLAG

www.oegbverlag.at

21 ■ sozialpolitik in diskussion sozialpolitik in diskussion

Ursula Filipič (Hg.)

**GUTE ARBEIT IN GESUNDHEITS-
UND SOZIALBERUFEN?**

September 2019
wien.arbeiterkammer.at

https://www.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriften/zeitschriften/Sozialpolitik_in_Diskussion.html



Gute Arbeit in Gesundheits- und Sozialberufen?!

Ursula Filipič (Hg.)

52 Seiten / ISBN 978-3-99046-415-1

Der Titel lässt sich in zweifacher Weise lesen:

Zum einen mit einem Fragezeichen: Wie steht es um die Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Sozialberufen in Österreich? Wer leistet diese gesellschaftlich so enorm wichtige Arbeit? Und unter welchen Bedingungen?

Zum anderen auch mit einem Rufzeichen: Dieses steht für die Überzeugung, dass es in Gesundheits- und Sozialberufen vielerorts dringend einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen bedarf.

Kostenloser Download unter E-Medien der Arbeiterkammern:

https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriften/zeitschriften/Sozialpolitik_in_Diskussion.html

Ältere Hefte der Reihe „Sozialpolitik in Diskussion“ stehen auch in gedruckter Form zur Verfügung und können versandkostenfrei über den ÖGB-Verlags Shop oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags bezogen werden.

VERSANDKOSTENFREI IM WEBHOP DES ÖGB-VERLAGS

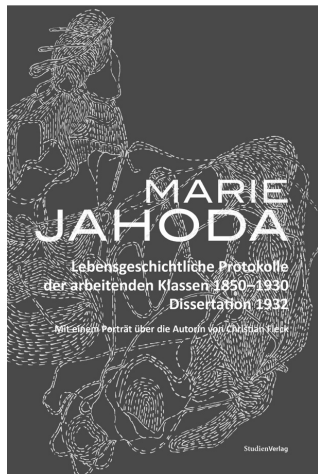
shop.oegbverlag.at / fachbuchhandlung@oegbverlag.at

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136





MARIE JAHODA

Lebensgeschichtliche Protokolle
der arbeitenden Klassen 1850–1930.
Dissertation 1932

Herausgegeben von Johann Bacher,
Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler
(Innsbruck/StudienVerlag)

Die Publikation enthält die unveröffentlichte Dissertation der österreichischen Sozialforscherin und Sozialpsychologin Marie Jahoda (1907–2001) aus dem Jahr 1932.

Die Arbeit beruht empirisch auf 52 Protokollen aus lebensgeschichtlichen Interviews mit Frauen und Männern, die um 1850 geboren sind. Damit wird erstmals eine einzigartige Datenquelle erschlossen und der Öffentlichkeit präsentiert, in der sich die Lebenswelt ‚einfacher‘ Menschen unter den Bedingungen raschen sozialen und politischen Wandels zwischen dem ausgehenden 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts spiegelt. Sozial gehören die Befragten unterschiedlichen Gruppen der Arbeiterschaft an, den Gewerbetreibenden, den Arbeitern in Handwerk oder Industrie oder – insbesondere die Frauen unter den Befragten – der Hausdienerschaft. Die Lebensgeschichten machen Arbeitsverhältnisse, räumliche und soziale Mobilität, Geschlechterbeziehungen, Familienwelten, glückliche und unglückliche Zeiten dieser historischen Periode nachvollziehbar.

Der historische Text wird in drei unterschiedliche Kontexte eingebettet:

Meinrad Ziegler erläutert die theoretischen und historischen Hintergründe der Entstehung der Dissertation. Sie wurde am Psychologischen Institut der Universität Wien bei der Entwicklungspsychologin Charlotte Bühler im Rahmen des Forschungsprogramms zur Lebenspsychologie eingereicht.

Josef Ehmer entwickelt einen Rahmen für das empirische Material und skizziert Sozialstruktur, Arbeits- und Lebensverhältnisse in Wien zwischen 1850 und 1930.

Christian Fleck entwirft ein ausführliches Porträt über Leben und Werk von Marie Jahoda und verortet sie in den Sozialwissenschaften des 20. Jahrhunderts.

„Es ist das Verdienst dieses Buches eine bedeutende Sozialwissenschaftlerin in Erinnerung zu rufen, deren Leben und wissenschaftliches Werk in einzigartiger – und teilweise schmerzlicher – Weise die politische Geschichte Österreichs widerspiegelt.“ (Helga Nowotny)

392 Seiten, fest gebunden, viele Abbildungen, ISBN 978-3-7065-5567-8
Bestellungen unter www.studienverlag.at oder in Ihrer Buchhandlung
Mehr zu Marie Jahoda: www.mariejahoda.at Mehr zum Buch: www.transblick.com

„Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ Die Working Paper-Reihe der AK Wien

sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

Ab Heft 80 sind die Beiträge auch als pdf-Datei zum Herunterladen im Internet

<http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/MaterialienzuWirtschaftundGesellschaft/index.html>

Heft 179	Joachim Becker	Neo-Nationalismus in der EU: sozioökonomische Programmatik und Praxis, Oktober 2018
Heft 180	Oliver Picek	Kann nationale Konjunkturpolitik noch Beschäftigung schaffen?, Oktober 2018
Heft 181	Stefan Ederer u.a.	Making Sense of Piketty's „Fundamental Laws“ in a Post Keynesian Framework, Oktober 2018
Heft 182	Franz Astleithner u.a.	Flexible Arbeitszeitarrangements aus der Perspektive österreichischer ArbeitnehmerInnen, November 2018
Heft 183	Karoline Mitterer u.a.	Leistungs- und wirkungsbezogene Pflichtschulfinanzierung, Jänner 2019
Heft 184	Reinhold Russinger	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1995-2017, Dezember 2018
Heft 185	Stefanie Stadlober u.a.	Die subjektive Erfahrung des Bezugs der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Niederösterreich: Eine interviewbasierte Analyse, Dezember 2018
Heft 186	Xavier Timbeau u.a.	The Imperative of Sustainability: Economic, social, environmental. Independent Annual Sustainable Economy Survey (formerly iAGS), März 2019
Heft 187	Michael Peneder u.a.	Stand der Digitalisierung in Österreich, Februar 2019
Heft 188	Sarah M. Tesar	Populismus und Wirtschaftspolitik: Die wirtschaftspolitische Programmatik populistischer Parteien in Südeuropa, April 2019
Heft 189	Romana Brait u. a.	Keine Transparenz, Investitionen in Arbeit, Klima und gerechte Verteilung fehlen. AK-Analyse des Stabilitätsprogramms, April 2019
Heft 190	Dietmar Aigner u.a.	Digitale Transformation im Steuerrecht; Juni 2019
Heft 191	M. Schratzenstaller u.a.	Die Auswirkungen der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage auf Österreich, Juli 2019
Heft 192	Susanne Forstner u.a.	Makroökonomische Auswirkungen von Reformoptionen für eine Senkung der Körperschaftsbesteuerung, Juli 2019
Heft 193	Vasily Astrov u.a.	Die Lohnentwicklung in den Westbalkanländern, Moldau und der Ukraine, August 2019
Heft 194	Adi Buxbaum u.a.	Wohlstandsbericht 2019, Oktober 2019
Heft 195	Christoph Scherrer	Trumps neues Handelsabkommen mit Mexiko: Besserer Schutz für ArbeiterInnen?
Heft 196	Reinhold Russinger	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1995 bis 2018, Jänner 2020
Heft 197	Stefan Jestl u.a.	Distributional National Austria (DINA) for Austria 2004-2016, März 2020
Heft 198	Georg Adam	Zur Dynamik der Arbeitsbeziehungen in vier EU-Mitgliedsländern, März 2020
Heft 199	Georg Adam u.a.	Ist Zeit das neue Geld? Arbeitszeitverkürzung in österreichischen Kollektivverträgen

